

Maastricht-Kriterien

Sparsame Vier/Fünf

Italien

Neuver

schuldung

Defizit-Verfahren

EU

Finanzhilfen

Victoria Sophie Teschendorf, Kim Otto

Framing in der Wirtschaftsberichterstattung

Der EU-Italien-Streit 2018 und die Verhandlungen über Corona-Hilfen 2020 im Vergleich

OBS-Arbeitsheft 108
ISSN-Print: 1863-6934
ISSN-Online: 2365-2314

Herausgeber:

Otto Brenner Stiftung

Jupp Legrand

Wilhelm-Leuschner-Straße 79

D-60329 Frankfurt am Main

Tel.: 069-6693-2810

Fax: 069-6693-2786

E-Mail: info@otto-brenner-stiftung.de

www.otto-brenner-stiftung.de

Autor:innen:

Victoria Sophie Teschendorf, M. Sc.

Wissenschaftliche Mitarbeiterin

Professur für Wirtschaftsjournalismus

und Wirtschaftskommunikation

Universität Würzburg

E-Mail: victoria.teschendorf@uni-wuerzburg.de

Prof. Dr. Kim Otto

Professor für Wirtschaftsjournalismus

und Wirtschaftskommunikation

Universität Würzburg

E-Mail: kim.otto@uni-wuerzburg.de

Redaktion:

Benedikt Linden (OBS)

Satz und Gestaltung:

think and act –

Agentur für strategische Kommunikation

Druck:

Druckerei Zeidler GmbH & Co. KG, Mainz-Kastel

Titelbild:

think and act unter Verwendung einer Illustration

von panitalapon/AdobeStock.com

Redaktionsschluss:

15. Januar 2022

Hinweis zu den Nutzungsbedingungen:

Dieses Arbeitsheft darf nur für nichtkommerzielle Zwecke im Bereich der wissenschaftlichen Forschung und Beratung und ausschließlich in der von der Otto Brenner Stiftung veröffentlichten Fassung – vollständig und unverändert – von Dritten weitergegeben sowie öffentlich zugänglich gemacht werden.

In den Arbeitsheften werden die Ergebnisse der Forschungsförderung der Otto Brenner Stiftung dokumentiert und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Für die Inhalte sind die Autorinnen und Autoren verantwortlich.

Download und weitere Informationen:

www.otto-brenner-stiftung.de

Vorwort

„Die Erpressung: Italien greift an. Europa droht die nächste Schuldenkrise“ – mit diesem Titel versah *Der Spiegel* eines seiner Cover im Oktober 2018. Im dazugehörigen Artikel ging es um die Pläne der damals neuen italienischen Regierung aus rechtsradikaler Lega und der „Fünf-Sterne-Bewegung“, die Neuverschuldung Italiens auf das Dreifache dessen zu erhöhen, was vorab mit der EU-Kommission vereinbart wurde. Mit einem Bündel aus wirtschafts- und sozialpolitischen Maßnahmen – unter anderem der Absenkung des Rentenalters sowie der Einführung eines Bürgergelds und einer Niedrigsteuer – wollte die Regierung auf Kosten einer höheren Staatsverschuldung die Armut bekämpfen und das Wirtschaftswachstum ankurbeln. Der Tenor des *Spiegel* war eindeutig: Ein Vertrauensverlust an den Finanzmärkten, ein (weiterer) ökonomischer Niedergang Italiens und die Gefährdung des politischen Projektes Europa – dies drohe „alles nur, weil ein Land wie Italien sich nicht an die Regeln hält“, die doch eingeführt worden seien, damit sich ein europäischer Staat nicht „auf Kosten der anderen haushaltspolitisch gehen lässt“. Kurzum: Der Haushalt mit der geplanten Schuldenaufnahme sei „eine Provokation gegen Brüssel“.

Zwei Jahre später, im April 2020, macht der *Spiegel*-Leitartikel zu den Verhandlungen über die Corona-Hilfsmaßnahmen auf europäischer Ebene mit ganz anderer Stoßrichtung auf: „Deutschland ist unsolidarisch, kleingeistig und feige“. Es ging um die deutsche Ablehnung der insbesondere von Italien geforderten „Euro-Bonds“, die den europäischen Staaten eine deutlich höhere Schuldenaufnahme ermöglichen sollten, um die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Pandemie abzufedern. Statt den Deutschen „ehrlich zu sagen“, dass es zu Eurobonds und höherer staatlicher Verschuldung (sämtliche europäischen Vorgaben für die Staatsverschuldung waren zu diesem Zeitpunkt bereits aufgehoben) „in einer Krise wie dieser keine Alternative gibt“, empörte sich der *Spiegel*, werde suggeriert, dass „Italiener mit Geld angeblich noch nie umgehen konnten“.

Der Sinneswandel zwischen beiden Artikeln – heuristisch gesprochen: von der Ablehnung der Idee, mittels schuldenfinanzierter Politik auch gegen die Vorgaben der europäischen Schuldenregeln ökonomische und soziale Probleme zu lösen, hin zu deren umfänglicher Rationalisierung – steht symptomatisch für das, was die Medien- und Kommunikationswissenschaftler*innen Victoria Teschendorf und Kim Otto vom Lehrstuhl für Wirtschaftsjournalismus und Wirtschaftskommunikation an der Universität Würzburg in der vorliegenden Studie aufzeigen: Ökonomische Paradigmen, insbesondere „neoklassische“ und „keynesianische“ Ansätze, beeinflussen, wie wirtschaftspolitische Ereignisse in der

Medienberichterstattung gerahmt werden. Mit einer umfassenden quantitativen Inhaltsanalyse der Berichterstattung von *FAZ*, *Handelsblatt*, *SZ*, *Die Welt*, *taz*, *BILD* und *Der Spiegel* über den „Haushaltsstreit“ zwischen EU-Kommission und italienischer Regierung im Jahr 2018 und über die europäischen Verhandlungen zur Ausgestaltung der Corona-Hilfsmaßnahmen (2020), zeichnet das Forscher*innenteam diesen Einfluss detailliert nach.

Die materialreiche Untersuchung macht dabei einerseits deutlich, dass das mediale Framing der Ereignisse relativ eng der politischen Konjunktur ökonomischer Paradigmen folgte. Wenn relevante Akteure bestimmte Perspektiven in den politischen Diskurs einbrachten, reflektierte die Presseberichterstattung diese Ansichten – war der politische Zeitgeist 2018 noch fest in neoklassischer Hand, kann spätestens für 2020 eine Rückkehr des „Meister Keynes“ (Süddeutsche Zeitung) auf die polit-ökonomische Bühne konstatiert werden. Ihre „Chronist*innenpflicht“ haben die Medien also durchaus erfüllt. Allerdings weist der Umstand, dass 2018 95 Prozent der Artikel die neoklassische Problemdefinition übernahmen (welche die hohe italienische Verschuldung anprangerte) und nur sechs Prozent auf die keynesianische Sichtweise rekurrierten (die die europäischen Sparvorgaben kritisierte), auf eine problematische Marginalisierung letzterer Perspektive hin. War die Berichterstattung 2020 dann unter umgekehrten Vorzeichen deutlich ausgewogener, bleibt jedoch ein markantes Defizit in der Einbettung einzelner Forderungen in komplexere Sinnzusammenhänge festzuhalten: Insbesondere die keynesianische Sichtweise wurde 2018 nicht als kohärente Perspektive präsentiert. Wenn jedoch auf unterschiedlichen Paradigmen beruhende Deutungen verkürzt und einseitig abgebildet werden, erhöht sich die Gefahr, dass den Träger*innen marginalisierter Sichtweisen die Rationalität abgesprochen wird. Was zum eingangs erwähnten Spiegel-Artikel aus 2018 zurückführt: Durch die Darstellung der Fiskalregeln Europas als letztlich alternativlos, müssen Vorschläge, die diesen zuwiderlaufen, grundsätzlich irrational erscheinen. Es ist nur konsequent, dass der Artikel im Anschluss über die „Konsequenz in der Erziehung“ des „störrische[n] Kind[es]“ Italien sinniert (wobei zugestanden werden muss, dass das provokante Gebaren der italienischen Regierung und ihrer Vertreter*innen diese Absprache der Rationalität erheblich begünstigte).

Eine bewusst paradigmatisch-plural(er)e Gestaltung der Wirtschaftsberichterstattung könnte zukünftig dazu beitragen, verständigungsorientiertere Debatten zu befördern. Stiftung und Autor*innen hoffen, dass die vorliegende Studie ihren Beitrag dazu leistet.



Jupp Legrand

Geschäftsführer der OBS

Frankfurt am Main, im Februar 2022

Inhalt

1	Einleitung.....	4
2	Wirtschaftspolitische Paradigmen und die Rolle der Medien	9
3	Medien-Frames als Analysekonzept	15
4	Forschungsdesign	19
	4.1 Zielsetzung und Fragestellungen	19
	4.2 Methode	20
	4.3 Operationalisierung und Erläuterung von Begrifflichkeiten	22
	4.4 Materialbasis	28
	4.5 Durchführung und Auswertungsmethodik	30
	4.6 Reliabilität, Validität und Neutralität der Untersuchung.....	32
5	Wirtschaftspolitische Paradigmen in der Berichterstattung über Italien 2018.....	35
	5.1 Problemdefinitionen und Frame-Elemente.....	35
	5.2 Übergreifende Frames	56
	5.3 Fazit: Die Berichterstattung über den italienischen Haushaltsstreit 2018	62
6	Wirtschaftspolitische Paradigmen in der Berichterstattung zur Corona-Krise in Italien 2020	66
	6.1 Problemdefinitionen und Frame-Elemente.....	66
	6.2 Akteursanalyse in den untersuchten Printmedien.....	86
	6.3 Übergreifende Frames	93
	6.4 Fazit: Die Berichterstattung über die Corona-Krise in Italien 2020.....	106
7	Zusammenfassung und Fazit	108
	Quellenverzeichnis	113
	Verzeichnis der Tabellen und Abbildungen.....	117
	Hinweis zu den Autoren/-innen	119

1 Einleitung

Die im Jahr 2018 gewählte italienische Regierung aus der europaskeptischen „Fünf-Sterne-Bewegung“ (M5S) und der rechtspopulistischen „Lega“ (bis 2018: „Lega Nord“), die Italien bis September 2019 regierte, war für einige Monate das mediale Top-Thema weit über Italien hinaus. Sie intendierte durch eine deutlich höhere Neuverschuldung, als mit der EU-Kommission anfänglich vereinbart, das Wirtschaftswachstum im Land zu stärken. Italien stand seinerzeit großen wirtschaftlichen und finanzpolitischen Herausforderungen gegenüber, denn anders als viele nordeuropäischen Länder gingen die südeuropäischen Länder und speziell Italien nicht gestärkt aus der Finanzkrise 2008/2009 hervor. Italien leidet seit langem unter einer hohen Arbeitslosigkeit und schwachem Produktivitätswachstum, was mit einem geringen Wirtschaftswachstum einhergeht (vgl. Meyer 2019). Mit dem Ausbruch der COVID-19-Pandemie 2020 rutschte Italien dann erneut in eine schwere Rezession und infolge des Shutdowns der Wirtschaft kam ein Großteil der ökonomischen Tätigkeiten gänzlich zum Erliegen. Wieder stand Italien – dieses Mal unter einer Regierung von M5S und der sozialdemokratischen Partei „Partito Democratico“ (PD) sowie einiger kleinerer Parteien – bei Verhandlungen auf europäischer Ebene an der Spitze einiger (süd)europäischer Länder, die durch eine höhere Neuverschuldung des Staates der Wirtschaftskrise entkommen wollten.

Die wirtschaftspolitischen Strategien Italiens (ebenso wie diejenigen seiner politischen Gegenspieler/-innen) resultieren dabei unter anderem aus fundamentalen Auffassungen über die Funktionsweise von Märkten. Die Wirtschaftswissenschaft kennt mit Angebots- und Nachfragepolitik zwei wirtschaftspolitische Strategien, die sich als Ausprägungen zentraler Paradigmen („Neoklassik“ und „Keynesianismus“, siehe Kapitel 2) durchgesetzt haben.

Staatsinterventionismus oder Selbstregulation? Im Mittelpunkt steht die Frage, wie Märkte funktionieren.

Im Mittelpunkt steht die Frage, wie Märkte funktionieren: Bedarf es staatlicher Interventionen, für welche auch eine höhere Staatsverschuldung in Kauf zu nehmen ist (Keynesianismus), oder reguliert sich der Markt selbst und Staatsdefizite sind (meist) abzulehnen (Neoklassik)? Italien trat sowohl im Haushaltsstreit 2018 als auch in der Debatte über die Corona-Hilfsprogramme mit eher keynesianischen Strategien auf, während seine Gegenspieler/-innen – 2018 die EU-Kommission, 2020 die nordeuropäischen Länder – auf neoklassische Ansichten zurückgriffen. Im öffentlichen Diskurs können die beiden wirtschaftspolitischen Para-

digmen Neoklassik und Keynesianismus anhand von *Frames*, das heißt durch eine spezifische Rahmung oder einen spezifischen Blickwinkel (siehe Kapitel 3), sichtbar gemacht werden. Akteure und Medien bedienen sich also der Selektion bestimmter Informationen, wenn sie über ein Thema kommunizieren und müssen dies auch tun: Öffentlich bereitgestellte und recherchierte Informationen werden verarbeitet, verändert, gewichtet und bewertet, beispielsweise nach angenommener Relevanz und Bedeutung. Welche konkreten wirtschaftspolitischen Informationen als bedeutsam angesehen und sichtbar gemacht werden oder aber entfallen, kann davon abhängen, ob eher dem neoklassischen oder dem keynesianischen Paradigma gefolgt wird. Wirtschaftspolitische Journalisten/-innen sind somit nicht nur Chronisten/-innen (wirtschaftspolitischer) Ereignisse, sondern beteiligen sich aktiv an der Deutung dieser Vorgänge und nehmen dadurch auch Einfluss auf die politische Diskussion (vgl. Kapitel 2). Im Zuge der globalen Finanzmarktkrise ab 2008 und der darauffolgenden europäischen Staatsschuldenkrisen – die verdeutlichten, wie relevant, aber auch wie komplex und miteinander verwoben unterschiedlichste wirtschaftliche Vorgänge für ihre jeweiligen Gesellschaften sind – wurde die Forderung nach einer ausgewogenen und umfassenden wirtschaftspolitischen Berichterstattung, die nicht nur eine Perspektive wiedergibt, immer lauter. Gleichzeitig konnten Defizite in der

Erfüllung dieser Anforderungen bei deutschen Qualitätszeitungen festgestellt werden (Arlt/Storz 2010; Otto et al. 2021; Teschendorf et al. 2021). Im Mittelpunkt dieser Studie steht daher die Frage, wie in den deutschen Medien über zwei für die Wirtschaftspolitik in der Europäischen Union zentrale Ereignisse – die Wirtschafts- und Finanzpolitik der italienischen Regierung 2018 sowie der italienischen Regierung 2020 während der Corona-Pandemie¹ – berichtet wurde.

2018 und 2020: Welche wirtschaftspolitischen Frames dominierten die deutsche Berichterstattung über Italien?

Inwiefern finden sich wirtschaftspolitische Frames in den öffentlichen Diskursen wieder, welche wirtschaftspolitische Ausrichtung dominiert die Berichterstattung und wurde ausgewogen berichtet? Darüber hinaus prüft die vorliegende Arbeit die These, dass es einen Paradigmenwechsel im öffentlichen Diskurs von der neoklassisch dominierten Berichterstattung 2018 zur keynesianisch dominierten Berichterstattung über die Corona-Hilfsprogramme 2020 gab.

Bevor dargestellt wird wie zur Beantwortung der Forschungsfrage vorgegangen wird, seien im Folgenden die zentralen politökonomischen Ereignisse aus 2018 und 2021 knapp skizziert.

1 Im Folgenden wird die Analyse der Berichterstattung über die italienische Wirtschaftspolitik 2020 als synonym verstanden mit der Analyse der Berichterstattung über den europäischen Diskurs bezüglich der Corona-Hilfsprogramme, da Italien einer der Hauptakteure in diesen politischen Debatten war.

Am 04. März 2018 kam es in Italien zu Parlamentswahlen, in denen die populistische und europaskeptische Fünf-Sterne-Bewegung mit fast 33 Prozent der Stimmen stärkste Partei wurde. Sie formte eine Regierungskoalition mit der rechtspopulistischen Lega, die 17 Prozent erreichte und die stärkste Kraft im rechten Parteienlager stellte. Am 18. Mai 2018 legte die neue Koalition das Regierungsprogramm vor: Beide Parteien wollten die Konjunktur in Italien mit schuldenfinanzierten Ausgaben ankurbeln. Im Zentrum standen Reformen zur Einführung eines Grundeinkommens, zur Senkung des Renteneintrittsalters sowie zur Vereinfachung des Steuersystems.² Dafür intendierte die neue Regierungskoalition das Defizit zu erhöhen – und die bereits von der Vorgängerregierung versprochene Neuverschuldung von 0,8 Prozent der Bruttoinlandsprodukte (BIP) auf 2,3 Prozent auszuweiten. Angesichts einer Gesamtverschuldung im Verhältnis zum BIP von 130 Prozent standen die Haushaltspläne der italienischen Regierung im Widerspruch zum europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt (siehe Kapitel 2), auf den sich die EU-Mitgliedsstaaten im Rahmen der Maastricht-Regeln verständigt hatten – und entfachte eine intensive, auch über die Medien ausgetragene Debatte zwischen der EU-Kommission und der italienischen Regierung. Durch ihre wiederholte Kritik an der EU-Kommission und deren Vorgaben trieben insbesondere die beiden Parteichefs der regierenden italienischen Par-

teien, Matteo Salvini von der Lega mit seinem „groben und sehr direkten Stil“ (Ignazi 2018: 4) sowie Luigi Di Maio von der M5S, den Streit in der Öffentlichkeit voran. Negativschlagzeilen wie „Europa und der Populismus von Rechts: Erst der Brexit, dann der Aufstieg des Front National, nun die Erfolge von Lega und Cinque Stella in Italien: Können die Demagogen und großen Vereinfacher die EU am Ende zu Fall bringen?“ (Brössler 2018: 2) aus der *Süddeutschen Zeitung* dominierten die deutsche Berichterstattung.

Konfliktlinie im Jahr 2018: Neuverschuldung versus Maastricht-Kriterien – intensiv begleitet durch die deutschen Medien.

Im Fokus standen meist provozierende Äußerungen und Gegenreaktionen der beiden Konfliktparteien, sodass der Streit um den italienischen Haushalt im Jahr 2018 eines der zentralen Themen der wirtschaftspolitischen Berichterstattung in Deutschland war (vgl. Grasse/Labitzke 2018). Den Höhepunkt erreichte der Konflikt im Oktober 2018, als – zum ersten Mal in der Geschichte der Europäischen Union (EU) – der Haushaltsplan eines Mitgliedsstaates von der EU-Kommission abgelehnt wurde. Rund zwei Monate später, im Dezember 2018, einigten sich

2 Aufgrund der schlechten Wirtschaftslage Italiens wurden diese drei Maßnahmen, welche die Staatsschulden weiter erhöhen würden, von der EU-Kommission als kontraproduktiv im Sinne der europäischen Stabilitätskriterien betrachtet. Sie werden (aufgrund ihrer Wirkung auf die Staatsverschuldung) in der vorliegenden Studie als keynesianische Maßnahmen eingestuft.

beide Konfliktparteien auf eine Neuverschuldung von rund zwei Prozent und beendeten damit den offenen Konflikt.

Als sich im Frühjahr 2020 das neuartige Coronavirus ausbreitete, dauerte es nur wenige Monate bis sich die ganze Welt in einer globalen Pandemie befand und mit harten Maßnahmen reagiert wurde. Europas Wirtschaft stürzte in eine tiefe Krise und es stellte sich die Frage, wie diese zu überwinden beziehungsweise ein weiterer Absturz zu verhindern sei. Mit dem Aussetzen der Maastricht-Kriterien am 20. März 2020 folgten Monate des Ringens in der Europäischen Union – um gemeinsame Finanzhilfen, die Solidarität und die Zukunft der Staatengemeinschaft. Dabei standen sich die südeuropäischen Staaten, insbesondere Italien, Frankreich und Spanien, und die nordeuropäischen Staaten, insbesondere Österreich, die Niederlande, Dänemark, Schweden und später Finnland – auch als „die Sparsamen Vier/Fünf“ bezeichnet – gegenüber. Erstere plädierten für gemeinschaftliche Anleihen (Corona-Bonds)³ und (nicht zurückzahlende) *Zuschüsse*, die zuletzt Genannten für eine Inanspruchnahme von Geldern aus dem Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) sowie grundsätzlich für Hilfeleistungen in Form (zurückzahlender) *Kredite*. Die Euro-Gruppe – das Gremium der Europäischen Union, in dem die Staaten der Eurozone ihre Steuer- und Wirtschaftspolitik

koordinieren und welches die Einhaltung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes überwacht – reagierte auf die Forderungen nach Finanzhilfen zwar bereits Anfang April und einigte sich auf einen gemeinsamen Rettungsschirm, der über 540 Milliarden Euro an Krediten zur Verfügung stellte (vgl. BMF 2020a), konnte den Konflikt aber nicht lösen.

Finanzhilfen während der Pandemie: Verhärtete Fronten zwischen Südeuropa und den „Sparsamen Vier/Fünf“.

Mit dem deutsch-französischen Vorschlag am 18. Mai 2020 über einen auch aus Zuschüssen bestehenden Wiederaufbaufonds vollzog die damalige deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel eine politische Wende und stimmte gemeinsamen Schulden zu, nachdem die Bundesregierung diese zuvor stets abgelehnt hatte. Die Fronten zwischen den nordeuropäischen und südeuropäischen Ländern verhärteten sich infolgedessen. Die „Sparsamen Fünf“ präsentierten einen Gegenvorschlag zu den deutsch-französischen Überlegungen, in welchem vorgesehen war, ausschließlich Kredite und keine Zuschüsse auszuzahlen. Schlagzeilen wie „Ist Europa noch zu retten?“ (Geiger/Meister 2020) und „Wut der Italiener“ (Kirst 2020) in der *Welt* oder „Die Schicksalsfrage“ (Mahler 2020) im

³ Bei den Corona-Bonds handelt es sich um gemeinsam emittierte Anleihen: Die EU-Mitgliedsstaaten nehmen gemeinsam Kredite am Finanzmarkt auf und haften für Tilgung und Zinsen gemeinschaftlich. Infolge würden die von den Ländern als Kreditnehmer/-innen zu zahlenden Risikoprämien für höher verschuldete Länder bzw. Länder mit geringerer Bonität sinken und vice versa.

Spiegel dominierten die wirtschaftspolitische Berichterstattung und zeigen die intensive mediale Begleitung des Konfliktes. Am 27. Mai legte die EU-Kommission einen Entwurf für einen Corona-Hilfsfonds über 750 Milliarden Euro vor, der zu 500 Milliarden aus Zuschüssen und zu 250 Milliarden aus Krediten bestand (vgl. BMF 2020b) und ebenfalls auf heftige Kritik vonseiten der „Sparsamen Fünf“ stieß.

**Klassische Printmedien:
Primäre Informationsquelle
für rund 25 Millionen Menschen
in Deutschland.**

Dass der Rückgang der Wirtschaftsleistung durch die COVID-19-Pandemie im Vergleich zur Finanzkrise 2008/ 2009 deutlich höher ausfällt, die Arbeitslosigkeit vermutlich stärker steigt und mehr Finanzmittel zur Bekämpfung der Krise eingesetzt werden (müssen), verdeutlicht die Relevanz der wirtschaftspolitischen Diskurse über Corona-Hilfsprogramme (vgl. Heise 2020), welche die Presseberichterstattung insbesondere in Deutschland geprägt haben. Die mediale Öffentlichkeit kann dabei durch die Zeitungs- und Magazinartikel der Massenmedien gut abgebildet werden, da diese für die Menschen in Deutschland bei der Beschaffung von Informationen nach wie vor von hoher Bedeutung sind: Im Jahr 2018 nutzten knapp 27 Millionen, im Jahr 2020 knapp 25 Millionen Menschen in Deutschland die klassischen Printmedien als

primäre Informationsquelle (Sommer/Schneller 2021). Zu den in der vorliegenden Arbeit analysierten Medien gehören die traditionellen überregionalen Tageszeitungen *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, *Süddeutsche Zeitung* und *Die Welt*. Daneben werden das *Handelsblatt*, die *tageszeitung*, *Der Spiegel* und die Boulevardzeitung *BILD* miteinbezogen (siehe Kapitel 4 für Details).

Im Folgenden werden zunächst die beiden zentralen wirtschaftspolitischen Paradigmen (Neoklassik/Keynesianismus) erläutert, anschließend prägnant in die wirtschaftspolitische Architektur der Europäischen Union eingeführt und schließlich die Rolle der Medien für die Herstellung wirtschaftspolitischer Vielfalt in öffentlichen Debatten beschrieben (Kapitel 2). Im Anschluss wird in das Analysekonzept der „Medien-Frames“ eingeführt (Kapitel 3). Darauf aufbauend werden Zielsetzung und Forschungsfragen der Studie detaillierter ausgearbeitet, bevor das Untersuchungsdesign und das methodische Vorgehen der Studie erläutert wird (Kapitel 4). Den größten Teil dieser Studie nimmt die Ergebnisdarstellung ein (Kapitel 5 und 6). Sie orientiert sich an den zentralen Forschungsfragen und beschreibt einzelnen Frame-Elemente, die als Ausdruck eines neoklassischen oder keynesianischen Paradigmas gelten können, sowie in der Presseberichterstattung aufgefundene übergeordnete Frames. Im abschließenden Fazit (Kapitel 7) werden die Erkenntnisse hinsichtlich der Fragestellungen systematisch zusammengefasst und die Bedeutung der Ergebnisse interpretiert und diskutiert.

2 Wirtschaftspolitische Paradigmen und die Rolle der Medien

Ziel dieser Forschungsarbeit ist es, die zentralen wirtschaftspolitischen Paradigmen als Medien-Frames im öffentlichen Diskurs auf europäischer Ebene sichtbar zu machen. Dazu werden im Folgenden zunächst zwei zentrale Paradigmen, die Neoklassik und der Keynesianismus, mit ihren zugehörigen (angebots- bzw. nachfrageorientierte) Wirtschaftspolitiken, dargestellt.

Grundlegend erforscht die Ökonomik als Wissenschaft die Funktionsweise wirtschaftlicher Systeme. Je nach theoretischer Ausrichtung unterscheiden sich jedoch die fundamentalen Annahmen über wirtschaftliche Abläufe und Zusammenhänge, unter anderem auch über die Funktionsweise von Märkten, von welchen die Forschung ausgeht. Während es in den Wirtschaftswissenschaften eine Vielzahl unterschiedlicher „Denkschulen“ mit unterschiedlichen Perspektiven gibt (für eine Übersicht: vgl. Netzwerk Plurale Ökonomik e.V. 2021), können insbesondere zwei Paradigmen als zentral angesehen werden, da sie gegensätzliche wirtschaftspolitische Strategien in wirtschaftlichen Krisensituationen begründen.

Neoklassisches Paradigma und Angebotspolitik

Das in der vorliegenden Studie als *neoklassisch* bezeichnete Paradigma begründet eine als *Angebotspolitik* zu bezeichnende Wirtschaftspolitik. Die Neoklassik geht als marktoptimistisches

Paradigma grundlegend davon aus, dass der Marktmechanismus eine allen anderen (beispielsweise staatlich-planerischen) Formen überlegende Art und Weise ist, wirtschaftliche Abläufe zu organisieren und zu koordinieren. Zudem wird eine „Selbstregulierungsfähigkeit“ von Märkten angenommen, sodass der Staat als Rahmensetzer – nicht jedoch als „Mitspieler“ im wirtschaftlichen Feld – das sogenannte Primat der Ordnungspolitik gegenüber interventionistischer Wirtschaftspolitik zu beachten hat. Diese Politik hat das Ziel, eine (aus Sicht der Anhänger/-innen der Neoklassik) optimale Verteilung von Gütern über Märkte zu gewährleisten, denn Märkte sorgen aus dieser Perspektive quasi automatisch für ein Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage. Dem Staat kommt zum Beispiel die Rolle zu, durch die Definition von Nutzungsrechten (*property rights*) und vertraglichen Lösungen Koordination und Kooperation auf Märkten zu ermöglichen, aber auch – durch die Erhaltung von Konkurrenz (Stichwort: Verhinderung von Monopolen und Kartellen) und der vollständigen Handlungsfreiheit der Wirtschaftssubjekte – aufrecht zu erhalten. Vereinfacht dargestellt sollen private Eigentumsrechte und Wettbewerb gesichert werden, was wirtschaftspolitisch eine Privatisierungs- und Liberalisierungspolitik impliziert, während die Interaktion der Wirtschaftssubjekte ansonsten weitestgehend frei von staatlichen Vorschriften

ten stattfindet. Jede Regulierung⁴ wird daher zunächst unter den Verdacht der Überregulierung gestellt, woraus sich die generelle Forderung nach Deregulierung ableitet. Darüber hinaus werden soziale Sicherungssysteme zwar grundsätzlich als öffentliches Gut anerkannt, eine üppige Ausstattung derselben ist aus Sicht der Neoklassik allerdings ein Hemmnis für einen freien Arbeitsmarkt.

Neoklassisches Paradigma: Angebotsorientierung und Überlegenheit des Marktes.

Eine Reduktion des Sozialstaates – und infolgedessen eine Austeritätspolitik, also eine Politik der Kürzung staatlicher Ausgaben – erscheint somit meistens wünschenswert. Schließlich wird von einer Dichotomie realer und monetärer Märkte ausgegangen. Dies bedeutet, dass beispielsweise Veränderungen der Geldmenge keine nachhaltigen Effekte auf die Realwirtschaft haben können (vgl. Heise 2010). Der mit der Neoklassik einhergehenden angebotsorientierten Wirtschaftspolitik liegt zudem die Kernannahme zugrunde, dass die volkswirtschaftlichen Ziele der (Voll)Beschäftigung und des Wachstums von der Angebotsseite des Marktes abhängen, wodurch wirtschaftspolitische Maßnahmen eine Verbesserung der Angebotsbedingungen verfolgen sollten.

Keynesianisches Paradigma und Nachfragepolitik

Die *Nachfragepolitik* geht zurück auf den Ökonomen John Maynard Keynes, der das heute als *Keynesianismus* bezeichnete Paradigma insbesondere in seinem Hauptwerk „Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes“ (1936) entwickelte. Diese Sichtweise geht davon aus, dass es systematische Abweichungen vom Gleichgewicht der Märkte geben kann – und diese Abweichungen durch das Zusammenspiel monetärer und realer Ökonomie sehr wahrscheinlich sind. Ungleichgewichte werden insbesondere durch Preis- und Lohnrigidität – also die Annahme, dass Löhne und Preise, anders als im neoklassischen Paradigma behauptet, nur langsam oder gar nicht auf Änderungen von Angebot und Nachfrage reagieren – begründet und ohne Staatseingriffe als dauerhaft angesehen.⁵ Darüber hinaus gibt es noch andere, monetäre Gründe für die fehlende Selbststabilisierung der Märkte. So beeinflussen aus Sicht des Keynesianismus Veränderungen des Geldwertes die reale Ökonomie: Eine sogenannte Deflationsspirale – einer andauernden „Wertsteigerung“ des Geldes – führt zu sinkender Nachfrage, da Konsument/-innen zukünftig mehr Waren für die gleiche Summe erwerben können und ihr Geld zurückhalten, was zu schweren Wirtschaftskrisen führen kann. Auf Grundlage dieser Annahmen sind wirtschaftspolitische Maßnahmen zur Stabilisierung der

4 Manche Regulierungen, beispielsweise in Form von Reduktionen der Transaktionskosten, sind jedoch auch aus Sicht dieses Paradigmas erlaubt.

5 Rigiditäten werden auch im „New Keynesian Consensus“ aufgegriffen, einer Synthese zwischen neoklassischem und keynesianischem Paradigma, die in den 1990er Jahren an Bedeutung gewonnen hat.

Wirtschaft notwendig. Durch staatlich gesteuerte Umverteilung, beispielsweise mittels starker progressiver Besteuerungen von Einkommen und durch staatliche Transferleistungen, können Nachfrage und Beschäftigung angeregt werden. Ziel ist es, die Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen zu steigern und bei Bedarf die Wirtschaft auch durch vermehrte Staatsausgaben, also staatlich induzierte Nachfrage, zu beleben. Zudem wird eine expansive Geldpolitik befürwortet, wenn eine Deflationsspirale droht: Eine Erhöhung der Geldmenge soll der Wertsteigerung des Geldes und damit der Kaufzurückhaltung der Konsumenten/-innen entgegenwirken.⁶ Zur Stabilisierung der Märkte in Krisenzeiten unter anderem durch diese Maßnahmen ist ein Staatsdefizit erlaubt und eine hohe Staatsquote erwünscht. Die nachfrageorientierte Interventionspolitik verfolgt dabei einen antizyklischen Ansatz: In konjunkturell schwachen Zeiten sollen Staatsausgaben, etwa in Form von Transferleistungen und staatlichem Konsum, das Wachstum anregen (*Deficit-Spending*).⁷ Eine zentrale Rolle nimmt hier der sogenannte Multiplikatoreffekt ein: Höherer Staatskonsum führt zu höherer Beschäftigung, höhere Beschäftigung zu mehr privatem Konsum, was sich wiederum in höheren Steuereinnahmen niederschlägt, die für weiteren Staatskonsum eingesetzt werden könnten.

In Zeiten konjunktureller Aufschwünge sollen die fiskalischen Mittel hingegen für Interventionen in schlechten Zeiten angespart werden, folglich ist eine kontraktive Fiskalpolitik zu verfolgen.

Keynesianismus: Wirtschaftspolitik mithilfe staatlicher Interventionen.

Der Keynesianismus liefert also sachliche Gründe für eine Wirtschaftspolitik der staatlichen Interventionen (vgl. Grüner 2006). Die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg (in Deutschland ab 1967) bis in die 1970er Jahre gilt weltweit als Hochphase des Keynesianismus als Paradigma und der Nachfragepolitik als Wirtschaftspolitik (vgl. Hall 1989). Danach verloren beide aufgrund vielfältiger Veränderungen in den Feldern der Politik, Wirtschaft und nicht zuletzt in den Wissenschaften an Relevanz, sodass seitdem wieder verstärkt angebotsorientierte wirtschaftspolitische Maßnahmen empfohlen und eingesetzt wurden (vgl. Köhrsen 2011).

Wirtschaftspolitik(en) in der Europäischen Union

Die Wirtschaftspolitik gehört nicht nur in der Bundesrepublik Deutschland, sondern in allen Staaten der Europäischen Union (EU) zu den

6 An ihre Grenzen stößt diese Geldpolitik allerdings, wenn sich die Wirtschaft in einer „Liquiditätsfalle“ befindet. Dies ist dann der Fall, wenn die Zentralbank die Geldmenge ausweitet um den Zins (den „Preis“ des Geldes) zu senken, der Zins allerdings schon nah bei null liegt – und die geldpolitische Maßnahme keine Wirkung auf die Nachfrage mehr zeitigt. Die Liquiditätsfalle ist aus keynesianischer Sicht ebenfalls eine Ausprägung fehlender Selbststabilisierung der Märkte.

7 Insgesamt werden antizyklische Fiskalpolitik und nachfrageorientierte Umverteilung im keynesianischen Paradigma unterschiedlich bewertet – eine antizyklische Fiskalpolitik wird häufiger als Instrument eingesetzt als eine nachfrageorientierte Umverteilung.

zentralen Politikfeldern. Auch ist es das selbst erklärte Ziel der Europäischen Union und ihrer Institutionen, Stabilität, Sicherheit und Wohlstand zu garantieren. Im Zentrum dessen steht der europäische Binnenmarkt als einer der größten zusammenhängenden Wirtschaftsräume der Welt. (Wirtschafts-)Politische Herausforderungen der letzten Jahre sind in diesem Zusammenhang zum Beispiel der Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU, die Verbreitung populistischer Strömungen oder die COVID-19-Pandemie (vgl. BMWi 2021). Zuvor fand die Finanzkrise von 2008 mit der sogenannten Euro-Krise eine spezifisch europäische Fortführung, welche die Wirtschaft und die Wirtschaftspolitiken der einzelnen Ländern sowie der Europäischen Union insgesamt erheblich herausforderte. Die europäische Wirtschaftspolitik umfasst dabei zahlreiche Maßnahmen, die helfen sollen die gesteckten Zielen – Beschäftigung zu schaffen und durch nachhaltiges Wirtschaftswachstum die Wirtschaftskraft und den sozialen Zusammenhalt in Europa zu steigern – zu erreichen. Sie soll den Mitgliedsstaaten Orientierung für die nationale Gestaltung der eigenen Wirtschafts- und Haushaltspolitik bieten. Wirtschaftspolitische Entscheidungen auf europäischer Ebene greifen somit nicht nur tief in die Lebenswirklichkeiten der Bürger/-innen innerhalb der Mitgliedsstaaten ein, sondern können zugleich die Situation der nationalen wie europäischen Gesamtwirtschaft(en) beeinflussen. Die Haushaltspläne der Mitgliedsstaaten müssen beispielsweise im Einklang mit dem europäischen Stabilitätspakt stehen (siehe Infokasten).



Der europäische Stabilitäts- und Wachstumspakt

Der europäische Stabilitäts- und Wachstumspakt, der 1997 beschlossen wurde, ist ein Regelwerk für die Koordination und Überwachung der Finanzpolitiken der Mitgliedsstaaten der EU. Im Rahmen des Maastricht-Vertrages von 1992 wurden bereits EU-Konvergenzkriterien für den Beitritt in die Währungsunion festgelegt, um die Stabilität der gemeinsamen Währung zu sichern. Dazu gehören festgeschriebene Obergrenzen für die Neu- und Gesamtverschuldung eines Mitgliedsstaates: ein maximales Defizit von drei Prozent des BIP und einen maximalen Schuldenstand von 60 Prozent des BIP. Im Stabilitäts- und Wachstumspakt wurden diese Kriterien der Haushaltsstabilität dann dauerhaft für alle EU-Mitgliedsstaaten niedergeschrieben.

Darüber hinaus sind die Wahrung der europäischen Stabilität im Sinne eines starken Binnenmarktes, einer hohen Wettbewerbsfähigkeit europäischer Unternehmen und einer großen Innovationskraft Europas sowie die Stabilität des Euros zentrale Themenkomplexe europäischer Wirtschaftspolitik. Angesichts der Tatsache, dass einige Mitgliedstaaten es (aus unterschiedlichen Gründen) offensichtlich verfehlten den europäischen Verträgen entsprechend zu handeln, wurde und wird die Verletzung dieser Verträge in der öffentlichen Debatte als ein wichtiges Problem angesehen.

Neoklassik oder Keynesianismus – Welches Paradigma prägt die öffentliche Debatte über (europäische) Krisen?

Vor diesem Hintergrund soll in der vorliegenden Arbeit untersucht werden, welches der beiden zentralen wirtschaftspolitischen Paradigmen den öffentlichen Diskurs über (europäische) Krisen dominiert und damit die Debatte prägt, wie die EU-Mitgliedsstaaten in konjunkturell schwierigen Zeiten die Wirtschaft ankurbeln sollten: Durch staatliche Intervention und dem Deficit-Spending-Ansatz oder durch Selbstregulierung der Märkte und einer strikten Austeritätspolitik?

Wirtschaftsparadigmatische und -politische Vielfalt und die Rolle der Medien

Diese Fragestellung beschäftigt nicht nur die Wirtschaftswissenschaft, sondern in der wirtschaftspolitischen Praxis auch politische Entscheidungsträger/-innen und im Zusammenhang mit politischen Entscheidungen auch die Öffentlichkeit. Insbesondere in Deutschland werden diese Fragestellungen in der Wirtschaftswissenschaft jedoch weitestgehend einseitig geführt. Paradigmatische Pluralität und ein fairer Umgang mit anderen Denkschulen werden nicht genügend berücksichtigt, lautet eine oft geäußerte Kritik. Das beschriebene neoklassische Paradigma stellt dabei die vorherrschende Sichtweise dar (vgl. z. B. Lee 2012; Dobusch/Kapeller 2009). Diese auch als

„Mainstream“ bezeichnete Vorherrschaft eines Paradigmas zeigt sich durch eine Dominanz in der universitären Lehre und in den Lehrbüchern, durch eine (bevorzugte) Forschungsförderung und dadurch, dass in den angesehenen Top-Fachzeitschriften sowie auf entsprechenden Tagungen hauptsächlich auf Grundlage dieses Paradigmas diskutiert wird (vgl. Dequech 2012; Sagvosdkin 2021). Andere Ansätze, darunter das keynesianische Paradigma, werden als „Non-Mainstream“ bezeichnet und sind „weniger prestigeträchtig und einflussreich als der Mainstream“ (Dequech 2012: 355, Übersetzung durch die Autor/-innen). Die Dominanz einzelner Erklärungsmuster und das Vorherrschen eines Mainstreams verhindern Pluralität, die von vielen jedoch als notwendig für eine adäquate Erfassung des Feldes der Wirtschaftswissenschaften sowie für Erkenntnisfortschritte auf diesem Gebiet angesehen werden (vgl. für eine Klärung des Konzepts der Pluralität Heise 2016). Eine Homogenität von Denkhaltungen führt hingegen zu einer Überrepräsentation bestimmter Sichtweisen und einseitigen politischen Entscheidungen, die Handlungsalternativen nicht in Betracht ziehen. Politisch wirksame Entscheidungen, die in einer Demokratie den Präferenzen der Bevölkerung entsprechen sollten, stehen jedoch nicht von vornherein fest. Sie entstehen in einem offenen Diskurs und bilden sich unter dem Einfluss öffentlicher – massenmedialer – Kommunikation. Diese öffentlichen Aushandlungen konkreter Politik sollten ein Wettstreit unterschiedlicher Deutungsrahmen für die zu bearbeitenden Probleme sein (vgl. Marcinkowski 1999; Theine/Grisold 2020).

Somit kommt dem wirtschaftspolitischen Journalismus eine weitreichende Verantwortung zu. Die Presse beobachtet politische und wirtschaftliche Vorgänge, verarbeitet diese Informationen und stellt sie der Bevölkerung bereit (vgl. Otto/Köhler 2017). Die an die Presse gestellten Leistungsanforderungen basieren auf der Verfassung der Bundesrepublik Deutschland (Art. 5), die wiederum in den Landespressegesetzen der Bundesländer spezifiziert sind.

Die Presse als Medium zwischen Teil-Öffentlichkeiten und als Faktor der öffentlichen Meinungsbildung.

Die Presse wird als Medium zwischen verschiedenen Teil-Öffentlichkeiten sowie als Faktor der öffentlichen Meinungsbildung betrachtet und muss dabei eine Reihe an Anforderungen erfüllen. So sind die Medien verpflichtet, ausgewogen zu berichten. Dazu gehört das Gebot einer fairen und unabhängigen Berichterstattung, verschiedene Meinungen sollen in einem ausgewogenen Verhältnis dargestellt werden. Zudem soll die Presse den Bürger/-innen wesentliche (Hintergrund)Informationen zur Meinungsbildung liefern. Auch das Bundesverfassungsgericht (1961) hat in seinen Urteilen die Meinungsbildungsfunktion der Presse betont und abge-

leitet, dass die Berichterstattung „breit“, „vollständig“ und „ausgewogen“ sein soll. Dies gilt insbesondere für jene Bereiche der Gesellschaft, die für die Bürger/-innen von hoher Bedeutung, aufgrund ihrer Komplexität und Verflechtungen jedoch schwierig nachvollziehbar sind. Hier nehmen die Printmedien als Informationsquelle eine zentrale Rolle ein. Ihnen wird ein hohes Maß an Vertrauen und Glaubwürdigkeit entgegengebracht. Daneben üben sie durch ihre Kritik- und Kontrollfunktion sowie ihre Bildungsfunktion erheblichen Einfluss auf die Meinungsbildung der Bürger/-innen aus. Erwartet wird, dass die Presse insbesondere durch die Vermittlung unterschiedlicher (auch kritischer) Ansichten und Diskussionen zur Meinungsbildung der Bürger/-innen beitragen und somit deren Partizipation im politischen Prozess verstärken kann. In Anbetracht der Bedeutung der Massenmedien für den Meinungs- und Willensbildungsprozess der Bevölkerung, soll die deutsche Presseberichterstattung in der vorliegenden Arbeit als Indikator für die allgemeine öffentliche Debatte gewählt werden. Aufgrund ihrer gesamtgesellschaftlichen sowie europäischen Bedeutung ist es besonders für die Wirtschaftspolitik von hohem Interesse zu untersuchen, welche wirtschaftswissenschaftlichen Paradigmen und „dazugehörigen“ Wirtschaftspolitiken in Form von sogenannten Medien-Frames die öffentliche Debatte determinieren – und aus welchen Diskursen sie resultieren.

3 Medien-Frames als Analysekonzept

Im Fokus dieses Kapitels steht die Erläuterung des für die Analyse der vorliegenden Arbeit zentralen Konzepts des Framings (vom englischen „Frame“ = Rahmen). Was damit gemeint ist, welche Rolle die Problemdeutung im Framing-Prozess spielt und aus welchen Elementen sich ein Medien-Frame zusammensetzt, wird im Folgenden dargestellt.

Die Forschung von Frames in der Kommunikationswissenschaft wurde vor allem von Entman (1993) geprägt: Seine Frame-Definition ist die einflussreichste und meistzitierte innerhalb der Kommunikationswissenschaft:

„Framing bedeutet, einige Aspekte einer wahrgenommenen Realität auszuwählen und sie in einem Text hervorzuheben, sodass eine bestimmte Problemdefinition, kausale Interpretation, moralische Bewertung und/oder Handlungsempfehlung für den beschriebenen Sachverhalt vermittelt wird.“

(Entman 1993: 52, Übersetzung durch die Autor/-innen)

Auf der Grundlage der Definition von Entman entwickelte Matthes (2007, 2014) das Konstrukt des Frames weiter. Matthes beschreibt Frames als konsistent verbundene Einstellungen bzw. Urteile. Diese verbundenen Einstellungen ergeben einen kohärenten Sinnhorizont zu einem Thema.

Durch den Sinnhorizont werden bestimmte Zusammenhänge hervorgehoben, während andere Zusammenhänge ignoriert werden, was unter den Vorgängen der Selektion und Salienz zu verstehen ist (vgl. Matthes 2007).

**Framing bedeutet Salienz:
Bestimmte Aspekte eines Sachverhalts werden hervorgehoben,
andere vernachlässigt.**

Akteure und Medien bedienen sich also der Selektion bestimmter Informationen, wenn sie über ein Thema kommunizieren. Die selektierten Aspekte werden so vom Rezipienten/der Rezipientin als wichtig erachtet – je häufiger der/die Rezipient/-in mit ihnen konfrontiert ist, desto wichtiger werden sie für ihn/sie und desto stärker prägen sie seine/ihre Deutung zu einem Thema. Ein Beispiel für die Selektion bestimmter Aspekte in der vorliegenden Analyse der Berichterstattung über den Streit zwischen italienischer Regierung und EU-Kommission im Jahr 2018 wäre etwa eine Konzentration auf den italienischen Schuldenstand und eine Vernachlässigung anderer Aspekte, etwa der Auswirkungen von Konjunkturprogrammen der italienischen Regierung auf den Arbeitsmarkt oder die Binnennachfrage. Durch den beschriebenen Prozess der Selektion und Salienz gibt die Presse bestimmten Per-

spektiven und Akteuren bewusst mehr Raum in ihrer Berichterstattung. Dadurch vermittelt sie sowohl passiv (z. B. durch die Auswahl bestimmter Akteure, die sich in der Presse zu einem Sachverhalt äußern) als auch aktiv (z. B. durch die Selektion einseitiger Perspektiven) gewisse Deutungen eines Sachverhalts.

In dieser Definition bestehen Frames aus vier verschiedenen Frame-Elementen (vgl. Entman 1993, Matthes 2014):

- Einer Problemdefinition,
- einer kausalen Interpretation des Problems (Ursache, Verursacher/-in),
- einer Bewertung und
- einer Lösungsdimension für das Problem.⁸

Die einzelnen Elemente lassen sich meist zu einem logisch konsistenten Sinnhorizont verknüpfen. Medien-Frames können somit als Muster von Aussagen verstanden werden, die in journalistischen Beiträgen wiederholt gemeinsam auftreten und Einfluss auf die Deutungsrichtung, die mediale Sichtweise eines Themas und somit auf die Meinung von Rezipierenden nehmen können (vgl. Matthes 2014).

In Anlehnung an dieses Verständnis von Frames ist das zu überprüfende theoretische Modell der vorliegenden Forschung konzipiert (siehe Tabelle 1, vgl. auch Kapitel 4).

Im Rahmen dieser Arbeit werden Frames somit als Konzept verstanden, das erstens impliziert,

TABELLE 1
Verschiedene Frame-Konstrukte im Vergleich

Entman (1993)	Matthes (2007)	Frame-Konstrukt dieser Forschungsarbeit
Problemdefinition	Problemdefinition/Thema	Problemdefinition
Kausale Interpretation	Verantwortungszuschreibung/ Ursachenzuschreibung	Kausale Interpretation (Ursache, Verursacher/-in)
Verfahrens-/Lösungsvorschlag	Lösungszuschreibung/ Handlungsaufforderung	Handlungsempfehlung (Lösung, Policy-Option)
Moralische Evaluation	Bewertung	Bewertung
	Akteursbindung	Forderungsadressat/-in/ Kompetenzabschreibung

Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an Entman (1993) und Matthes (2007).

8 Die Definitionen und Operationalisierungen der einzelnen Frame-Elemente im Detail sind Kapitel 4.3 zu entnehmen.

worin das Problem besteht (Problemdimension), wer oder was als mögliche Ursache angesehen wird (Verursacher- bzw. Ursachendimension), wie die Akteure und/ oder deren Handlungen bewertet werden (Bewertungsdimension), welche potentiellen Lösungsmaßnahmen es gibt (Zieldimension), wie diese mittels konkreter Instrumente umgesetzt werden können (Umsetzungsdimension) und wem im Lösungsfindungsprozess Kompetenzen zu- oder abgeschrieben werden (Forderungsadressat/-in und Kompetenzabschreibung) – die verschiedenen Dimensionen werden in der vorliegenden Arbeit auch als „Frame-Elemente“ bezeichnet.

Diskurse werden über Frames geführt. Frames dienen – dadurch, dass sie nicht nur das vorliegende Problem zum Ausdruck (Situationsdefinition) bringen, sondern auch andeuten was richtig und wünschenswert ist – der Handlungsorientierung. Aufgrund dieser fundamentalen Orientierungsleistung müssen Frames als konstitutive Bedingung der Handlungsfähigkeit von Individuen angesehen werden, womit sie einen zentralen Teil der Opportunitätsstruktur sozialen Handelns darstellen. Sie wirken komplexitätsreduzierend, vereinfachen Zusammenhänge und vereinbaren konfligierende Werte. Insbesondere bei politischen Themen existieren vielfältige und miteinander in Konflikt stehende Aspekte. Durch Frames können unterschiedliche Blickwinkel systematisch betrachtet und ganzheitlich erfasst werden. Die Darstellung und Übernahme von Frames im Diskurs können die öffentliche Meinung und die der politischen Akteure beeinflussen. Werden die zentralen wirtschaftspolitischen

Paradigmen in das Konzept des Medien-Framings miteinbezogen, so würde ein Frame, der dem neoklassischen Paradigma folgt, demnach die diesem Paradigma entsprechenden Ursachen implizieren und spezifische Lösungen anbieten.

Frames als Orientierungshilfe: Was gilt als Problem? Welche Lösungen sind wünschenswert?

Einerseits könnte ein Frame hinsichtlich des Haushaltsstreits zwischen EU-Kommission und italienischer Regierung im Jahr 2018 beispielsweise wie folgt aussehen: Für die Problemdefinition der Verletzung der Maastricht-Kriterien könnte die expansive Fiskalpolitik der neuen italienischen Regierung 2018 als Ursache, die italienische Regierung als Verursacher und eine Sparpolitik als Handlungsoption bzw. die konkrete Begrenzung des Haushaltsdefizits die notwendige Politikoption darstellen. Andererseits würde ein Frame, der dem keynesianischen Paradigma folgt, andere Lösungen anbieten. Für die Problemdefinition der Einhaltung der Defizitregeln trotz Rezession könnte die falsche Steuerung durch den europäischen Stabilitätspakt als Ursache und die EU-Kommission als Hüterin der Verträge dabei als Verursacherin benannt werden. Die Handlungs- bzw. Politikoptionen könnten erhöhte Staatsausgaben und/oder eine Reform des Stabilitätspakts sein. Für die Erfassung wirtschaftspolitischer Paradigmen eignet sich der Framing-Ansatz, weil sich die Elemente von Medien-Frames gut zur Abbildung und Abgrenzung von Paradigmen wie Neoklassik

und Keynesianismus eignen: Ihre Problemdefinitionen, kausalen Interpretationen, Bewertungen und Handlungsempfehlungen sind jeweils andere (und stehen sich häufig konträr entgegen). Diese Kategorien eignen sich folglich gut, um zwischen den Paradigmen zu differenzieren.

**Durch Medien-Frames
kann die Darstellung
von politischen Prozessen
und Entscheidungen in der Presse
adäquat abgebildet werden.**

Allerdings können auch einzelne Frame-Elemente (neoklassisch und/ oder keynesianisch) in der Presseberichterstattung vorkommen, ohne, dass ein zusammenhängender Frame (mit Elementen in allen Dimensionen) präsentiert wird. Ursächlich dafür sind zum einen das Fehlen einer ausgewogenen Darstellung unterschiedlicher Positionen zu einem politischen Problem. Das heißt, die Presse widmet einigen Positionen (beispielsweise der keynesianischen) oder auch einigen Frame-Dimensionen (zum Beispiel der Umsetzungsdimension) zu wenig Aufmerksamkeit. Zum anderen kann es bei politischen Diskursen auch schlicht an poli-

tischen Akteuren mangeln, die eine bestimmte und umfassende Gegenposition inklusive kausaler Interpretation, Lösungsvorschlag und/oder moralischer Evaluation vertreten, wodurch die Presse den politischen Diskurs nicht vielfältig abbilden kann.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass Problemdefinition sowie Problemdeutung als feste Bestandteile im Zentrum politischer Diskurse stehen. Mithilfe des theoretischen Gerüsts der Frames – das die Dimensionen der Problemdefinition, der Ursache bzw. des/der Verursacher/-in, der Lösung und Policy-Option, des/der Forderungsadressat/-in und der Kompetenzabschreibung in einem ganzheitlichen Konstrukt konzeptualisiert – kann die Darstellung von politischen Prozessen und Entscheidungen in der Presse adäquat abgebildet und empirisch nachvollziehbar gemacht werden. In der vorliegenden Arbeit wird offengelegt, welche Frames sich im öffentlichen Diskurs über (europäische) Wirtschafts- und Finanzpolitik manifestieren und dadurch politische Entscheidungen (potentiell) dominieren – und ob es einen Paradigmenwechsel im öffentlichen Diskurs von der Berichterstattung über den Haushaltsstreit zwischen EU-Kommission und Italien 2018 zur Berichterstattung über die Corona-Hilfsprogramme 2020 gab.

4 Forschungsdesign

Im folgenden Kapitel werden die Ziele der Erhebung, das methodische Vorgehen und das Erhebungsdesign der Studie erläutert sowie die Forschungsfragen weiter ausgeführt. Zunächst wird die gewählte Methode und die Operationalisierung der zu untersuchenden Frame-Elemente dargestellt, anschließend wird die Umsetzung im Kategoriensystem dargelegt. Es folgt die Beschreibung der Materialbasis durch die Festlegung von Untersuchungszeitraum und -objekten. Schließlich wird die Durchführung der Erhebung erklärt und beschrieben, wie Reliabilität und Validität gesichert wurden.

4.1 Zielsetzung und Fragestellungen

Die deutsche Presseberichterstattung zur Wirtschafts- und Finanzpolitik der neuen italienischen Regierung 2018 sowie diejenige zum europäischen Diskurs über mögliche Corona-Hilfsprogramme (auch für Italien) 2020 sollen in dieser Studie analysiert werden. Im Mittelpunkt steht die Frage, ob eines der beiden zentralen wirtschaftspolitischen Paradigmen (Neoklassik/Keynesianismus) die jeweilige Berichterstattung dominiert. Dafür wird der Frage nachgegangen, welche wirtschaftspolitische Ausrichtung (angebot- oder nachfrageorientiert) in den in der Berichterstattung eingesetzten Frames zum Ausdruck kommt und ob bestimmte Frames besonders häufig in der Berichterstattung verwendet

werden. So kann untersucht werden, ob es Frames gibt, die weitgehend auf neoklassischen Deutungen basieren oder ob sich eine ausgewogene Gegenüberstellung konkurrierender Frames, also neoklassischer und keynesianischer Deutungen, zeigt. Dies ermöglicht eine Bewertung, inwiefern ein pluralistischer Diskurs zugelassen wurde und ob ein Paradigmenwechsel zwischen 2018 und 2020 stattfand.

Wie pluralistisch wurde diskutiert? Gab es einen Paradigmenwechsel in der Berichterstattung?

Daneben wird erfasst, welche Wertungen der Hauptakteure (2018: italienische Regierung und EU-Kommission; 2020: europäischen Regierungschefs/-innen) sich in der Presseberichterstattung wiederfinden lassen. Damit soll nachgewiesen werden, wie viel Raum eine Berichterstattung einnimmt, die einem Akteur (hier vermutlich der italienischen Regierung) Rationalität abspricht und die andere Konfliktpartei (etwa die EU-Kommission) als einzig vernunftgeleiteten Akteur dargestellt. Häufen sich solche Wertungen in der Berichterstattung, handelt es sich nicht um einen Diskurs, in dem verschiedene Interessen abgewogen werden. Stattdessen würden bestimmte Handlungsempfehlungen als

einzig vernünftige Lösungen ohne Alternativen dargestellt. So würde die Presseberichterstattung keine pluralistischen Problemperspektiven des Konflikts darstellen, wodurch sie die Rezipierenden unausgewogen informiert.

Angesichts der bereits erläuterten Dominanz des neoklassischen Paradigmas wird für die Presseberichterstattung zum italienischen Haushaltsstreit 2018 keine pluralistische Gegenüberstellung neoklassischer und keynesianischer Deutungen erwartet. Es wird angenommen, dass neoklassische Kausalinterpretationen und die Forderung nach Austeritätsmaßnahmen überwiegen. Im Kontrast dazu wird bei der Analyse der Presseberichterstattung zur Corona-Krise in Italien im Jahr 2020 angenommen, dass das keynesianische Paradigma den öffentlichen Diskurs dominiert. Es wird erwartet, dass während ökonomischer Krisen Paradigmenwechsel stattfinden und daher grundsätzlich die nachfrageorientierte Wirtschafts- und Finanzpolitik im Fokus steht und die Presseberichterstattung dominiert.

Hinsichtlich der italienischen Wirtschafts- und Finanzpolitik 2018 soll die zentrale Forschungsfrage „Wie wird über die italienische Wirtschafts- und Finanzpolitik und ihre Umsetzung in der deutschen Presseberichterstattung berichtet?“, um eine systematische Beantwortung der Forschungsfragen zu ermöglichen, in die folgenden Unterfragen aufgegliedert werden:

1. Dominiert ein wirtschaftspolitisches Paradigma die Berichterstattung über die Wirt-

schafts- und Finanzpolitik der neuen italienischen Regierung?

2. Welche Wertungen über die neue italienische Regierung finden sich mit welcher Häufigkeit in der Berichterstattung wieder? Implizieren diese Wertungen einen rationalen Diskurs zwischen verschiedenen Akteuren oder wird Akteuren Rationalität abgesprochen?

Daneben lässt sich die zentrale Forschungsfrage der Analyse des europäischen Diskurses über die Corona-Hilfsprogramme „Wie wird über die europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik und ihre Umsetzung/Forderungen in der Corona-Krise in der deutschen Presseberichterstattung berichtet?“ in die folgenden zentralen Unterfragen differenzieren:

4. Dominiert ein wirtschaftspolitisches Paradigma die Berichterstattung über den europäischen Diskurs über die Corona-Hilfsprogramme?

5. Welche Wertungen über die italienische Regierung bzw. die europäischen Regierungschefs/-innen finden sich mit welcher Häufigkeit in der Berichterstattung wieder? Implizieren diese Wertungen einen rationalen Diskurs zwischen verschiedenen Akteuren oder wird Akteuren Rationalität abgesprochen?

4.2 Methode

Die Analyse der Berichterstattung erfolgt durch eine systematische quantitative Inhaltsanalyse (vgl. Kromney 2009; Merten 1995).

Um die Frame-Elemente und Akteure in der zugrundeliegenden Datenbasis trennscharf zu ermitteln, werden themenbezogene Kategoriensysteme erstellt. Es werden zwei Kategorienschemata zur Beantwortung der Forschungsfragen hinsichtlich des Haushaltsstreits zwischen der italienischen Regierung und der EU-Kommission 2018 sowie zum europäischen Diskurs über die Corona-Hilfsprogramme 2020 entwickelt. Zur empirischen Erfassung von Medien-Frames orientiert sich diese Arbeit an den entwickelten Methoden von Matthes und Kohring (2004) sowie Otto et al. (2020). Bei Themen mit mehreren konträren Positionen und/oder Akteuren und insbesondere, wenn plurale Problemperspektiven vertreten werden, ist die Framing-Analyse ein geeigneter Ansatz, um zu untersuchen, welche Deutung ein Thema im öffentlichen Diskurs erfährt und damit die Meinungsbildung innerhalb der Gesellschaft prägt (vgl. Matthes 2007). Die Reduktion von Komplexität mittels Frames durch den wirtschaftspolitischen Journalismus ist bei schwierigen Sachverhalten wie der Debatte um die italienische Wirtschafts- und Finanzpolitik im Jahr 2018 sowie dem komplexen europäischen Diskurs über Corona-Hilfsprogramme zwingend notwendig. Die Framing-Analyse stellt vor diesem Hintergrund die geeignete Untersuchungsmethode dar.

Im Rahmen dieser Forschungsarbeit wird auf den manuell-dimensionsreduzierten Zugang der Frame-Analyse zurückgegriffen (vgl. Matthes/Kohring 2004; Matthes 2007; Otto et al. 2020). Beim manuell-dimensionsreduzierten Zugang werden einzelne Frame-Elemente (auch

Variablen genannt) codiert, bevor diese in einem anschließenden Schritt beispielsweise durch statistische Verfahren zusammengeführt werden (vgl. Matthes 2007). Es wird dabei angenommen, dass sich die empirischen Ausprägungen der als Variablen operationalisierten und mittels einer Inhaltsanalyse erfassten Frame-Elemente in einer je charakteristischen Weise gruppieren und so zu verschiedenen Mustern formen können.

Die Framing-Analyse untersucht, wie ein bestimmtes Thema öffentlich gedeutet wird und ob es Argumentationsmuster gibt.

Sofern ein solches Muster über mehrere Artikel hinweg identifiziert werden kann, wird von einem Frame gesprochen (vgl. Matthes 2007). Vor der eigentlichen Erfassung der Frame-Elemente (vgl. Tabelle 1) müssen diese jedoch definiert werden. Die Entwicklung der Kategorien bzw. Variablen kann deduktiv (hypothesengeleitet) aus der bereits existierenden Theorie und/oder mithilfe induktiver (empiriegeleiteter) Methoden aus dem Untersuchungsmaterial erfolgen. Für beide Kategoriensysteme wurde ein deduktiv-induktives Vorgehen bei der Erstellung des jeweiligen Kategoriensystems gewählt. Zunächst werden die Dimensionen für die einzelnen Frames (vgl. Kapitel 4.3) theoriegeleitet erstellt, bevor die konkreten Variablen innerhalb der Dimensionen aus zehn Prozent der Artikel induktiv gebildet werden. Die Erarbeitung der Variablen ist somit eine qualitative Analyse,

welche die Erhebung quantitativer Daten in den nächsten Analyseschritten ermöglicht. Die zu analysierenden Merkmale werden in einem Kategoriensystem und Codebuch festgehalten. Das Codebuch dient als Leitfaden für die anschließende Codierung und zeigt entsprechende Codierhinweise und Codieranweisungen auf. Im Kategoriensystem sind die zu untersuchenden Variablen aufgeführt. Die gewonnenen Daten werden in einem Codebogen festgehalten.

4.3 Operationalisierung und Erläuterung von Begrifflichkeiten

Im Folgenden wird die Operationalisierung der Frames sowie Beispiele für die einzelnen Frame-Elemente in der Zeitungs- und Magazinberichterstattung dargestellt.

Im öffentlichen Diskurs können die beiden wirtschaftspolitischen Paradigmen Neoklassik und Keynesianismus anhand von Frames sichtbar gemacht werden. Dabei können die Paradigmen den einzelnen Frame-Elementen zugeordnet werden. Die Operationalisierung der Frames basiert auf dem Ansatz von Entman (1993) und orientiert sich daneben an den Arbeiten von Marcinkowski (1999), Matthes (2007), Otto (2001) und Otto et al. (2020). Die Autoren/-innen beschäftigten sich mit der Frage, welche wirtschaftspolitischen Frames in der politischen Öffentlichkeit zu einem bestimmten Thema dominieren. Dies untersucht Marcinkowski (1999) anhand der Informations- und Kommunikationstechnik in den neunziger Jahren, Matthes (2007) anhand des Problems „Arbeitslosigkeit“, Otto (2001) unter-

suchte das „Waldsterben“ in den achtziger Jahren und Otto et al. (2020) beschäftigten sich mit der deutschen Arbeitsmarktpolitik von 1997 bis 2017. Sie eignen sich insofern als Referenzstudien, da sie die Problemdeutung im politischen Diskurs in den Mittelpunkt der Untersuchung stellen. Im Folgenden werden die einzelnen Frame-Elemente sowie deren Operationalisierung dargestellt.

■ **Problemdefinition.** Mit der Problemdefinition wird festgelegt, warum ein Thema als relevant angesehen und damit öffentlich diskutiert wird. Ein Thema ist ein Sinnhorizont, der bestimmte Aspekte selektiert und damit vom Rezipienten/von der Rezipientin als wichtig erachtet wird. Eine Problemdefinition ermöglicht einen Abgleich zwischen Ist- und Sollzustand: Zu einem Thema kann man gleicher oder unterschiedlicher Meinung sein. Man kann der Meinung sein, dass ein Sachverhalt ein Problem darstellt, also eine Abweichung von Soll- und Istzustand vorliegt, oder das Problem negieren und eine solche Abweichung verneinen. Der Begriff der Problemdefinition ist also nicht mit dem des Themas gleichzusetzen. Sie bestimmt lediglich die Perspektive, aus der ein Thema betrachtet wird und stellt damit den Rahmen eines Frames dar (vgl. Matthes 2007). Probleme sind nicht objektiv gegeben, sondern entwickeln sich zu solchen durch einen kontextuellen Deutungsprozess. Somit kommt es zu Abweichungen hinsichtlich der Ist- und Soll-Perspektive zu bestimmten Themen (vgl. Otto et al. 2020).

- **Kausale Interpretation.** Dem definierten Problem wird eine Ursache und/oder ein/e *Verursacher/-in* zugeschrieben. Verursacher/-innen sind (auch korporative) Akteure, die mit ihrem Verhalten ein Problem auslösen. *Ursachen* für ein Problem sind Zustände oder Entwicklungen, die ein Problem auslösen, hier wird kein verantwortlicher Akteur benannt. Die Ursachenbeschreibung ermöglicht die Einordnung eines Problems in bestehende Wissensstände, um Sachverhalte besser zu verstehen (vgl. Matthes 2007). Dies können zum Beispiel grundlegende Perspektiven oder einmalige Ereignisse sein. Die Verursacher/-innen- bzw. Ursachenkomponente stellt daher als kausales Kettenglied die Schuldzuweisung eines thematisierten Problems dar.
- **Bewertung.** Relevante Akteure und/oder ihre Politik werden evaluiert. Damit sind moralische oder evaluative Beurteilungen, die sowohl negativ als auch positiv ausfallen können, gemeint. Die Bewertungen von Sachverhalten oder Situationen sind als graduell zu verstehen, da die Problemdefinitionen bereits inhärente Bewertungen besitzen. Es wird also gemessen, wie negativ oder positiv die Situationen oder Politiken anderer Akteure bewertet wird (vgl. Matthes 2007). Die Frame-Definition von Entman (1993) bietet hier einen Vorteil: (Moralische) Bewertung und Evaluation sind explizit Teil von Frames. Dies erlaubt es, nicht nur zu belegen, welche wirtschaftspolitischen Paradigmen den medialen Diskurs dominieren. Es kann darüber hinaus auch in den Blick genommen werden, welche Wertungen etwa die italienische Regierung erfährt⁹.
- **Handlungsempfehlung.** Für die Problemlösung werden *allgemeine Lösungsvorschläge* oder *konkrete Politik-Optionen (Policy Options)* benannt. Handlungsempfehlungen sollen ein definiertes Problem reduzieren oder beheben. Die Lösung wird in der Regel in Kombination mit der Problemsicht und Ursache¹⁰ thematisiert und stellt eine passende Bearbeitungsstrategie für diese dar. Die Unterscheidung zwischen Lösung und Policy-Option lässt sich damit begründen, dass die Presse über Entscheidungen, Situationen oder Ereignisse unterschiedlich konkret berichtet. Die Medien tendieren beispielsweise selbst eher zur Berichterstattung über allgemeine Lösungsvorschläge, während zu Wort kommende Politiker/-innen häufiger konkrete Instrumente mit hohem Detailgrad äußern (vgl. Otto et al. 2020).

⁹ Bewertungen können nicht immer eindeutig als neoklassisch oder keynesianisch identifiziert werden. In dieser Arbeit werden alle Bewertungen der Akteure und/oder ihrer Politik miteinbezogen, die sich auf die neoklassische und/oder keynesianische Problemdefinitionen beziehen und somit der jeweiligen paradigmatischen Ausrichtung zugeordnet werden können. In Ausnahmefällen (zum Beispiel in der Berichterstattung zur Corona-Krise 2020) können Bewertungen beiden Paradigmen zugeordnet werden.

¹⁰ Hier muss angemerkt werden, dass insbesondere bei zwei im Widerspruch zueinander stehenden Ansichten eines Sachverhalts die kausale Interpretation und Handlungsempfehlungen entgegengesetzt sein können. Das heißt, dass beispielsweise Lösungen aus keynesianischer Sicht zugleich Ursachen für ein Problem aus neoklassischer Sicht sein können.

- **Forderungsadressaten/-innen/Kompetenzabschreibung.** Es wird zudem festgehalten, wem die Kompetenz zugeschrieben wird, eine Lösung umzusetzen (Forderungsadressat/-in), bzw. wem diese Kompetenz zugeschrieben wird (Kompetenzabschreibung)¹¹.

In den Tabellen 2 und 3 (S. 26 ff.) sind Beispiele für die einzelnen (neoklassischen und keynesianischen) Frame-Elemente je Untersuchungszeitraum dargestellt.

Aus neoklassischer Sicht ist problematisch, dass die italienische Regierung plant, die Defizitregeln zu verletzen, indem sie ein Regierungsprogramm vorlegt, das durch eine hohe Neuverschuldung finanziert werden soll. Konsequenterweise wird die italienische Regierung aufgefordert, den Haushaltsentwurf für das kommende Jahr anzupassen und somit das geplante Defizit von 2,4 Prozent auf 2,04 Prozent zu senken. Da es zu einem massiven Streit zwischen der italienischen Regierung und der EU-Kommission als Hüterin der europäischen Defizitregeln kommt, wird das Verhalten der italienischen Regierung im Haushaltsstreit als provokant bezeichnet. Dabei wird der Regierung und/oder einzelnen Regierungsmitgliedern Kompetenzen abgesprochen, sich mit der EU-Kommission zu einigen.

Aus keynesianischer Sicht ist es die strikte Durchsetzung der Defizitregeln, die als Problem angesehen wurde. Die italienische Regierung lehnt eine Austeritätspolitik ab und will eine höhere Neuverschuldung – höher als zuvor mit der EU-Kommission vereinbart wurde – anstreben, indem sie (zum Beispiel) das Grundeinkommen als einen der Grundpfeiler ihres Regierungsprogramms, das hohe Staatsausgaben vorsah, einführen möchte. So wird die EU-Kommission aufgefordert, der italienischen Regierung mehr entgegenzukommen. Währenddessen wird die Durchsetzungskraft der EU-Kommission infrage gestellt und damit werden sie verantwortlich gemacht, dass der Haushaltsstreit eskaliert.

Grundsätzlich lässt sich in den Artikeln im Untersuchungszeitraums 15. Februar 2020 bis 31. Juli 2020 eine Bandbreite an keynesianischen sowie neoklassischen Perspektiven als Frame-Elemente wiederfinden. Im Zentrum stehen die Fragen um die Aussetzung der Maastricht-Kriterien, Einführung der Corona-Bonds und die Einführung sowie Ausgestaltung eines Wiederaufbaufonds.

Hinsichtlich der Maastricht-Kriterien stehen sich die beiden Perspektiven einer Durchsetzung des Stabilitätspakts als Problem (keynesianisch, da die Corona-Krise höhere Staatsausgaben erforderte) und einer Aussetzung des Stabilitätspakts

¹¹ Die unterschiedlichen Akteursvariablen (Verursacher/-innen; Forderungsadressaten/-innen; Kompetenzabschreibung) innerhalb eines Paradigmas beziehen sich häufig auf dieselben Akteure. So ist zum Beispiel aus neoklassischer Sicht die italienische Regierung nicht nur Verursacherin, sondern auch Forderungsadressatin und/oder ihr werden Kompetenzen im Prozess der Lösungsfindung und -umsetzung zugeschrieben. Um die Variablen korrekt zu erfassen, erhalten die Codierer/-innen genaue Anweisungen mit entsprechenden Ankerbeispielen, wie diese Variablen zu unterscheiden sind. Dabei werden Kontext und Wortwahl der Textstelle miteinbezogen.

als Problem, also eine Erhöhung der Schulden-
grenzen (neoklassisch) gegenüber. Im Zentrum
der Debatten um die Corona-Bonds stehen die
Einführung der Bonds (keynesianisch) sowie de-
ren Ablehnung (neoklassisch). Die Bonds sind
eine gemeinsame Verschuldung auf europäischer
Ebene, wodurch vielen Mitgliedsstaaten, insbe-
sondere bereits hoch verschuldeten, eine (noch)
höhere Staatsverschuldung ermöglicht wird. Sie
sind somit eher als keynesianisches Instrument
einzuordnen. Im vorangestellten Beispiel wird
aus keynesianischer Sicht für die Corona-Bonds¹²
argumentiert, da die Bewältigung der Corona-
Krise einen enormen Einsatz staatlicher Finanz-
mittel erfordere, die Europäische Union in Krisen-
zeiten stärker zusammen wachsen müsse (indem
gemeinsame Schulden akzeptiert werden) und so
vor allem Ländern unterstützt werden, die bereits
vor der Krise eine (zu) hohe Staatsverschuldung
aufwiesen. Dabei wird vor allem Deutschland
vorgeworfen, sich gegen die Einführung der Co-
rona-Bonds zu wehren. Aus neoklassischer Sicht
begründen bestimmte Länder ihre Ablehnung
gegenüber Corona-Bonds damit, dass sie die
Schulden aller EU-Mitgliedsstaaten nicht verge-
meinschaften möchten. Als Lösung wird die Inan-
spruchnahme des ESM genannt, dessen Gelder
an Bedingungen geknüpft sind. In diesem Kon-
text wird insbesondere die italienische Regierung
aufgefordert, die Möglichkeit des ESM wahrzu-
nehmen. In Bezug auf den Wiederaufbaufonds
können vier Problemdefinitionen sichtbar ge-

macht werden. Zum einen fordern Akteure einen
Wiederaufbaufonds, der nicht an Bedingungen/
Strukturreformen gekoppelt ist (keynesianisch)
gegenüber den Forderungen nach einer Kopplung
an Bedingungen, welche im Sinne des neoklassi-
schen Paradigma auf der Angebotsseite etabliert
werden sollen. Zum anderen spielt das Verhält-
nis von Zuschüssen und Krediten eine Rolle. Ins-
besondere die Länder wie Italien fordern, dass
mehr als die Hälfte der Fondsmittel als Zuschüs-
se ausgezahlt werden sollten (keynesianisch). Im
Gegensatz dazu fordern Länder wie Österreich
oder die Niederlande eine Verringerung der Zu-
schüsse. In Vergleich kann diese („konservative“)
Perspektive eher dem neoklassischen Paradigma
zugeordnet werden, da zurückzahlbare Kredite
als Instrument präferiert werden.

Die verschiedenen Frame-Elemente ergeben ei-
nen übergeordneten Frame, der aus mehreren
thematisch zusammenhängenden Attributen be-
steht. Die Kombination aus den Komponenten
Problem, Verursacher/-in, Ursache, Bewertung,
Lösungsvorschlag, Policy-Option, Forderungsad-
ressat/-in und Kompetenzabschreibung erlaubt
eine inhaltsbezogene Interpretation hinsichtlich
der wirtschaftspolitischen Paradigmen (vgl. Otto
et al. 2020). Zudem sei hervorgehoben, dass
nicht zwingend alle Frame-Elemente vorliegen
müssen, um einen schlüssigen Frame offenzule-
gen (vgl. Otto et al. 2020). Somit können auch nur
konkrete Policy-Optionen thematisiert werden.

12 Die Variable „Einführung von Corona-Bonds“ als Policy-Option unterscheidet sich von anderen Policy-Optionen in-
sofern, dass sie nicht zwangsläufig in Verbindung mit konkreten Zahlen (zum Beispiel Corona-Bonds in Höhe von
1.000 Milliarden Euro) genannt werden muss, um als Policy-Option codiert zu werden.

TABELLE 2

Beispiel-Variablen für die einzelnen Frame-Elemente der Berichterstattung 2018

Frame-Elemente	Neoklassische Variablen	Ankerbeispiel (aus Codebuch)	Keynesianische Variablen	Ankerbeispiel (aus Codebuch)
Problemdefinition	Verletzung der Defizitregeln	„... die italienische Regierung will die EU-Regeln nicht einhalten.“	Durchsetzung Austeritätskurs der EU-Kommission	„Italien kritisiert die EU-Kommission für die strikte Durchsetzung der EU-Stabilitäts- und Wachstumspakt-Kriterien.“
Kausale Interpretation (Ursache, Verursacher/-in)	Schuldenfinanziertes Regierungsprogramm (Ursache)	„Die Populisten wollen ihre Wahlversprechen auf Pump finanzieren ...“	Ablehnung der Sparpolitik (Ursache)	„Italien spart seit fast dreißig Jahren, aber die Staatsschulden wurden trotzdem nicht reduziert. Jeder Laie würde sofort erkennen, dass Sparen nicht hilft.“
	Italienische Regierung (Verursacher)	„Die Regierung pfeift auf die Haushaltsregeln, die sich die Euro-Partner selbst gegeben haben.“	EU-Kommission (Verursacher)	„Vizeregierungschef Luigi di Maio macht die EU-Kommission für die schwierigen Verhandlungen verantwortlich.“
	Matteo Salvini (Verursacher)	„Salvini ignoriert die Forderungen aus Brüssel“	Jean-Claude Juncker (Verursacher)	„Viele Worte und keine wirklich neuen Vorschläge: Auch Kommissionschef Juncker steht in der Kritik.“
Handlungsempfehlung (Lösung, Policy-Option)	Anpassung des italienischen Haushaltsentwurfs (Lösung)	„Italien hat nun 3 Wochen Zeit, um den Haushaltsentwurf anzupassen.“	Beendigung der Sparpolitik (Lösung)	„Italiens Regierung brauche ‚mehr Spielraum‘, eine reine Sparpolitik sei schädlich ...“
	Begrenzung des Defizits unter 2,4 Prozent (Policy-Option)	„... Defizit im kommenden Jahr von 2,4 auf 2,04 Prozent der Wirtschaftsleistung drücken.“	Einführung des Grundeinkommens (Policy-Option)	„Di Maio will sein Wahlversprechen der Einführung eines Grundeinkommens in Höhe von 780 Euro für Arbeitslose einlösen.“
Bewertung	Provokantes Verhalten der italienischen Regierung	„Die italienische Regierung provoziert die Eskalation, ...“	Mangelnde Ernsthaftigkeit der EU-Kommission	„Sie nehmen die EU-Kommission und Juncker damit nicht ernst.“

Forderungs-adressat/-in/ Kompetenz- abschreibung	Italienische Regierung (Forderungs-adressat)	„Seit Wochen versucht deshalb die EU-Kommission, die Regierung umzustimmen, redet auf sie ein, fordert sie zur Zusammenarbeit auf...“	EU-Kommission (Forderungs-adressat)	„Die EU-Kommission sollte einen Schritt auf die Italiener zugehen.“
	Italienische Regierung (Kompetenz-abschreibung)	„Ihnen gelingt es weder in einem angemessenen Ton mit Brüssel zu kommunizieren noch die Wogen in der eigenen Regierung zu glätten.“	EU-Kommission (Kompetenz-abschreibung)	„Der EU-Kommission gehen die Ideen aus: Sie stößt langsam an ihre Grenzen ...“
	Giovanni Tria (Kompetenz-abschreibung)	„Tria scheitert bei der Rahmenplanung des italienischen Haushaltes ...“	Jean-Claude Juncker (Kompetenz-abschreibung)	„... Juncker ist verantwortlich für die Eskalation des Streits.“
Quelle: Eigene Darstellung.				

TABELLE 3

Beispiel-Variablen für die einzelnen Frame-Elemente der Berichterstattung 2020

Frame-Elemente	Neoklassische Variablen	Ankerbeispiel (aus Codebuch)	Keynesianische Variablen	Ankerbeispiel (aus Codebuch)
Problemdefinition	Einführung von Corona-Bonds	„Italien fordert gemeinsame Schulden-titel, die Corona-Bonds. Wir müssen aufpassen, jetzt in der Krise nicht in ein europäisches System der Vergemeinschaftung zu geraten.“	Ablehnung von Corona-Bonds	„Die deutsche Ablehnung von Eurobonds, besser Corona-Bonds, ist unsolidarisch, klein-geistig und feige!“
Kausale Interpretation (Ursache, Verursacher/-in)	Vergemeinschaftung von Schulden (Ursache)	„Die politische Elite in Deutschland fürchtet, dass mit den Corona-Bonds eine grundsätzliche Entscheidung für die Vergemeinschaftung von bestehenden Schulden in der Eurozone fällt“	Mobilisierung zusätzlicher Mittel zur Kostenbewältigung (Ursache)	„Die meisten Ökonomen sind eindeutig dafür, gemeinsame europäische Staatsanleihen aufzulegen, um die Kosten der Epidemie zu bewältigen.“

	Italienische Regierung (Verursacher)	„Die italienische Regierung droht im Europäischen Rat und verhindert so eine einheitliche Lösung. Mit Eurobonds kommen wir nicht weiter.“	Deutschland (Verursacher)	„Sie drängten, Coronabonds gegen die Krise einzuführen. Doch Merkel steht bislang auf der Bremse.“
Handlungsempfehlung (Lösung, Policy-Option)	Hohe Kredite mit möglichst langer Laufzeit (Lösung)	„Die EU und vor allem die von Corona besonders betroffenen Partner Italien und Spanien brauchen jetzt, [...] sehr schnell sehr hohe Kredite mit möglichst langer Laufzeit.“	Akzeptanz gemeinsamer Schulden (Lösung)	„Angela Merkel hat die Idee gemeinsamer EU-Schulden akzeptiert. Das ist ein richtiger Schritt.“
	Inanspruchnahme der ESM-Gelder (Policy-Option)	„Sie setzt dabei allerdings auf Hilfen aus dem Euro-Rettungsschirm ESM, der derzeit rund 410 Milliarden Euro zur Verfügung hat ...“	Einführung von Corona-Bonds (Policy-Option)	„Italien, Spanien und Frankreich wollen Coronabonds.“
Bewertung	Provokantes Verhalten der italienischen Regierung	„Die Kanzlerin war irritiert von der Aggressivität Contes.“	Mangelnde Solidarität der nordeuropäischen Staaten	„Den Niederlanden werfen sie einen ‚Mangel an Ethik und Solidarität‘ vor“
Forderungsadressat/-in/ Kompetenzabschreibung	Italienische Regierung (Forderungsadressat)	„Sie fordern ein Entgegenkommen der italienischen Regierung beim Einsatz des Euro-Rettungsschirms.“	Deutschland (Forderungsadressat)	„Noch am vergangenen Wochenende hatten sie ihre Forderung an Deutschland nach Coronabonds wiederholt.“
	Italienische Regierung (Kompetenzabschreibung)	„Mit brutaler Härte hat die Regierung von Ministerpräsident Giuseppe Conte die Wirtschaft des Landes lahmgelegt.“	Deutschland (Kompetenzabschreibung)	„Allerdings gibt es begründete Zweifel daran, dass Deutschlands in diesem Konflikt für Fairness sorgen kann.“
Quelle: Eigene Darstellung.				

4.4 Materialbasis

Für die Analyse der Berichterstattung zum italienischen Haushaltsstreit 2018 reicht der Untersuchungszeitraum vom 18. Mai 2018 bis zum 31. Dezember 2018. Damit zielt die Untersuchung bewusst auf die Berichterstattung über die Regierung Giuseppe Conte und die Veröffent-

lichung ihres Regierungsprogramms, die zahlreichen Verhandlungen mit der EU-Kommission und die letztliche Einigung zwischen den beiden Akteuren bezüglich des geplanten italienischen Haushaltsdefizits für das Jahr 2019.

Hinsichtlich der Analyse der Berichterstattung zum Diskurs über die europäischen wirtschafts-

politischen Anti-Corona-Maßnahmen reicht der Untersuchungszeitraum vom 15. Februar 2020 bis zum 31. Juli 2020. Damit deckt der Untersuchungszeitraum alle Diskussionen um mögliche europäische Corona-Hilfsprogramme bis hin zum historischen EU-Gipfel Ende Juli ab. Die folgenden Ausführungen hinsichtlich der Generierung der Datenbasis gelten für beide Analysen.

Untersucht werden die Artikel der überregionalen Tageszeitungen

- *Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ)*,
- *Handelsblatt*,
- *Süddeutsche Zeitung (SZ)*,
- *Die Welt*,
- *die tageszeitung (taz)*,
- die *BILD* sowie
- das Magazin *Der Spiegel*.

Diese Tageszeitungen und das Magazin sind die auflagenstärksten Printmedien in Deutschland. Es werden bewusst Zeitungen unterschiedlicher politischer Ausrichtungen gewählt, um die Differenzen innerhalb der Medienlandschaft herauszuarbeiten. Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, die *Welt* und die *Süddeutsche Zeitung* gelten als traditionelle Qualitätszeitungen mit hohem Ansehen und journalistischer Kompetenz, weshalb sie für die Untersuchung herangezogen wurden. Dabei kann die Ausrichtung der FAZ als konservativ-liberal, der *Welt* als bürgerlich-konservativ und der SZ als linksliberal

bezeichnet werden. Die *tageszeitung* gilt als eine Zeitung, die einen wirtschaftskritischen Journalismus betreibt (vgl. Arlt/Storz 2010) und eher dem linken Spektrum zugerechnet wird. Das *Handelsblatt* ist die auflagenstärkste Wirtschafts- und Finanzzeitung in Deutschland und spielt deshalb eine wichtige Rolle in Bezug auf die Analyse der hier relevanten Ereignisse, während das Meinungsmagazin *Spiegel* ebenfalls zu den Qualitätszeitungen gezählt wird. Die Boulevardzeitung *BILD* stellt die auflagenstärkste Tageszeitung in Deutschland dar und ist aus diesem Grund Teil der Untersuchung (vgl. Siebel 2007).

Zur Erfassung der Artikel wurde die Datenbank „ARD-Pressearchiv“ auf alle Artikel dieser Zeitungen durchsucht, welche das Suchwort „Italien“ beinhalteten. Für die Zeitungen FAZ, SZ und *Die Welt* wurden ausschließlich Artikel aus den Ressorts „Politik“ und „Wirtschaft/Finanzen“ ausgewählt. Bei der *BILD* wurden die Ressorts „Sport“, „Panorama“ und „Kultur“ aus der Analyse ausgeschlossen. Artikel aus Sonderheften oder Beilagen wurden bei allen Zeitungen exkludiert. Für alle anderen Zeitungen wurden alle Artikel unter dem Stichwort „Italien“ in die Analyse miteinbezogen.¹³

Für den Untersuchungszeitraum 18. Mai bis 31. Dezember 2018 wurden 4.224 Artikel gelistet. Es werden alle Tageszeitungen und Magazine komplett erfasst hinsichtlich Länge und Anzahl

¹³ Das erläuterte Vorgehen wurde für beide Analysen angewandt, den italienischen Haushaltsstreit 2018 vom 18.05.2018-31.12.2018 und die Corona-Krise in Italien 2020 vom 15.02.2020-31.07.2020.

der Artikel mit einem Bezug zum Haushaltsstreit zwischen der italienischen Regierung und der EU-Kommission. Die 684 Artikel, die einen solchen Bezug aufweisen, werden vertieft analysiert. Tabelle 4 veranschaulicht die Verteilung der Artikel auf die einzelnen Zeitungen.

Analog dazu können für den zweiten Untersuchungszeitraum, 15. Februar bis 31. Juli 2020, 3.932 Artikel spezifiziert werden. Nach der Selektierung der Artikel mit Bezug zum Diskurs über die europäischen Corona-Maßnahmen verbleiben 623 Artikel (Tabelle 5).

Die Artikel sind die Untersuchungseinheiten der Analyse. Die Untersuchungseinheit enthält die Elemente, für die im Rahmen der Codierung eine Klassifizierung vorgenommen werden soll (vgl. Rössler 2017).

4.5 Durchführung und Auswertungsmethodik

Die folgenden Erläuterungen zur Durchführung und Auswertung der Daten gelten wieder für beide Untersuchungsgegenstände, den Haushaltsstreit zwischen der italienischen Regierung und der EU-Kommission 2018 und den wirtschaftspolitischen Diskurs über die europäischen Corona-Maßnahmen 2020.

Nachdem die zu untersuchenden Artikel erfasst wurden, folgt die Phase der Kategorienentwicklung. Alle Untersuchungseinheiten wurden vor Beginn der Auswertung über eine Download-Funktion des ARD-Pressearchivs gesichert und den Codierer/-innen digital zur Verfügung gestellt. Wie bereits erwähnt, wurde für die vorliegende Studie ein deduktiv-induk-

TABELLE 4
 Artikelanzahl mit Bezug zum Haushaltsstreit 2018 (nach Medium)

Zeitung	Artikelanzahl
FAZ	245
Handelsblatt	177
SZ	150
Die Welt	46
taz	41
Der Spiegel	17
BILD	8
Gesamt	684

Quelle: Eigene Darstellung.

TABELLE 5
 Artikelanzahl mit Bezug zur Corona-Krise in Italien 2020 (nach Medium)

Zeitung	Artikelanzahl
Handelsblatt	159
FAZ	149
SZ	139
taz	71
Die Welt	59
Der Spiegel	29
BILD	17
Gesamt	623

Quelle: Eigene Darstellung.

tives Vorgehen zur Erstellung des Kategoriensystems gewählt. Die in Kapitel 3 vorgestellten Frame-Elemente (Dimensionen) sind aus der Theorie hergeleitet, deren weitere Konkretisierung in einzelnen Variablen wurde hingegen mithilfe einer explorativen Vorstudie aus der Empirie entwickelt. Die erarbeiteten Variablen sind – vor allem im Fall von Ursachenzuschreibungen und Handlungsempfehlungen und mit Ausnahme der Akteure – im Vorhinein einem wirtschaftspolitischen Paradigma zuordbar. Die Variablen konnten somit in einem Kategoriensystem zusammengefasst werden, das den Codierer/-innen als Grundlage für die Datenerhebung diente. Bevor das Kategoriensystem für die Analyse des gesamten Materials eingesetzt wurde, wurden Codierschulungen, zwei Pretests sowie Validitäts- und Reliabilitätstests (vgl. Kapitel 4.6) durchgeführt, um Vollständigkeit, Widerspruchsfreiheit, Unabhängigkeit und Trennschärfe der Kategorien zu gewährleisten (vgl. Merten 1995). Anschließend erfolgte die Auswertung anhand des Codebuchs durch die geschulten Codierer/-innen im Juli und August 2020 für die Artikel des Untersuchungszeitraums 2018 und im Februar und März 2021 für die Artikel des Untersuchungszeitraums 2020. Alle 4.224 Artikel unter dem Stichwort „Italien“ für 2018 sowie alle 3.932 für das Jahr 2020 wurden komplett durchgelesen. Die formalen Kriterien der Artikel – Medium, Datum, Titel, Position im Print-Layout (Seitenanzahl), Quelle, Darstellungsform, Anlass(-variablen), Länge – wurden in einem ersten Teil des Codebogens erfasst, sodass anschließend die thematisch passenden Artikel von den Codierer/-innen

weiterbearbeitet werden konnten. Nach 50 codierten Artikeln fand jeweils eine Kontrollcodierung durch die Schulungsleiterin statt, um die Zuverlässigkeit und Gültigkeit der Codierung zu überprüfen und zu optimieren.

Nach der Datenerhebung wurden zunächst die Thematisierungshäufigkeiten der einzelnen Frame-Elemente und ihrer Variablen im Zeitverlauf über beide Erhebungszeiträume untersucht. Die einzelnen Frame-Elemente und ihre Variablen werden jeweils unabhängig voneinander codiert, das heißt alle Artikel werden auf jede Variable untersucht.

Wie oft thematisierten Medien den Haushaltsstreit zwischen Italien und der EU – und anhand welchen Paradigmas?

Es handelt es sich um eine Längsschnittanalyse, die es erlaubt, die zeitliche Entwicklung der Thematisierungsprozesse zu erfassen. Bevor die Häufigkeit der einzelnen Variablen innerhalb der jeweiligen Frame-Elemente *Problemdefinitionen*, *Kausale Interpretation* (Ursachen/Verursacher/-in), *Bewertung*, *Handlungsempfehlung* (allgemeine Lösungen, konkrete Policy-Optionen) sowie *Forderungsadressaten/-innen/Kompetenzabschreibung* mithilfe von Kreuztabellen im Verhältnis zueinander betrachtet und anschließend grafisch aufbereitet werden, wurde ein relationaler Vergleich neoklassischer zu keynesianischer Häufigkeiten innerhalb des jeweiligen Frame-Elements vorangestellt, um die

relative Bedeutung der Paradigmen und deren mögliche Veränderungen festzustellen (vgl. Otto et al. 2020). Beispielsweise werden auf der Seite des Keynesianismus die Thematisierungshäufigkeiten der Ursachen „Schlechte konjunkturelle Lage/Drohende Rezession in Italien“, „Ablehnung der Sparpolitik“ und „Reformbedürftigkeit des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes“ monatsweise ins Verhältnis zueinander gesetzt. Das bedeutet, dass die Summe der Thematisierungshäufigkeiten je Frame-Element pro Monat immer 100 Prozent entspricht, sodass der prozentuale Anteil jeder Kategorie und damit der Thematisierungsstatus in der Presseberichterstattung angegeben werden kann. So kann auf der Ebene der Frame-Elemente auch ausgewertet werden, mit welcher Frequenz zum Beispiel neoklassische gegenüber keynesianischen Ursachen benannt werden. Diese Form der deskriptiven Analyse erlaubt einen klaren Blick auf das Ausmaß der Dominanz eines wirtschaftspolitischen Paradigmas in der Berichterstattung.

In einem zweiten Schritt steht die Zusammensetzung der Frames im Zentrum der Analyse: Es gilt zu untersuchen, welche Frame-Elemente sich empirisch zu einem übergreifenden Medien-

Frame verbinden. Hierfür werden alle Frame-Elemente gleichzeitig in die Analyse miteinbezogen und mithilfe einer multivariaten logistischen Regression (dem sogenannten LOGIT-Modell) statistisch überprüft.¹⁴ Zeigen die einzelnen Modelle statistisch signifikante¹⁵, positive Koeffizienten der jeweiligen konkreten Variablen der Frame-Elemente an, wird diese Gesamtheit an Variablen als themenspezifischer Frame interpretiert. In anderen Worten: Es wird erfasst, welche Frame-Elemente mit welchen ihrer jeweiligen konkreten Ausprägungen (Variablen) signifikant häufig gemeinsam in den untersuchten Zeitungsartikeln auftreten. Anschließend lässt sich auswerten, wie häufig welcher Frame in der Berichterstattung vorkommt und ob etwa bestimmte Frames dominieren.

4.6 Reliabilität, Validität und Neutralität der Untersuchung

Reliabilität gibt an, ob bei Messwiederholungen durch gleiche Codierer/-innen (Intracoder-Reliabilität) oder unterschiedliche Codierer/-innen (Intercoder-Reliabilität) gleiche Messergebnisse ermittelt werden. Daran zeigt sich die Eindeutigkeit der Kategorien und Codiervorgaben (vgl.

14 Dieses Modell eignet sich für solche Berechnungen, da es die Effekte von einer oder mehreren Prädiktorvariablen auf nominale Kriteriumsvariablen misst. Dadurch können signifikante Zusammenhänge festgestellt werden. Das heißt, es wird für jede Kombination aus Problemdefinition und den einzelnen Frames-Elementen ein LOGIT-Modell gerechnet, das die mit „1“ kodierte Wahrscheinlichkeit des Eintretens der abhängigen Variable (Problemdefinition) als Funktion der unabhängigen Variablen (Frame-Elemente) modelliert. Dabei sind die Prädiktorvariablen ebenfalls mit der Ausprägung „1“ für die Thematisierung des Merkmals und „0“, falls das Merkmal nicht thematisiert wird, dichotom kodiert. Somit können alle statistisch signifikanten LOGIT-Koeffizienten der Prädiktoren auf deren Vorzeichen in Bezug auf die Zielvariable geprüft werden. Sind die Koeffizienten der unabhängigen Variablen positiv, so sind diese als Teil des Frames zu verstehen.

15 Die Ergebnisse werden vor dem Hintergrund eines Signifikanzniveaus, das gleich oder unter 0,1 Prozent (höchst signifikant), 1 Prozent (sehr signifikant) oder größer als 1 Prozent aber kleiner oder gleich 10 Prozent liegt (signifikant), ausgewertet (Bortz/Döring 2006).

Brosius et al. 2009). Im Vorfeld der Erhebung erfolgten für beide Codebücher (italienischer Haushaltsstreit 2018 und Corona-Berichterstattung 2020) je zwei Pretests durch sechs Codierer/-innen anhand von je zehn Artikeln, um die Praktikabilität und Anwendbarkeit des jeweiligen Codebuchs zu überprüfen. Die Codierungen wurden anschließend durch die 15 von der Projektleitung geschulten Codierer/-innen durchgeführt, wobei die Artikel systematisch auf alle Codierer/-innen verteilt wurden. Diese nahmen in den Codierschulungen eine parallele Codierung von Artikeln vor, sodass 15 Codierungen für die Frame-Analyse 2018 und 31 Codierungen für die Frame-Analyse 2020 gegenübergestellt werden konnten. Auf dieser Grundlage erfolgte ein Reliabilitätstest für jede einzelne Variable. Berechnet wird ein Reliabilitätskoeffizient nach Holsti (1969)¹⁶ für alle Codierer/-innen. Bei den beiden ersten Pretests betrug der Reliabilitätskoeffizient über alle Variablen hinweg für das Kategoriensystem 2018 ein Wert von 0,82 und für das Kategoriensystem 2020 ein Wert von 0,87, was als sehr gute Werte zu bezeichnen ist (vgl. Brosius et al. 2009). Ähnlich gut waren die Ergebnisse für die Formalkategorien (0,87) und für die Variablen, bei denen Bewertungen zu codieren waren:

(Kategoriensystem 2018: 0,82; Kategoriensystem 2020: 0,86). Die anderen Frame-Elemente ergaben Werte von 0,81 (Kategoriensystem 2018) und 0,87 (Kategoriensystem 2020).¹⁷

Mit Validität ist die Gültigkeit der Messinstrumente gemeint. Es handelt sich dabei um einen wissenschaftlichen Qualitätsstandard, der angibt, ob das gemessen wurde, was gemessen werden sollte. Es geht unter anderem um die Frage, ob die erhobenen Daten dem zu Grunde gelegten theoretischen Konstrukt entsprechen. Dabei gibt es drei Dimensionen der Validität. Inhaltsvalidität bezeichnet die Vollständigkeit des zu untersuchenden Konstrukts durch bisherige Forschungsarbeiten. Eine gute Inhaltsvalidität des vorliegenden Messinstruments ist gegeben, da das Kategoriensystem alle Aspekte berücksichtigt, die in der Fragestellung enthalten sind und die Beziehung zwischen den codierten Daten und den Forschungsfragen dargestellt wurde. Konstruktvalidität als weiterer Aspekt von Validität bezieht sich auf die Brauchbarkeit des Messinstruments. Konstruktvalidität ist gegeben, wenn ein Messinstrument zu validen Forschungsergebnissen kommt (vgl. Brosius et al. 2009). Da die vorliegende Forschungsarbeit auf

16 Der Holsti-Koeffizient misst die Übereinstimmung der Codierer/-innen (Inter-Codierreliabilität).

17 In den Codierschulungen zeigte sich jedoch, dass insbesondere die Codierung der Problemdefinitionen anfänglich Schwierigkeiten bei allen Codierer/-innen hervorrief. Durch gemeinsame Codier-Sitzungen der Codierer/-innen mit der Projektleitung in den ersten Phasen der Erhebung – und weiteren Konkretisierungen der Codieranweisungen zu den Variablen mit etwas geringeren Übereinstimmungswerten, wie den Problemdefinitionen – konnten Zweifelsfälle schließlich ausgeräumt werden. Ein zweiter Reliabilitätstest im Anschluss an diese Sitzungen brachte eine Steigerung der Reliabilität auf einen Gesamtwert von 0,88 (Kategoriensystem 2018) respektive 0,89 (Kategoriensystem 2020). Bei den formalen Kriterien für beide Analysen wurde ein Wert von 0,87 und bei der Einordnung von Bewertungen sogar einen nahezu perfekter Reliabilitätskoeffizient von 0,96 (Analyse 2018) beziehungsweise 0,9 (Analyse 2020) erreicht. Die übrigen Frame-Elemente lagen nach den Verbesserungen bei einem Wert von 0,88. Durch mehrere Abgabezeiträume, in denen die Zwischenergebnisse geprüft wurden, konnte zudem die Sorgfältigkeit der Codierungen sichergestellt werden (Intra-Codierreliabilität).

ein Messinstrument bereits veröffentlichter Studien (vgl. Matthes 2014; Otto et al. 2020) zurückgreift, kann auch die Konstruktvalidität als gegeben angesehen werden.

Im Gegensatz zu anderen Verfahren wurde bei dieser Untersuchung nicht im Vorhinein festgelegt, welche Frames sich in der Berichterstattung wiederfinden lassen.

Die Neutralität einer Untersuchung wird durch den Versuch einer größtmöglichen Objektivität sichergestellt. Eine Messung gilt dann als objektiv, wenn sie unabhängig von der Person, die diese Messung vornimmt, zum selben Ergebnis führt. Durch die transparente Anlage der Untersuchung und die Wahl der Methode ist die vorliegende Untersuchung nachvollziehbar, zudem handelt es sich bei der in dieser Studie gewähl-

ten Methode um eine Inhaltsanalyse mit stark standardisierten Kategoriensystemen und Codebüchern. Ein hohes Maß an Standardisierung – also vorgegebene Kategorien zu möglichen Merkmalsausprägungen – und der Zugriff auf nicht-reaktive Daten – Inhalte, die sich während des Erhebungsverfahrens nicht verändern – sichern Objektivität (vgl. Behnke et al. 2010), die zudem durch die statistische Auswertung der Daten unterstrichen wird. Die Objektivität des Verfahrens ist weiterhin auf einige Vorteile des in dieser Arbeit verwendeten induktiv manuell-dimensionsreduzierenden Verfahrens zurückzuführen (vgl. Matthes 2007): Im Gegensatz zu anderen Verfahren wurde bei dieser Untersuchung nicht im Vorhinein festgelegt, welche Frames sich in der Berichterstattung wiederfinden lassen. Weder kennen die Forscher/-innen die Frames bei der Erstellung des Kategoriensystems, noch wissen die Codierer/-innen, welchen Frame sie gerade codieren, weil nur einzelne Frame-Elemente codiert werden, aus deren Auftreten Frames erst später statistisch abgeleitet werden.

5 Wirtschaftspolitische Paradigmen in der Berichterstattung über Italien 2018

Im vorliegenden Kapitel werden die Ergebnisse hinsichtlich der Berichterstattung zur italienischen Regierung 2018 dargestellt. Begonnen wird mit der Darstellung der deskriptiven Analyseergebnisse der theoriegeleiteten Elemente (der Dimensionen) eines Frames (Kapitel 5.1). In einem zweiten Schritt werden die LOGIT-Modelle gerechnet, mithilfe derer neoklassische sowie keynesianische Frames sichtbar werden (Kapitel 5.2). Die Erkenntnisse werden am Ende zusammengefasst (Kapitel 5.3).

5.1 Problemdefinitionen und Frame-Elemente

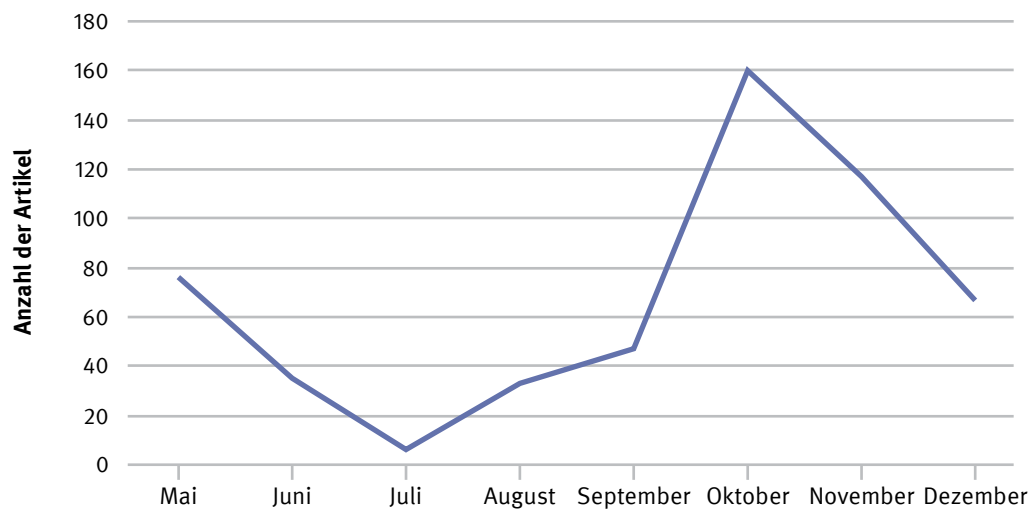
In diesem Unterkapitel werden alle Frame-Elemente mit ihren jeweiligen neoklassischen und keynesianischen Ausprägungen dargestellt. Dazu wird immer zunächst ein relationaler Vergleich aller neoklassischen sowie keynesianischen Ausprägungen vorangestellt, um eine mögliche Dominanz bereits sichtbar zu machen. Dort wo sich ein genauere Blick lohnt, werden die konkreten Variablen auch im Zeitverlauf beschrieben und interpretiert. Andernfalls werden die zentralen Ergebnisse über konkrete Ausprägungen innerhalb eines Frame-Elementes bereits beim relationalen Vergleich der paradigmatischen Häufigkeiten erläutert.

5.1.1 Problemdefinitionen

Überall untersuchten Printmedien hinweg konnten im Untersuchungszeitraum vom 18.05.2018 bis zum 31.12.2018 in insgesamt 541 von 684 Artikeln zur italienischen Wirtschafts- und Finanzpolitik 2018 Problemdefinitionen erfasst werden. Die Verteilung dieser 541 Artikel im Zeitverlauf ist in der Abbildung 1 dargestellt.

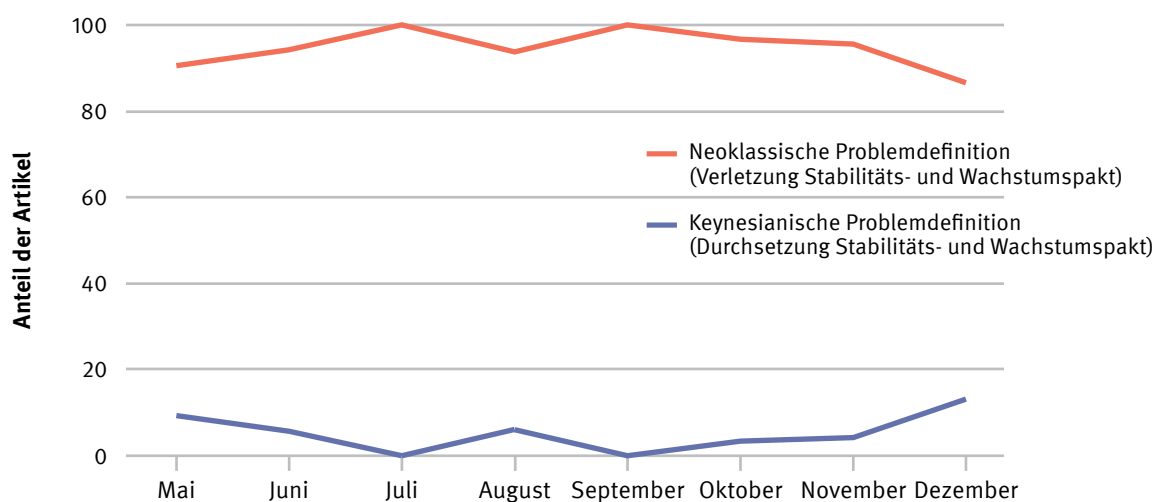
Abbildung 1 zeigt, dass die Datenbasis durch eine unterschiedlich intensive Verteilung der Artikel mit Problemdefinitionen über den gesamten Untersuchungszeitraum repräsentiert wird. Nachdem die neue italienische Koalition aus Lega (Nord) und Fünf-Sterne-Bewegung im Mai ihr neues Regierungsprogramm vorlegten und der (parteilose) Giuseppe Conte zum Ministerpräsidenten ernannt wurde, sinkt die Berichterstattungsintensität in den beiden Folgemonaten schnell ab. Ab August folgt ein sukzessiver (Wieder)Anstieg der Berichterstattung über die konträren Sichtweisen auf den Haushalt bis Oktober, in dem fast ein Drittel aller Artikel (160 Artikel) zum Thema erscheinen. Ursache für den Höhenpunkt im Oktober war die Ablehnung des italienischen Haushaltsplans durch die EU-Kommission und das damit verbundene Defizitverfahren gegen Italien. Der offen ausgebrochene Haushaltsstreit zwischen

Abbildung 1:
Verteilung der Artikel über den italienischen Haushaltsstreit mit der EU-Kommission 2018
(nach Monaten, in absoluten Zahlen)



Quelle: Eigene Darstellung. Artikel mit Bezug zum Haushaltsstreit 2018 in Italien: n=541, Untersuchungszeitraum: 18.05.2018-31.12.2018.

Abbildung 2:
Relative Häufigkeit der neoklassischen und keynesianischen Problemdefinitionen in den untersuchten Printmedien 2018 (nach Monaten, in Prozent)



Quelle: Eigene Darstellung. Artikel mit Bezug zum Haushaltsstreit 2018 in Italien: n=541, Mehrfachnennungen möglich, Untersuchungszeitraum: 18.05.2018-31.12.2018.

Brüssel und Rom sorgte dafür, dass die italienische Wirtschafts- und Finanzpolitik auch im November mit 117 Artikeln noch recht häufig von den deutschen Printmedien aufgegriffen wurde. Mit der Einigung von EU-Kommission und italienischer Regierung im Dezember auf einen Kompromiss für ein neues Haushaltsdefizit für das Jahr 2019 endet auch der Betrachtungszeitraum der vorliegenden Studie.

In Abbildung 2 wird dargestellt, in welchem Verhältnis neoklassische und keynesianische Problemdefinitionen in den untersuchten Artikeln genannt werden. Die neoklassische Problemdefinition bildet dabei die Sichtweise der EU-Kommission ab und definiert die „Verletzung der Defizitregeln des EU-Stabilitäts- und Wachstumspaktes durch die italienische Regierung“ als zu behandelndes Problem. Im Gegensatz dazu bezieht sich die keynesianische Problemdefinition auf die Sichtweise der italienischen Regierung. Die „Durchsetzung der Kriterien des Stabilitäts- und Wachstumspaktes durch die EU-Kommission“ beziehungsweise der „Austeritätspolitik der EU-Kommission“ stellt hier das zentrale Problem dar.

Insgesamt lässt sich in den untersuchten 541 Artikeln, in denen Problemdefinitionen genannt wurden, ein klares Verhältnis der Artikel mit neoklassischen Problemdefinitionen zu den Artikeln mit keynesianischen Problemdefinitionen erkennen: In 95 Prozent (514 Artikel) handelt es

sich um die neoklassische Problemdefinition, lediglich knapp unter sechs Prozent (30 Artikel) transportieren (auch) die keynesianische Sichtweise – dabei sind Artikel, die beide Problemdefinitionen beinhalten, äußerst selten. Die insgesamt sehr geringe Repräsentation der keynesianischen Problemdefinition ist im Verhältnis zu Beginn (im Mai, bei der Vorstellung der Reformagenda der neuen italienischen Regierung) sowie gegen Ende des Streits im Dezember mit rund zehn Prozent etwas stärker.

„Verletzung der Defizitregeln“: neoklassische Problemdefinition überwiegt bei Weitem.

Der Grund dafür dürfte darin liegen, dass die italienische Regierung im Mai ihr – aufgrund der hohen geplanten Ausgaben – im europäischen Diskurs öffentlich kritisierendes Regierungsprogramm verstärkt verteidigte und ihre Perspektive somit auch stärker im Fokus der deutschen Berichterstattung stand. Die Aufmerksamkeitspitze der keynesianischen Problemdefinition im Dezember (13,2 Prozent aller Artikel) begründet sich vermutlich dadurch, dass die beiden zentralen Akteure im Haushaltsstreit zu einem Kompromiss fanden, wodurch auch die EU-Kommission einen Schritt auf die (keynesianisch argumentierende) italienische Regierung zuzuging.¹⁸

18 Bei der folgenden Frame-Analyse muss folglich berücksichtigt werden, dass die Thematisierungshäufigkeiten der neoklassischen Frame-Elemente im Vergleich zu den keynesianischen deutlich höhere Fallzahlen aufweisen.

5.1.2 Verursacher/-innen (kausale Interpretation)

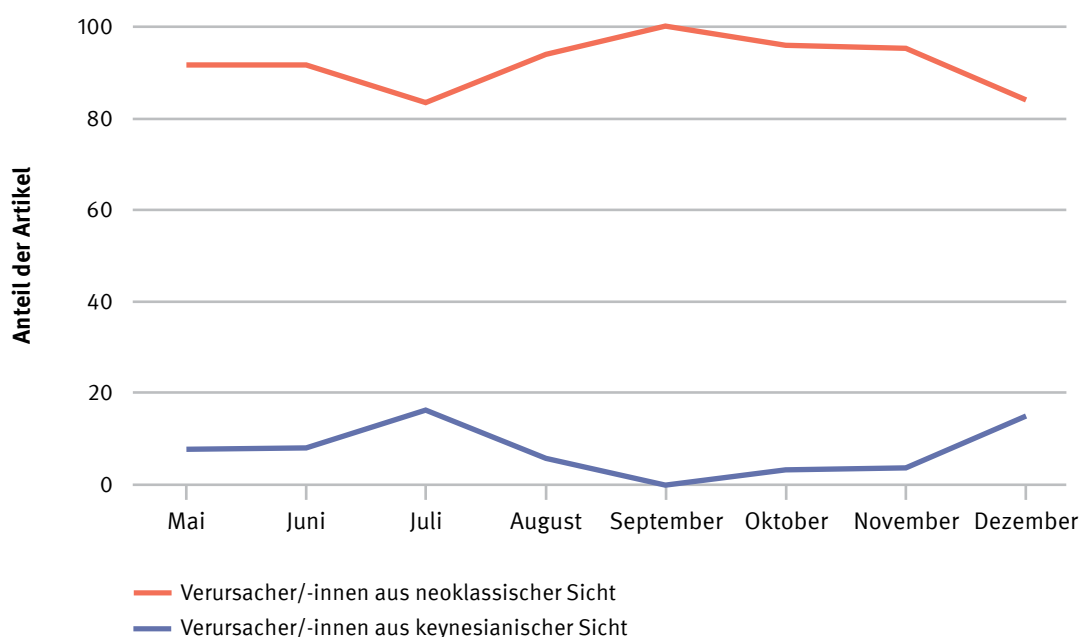
Überalle untersuchten Printmedien hinweg konnten im Untersuchungszeitraum vom 18.05.2018 bis zum 31.12.2018 in insgesamt 538 von 541 Artikeln zur italienischen Wirtschafts- und Finanzpolitik 2018 (in denen ein Problem definiert wurde) Verursacher/-innen erfasst werden. Dies entspricht 99,4 Prozent aller Artikel. Die relative Thematisierungshäufigkeit nach Paradigma im Zeitverlauf ist in der Abbildung 3 dargestellt.

Die Abbildung 3 verdeutlicht, dass neoklassische Problemverursacher/-innen in jedem Monat deutlich häufiger als keynesianische Problemverursacher/-innen genannt wurden.

Analog zur Verteilung der Artikel der Problemdefinitionen, finden sich in 95 Prozent der Artikel Verursacher/-innen aus neoklassischer Sichtweise (italienische Regierungsmitglieder) und lediglich in sechs Prozent (auch) Akteure, die aus keynesianischer Sichtweise für die Probleme verantwortlich sind (Mitglieder der EU-Kommission).

Im Folgenden werden die Verursacher/-innen aus neoklassischer Sichtweise differenzierter betrachtet. Auf eine detailliertere Darstellung der Verursacher/-innen aus keynesianischen Sicht wird aufgrund der geringen Gesamtfallzahl (34 Artikel) sowie aufgrund der klaren Fokussierung auf die EU-Kommission als Ganze

Abbildung 3:
Relative Häufigkeit der neoklassischen und keynesianischen Verursacher/-innen in den untersuchten Printmedien 2018 (nach Monaten, in Prozent)



Quelle: Eigene Darstellung. Artikel mit Bezug zum Haushaltsstreit 2018 in Italien: n=538, Mehrfachnennungen möglich, Untersuchungszeitraum: 18.05.2018-31.12.2018.

verzichtet. Die hohe Thematisierungshäufigkeit der Kommission als Kollektiv ist darauf zurückzuführen, dass die EU-Kommission als Hüterin der Verträge die Aufgabe hat, die Haushaltsentwürfe für alle Mitgliedsstaaten gemäß dem Stabilitätspakt zu bewerten. Da sie 2018 erstmals in der Geschichte der EU den Haushaltsplan eines Mitgliedsstaates zurückwies, stand die Institution als Ganze im Zentrum der Debatten um den Haushaltsentwurf der italienischen Regierung. Einzelne EU-Kommissions-Mitglieder (Jean-Claude Juncker, Valdis Dombrovskis und Pierre Moscovici) werden lediglich in bis zu 3 Artikeln als Verursacher benannt und spielen daher für die Analyse eine marginale Rolle. Eine Personalisierung kann aufseiten der keynesia-

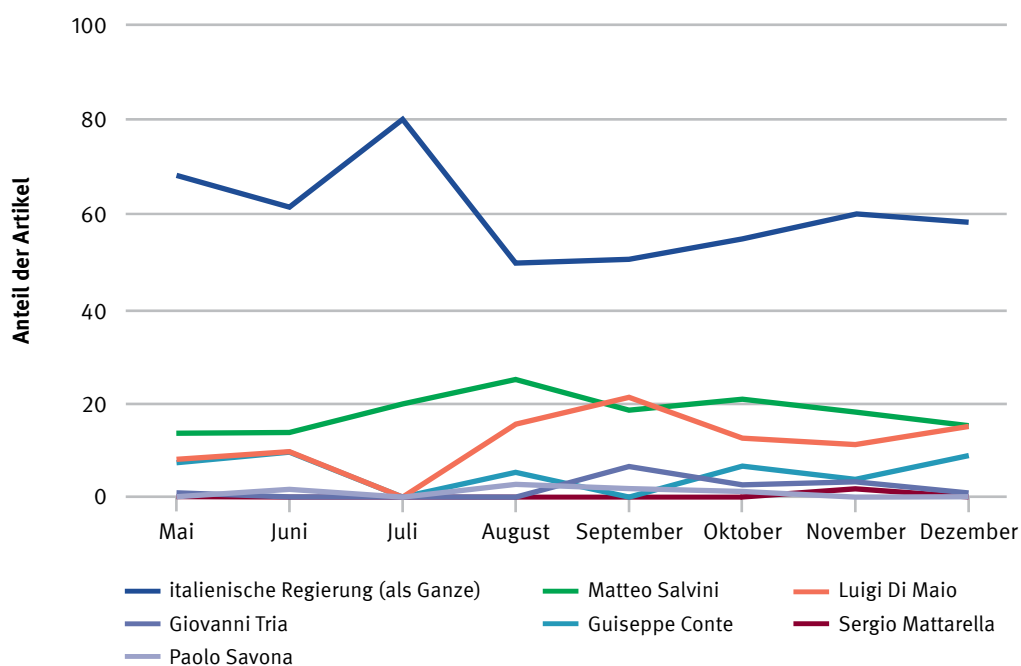
nischen Perspektive somit nicht konstatiert werden.

Die Verursacher/-innen aus neoklassischer Sicht

Die sieben italienischen Verursacher/-innen – Präsident „Sergio Mattarella“, Ministerpräsident „Giuseppe Conte“, Innenminister „Matteo Salvini“, der Minister für wirtschaftliche Entwicklung „Luigi Di Maio“, Finanzminister „Giovanni Tria“, der Minister für europäische Angelegenheiten „Paolo Savona“ und „die italienische Regierung als Ganzes“ – wurden in 514 von insgesamt 541 Artikeln thematisiert, was einem Anteil von 95 Prozent der Artikel entspricht. Der Verlauf der Thematisierungen über den gesamten Beobachtungszeitraum ist in Abbildung 4 dargestellt.

Abbildung 4:

Relative Häufigkeit konkreter Problemverursacher/-innen aus neoklassischer Sichtweise in den untersuchten Printmedien 2018 (nach Monaten, in Prozent)



Quelle: Eigene Darstellung. Artikel mit Bezug zum Haushaltsstreit 2018 in Italien: n=514, Mehrfachnennungen möglich, Untersuchungszeitraum: 18.05.2018-31.12.2018.

Insbesondere die italienische Regierung steht als Problemverursacher im Fokus der Medien.

Zunächst fällt auf, dass die italienische Regierung am häufigsten über den gesamten Untersuchungszeitraum als Problemverursacher genannt wurde. Dies war in über 94 Prozent der Artikel mit Verursacher/-innen der Fall. Ihre Aufmerksamkeitsspitze erreichte sie im Juli mit einem Anteil von 80 Prozent. Ab Juli bis zum Ende des Untersuchungszeitraums lässt sich von einer konstanten Aufmerksamkeit um die 56 Prozent für die italienische Regierung als Problemverursacher sprechen. Matteo Salvini und Luigi Di Maio als stellvertretende Ministerpräsidenten sowie Parteichefs von Lega (Nord) und Fünf-Sterne-Bewegung wurden neben der italienischen Regierung ebenfalls häufig als Problemverursacher benannt. Während über Matteo Salvini in den Monaten ab Juli in jedem fünften Artikel berichtet wird, steht Luigi Di Maio im September im medialen Fokus mit 21,3 Prozent der Artikel. Danach adressiere ihn die Presseberichterstattung noch in durchschnittlich 13 Prozent der Artikel bis zum Ende des Beobachtungszeitraums. Die anderen Regierungsmitglieder spielten angesichts der relativen Thematisierungshäufigkeiten von durchschnittlich unter zehn oder sogar fünf Prozent eine eher untergeordnete Rolle.

Die hohe mediale Aufmerksamkeit für die italienische Regierung als Verursacherin lässt sich

folgendermaßen begründen: Bei dem italienischen Haushaltsstreit handelt es sich um einen bilateralen Konflikt zwischen der italienischen Regierung als Repräsentantin Italiens und der EU-Kommission als Hüterin der europäischen Verträge. Die Regierungen der Mitgliedsländer allein tragen die Verantwortung einen Haushaltsplan unter Beachtung der wirtschaftspolitischen europäischen Leitlinien vorzulegen (vgl. Europäische Kommission 2018a). Darüber hinaus standen die Parteichefs beider Koalitionspartner, Matteo Salvini und Luigi Di Maio, aufgrund ihrer polarisierenden Äußerungen als Einzelpersonen im Fokus der Medien. So wurde Salvini in der FAZ wie folgt zitiert: „Nur Verrückte eröffnen gegen uns ein Vertragsverletzungsverfahren. Dann würden 60 Millionen Italiener gegen sie aufstehen“ (Piller 2018). Beide Politiker versicherten beispielsweise auch, dass „das Haushaltsdefizit von 2,4 Prozent [...] nicht angetastet“ werde (Sauer 2018) und Vizeministerpräsident Luigi Di Maio verlautbarte, „er wolle mehr Geld ausgeben, um einen glaubwürdigen Wachstumsplan zu finanzieren. Ihm sei klar, was dies bedeutete und was dadurch an den Märkten geschehen könne.“ (Reuters & ps 2018)

5.1.3 Ursachen (kausale Interpretation)

Über alle untersuchten Printmedien hinweg konnten im Untersuchungszeitraum vom 18.05.2018 bis zum 31.12.2018 in insgesamt 503 von 541 Artikeln zur italienischen Wirtschafts- und Finanzpolitik 2018 Ursachen erfasst werden, was etwa 93 Prozent aller Artikel entspricht. Der Verlauf der relativen Thematisierungshäufigkeiten nach

Paradigma über den gesamten Beobachtungszeitraum ist in Abbildung 5 dargestellt.

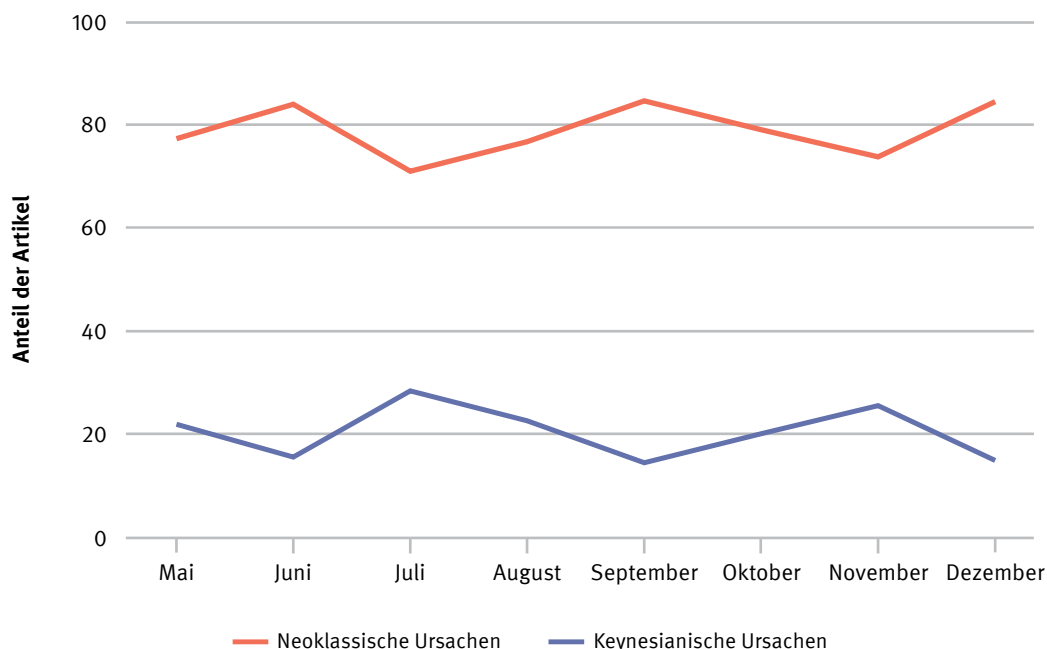
Aufschlüsse in die Argumentation der konträren Sichtweisen bietet.

Abbildung 5 zeigt, dass auch in der Ursachen-dimension die neoklassischen Ursachen in jedem Monat überwiegen: Sie werden in 97 Prozent der Artikel mit Ursachen (489 Artikel) thematisiert. Keynesianische Ursachen werden in einem deutlich geringeren Umfang genannt, in knapp 25 Prozent aller Artikel (128 Artikel). Zudem unterliegen die paradigmatischen Thematisierungsverläufe einigen Schwankungen, sodass die folgende differenzierte Betrachtung der konkreten Variablen nach neoklassischer und keynesianischer Perspektive interessante

Ursachen aus neoklassischer Sicht

Die fünf neoklassischen Ursachen – „Schuldenfinanziertes Regierungsprogramm der italienischen Regierung“, „Programm für die Einführung eines Grundeinkommens“, „Programm für die Senkung des Renteneintrittsalters“, „Programm für Steuersenkungen“ und „Geplantes Haushaltsdefizit“ – wurden in insgesamt 489 Artikeln thematisiert, was 90,4 Prozent der Artikel entspricht. Der Verlauf der Thematisierungshäufigkeiten über den gesamten Beobachtungszeitraum ist in Abbildung 6 dargestellt.

Abbildung 5:
Relative Häufigkeit der neoklassischen und keynesianischen Ursachen in den untersuchten Printmedien 2018 (nach Monaten, in Prozent)



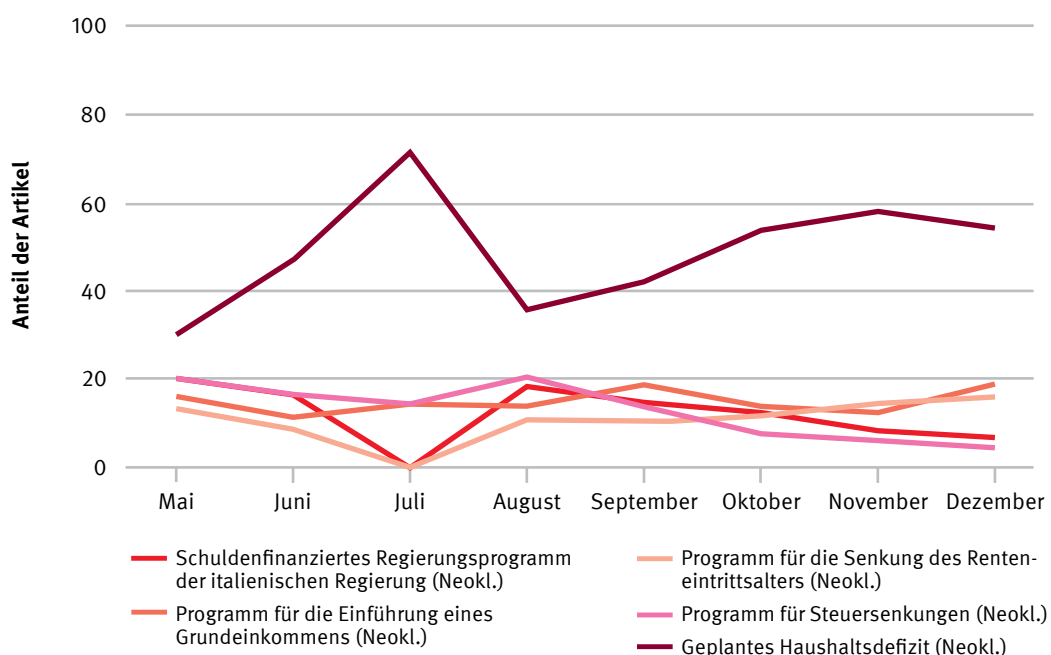
Quelle: Eigene Darstellung. Artikel mit Bezug zum Haushaltsstreit 2018 in Italien: n=503, Mehrfachnennungen möglich, Untersuchungszeitraum: 18.05.2018-31.12.2018.

Aus der Abbildung geht hervor, dass die Thematisierungshäufigkeiten aller Ursachen seit Beginn nahezu spiegelbildlich verlaufen: Während einerseits die Aufmerksamkeit für die Ursache „Geplantes Haushaltsdefizit“ von Mai bis Juli stetig wächst, im Juli einen Höhepunkt erreicht, von Juli auf August erneut sinkt, bevor sie wieder ansteigt, rücken die anderen Ursachen ab Juli verstärkt in den medialen Fokus, bevor sie ab August/September langsam in den Hintergrund treten. Über den gesamten Zeitraum betrachtet dominiert damit die Ursache „Geplantes Haushaltsdefizit“ die Berichterstattung. Sie ist in über 87,5 Prozent der Artikel, in denen neoklassische Ursachen thematisiert werden, wiederzufinden und erreicht im Juli mit einem Anteil von 71,4 Pro-

zent ihre Aufmerksamkeitsspitze. Im Vergleich dazu weisen die übrigen Ursachen über den gesamten Zeitraum ein recht moderates Aufmerksamkeitsniveau auf: Die drei konkreten Grundpfeiler des Regierungsprogramms – die Einführung eines Grundeinkommens, die geplante Steuerreform und die Rentenreform sowie die allgemeine Ursache „schuldenfinanziertes Regierungsprogramm“ – machten in den Monaten jeweils durchschnittlich 13 Prozent der Artikel aus, womit sie von den Printmedien nur gelegentlich aufgegriffen wurden.

Die Analyse der neoklassischen Ursachen lassen sich auf die Veröffentlichung des Regierungsprogramms, das sich auf die drei Grundpfeiler

Abbildung 6:
Relative Häufigkeit konkreter neoklassischer Problemursachen in den untersuchten Printmedien 2018 (nach Monaten, in Prozent)



Quelle: Eigene Darstellung. Artikel mit Bezug zum Haushaltsstreit 2018 in Italien: n=489, Mehrfachnennungen möglich, Untersuchungszeitraum: 18.05.2018-31.12.2018.

Einführung des Grundeinkommens, die Rentenreform und Steuerreform stützte, zurückführen. Daneben lassen sich die auffälligen Aufmerksamkeits sprünge aller Ursachen mit der Stellungnahme des Europäischen Rates vom 13. Juli 2018 zum italienischen Haushaltsplan erklären. So „ist der Rat der Auffassung, dass ab 2018 die erforderlichen Maßnahmen ergriffen werden sollten, um die Vorgaben des Stabilitäts- und Wachstumspakts einzuhalten.“ (Europäischer Rat 2018, C 320/54).

Ursachen aus keynesianischer Sicht

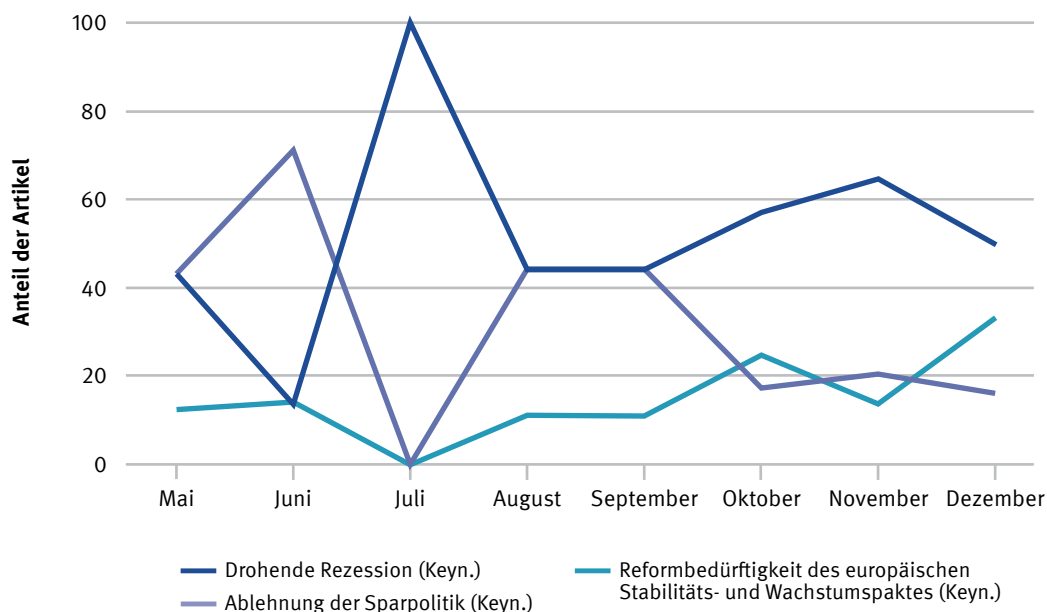
Die drei keynesianischen Ursachen „Drohende Rezession in Italien“, „Ablehnung der Sparpolitik“ und „Reformbedürftigkeit des europäischen

Stabilitäts- und Wachstumspaktes“ wurden in 128 der insgesamt 541 Zeitungs- und Magazinartikel thematisiert. Somit konnten in 23,7 Prozent der untersuchten Artikel Ursachen für die keynesianische Problemdefinition festgestellt werden. Der Verlauf hierzu ist in Abbildung 7 für den gesamten Untersuchungszeitraum dargestellt.

Bei der Betrachtung von Abbildung 7 sind die spiegelbildlichen Verläufe der Thematisierungen der Ursachen „drohende Rezession in Italien“ und „Ablehnung der Sparpolitik“ von Mai bis Oktober 2018 bemerkenswert. Über den gesamten Beobachtungszeitraum schwanken die prozentualen Häufigkeiten der beiden Ursachen zwischen beinahe 15 und 100 Prozent. Über die

Abbildung 7:

Relative Häufigkeit konkreter keynesianischer Problemursachen in den untersuchten Printmedien 2018 (nach Monaten, in Prozent)



Quelle: Eigene Darstellung. Artikel mit Bezug zum Haushaltsstreit 2018 in Italien: n=128, Mehrfachnennungen möglich, Untersuchungszeitraum: 18.05.2018-31.12.2018.

Ursache „drohende Rezession in Italien“ wird am häufigsten mit einem Anteil von durchschnittlich 60,9 Prozent berichtet. Nach einem anfänglichen Aufmerksamkeitssprung erreicht die Ursache im Juli mit 100 Prozent ihre Aufmerksamkeitsspitze, bevor sie an Aufmerksamkeit verliert und sich anschließend auf einem Niveau um die 50 Prozent befindet. Dazu verzeichnet die Ursache „Ablehnung der Sparpolitik“ ihren Höhepunkt bereits im Juni mit einem Anteil von 71,4 Prozent aller Artikel, in denen keynesianische Ursachen genannt werden, bevor sie ab September langsam in den Hintergrund der Presseberichterstattung rückt. Die dritte Ursache hat insgesamt nur eine geringe Relevanz.

Wichtigste keynesianische Problemursachen: „drohende Rezession in Italien“ und „Ablehnung der Sparpolitik“.

Eine mögliche Begründung für die unterschiedlichen Aufmerksamkeitszyklen könnte darin liegen, dass die italienische Regierung mit ihrem ausgabenfinanzierten Regierungsprogramm das Wirtschaftswachstum ankurbeln wollte. Die Regierung intendierte sich zunächst höher als geplant zu verschulden und somit die von der EU-Kommission geforderte Sparpolitik nicht zu verfolgen. In diesem Zusammenhang wurden (post)keynesianischen Ökonomen/-innen bei der Analyse des Haushaltsstreits (realtiv) häufig genannt. So konnte der Ökonom Heiner Flassbeck beispielsweise in der *taz* aus keynesiani-

scher Sicht die Problemursachen erläutern: Es wurde vonseiten der italienischen Regierung „erkannt, dass es mit der Sparpolitik so nicht weitergehen kann. Sie wollen die europäischen Verträge ändern und mehr Geld ausgeben. Und das ist das Einzige, was Italien und den Euro retten kann.“ (Flassbeck 2018 in Wimalasena 2018)

5.1.4 Bewertungen

Über alle untersuchten Printmedien hinweg konnten im Untersuchungszeitraum vom 18.05.2018 bis zum 31.12.2018 in insgesamt 416 von 541 Artikeln zur italienischen Wirtschafts- und Finanzpolitik 2018 Bewertungen der Akteure erfasst werden. Dies entspricht einem Anteil von 76,9 Prozent aller Artikel. Der Verlauf der relativen Thematisierungshäufigkeiten über den gesamten Beobachtungszeitraum nach Paradigma ist in Abbildung 8 dargestellt.

In der Abbildung 8 wird die Dominanz der Bewertungen aus Sicht der neoklassischen Perspektive deutlich. In knapp 96 Prozent der Artikel mit Bewertungen werden die italienische Regierung und/ oder ihre Mitglieder bewertet. Im Vergleich dazu finden sich (keynesianische) Bewertungen der EU-Kommission und/oder ihre Kommissare/-innen in nur 17 Prozent der Artikel wieder. Gegen Ende des Beobachtungszeitraums zeigt sich ein leichter Rückgang der Bewertungen aus neoklassischer Sicht und zugleich eine erhöhte Anzahl an Artikeln, in denen die EU-Kommission bewertet wurde.

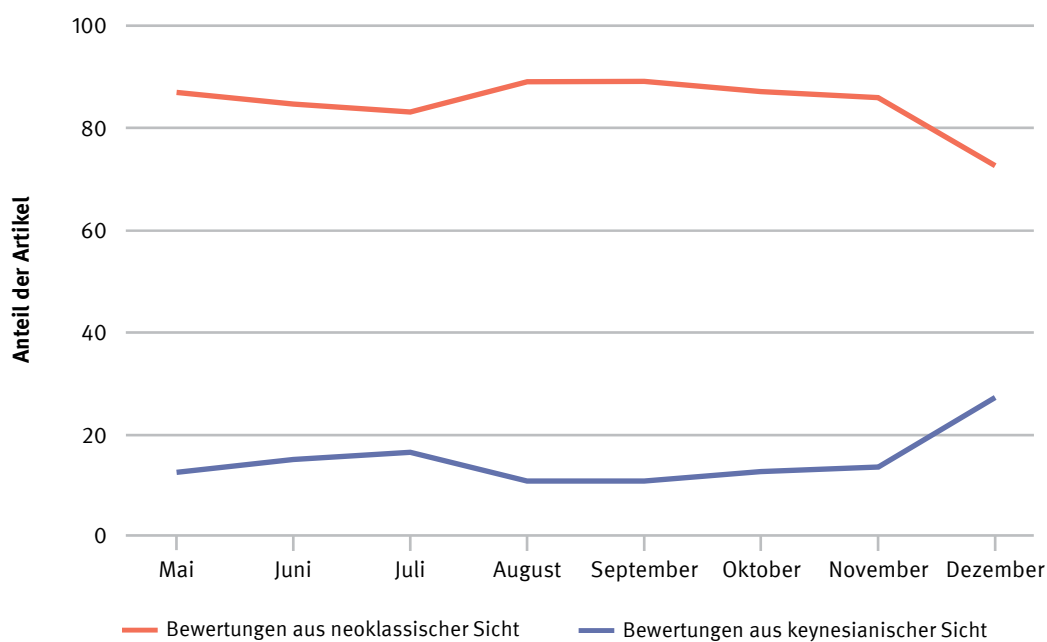
Eine knappe konkrete Erläuterung der Bewertungsvariablen aus neoklassischer Sicht wird

im folgenden Abschnitt dargestellt. Aufgrund der geringen Artikelanzahl, in denen Bewertungen der Europäischen Kommission vorgenommen wurden, wird auf eine detaillierte Darstellung verzichtet. Jedoch ist hier anzumerken, dass die Bewertungsvariablen in ihrem Inhalt und ihrer Entwicklung den Verlauf des Haushaltsstreits nahezu exakt abbilden. Über den gesamten Zeitraum dominierte der Tenor, dass die EU-Kommission sich nicht durchsetzen konnte. Dies war auf Seiten der italienischen Akteure wie auch auf Seiten europäischer Akteure eine aus unterschiedlichen Gründen getroffene Beurteilung der EU-Kommission („Mangelnde Durchsetzungskraft der EU-Kommission“). Die italienischen Regierungsmitglieder

stellten kurze Zeit nach der Veröffentlichung ihres Regierungsprogramms vermehrt den Stabilitäts- und Wachstumspakt infrage („Infragestellung des Stabilitätspakts“). Daneben äußerten sie sich vor allem nach der Einreichung ihres strittigen Haushaltsentwurfs ab Oktober und bei der Debatte um die Einleitung eines Defizitverfahrens, dass sie sich schlechter als andere EU-Mitgliedsstaaten behandelt fühlen („Schlechtere Behandlung der Italiener“). Ein Grund für diese Bewertung mag darin liegen, dass Deutschland 2018 von Italien einen strikten Austeritätsskurs forderte, während auch gegen Deutschland schon einmal (im Jahr 2005) ein Defizitverfahren eingeleitet und kurze Zeit später (2007) bereits wieder eingestellt wurde.

Abbildung 8:

Relative Häufigkeit der neoklassischen und keynesianischen Bewertungen in den untersuchten Printmedien 2018 (nach Monaten, in Prozent)



Quelle: Eigene Darstellung. Artikel mit Bezug zum Haushaltsstreit 2018 in Italien: n=416, Mehrfachnennungen möglich, Untersuchungszeitraum: 18.05.2018-31.12.2018.

Die Bewertungen der italienischen Regierung

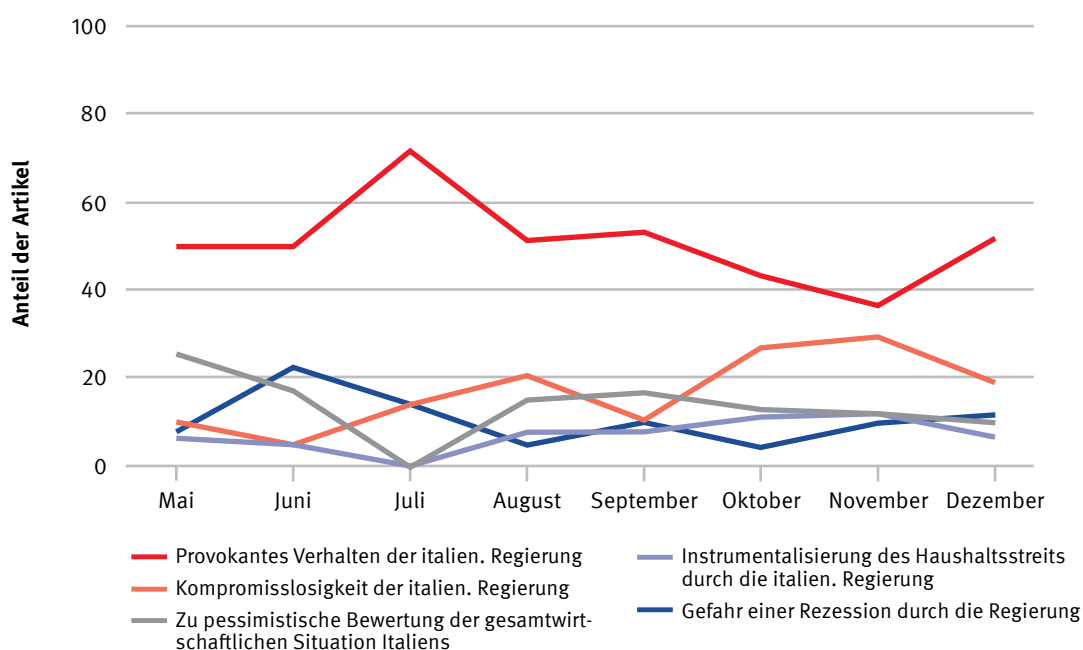
Die fünf häufigsten¹⁹ Bewertungen der italienischen Regierung („provokantes Verhalten der italienischen Regierung“, „Kompromisslosigkeit der italienischen Regierung“, „Zu pessimistische Bewertung der gesamtwirtschaftlichen Situation Italiens“, „Instrumentalisierung des Haushaltsstreits durch die italienische Regierung“ und „Gefahr einer Rezession durch die Regierung“) wurden in 388 von insgesamt 541 Artikeln thematisiert. Dies entspricht einem Anteil von knapp 72 Prozent der 541 untersuch-

ten Artikeln. Die Abbildung 9 zeigt den Verlauf der relativen Thematisierungshäufigkeiten in den Monaten Mai bis Dezember 2018.

Die Berichterstattung über die verschiedenen Bewertungen zur neuen italienischen Regierung wurde von der Bewertung „provokantes Verhalten Italiens“ dominiert: Sie wurde in 77,3 Prozent der Artikel mit Bewertungen genannt. Der Anteil dieser Bewertung an allen neoklassischen Bewertungen der italienischen Regierung schwankt in den untersuchten Monaten zwischen 30 und

Abbildung 9:

Relative Häufigkeit unterschiedlicher Bewertungen der italienischen Regierung in den untersuchten Printmedien 2018 (nach Monaten, in Prozent)



Quelle: Eigene Darstellung. Artikel mit Bezug zum Haushaltsstreit 2018 in Italien: n=388, Mehrfachnennungen möglich, Untersuchungszeitraum: 18.05.2018-31.12.2018.

¹⁹ Es werden hier nur die zentralen Variablen dargestellt. Das heißt, es werden einige Variablen, deren Thematisierungshäufigkeiten sehr gering sind, aus der Analyse ausgeschlossen. Dadurch unterscheidet sich der Anteil der Artikel, in denen diese Variablen genannt wurden, geringfügig von dem im vorangestellten relationalen Vergleich genannten Artikelanteil. Dies gilt für alle nachfolgenden Fälle, bei denen detaillierte Erläuterungen zentraler Variablen auf den relationalen paradigmatischen Vergleich folgen.

70 Prozent. Sie erreicht im Juli ihren Höhepunkt mit einem Anteil von 71,4 Prozent. Danach nimmt die Aufmerksamkeit kontinuierlich ab, bis die Thematisierung der Bewertung ihren Tiefpunkt bei 36,7 Prozent im November erreicht. Neben dem „provokanten Verhalten“ standen auch die Bewertungen „Kompromisslosigkeit Italiens“ und „zu pessimistische Bewertung“ im Fokus der Presseberichterstattung. Während bei „Kompromisslosigkeit Italiens“ ein schwankender Thematisierungsverlauf mit (relativen) Höhepunkten im Mai bei rund 14 Prozent und im November mit knapp 30 Prozent zu erkennen ist, erreicht die Bewertung „zu pessimistische Bewertung der gesamtwirtschaftlichen Situation Italiens“ bereits im Mai mit 25,6 Prozent ihre Aufmerksamkeitsspitze, bevor sie stark in den Hintergrund rückt und ab August in durchschnittlich 13 Prozent der Artikel genannt wird. Alle anderen Bewertungen spielen über den gesamten Beobachtungszeitraum angesichts der Thematisierungshäufigkeiten von durchschnittlich unter 20 oder sogar zehn Prozent eine eher untergeordnete Rolle.

Die ausschließlich negative Bewertung des italienischen Verhaltens kann einerseits als Ausdruck eines neoklassischen Deutungsrahmens aufgefasst werden, da die italienischen Perspektive offensichtlich vom vorherrschenden neoklassischen Mainstream abweicht. Andererseits lässt sich insbesondere die Dominanz der Bewertung „provokantes Verhalten Italiens“ damit erklären, dass die italienische Regierung bzw. ihre Mitglieder aufgrund ihrer polemischen Art und ihrer populistischen Verhaltensweisen in

der Presseberichterstattung dargestellt wurden. So beinhaltete die Mehrzahl der Zitate italienischer Akteure provokante Äußerungen.

„Mit diesem Haushaltsentwurf strecken Salvini und Di Maio Europa die Zunge raus.“

Die taz zitierte Salvini mit den Worten: „Da ist ein Brief aus Brüssel gekommen? Na gut, wir warten auf Post vom Weihnachtsmann“ (Salvini 2018 zitiert nach Braun 2018b). Daraufhin reagierten EU-Kommissare/-innen oder Europaparlamentsabgeordnete: „Mit diesem Haushaltsentwurf strecken Salvini und Di Maio Europa die Zunge raus“ (Ferber 2018 zitiert nach Arzt et al. 2018). In der Folge war die wirtschaftspolitische Debatte auf einzelne Akteure zentriert, deren Bewertung und deren Kommunikation mehr Platz eingeräumt wurde als der Bewertung einer Verletzung der Defizitregeln und einer höheren Staatsverschuldung.

5.1.5 Lösungen (Handlungsempfehlungen)

Über alle untersuchten Printmedien hinweg konnten im Untersuchungszeitraum vom 18.05.2018 bis zum 31.12.2018 in insgesamt 375 von 541 Artikeln zur italienischen Wirtschafts- und Finanzpolitik 2018 Lösungsvorschläge erfasst werden. Dies entspricht 69,3 Prozent aller Artikel. Der Verlauf der relativen Thematisierungshäufigkeiten nach Paradigma über den gesamten Beobachtungszeitraum ist in Abbildung 10 dargestellt.

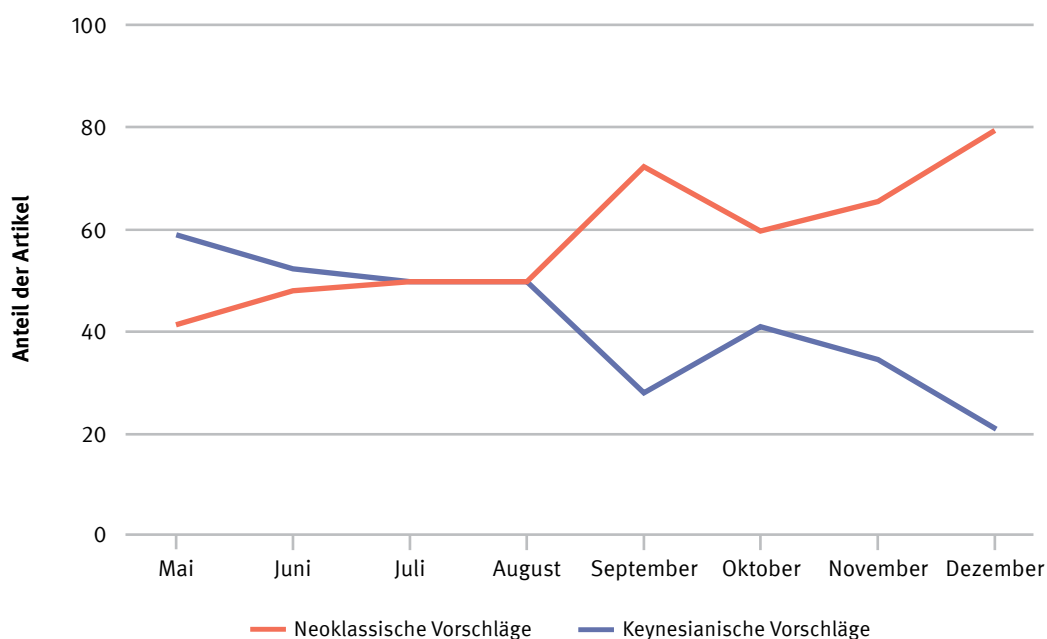
Wie die Abbildung 10 zeigt, vermitteln die untersuchten Zeitungs- und Magazinartikel bis August neoklassische (47,3 Prozent) sowie keynesianische Lösungen (52,7 Prozent) in einem ausgewogenen Verhältnis. Ab September verlaufen die Aufmerksamkeitszyklen auseinander: Während neoklassische Lösungsvorschläge vermehrt thematisiert werden, rücken keynesianische Lösungen kontinuierlich in den Hintergrund der Presseberichterstattung. Insgesamt werden neoklassische Lösungen in 76 Prozent der Artikel mit Lösungen genannt, während keynesianische Lösungen in 49 Prozent der Artikel thematisiert wurden.

Im Hinblick auf die einzelnen neoklassischen Lösungen, wird die Lösung „Anpassung des Haushaltsentwurfs“ über den gesamten Unter-

suchungszeitraum am häufigsten in den Medien thematisiert. Sie wird in über 96 Prozent aller Artikel mit neoklassischen Lösungsvorschlägen als eine Lösungsmöglichkeit angesehen und macht durchschnittlich in allen Monaten rund 85 Prozent der Artikel aus, im Dezember steigt dieser Wert sogar auf 100 Prozent. Die zweite neoklassische Lösung „Strukturreformierung der italienischen Wirtschaft“ macht durchschnittlich zwölf Prozent der Artikel aus. Besonders im Juni (25 Prozent) und Juli (20 Prozent) wird diese Lösung verstärkt aufgegriffen. Die hohe Aufmerksamkeit für die Problemlösung „Anpassung des Haushaltsentwurfs“ kann damit begründet werden, dass die EU-Kommission nicht von ihrer Position abwich und die italienische Regierung durchgängig zur Überarbeitung des Haushaltsplans aufforderte.

Abbildung 10:

Relative Häufigkeit der neoklassischen und keynesianischen Lösungsvorschläge in den untersuchten Printmedien 2018 (nach Monaten, in Prozent)



Quelle: Eigene Darstellung. Artikel mit Bezug zum Haushaltsstreit 2018 in Italien: n=375, Mehrfachnennungen möglich, Untersuchungszeitraum: 18.05.2018-31.12.2018.

Werden dahingegen die keynesianischen Lösungen betrachtet, wird deutlich, dass die Lösung „Beendigung der Sparpolitik“ medial klar dominiert. Über 85 Prozent der Artikel mit keynesianischen Lösungsvorschlägen gehen auf diesen Vorschlag zurück. Die anderen beiden Lösungen „Reformierung des Stabilitätspakts“ und „Konjunkturprogramme“ spielen aufgrund niedriger Fallzahlen nur eine marginale Rolle. Es ist nicht überraschend, dass das Ziel, die von der EU-Kommission angestrebte Sparpolitik zu beenden und stattdessen eine expansive Fiskalpolitik zu betreiben, medial am häufigsten thematisiert wurde. Italien gehört zu den langsam wachsenden Volkswirtschaften der Europäischen Union und weist einen Schuldenstand von über 130 Prozent auf. Für die Verschärfung der wirtschaftlichen Krise machte die neue italienische Regierung die Haushaltskonsolidierung verantwortlich. Um ihre Schulden zu reduzieren und ihre Wirtschaft zu stabilisieren, plädierte die neue Regierung in Italien lautstark für mehr Staatsausgaben (vgl. Tokarski 2018). Interessant ist darüber hinaus allerdings, dass europapolitische, strukturelle Änderungen, konkret die Reformierung des Stabilitätspakts, am seltensten genannt wurde. Dadurch wird einerseits ersichtlich, dass die Akteure mit keynesianischer Sicht (hier also die italienische Regierung) eher ihre eigenen Interessen auf kurzer bzw. mittlerer Frist durchsetzen wollten, anstatt das europäische Instrument generell so zu verändern, dass es zukünftig mehr Spielraum für alle Länder hinsichtlich der Haushaltskriterien gäbe. Andererseits nutzten die Medien die Krise auch nicht als Chance, um den Streit als eine Debatte um die Verfasstheit der europäischen Regeln darzustellen.

5.1.6 Policy-Optionen

(Handlungsempfehlungen)

Über alle untersuchten Printmedien hinweg konnten im Untersuchungszeitraum vom 18.05.2018 bis zum 31.12.2018 in insgesamt 242 von 541 Artikeln zur italienischen Wirtschafts- und Finanzpolitik 2018 Policy-Optionen erfasst werden. Dies entspricht einem Anteil von 44,7 Prozent aller Artikel. Der Verlauf der relativen Thematisierungshäufigkeiten nach Paradigmen über den gesamten Beobachtungszeitraum ist in Abbildung 11 dargestellt.

Abbildung 11 bietet eine Reihe interessanter Aufschlüsse. So ist zu erkennen, dass im Frame-Element Policy-Optionen zum ersten Mal keynesianische Betrachtungsweisen dominieren. Sie werden in knapp 70 Prozent aller Artikel mit Policy-Optionen genannt, neoklassische Policy-Optionen hingegen in knapp 58 Prozent der Artikel. Bis Oktober berichten die Medien deutlich häufiger über konkrete keynesianische Handlungsvorschläge als über ihre neoklassischen Gegenstücke. Ab Juli – in dem ausschließlich keynesianische Policy-Optionen in den Medien thematisiert werden – nimmt die Aufmerksamkeit jedoch kontinuierlich ab. Zum Ende des Untersuchungszeitraums im Dezember berichtet die Presse fast ausgewogen über die konträren Policy-Optionen.

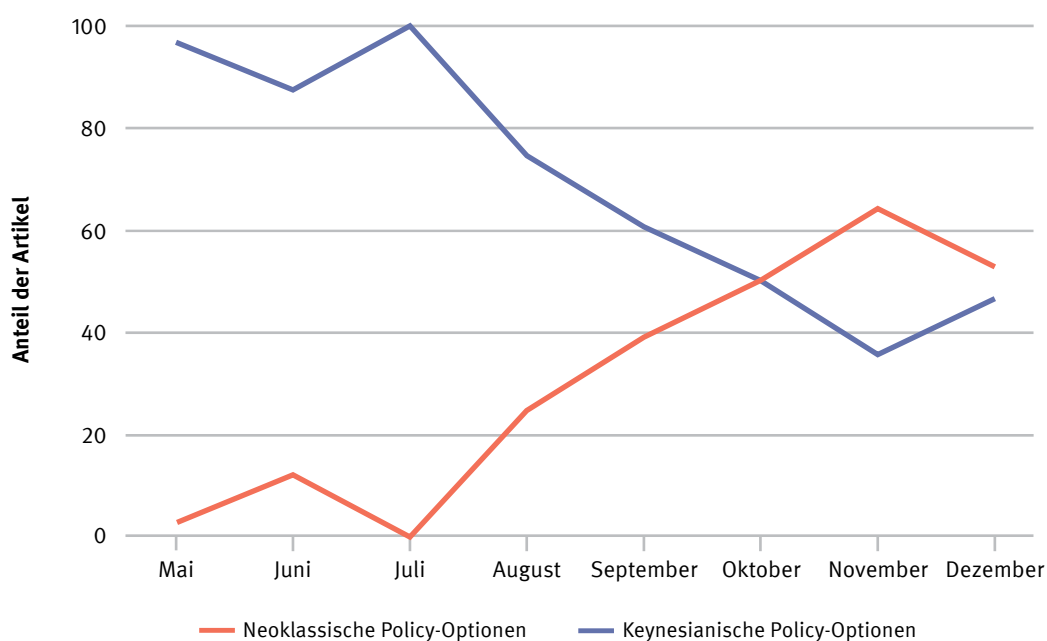
Werden auf der einen Seite die neoklassischen Policy-Optionen näher betrachtet, zeigt sich, dass „Begrenzung des Haushaltsdefizits“ und „Einleitung eines Defizitverfahrens“ über den gesamten Beobachtungszeitraum überwiegen. Während über „Einleitung eines Defizitverfah-

rens“ erst ab September in der Presseberichterstattung berichtet wird, weist „Begrenzung des Haushaltsdefizits“ einen recht schwankenden Thematisierungszyklus mit verschiedenen Kulminationspunkten von Beginn an auf. Diese Option wird in durchschnittlich 59 Prozent der Artikel mit neoklassischen Policy-Optionen thematisiert. Die Thematisierungsverläufe der beiden dominanten neoklassischen Policy-Optionen illustrieren die wirtschaftspolitischen Ereignisse. Die Begrenzung des Haushaltsdefizits folgt dem Lösungsvorschlag der Anpassung des italienischen Haushaltsentwurfs. Dass das Instrument „Einleitung eines Defizitverfahrens“ erst in der zweiten Hälfte genannt wird, verwundert nicht, da die EU-Kommission zunächst in

einem Dialog einen Kompromiss mit der italienischen Regierung finden wollte, bevor sie mit der Einleitung eines Defizitverfahrens drohte. Schließlich wurde deutlich, dass die italienische Regierung nicht bereit war, die Neuverschuldung zu reduzieren und einige EU-Kommissare/-innen für das Defizitverfahren plädierten.

Auf der anderen Seite sind die keynesianischen Policy-Optionen breiter gefächert. Die drei wichtigsten sind die Wahlversprechen der italienischen Regierung: das Grundeinkommen, die Steuersenkungen und die Rentenreform. Die Policy-Option „Einführung eines Grundeinkommens“ wurde am häufigsten in der Presseberichterstattung thematisiert. Ein ähnlicher Aufmerksamkeitszy-

Abbildung 11:
Relative Häufigkeit der neoklassischen und keynesianischen Policy-Optionen in den untersuchten Printmedien 2018 (nach Monaten, in Prozent)



Quelle: Eigene Darstellung. Artikel mit Bezug zum Haushaltsstreit 2018 in Italien: n=242, Mehrfachnennungen möglich, Untersuchungszeitraum: 18.05.2018-31.12.2018.

klus, wenn auch auf einem generellen niedrigeren Niveau, lässt sich für die „Rentenreform“ beobachten. Das dritte Wahlversprechen sind die einheitlichen Steuersätze, die sogenannte Flat Tax. Dieses Instrument wird in der ersten Hälfte des Beobachtungszeitraums häufiger in der Presseberichterstattung thematisiert.

Die am häufigsten thematisierte keynesianische Policy-Option: „Einführung eines Grundeinkommens“.

Der „Verzicht auf Einleitung eines Defizitverfahrens“ als vierte keynesianische Policy-Option gewinnt erst am Ende des Beobachtungszeitraums eine gewisse mediale Aufmerksamkeit. Die drei Optionen Grundeinkommen, Rentenreform und Steuersenkungen, die wichtigsten Eckpfeiler des Regierungsprogramms, erforderten eine deutliche Erhöhung der Staatsausgaben. So hat sich vor allem die Lega (Nord) für die sieben Milliarden Euro teure Senkung des Renteneintrittsalters und den 1,5 Milliarden Euro teuren einheitlichen Steuersatz („Flat Tax“) eingesetzt, während besonders die Fünf-Sterne-Bewegung das neun Milliarden Euro teure Grundeinkommen von 780 Euro monatlich forderte. Die italienische Regierung wurde in der Empfehlung des Rats vom 13. Juli 2018 aufgefordert, die ausgabenfinanzierten Wahlversprechen zu kürzen. So wurde dafür plädiert, die hohen Rentenansprüche an den öffentlichen Ausgaben zurückzuführen. Dadurch sollte mehr Freiraum für andere soziale Ausgaben geschaffen werden (vgl. Europäische Kom-

mission 2018a). Dies veranlasste Mitglieder der italienischen Regierung dazu, sich verstärkt für ihre Wahlversprechen auszusprechen, wodurch die hohen Thematisierungswerte in der Presseberichterstattung erklärt werden können. Die erhöhte Aufmerksamkeit für den „Verzicht auf ein Defizitverfahren“ lässt sich mit der Entscheidung der EU-Kommission im Dezember begründen, den überarbeiteten Haushaltsplans Italiens anzunehmen, der die versprochenen Einsparungen von ungefähr zehn Milliarden Euro beinhaltete (vgl. Europäische Kommission 2018c).

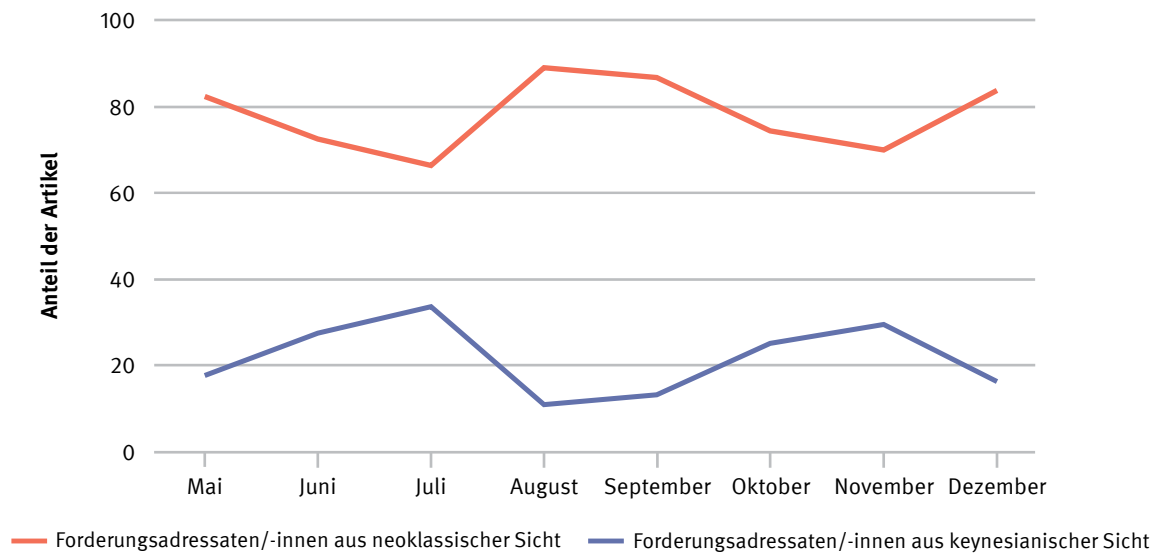
5.1.7 Forderungsadressaten/-innen

Überalle untersuchten Printmedien hinweg konnten im Untersuchungszeitraum vom 18.05.2018 bis zum 31.12.2018 in insgesamt 226 von 541 Artikeln zur italienischen Wirtschafts- und Finanzpolitik 2018 Forderungsadressaten/-innen erfasst werden, was einem Anteil von 41,8 Prozent aller Artikel entspricht. Der Verlauf der relativen Thematisierungshäufigkeiten nach Paradigma über den gesamten Beobachtungszeitraum ist in Abbildung 12 dargestellt.

Wie Abbildung 12 zu entnehmen ist, dominierte mit durchschnittlich 89 Prozent der Anteil der Artikel, in denen aus neoklassischer Sicht Akteure zum Handeln aufgefordert werden. Hier zeigt sich bei einer näheren Betrachtung der einzelnen Akteure, dass die italienische Regierung (als Ganze) in neun von zehn Artikeln, in denen neoklassische Forderungsadressaten/-innen genannt werden, zur Problemlösung aufgefordert wird. Dies lässt sich analog zur Verursacher/-innen-Dimension begründen: Bei dem italieni-

Abbildung 12:

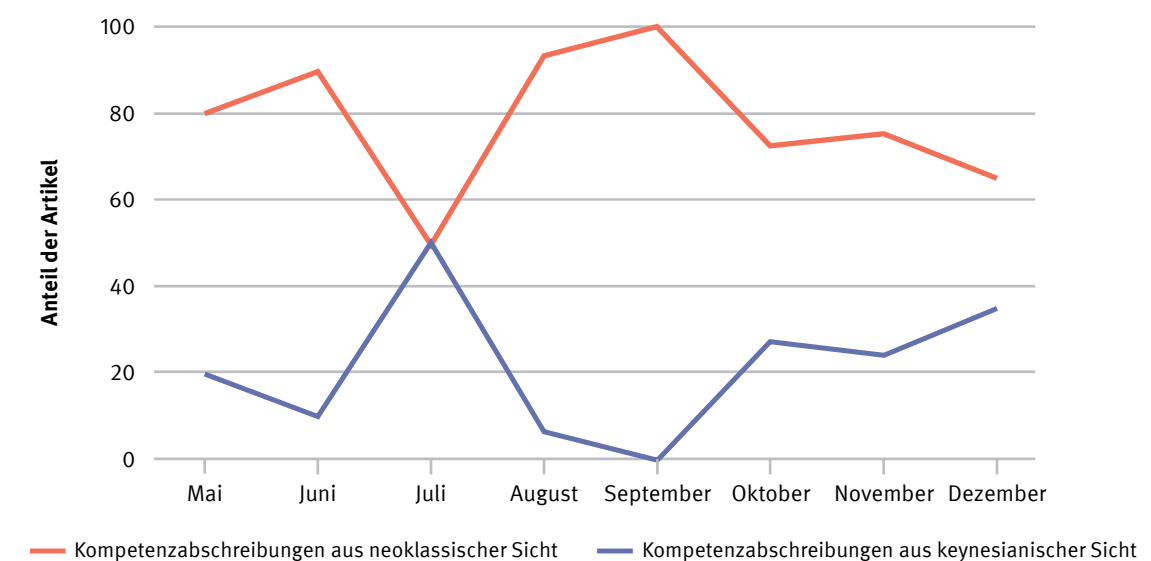
Relative Häufigkeit der neoklassischen und keynesianischen Forderungsadressaten/-innen in den untersuchten Printmedien 2018 (nach Monaten, in Prozent)



Quelle: Eigene Darstellung. Artikel mit Bezug zum Haushaltsstreit 2018 in Italien: n=226, Mehrfachnennungen möglich, Untersuchungszeitraum: 18.05.2018-31.12.2018.

Abbildung 13:

Relative Häufigkeit der neoklassischen und keynesianischen Kompetenzabschreibungen in den untersuchten Printmedien 2018 (nach Monaten, in Prozent)



Quelle: Eigene Darstellung. Artikel mit Bezug zum Haushaltsstreit 2018 in Italien: n=176, Mehrfachnennungen möglich, Untersuchungszeitraum: 18.05.2018-31.12.2018.

schen Haushaltsstreit handelt es sich um einen Konflikt auf bilateraler Ebene, weshalb die Regierung als Ganzes als Verursacherin und Problemlöserin benannt wird. Die EU-Kommission forderte von ihr primär die Überarbeitung des Haushaltsentwurfs, in der medialen Darstellung fand keine Personalisierung und Fokussierung auf einzelne italienische Akteure statt.

In durchschnittlich 27 Prozent der Artikel werden Akteure aus keynesianischer Sicht als Forderungsadressaten/-innen benannt. In nahezu allen dieser Artikel wird die EU-Kommission zum Handeln aufgefordert, da diese die „die Entwicklung der Haushaltslage und der Höhe des öffentlichen Schuldenstands in den Mitgliedstaaten im Hinblick auf die Feststellung schwerwiegender Fehler“ überwacht (Artikel 126 Absatz 2 AEUV, vgl. Europäische Kommission 2018b). Parallel zur medialen Darstellung der neoklassischen Forderungsadressaten/-innen fand keine Personalisierung – beispielsweise durch die Herausstellung einzelner EU-Kommissare/-innen – statt.

5.1.8 Kompetenzabschreibungen

Überalle untersuchten Printmedien hinweg konnten im Untersuchungszeitraum vom 18.05.2018 bis zum 31.12.2018 in insgesamt 176 von 541 Artikeln zur italienischen Wirtschafts- und Finanzpolitik 2018, was einem Anteil von knapp einem Drittel aller Artikel entspricht, Kompetenzabschreibungen der Akteure erfasst werden. Der Verlauf der relativen Thematisierungshäufigkeiten nach Paradigma über den gesamten Beobachtungszeitraum ist in Abbildung 13 dargestellt.

Abbildung 13 zeigt, dass in jedem Monat, mit Ausnahme von Juli, neoklassische Kompetenzabschreibungen überwiegen. Insgesamt wurden in 86,4 Prozent der Artikel mit Kompetenzabschreibungen neoklassische Sichtweisen vermittelt, in 25,6 Prozent fanden sich keynesianische Perspektiven. In Anbetracht der Vielzahl der Akteure, denen aus neoklassischer sowie keynesianischer Sicht Kompetenzen abgesprochen wurden, werden beide Sichtweisen im Folgenden detaillierter dargestellt.

Kompetenzabschreibungen aus neoklassischer Sicht

In 152 von insgesamt 541 Zeitungs- und Magazinartikeln wurde italienischen Akteuren aus neoklassischer Sicht Kompetenzen abgesprochen, was einem Anteil von rund 28 Prozent entspricht. Neben der „italienischen Regierung als Ganzes“ waren dies sechs Einzelpersonen: Präsident Sergio Mattarella, Ministerpräsident Giuseppe Conte, Innenminister Matteo Salvini, der Minister für Arbeit- und Sozialpolitik Luigi Di Maio, Finanzminister Giovanni Tria und Europaminister Paolo Savona. Der Aufmerksamkeitszyklus der Thematisierungen wird in Abbildung 14 präsentiert.

Bei der Betrachtung der Thematisierungsverläufe der Kompetenzabschreibungen fällt zunächst auf, dass nahezu alle Verläufe einige Schwankungen aufweisen. Dennoch stechen die italienische Regierung als Ganze sowie Matteo Salvini als Einzelperson unter allen Akteuren hervor: Ersterer wird in durchschnittlich knapp 44 Prozent, letzterem in knapp 18 Prozent der Artikel Kom-

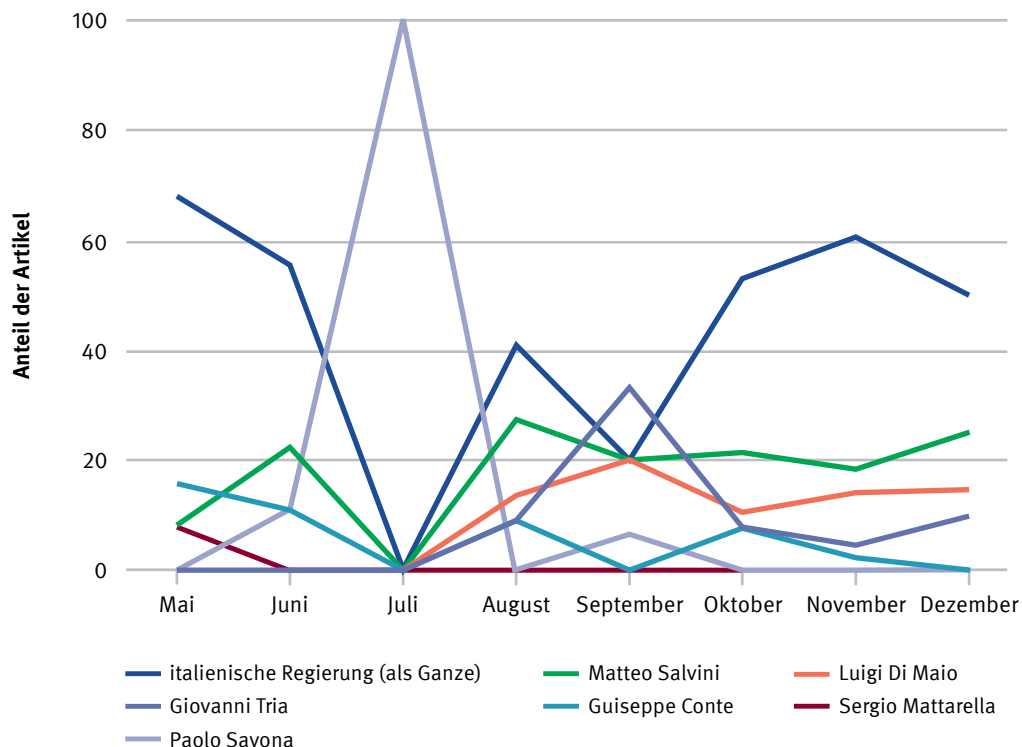
petenzen abgeschrieben. Während Luigi Di Maio noch in knapp 15 Prozent und Giovanni Tria in jedem zehnten der Artikel in diesem Zusammenhang genannt wird, weisen alle anderen (Einzel) Akteure Thematisierungshäufigkeiten von unter zehn Prozent auf. Hinzu kommt, dass der italienische Finanzminister Giovanni Tria erst in den letzten Monaten des Untersuchungszeitraums, also ab August, hinsichtlich einer Kompetenzabschreibung in den medialen Fokus rückte. Ein ähnlicher Thematisierungsverlauf kann für Luigi Di Maio festgehalten werden, welchem ab Au-

gust bis Dezember Kompetenzen bezüglich der Einhaltung der Stabilitäts- und Wachstumskriterien abgesprochen werden.

Die Analyse der in den Medien erwähnte Akteure zeigt, dass auch einzelne Akteure eine größere Rolle spielten und somit eine stärkere Personalisierung stattfand. So wurde nicht nur der italienischen Regierung die Kompetenz abgesprochen, die EU-Regeln einzuhalten, sondern auch den Mitgliedern, einen konstruktiven Dialog mit der EU-Kommission zu führen. Dies ist für

Abbildung 14:

Häufigkeit von Kompetenzabschreibungen der italienischen Regierung in den untersuchten Printmedien 2018 (nach Monaten, in Prozent)



Quelle: Eigene Darstellung. Artikel mit Bezug zum Haushaltsstreit 2018 in Italien: n=152, Mehrfachnennungen möglich, Untersuchungszeitraum: 18.05.2018-31.12.2018.

Matteo Salvini und Luigi Di Maio aufgrund ihrer zahlreichen polemischen Äußerungen und ihres populistischen Verhaltens nicht verwunderlich. Die zeitweise hohe Aufmerksamkeit für Giovanni Tria kann dadurch erklärt werden, dass sich Tria, der erst im Juni zum Wirtschaftsminister ernannt wurde, bis August für ein geringeres Defizit einsetzte – woraufhin er vor allem von den eigenen Regierungsmitgliedern kritisiert wurde. Im September schließlich folgte er der Politik der neuen italienischen Regierung und trat medial weniger häufig in Erscheinung.²⁰

Kompetenzabschreibungen aus keynesianischer Sicht

In 45 von insgesamt 541 Zeitungs- und Magazinartikeln waren Kompetenzabschreibungen aus keynesianischer Perspektive auszumachen, was 8,3 Prozent aller Artikel mit Kompetenzabschreibungen entspricht. Neben der „EU-Kommission als Ganzes“ wurden Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker, der Kommissar für Haushalt und Personal, Günther Oettinger, und EU-Wirtschaftskommissar Pierre Moscovici als einzelne Akteure erwähnt.

In durchschnittlich 80 Prozent der Artikel mit Kompetenzabschreibungen aus keynesianischer Sicht wird die EU-Kommission adressiert, die einzelnen EU-Kommissare, vor allem Günther Oettinger, spielen eine eher untergeordnete Rolle. Der Thematisierungsverlauf der EU-Kommis-

sion unterliegt jedoch einigen Schwankungen. So werden in den im Juli, August und November veröffentlichten Artikeln ausschließlich der EU-Kommission Kompetenzen zugeschrieben – was exakt den Monaten entspricht, in denen die EU-Kommission überwiegend als Verursacherin für die keynesianische Problemdefinition genannt wurde –, während sie im Juni und September in der Berichterstattung auf diese Weise überhaupt nicht adressiert wurde. Im Gegensatz dazu zeigen die entsprechenden Thematisierungen der beiden EU-Kommissare Jean-Claude Juncker und Pierre Moscovici beinahe einen einheitlichen Verlauf: Beiden wird erst im Oktober und Dezember in den Medien Kompetenz abgesprochen.

EU-Kommission und Stabilitätspakt als „zahnlose Tiger“?

Die Ausnahme bildet der Mai, in dem Moscovici in 16,7 Prozent der entsprechenden Artikel erwähnt wird. So hieß es in einem Artikel am 23. Mai 2018: „Der EU-Währungskommissar legte am Mittwoch in Brüssel die Haushaltsempfehlungen für die Mitgliedstaaten vor – und gab sich erkennbar Mühe, die ohnehin EU-kritischen Koalitionspartner in Rom nicht noch zusätzlich gegen sich aufzubringen.“ (Drewes 2018). Der Thematisierungshöhepunkt von Präsident Jean-Claude Juncker im Oktober lässt sich mit

²⁰ Ungeachtet dessen, dass Europaminister Paolo Savona insgesamt nur in einer sehr geringen Anzahl an Artikeln Kompetenzen zugeschrieben wurden, wurde er dennoch in 100 Prozent der Artikel im Juli adressiert. Ursächlich war sein eurokritischer Kurs und sein geplanter Austritt aus der Währungsunion. Dieser Kurs wurde nicht nur von europäischen Akteuren kritisiert, sondern auch von italienischen Regierungsmitgliedern wie Luigi di Maio und Giovanni Tria.

der weitreichenden Äußerung Salvinis erklären, dass Menschen wie Jean-Claude Juncker Italien und Europa ruiniert hätten (vgl. Mayr 2018, Der Spiegel). Ein weiteres Ergebnis der Auswertung: Nicht nur die italienische Regierung hat der EU-Kommission Kompetenzen abgeschrieben, sondern auch Akteure aus der Wirtschaft. Beispielsweise wurden die EU-Kommission und der Stabilitätspakt häufig als „zahnlose Tiger“ bezeichnet (z. B. Plickert 2018; Lohrmann 2018).

5.2 Übergreifende Frames

Das folgende Kapitel befasst sich mit der Analyse der neoklassischen und keynesianischen Frames in den untersuchten Medien. Hierfür wurde zwischen der neoklassischen und der keynesianischen Problemdefinition unterschieden: Für jede Problemdefinition erfolgte die Rechnung mehrerer LOGIT-Modelle, um zu untersuchen, welche Frame-Elemente häufig

TABELLE 6
Für die Medien-Frame-Analyse 2018 ausgewählte Ausprägungen der Frame-Elemente

Paradigma	Neoklassik	Keynesianismus
Problem	„Verletzung der Defizitregeln des EU-Stabilitäts- und Wachstumspakts durch die italienische Regierung“	„Durchsetzung der Kriterien des Stabilitäts- und Wachstumspaktes durch die EU-Kommission“
Ursache	„Geplantes Haushaltsdefizit“, „schuldenfinanziertes Regierungsprogramm“, „Einführung eines Grundeinkommens“, „Programm für die Senkung des Renteneintrittsalters“	„Drohende Rezession in Italien“, „Ablehnung der Sparpolitik“, „Reformbedürftigkeit des Stabilitäts- und Wachstumspakts“
Verursacher/-in	„Italienische Regierung“	„EU-Kommission“
Bewertung	„Provokantes Verhalten“, „Kompromisslosigkeit“, „zu pessimistische Bewertung der gesamtwirtschaftlichen Situation Italiens“	„Mangelnde Ernsthaftigkeit des Stabilitäts- und Wachstumspakts“, „schlechtere Behandlung der Italiener/-innen“
Lösung	„Anpassung des italienischen Haushaltsentwurfs“	„Beendigung Sparpolitik“, „Einführung Konjunkturprogramme“, „Reformierung des Stabilitätspakts“
Policy-Option	„Einleitung eines Defizitverfahrens gegen die italienische Regierung“, „Begrenzung des Haushaltsdefizits“	„Einführung eines Grundeinkommens“, „Programm für die Senkung des Renteneintrittsalters“, „Steuersenkungen“, „Verzicht auf Einleitung eines Defizitverfahrens“
Forderungsadressat/-in	„Italienische Regierung“	„EU-Kommission“
Kompetenzabschreibungen	„Italienische Regierung“	„EU-Kommission“

Quelle: Eigene Darstellung

gemeinsam in der Presseberichterstattung genannt wurden (vgl. Otto et al. 2020, vgl. auch Kapitel 4.5). Themenspezifische Frames in der Presseberichterstattung werden in dieser Arbeit als Gesamtheit aller nach Bortz und Döring (2006) höchst oder sehr signifikanten Elemente interpretiert. In den folgenden Abbildungen sind alle Frame-Elemente grün markiert, die einen solchen statistisch signifikanten Zusammenhang mit der jeweiligen Problemdefinition aufweisen. Tabelle 6 zeigt die für die Berechnungen herangezogenen neoklassischen und keynesianischen Frame-Elemente an.²¹

Zunächst wird sich bei der neoklassischen sowie keynesianischen Frame-Analyse mit solchen Frames beschäftigt, die zentrale Akteure im italienischen Haushaltsstreit inkludieren (sogenannte Frames mit Akteursbindung), bevor Ergebnisse von LOGIT-Modellen ohne Akteure dargestellt werden. Die Akteursvariablen werden nur dann mitaufgenommen, wenn sie je nach (paradigmatischem) Frame der logischen Konsistenz folgen sowie statistisch signifikant sind – und somit als erklärende Variable im jeweiligen LOGIT-Modell dienen können. Dabei kann keines der beiden Modelle (mit oder ohne Akteure) als „besseres Modell“, welches die Realität adäquater abbildet, betrachtet werden, da in der Presseberichterstattung mehrere Frames zugleich sichtbar gemacht wurden. Durch die LOGIT-Analyse kann

festgestellt werden, welche Frame-Elemente in diesen Frames signifikant häufig zusammen genannt werden.

Neoklassische Frame-Analyse

Die Auswertung des LOGIT-Modells mit Akteursbindung (Abbildung 15) zeigt den folgenden Medien-Frame: Die Presseberichterstattung schrieb der italienischen Regierung die Verantwortung für das Problem einer Verletzung der Defizitregeln zu. Dabei sah die Presse das geplante italienische Haushaltsdefizit als Ursache für die Abweichung vom Stabilitätspakt an, die durch eine Anpassung des Haushaltsentwurfs korrigiert werden kann. Parallel dazu wurde das Verhalten der italienischen Regierung im Haushaltsstreit mit der EU-Kommission als provokant und populistisch bewertet.

Somit ergibt sich ein gut interpretierbares Ergebnis für das neoklassische Framing in der deutschen Presseberichterstattung zum „Schuldenstreit“ im Jahr 2018, welches die Ergebnisse der vorangegangenen deskriptiven Analyse der einzelnen Frame-Elemente nahezu perfekt abbildet. Es stand nicht nur die Tatsache, dass das geplante Haushaltsdefizit der italienischen Regierung weitaus höher lag als zuvor vereinbart, im Zentrum des Streits, sondern auch die Rhetorik und Kommunikation zwischen den Akteuren.

21 Aufgrund zu geringer Fallzahlen wurden nicht alle Frame-Elemente in die Analyse miteinbezogen, sondern nur jene, welche die Presse häufig in ihrer wirtschaftspolitischen Berichterstattung erwähnte. Die Auswahl der Items erfolgte anhand der deskriptiven Analyse zwischen den Variablen und verfolgt das Ziel einer Beschränkung der Frame-Analyse auf die wesentlichen Aspekte. Weitere Variablen wurden aufgrund von Multikollinearitäten, also starken Korrelationen zwischen den abhängigen Variablen, in den einzelnen LOGIT-Modellen ausgeschlossen.

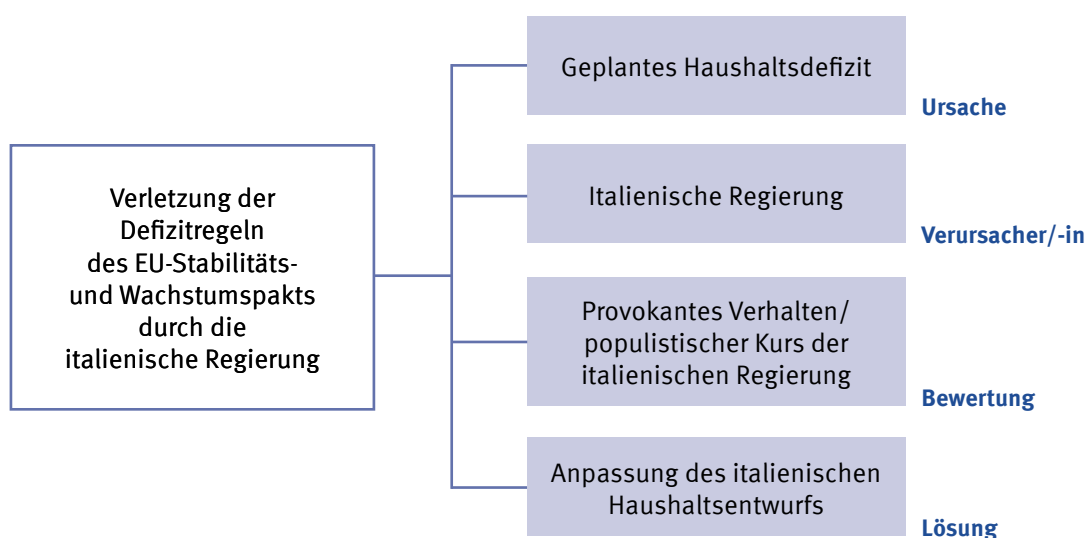
Die italienische Regierung zeigt sich im Haushaltsstreit mit der EU selbstbewusst: „Innerhalb weniger Wochen wird Italien revolutioniert sein.“

Insbesondere in den Monaten Oktober und November, als die EU-Mitgliedsstaaten ihre Haushaltspläne für das Jahr 2019 bei der EU-Kommission einreichten, stand die italienische Regierung mit ihrer intendierten Verletzung der Maastricht-Kriterien im Mittelpunkt der (Haushalts)Debatten. Die italienische Regierung wollte den Haushaltsentwurf nicht wie von der EU-Kom-

mission gewünscht anpassen und die provokante Kommunikation führte zu einer Eskalation der Gespräche. So zitierte die *taz* Innenminister Matteo Salvini wie folgt: „Ich verlange Respekt für das italienische Volk, und ich verlange, dass sie mich nicht zum 100-Meter-Lauf mit Skistiefeln an den Füßen antreten lassen.“ (Salvini 2018 zitiert nach Braun 2018b). Im *Spiegel* hieß es von Ministerpräsident Giuseppe Conte: „Und wer den italienischen Weg kritisiere, [...] der werde sich noch wundern: ‚Innerhalb weniger Wochen wird Italien revolutioniert sein.‘“ (Conte 2018 zitiert nach Bartz et al. 2018). Auf diese Weise bediente sich die italienische Regierung im Streit mit der EU-Kommission polemischer Ausdrücke und zeigte sich öffentlich selbstbewusst hinsichtlich ihres politisch angestrebten Richtungswechsels.

Abbildung 15:

Frame-Analyse für die neoklassische Problemdefinition 2018 (mit Akteuren)



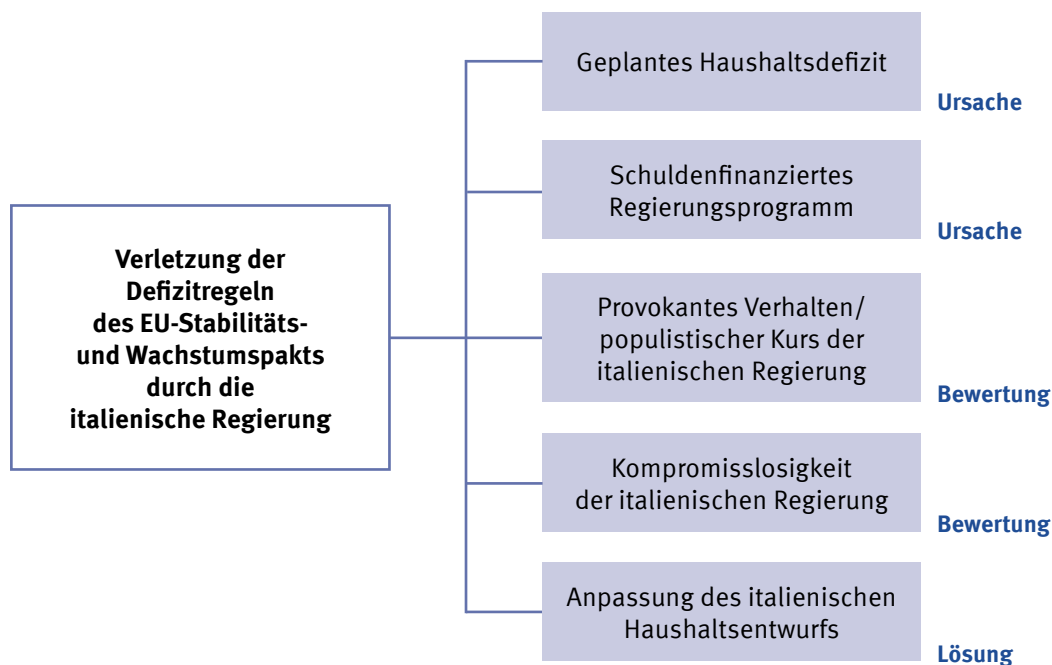
Quelle: Eigene Darstellung.

Werden die Akteure aus der Frame-Analyse ausgeschlossen (Abbildung 16), fällt zunächst auf, dass der Medien-Frame aus mehr Elementen als zuvor besteht: Konkret kommt eine weitere Ursache („schuldenfinanziertes Regierungsprogramm“) und eine weitere Bewertung („Kompromisslosigkeit der italienischen Regierung“) hinzu.²² Dieser übergreifende Frame repräsentiert die Sichtweise der EU-Kommission im Haushaltsstreit mit der italienischen Regierung. Hinsichtlich der zusätzlichen Bewertung „Kompromisslosigkeit der italienischen Regierung“ fanden sich in den Medien über den Be-

obachtungszeitraum viele Äußerungen der italienischen Regierung, die sich wie die folgenden Beispiele aus dem *Spiegel* bzw. der *taz* lesen: „Je mehr ich den Haushaltsentwurf studiere, desto besser gefällt er mir“ (Conte 2018 zitiert nach Bartz et al. 2018) und: „[Es wird] keine Verhandlung eröffnet, dies ist keine Attacke gegen die Regierung, sondern gegen ein Volk“ (Salvini 2018 zitiert nach Braun 2018a). Schlagzeilen wie „Rom und Brüssel im Kalten Krieg“ (Braun 2018a) oder „Die italienische Erpressung“ (Hildebrand 2018) dominierten die Presseberichterstattung im Oktober und November. Dass der Lösungs-

Abbildung 16:

Frame-Analyse für die neoklassische Problemdefinition 2018 (ohne Akteure)



Quelle: Eigene Darstellung.

²² In Anbetracht dessen, dass die Frame-Elemente Ursache und Verursacher in eine Dimension (kausale Interpretation) fallen, können die höchst signifikanten positiven Koeffizienten der Ursachen auf die Ausschließung der Akteure zurückgeführt werden.

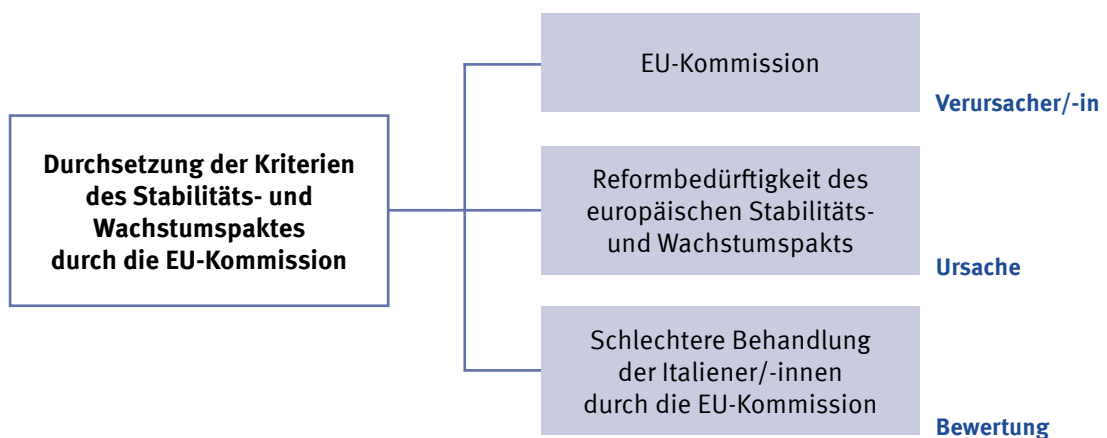
vorschlag „Anpassung des Haushaltsentwurfs“ Bestandteil beider neoklassischen Frames ist, verwundert nicht: Nachdem die EU-Kommission erstmals einen Haushaltsplan eines Mitgliedsstaates zurückgewiesen hatte, gab sie der italienischen Regierung drei Wochen Zeit, den Haushaltsplan zu überarbeiten. Somit spielte diese Lösung aus europäischer Sichtweise die wichtigste Rolle für eine Einigung zwischen Italien und der EU-Kommission – und wurde in Folge auch der von den Medien am häufigsten aufgegriffene Lösungsvorschlag.

Keynesianische Frame-Analyse

Hinsichtlich der multivariaten Frame-Analysen für das keynesianische Paradigma muss an dieser Stelle auf die insgesamt geringeren Fallzahlen hingewiesen werden.

Die Ergebnisse der LOGIT-Analyse inklusive der EU-Kommission als zentraler Akteur zeigen, dass sich die Presseberichterstattung während des Haushaltsstreits aus keynesianischer Perspektive insbesondere auf die EU-Kommission als Verursacherin sowie die Reformbedürftigkeit der Defizitregeln als Ursache des Problems (die Durchsetzung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes) konzentrierte (Abbildung 17). Daneben stellten die Medien heraus, dass sich Italien von der EU-Kommission ungerecht behandelt fühlte – anderen EU-Staaten, die ebenfalls Schwierigkeiten mit der Einhaltung der Defizitregeln hatten, sei die EU-Kommission stärker entgegengekommen. Diese drei Elemente weisen positive und (höchst)signifikante Zusammenhänge mit der keynesianischen Problemdefinition auf. Das Resultat der Frame-Analyse spiegelt zum einen die

ABBILDUNG 17:
Frame-Analyse für die keynesianische Problemdefinition 2018 (mit Akteuren)



Quelle: Eigene Darstellung.

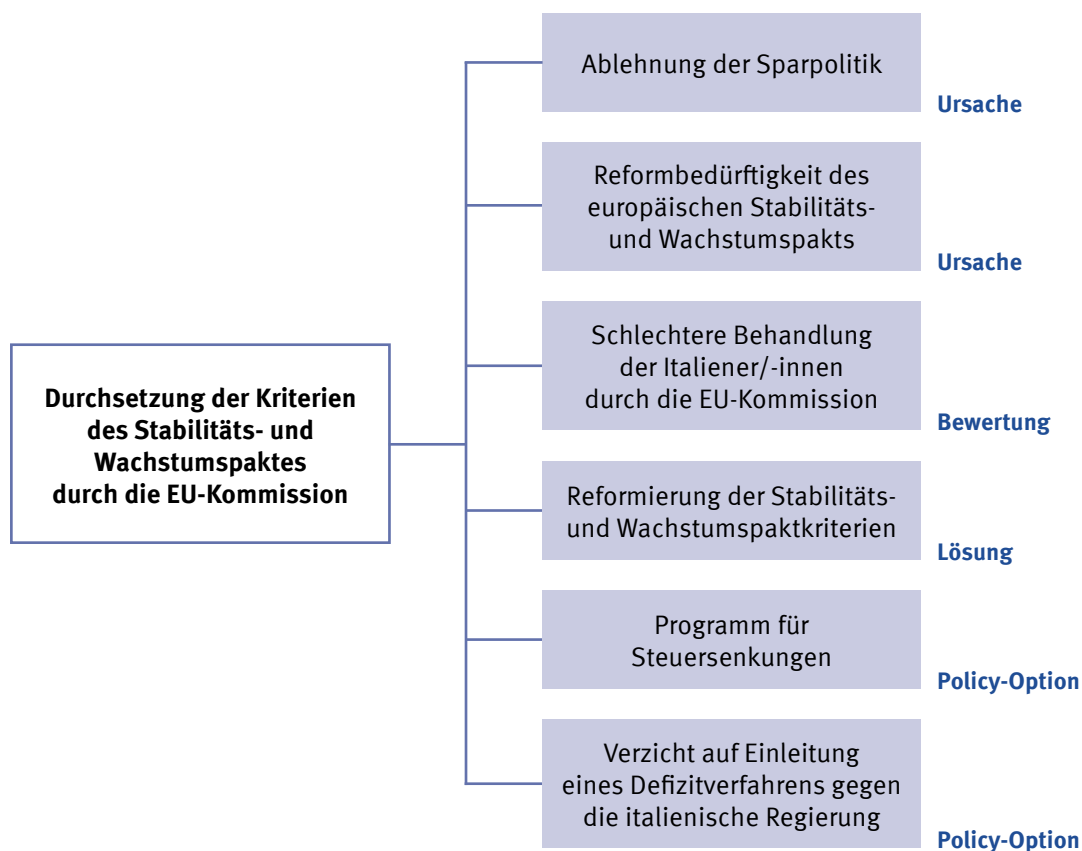
italienische Perspektive wider, die sich vor allem auf die wahrgenommene Inflexibilität des Stabilitäts- und Wachstumspakts stützte. Zum anderen belegt sie, dass die italienische Regierung häufig keinen konstruktiven, lösungsorientierten Dialog mit der EU-Kommission suchte, sondern sich auf die negative Bewertung des Stabilitäts- und Wachstumspakts fokussierte. Diese negative Bewertung wurde allerdings auch von Experten/-innen und Europaabgeordneten wie dem deutschen Grünen-Abgeordneten Sven Giegold aufgegriffen: „Italien kritisiert zu recht, dass der

Stabilitäts- und Wachstumspakt zu unflexibel ist, weil im Abschwung kaum Spielräume für Investitionen bleiben.“ (Crolly 2018).

Die Auswertung der Frame-Analyse ohne Akteure ergibt anhand (höchst- bzw. sehr) signifikanter, positiver Variablen folgenden Medien-Frame (Abbildung 18): Ursächlich dafür, dass die strikte Durchsetzung der Defizitregeln ein Problem darstellt war laut Presseberichterstattung einerseits die (italienische) Ablehnung der angeordneten Sparpolitik, andererseits der Umstand, dass die

ABBILDUNG 18:

Frame-Analyse für die keynesianische Problemdefinition 2018 (ohne Akteure)



Quelle: Eigene Darstellung.

Defizitregeln aus dieser Perspektive generell reformbedürftig sind. In diesem Zusammenhang wurde in den Medien verstärkt der Lösungsvorschlag thematisiert, die Defizitregeln neu zu gestalten. Konkrete Forderungen über die berichtet wurde waren die Steuerreform, einer der drei Eckpfeiler des Regierungsprogramms, sowie das Anliegen, dass die EU-Kommission auf ein Defizitverfahren verzichten sollte. Auch das Gefühl der ungerechten Behandlung durch die EU-Kommission ist Teil dieses Frames.

Komplexe Medien-Frames: Die italienische Ablehnung der angeordneten Sparpolitik und neue Defizitregeln.

Die Ergebnisse korrespondieren größtenteils mit den Resultaten der deskriptiven Analyse. Insbesondere die zweite Ursache („Ablehnung der Sparpolitik“) wurde zu Beginn des Untersuchungszeitraums verstärkt von den Medien aufgegriffen. Dies lag daran, dass die italienische Regierung ihr ausgabenfinanziertes Regierungsprogramm im Mai der Öffentlichkeit präsentierte. Dabei spielte auch die Frage bzw. Forderung nach der Reformbedürftigkeit der Maastricht-Kriterien eine wichtige Rolle. Gegen Ende des Jahres, besonders im Dezember, stand dann die Forderung der italienischen Regierung – auf Einleitung eines Defizitverfahrens zu verzichten – im Mittelpunkt medialer Debatten um den Haushaltsstreit, bis sich die EU-Kommission schließlich am 19. Dezember offiziell gegen ein Defizitverfahren entschied (vgl. Europäische Kommission 2018c).

5.3 Fazit: Die Berichterstattung über den italienischen Haushaltsstreit 2018

Die vorgenommene Analyse der Bedeutung des neoklassischen sowie des keynesianischen Paradigmas in der wirtschaftspolitischen Berichterstattung zum italienischen Haushaltsstreit mit der EU-Kommission 2018 liefert in der Gesamtschau eindeutige Ergebnisse. So wurden im untersuchten Material Medien-Frames – verstanden als spezifische Darstellungen des Themas, die kohärente Sinnhorizonte erzeugen – festgestellt, die eindeutig den beiden wirtschaftspolitischen Paradigmen zugeordnet werden konnten. Die dem neoklassischen Paradigma zuzuordnenden Frames und ihre einzelnen Elemente dominieren die Berichterstattung über den italienischen Haushaltsstreit 2018 klar. 95 Prozent der Artikel die ein zentrales Problem im Haushaltstreit zwischen italienischer Regierung und EU-Kommission identifizierten, griffen auf die neoklassische Deutung zurück, dass die Verletzung der europäischen Defizitregeln den Kern der Schwierigkeiten darstellt. Keynesianische Frames, die beispielsweise den von der EU-Kommission verlangten Austeritätskurs problematisierten, waren mit Nennungen in weniger als sechs Prozent der Artikel stark marginalisiert. Auch in der Identifikation der Ursachen für die konstatierten Probleme war die neoklassische Perspektive – die unter anderem das geplante, über erhöhte Staatsschulden zu finanzierende Programm mit seinen Sozialleistungen (Senkung des Renteneintrittsalter) als ursächlich ansah – wesentlich häufiger (97 Prozent aller entsprechenden Artikel) vertreten als

ihr keynesianisches Gegenstück (25 Prozent aller Artikel). Letztere sah beispielsweise die Reformbedürftigkeit der bestehenden europäischen Schuldenregeln als Ursache für den Konflikt. Die Analyse konnte darüber hinaus zeigen, dass die EU-Kommission meist als Ganze thematisiert und kritisiert wurde, während in der Berichterstattung über die italienische Seite eine starke Zentrierung auf einzelne Personen – insbesondere den rechtspopulistischen damaligen Innenminister Matteo Salvini – zu beobachten war. Ähnliches zeigt die Untersuchung für die Thematisierungsverläufe der Akteursbewertungen. Einerseits werden die italienische Regierung und ihre Mitglieder in über 96 Prozent aller Artikel negativ bewertet: Es dominiert der Tenor, die italienische Regierung verhalte sich provokant und fahrlässig und sei zu keinem Kompromiss mit der EU-Kommission bereit. Andererseits lassen sich Bewertungen der EU-Kommission lediglich in zwölf Prozent der Artikel finden. Infrage gestellt wird hier vor allem die Ernsthaftigkeit oder Sinnhaftigkeit des Stabilitäts- und Wachstumspakt. Etwas ausgeglichener fällt das Ergebnis hinsichtlich der in den Medien erwähnten Lösungsvorschläge aus. Hier überwiegt das neoklassische Paradigma insgesamt zwar mit 76 Prozent gegenüber 49 Prozent für die keynesianische Perspektive, allerdings wird letztere bis August mit ihren drei Vorschlägen („Beendigung der Sparpolitik“, „Einführung von Konjunkturprogrammen“ und „Reformierung des Stabilitätspakts“) von den Medien häufiger aufgegriffen. Die neoklassischen Lösungsideen („Anpassung des Haushaltsdefizits“ und „Strukturreformen“) stehen

dann in der zweiten Hälfte des Untersuchungszeitraums im Mittelpunkt der Presseberichterstattung.

Fazit: In den Artikeln über den Haushaltsstreit 2018 überwiegt das neoklassische Paradigma.

Noch deutlicher ist diese Änderung der medialen Priorisierung hinsichtlich konkreter Policy-Optionen ersichtlich. In insgesamt 58 Prozent der Artikel in denen konkrete Politik-Optionen genannt werden, wird ein Bezug zu den neoklassischen Instrumenten, insbesondere zur „Einleitung eines Defizitverfahrens“ und zur „Begrenzung des Haushaltsdefizits“, hergestellt. Hervorzuheben ist, dass diese beiden Optionen verstärkt ab September – spätestens aber ab Oktober mit der Ablehnung des italienischen Haushaltsplans durch die EU-Kommission – in den untersuchten Printmedien thematisiert werden und die bis dahin dominanten keynesianischen Vorschläge, die bis zu diesem Zeitpunkt in durchschnittlich 52,7 Prozent der Artikel thematisiert wurden, verdrängen. Darüber hinaus fällt auf, dass die Akteure der italienischen Regierung häufiger (in 89 Prozent der Artikel mit Forderungsadressaten/-innen) zum Handeln aufgefordert werden als die Akteure der EU-Kommission (27 Prozent). Des Weiteren werden der italienischen Regierung (und ihren Mitgliedern) in der medialen Darstellung deutlich häufiger als der EU-Kommission (und ihren Mitgliedern) Kompetenzen

abgeschrieben (86 Prozent bzw. 26 Prozent aller Artikel mit Kompetenzabschreibungen).²³

Zusammenfassend belegt die Analyse eine Dominanz des neoklassischen Paradigmas in den untersuchten deutschen Medien, welches sich in komplexen, aus mehreren Elementen bestehenden Frames dargestellt wird.

**Mit populistischen Aussagen
provozierte Italiens Regierung
negative Bewertungen –
und eine neoklassische Rahmung
der Ereignisse.**

Daneben zeigt sich, dass neoklassische sowie keynesianische Frames von Bewertungen geprägt sind. Die Ergebnisse der Untersuchung legen weiterhin nahe, dass die italienische Regierung durch ihre – von konkreten Personen geäußerten – populistische Aussagen die mediale Darstellung negativer Bewertungen provoziert und damit eine neoklassische Rahmung der Ereignisse gefördert hat. Darüber hinaus wird deutlich, dass die Akteure, die dem neoklassischen Paradigma folgen, auch Lösungen für konstatierte Probleme fordern. Zumindest in der medialen Darstellung bleibt die keynesianische Sichtweise hingegen bei der Zuschrei-

bung von Verantwortlichkeiten und der negativen Bewertung entsprechender Akteure stehen und bietet kaum eigene Lösungsvorschläge an. Insgesamt tendiert die Presse im vorliegenden Fall zu einer allgemeineren Berichterstattung und konzentriert sich auf Probleme und kausale Interpretationen, verfehlt also den Anspruch einer lösungsorientierten und konstruktiven Darstellung der Thematik. Es stand vor allem eine Konfliktperspektive im Fokus. Darüber hinaus schlägt sich die in Deutschland herrschende Deutungshoheit einer eher neoklassisch geprägten Wirtschafts- und Finanzpolitik sowie der ökonomischen Lehre in der Presseberichterstattung auch quantitativ nieder. Die Medien sind ihrer Verantwortung den Diskurses auf der Sachebene darzustellen nicht gänzlich nachgekommen, da die Berichterstattung von Bewertungen (vor allem der populistischen Verhaltensweisen Italiens) geprägt war. Diese (einseitige) Berichterstattung kann kritisch betrachtet werden: Zusammenhänge und Lösungs- sowie Handlungsmöglichkeiten wurden nicht ausreichend aufgezeigt und in diesem Sinne nicht umfassend über den Haushaltsstreit berichtet. Die Medien haben verschiedene Problemansichten nicht in einem ausgewogenen Verhältnis abgebildet, wodurch sie eher einseitig Einfluss auf die Meinungsbildung der Bürger/-innen genommen haben.

²³ An dieser Stelle sei angemerkt, dass die Thematisierungshäufigkeiten der einzelnen Frame-Elemente (von den Problemdefinitionen bis hin zu den Forderungsadressaten/-innen und den Kompetenzabschreibungen) sukzessive sinken. Das heißt, in jedem Artikel, in dem eine Problemdefinition thematisiert wurde, wurde so gut wie immer auch ein/e entsprechende/r Verursacher/-in sowie Ursachen des Problems genannt. In vier von fünf Artikeln mit Problemdefinitionen wurden zusätzlich Bewertungen vorgenommen, etwas seltener wurden Lösungen gefordert und in nur etwa zwei von fünf Artikeln mit Problemdefinitionen wurden konkrete Politik-Optionen genannt.



Studie: Die Qualität der Berichterstattung über den Haushaltsstreit zwischen der italienischen Regierung und der EU-Kommission im Jahr 2018

Die Verantwortung, die dem wirtschaftspolitischen Journalismus der deutschen Presse zukommt, ist weitreichend. Dank der Informations-, Kritik- und Kontroll- sowie der politischen Bildungsfunktion der Presse können sich Bürger/-innen am wirtschaftspolitischen Diskurs beteiligen und sich eine Meinung über komplexe Sachverhalte bilden. Daraus ergeben sich Forderungen nach der Trennung von Nachricht und Meinung, nach Vielfalt, Aktualität, Relevanz, Glaubwürdigkeit und Unabhängigkeit, nach Hintergrundberichterstattung und Ausgewogenheit der Darstellungen.

In einer eigenen Studie haben die Autoren/-innen der vorliegenden Untersuchung die Berichterstattung über den Haushaltsstreit zwischen der italienischen Regierung und der EU-Kommission im Jahr 2018 auf die Qualitätskriterien Relevanz, Neutralität, Ausgewogenheit, Vielfalt und analytische Qualität untersucht. Grundlage waren auch hier die deutschen Tageszeitungen *BILD*, *Die Welt*, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, *Süddeutsche*

Zeitung, *tageszeitung*, *Handelsblatt* und *Der Spiegel*. Dabei wurde festgestellt, dass die Presseberichterstattung der Relevanz des Themas angemessen war und das Kriterium der Vielfalt mehrheitlich erfüllt wurde. Defizite gab es allerdings bei den Kriterien der Ausgewogenheit, der Neutralität und der analytischen Qualität. Es ließen sich Unterschiede zwischen den untersuchten Medien, insbesondere zwischen den Qualitätszeitungen, erkennen: *Süddeutsche Zeitung*, *Frankfurter Allgemeine Zeitung* und *Handelsblatt* verletzen das Qualitätskriterium der Neutralität stärker als die anderen Tageszeitungen. Während des Untersuchungszeitraums konzentrierte sich die Presseberichterstattung darüber hinaus auf eine sehr geringe Anzahl von Themen, und wies einen engen Blick auf wenige Lösungen auf. Da die Journalisten/-innen ihre eigenen Werturteile und Meinungen in die Nachrichten und Berichte einfließen ließen, wurde zudem eine offensichtliche Neigung gegen die Position der italienischen Regierung erkennbar.

Kim Otto/Victoria Teschendorf (2022): Die Qualität der Berichterstattung zur italienischen Regierung 2018 in den deutschen Medien. Otto-Brenner-Stiftung.

Die Studie kann unter www.otto-brenner-stiftung.de kostenlos heruntergeladen werden.

6 Wirtschaftspolitische Paradigmen in der Berichterstattung zur Corona-Krise in Italien 2020

Im vorliegenden Kapitel werden die Ergebnisse hinsichtlich der Berichterstattung zur Corona-Krise in Italien 2020 dargestellt. Begonnen wird mit der Darstellung der deskriptiven Analyseergebnisse der theoriegeleiteten Elemente der jeweiligen Frames (Kapitel 6.1). Allerdings wird die Akteursanalyse (Verursacher/-innen, Forderungsadressaten/-innen, Kompetenzab-schreibungen) separat beschrieben, da diese Frame-Elemente nicht ex ante einem der beiden wirtschaftspolitischen Paradigmen zugeordnet werden konnten (Kapitel 6.2). Anschließend werden die LOGIT-Modelle gerechnet, mithilfe derer neoklassische sowie keynesianische Frames sichtbar werden (Kapitel 6.3). Die Erkenntnisse des gesamten Kapitels werden am Ende zusammengefasst (Kapitel 6.4).

6.1 Problemdefinitionen und Frame-Elemente

Analog zum Vorgehen in Kapitel 5.1 werden auch in diesem Unterkapitel alle Frame-Elemente (außer den Akteursvariablen) mit ihren jeweiligen neoklassischen und keynesianischen Ausprägungen dargestellt. Zunächst als relationaler Vergleich, anschließend – dort wo es lohnenswert erscheint – als Beschreibung und Interpretation der konkreten Variablen im Zeitverlauf.

6.1.1 Problemdefinitionen

Die Befunde dieses Unterkapitels beruhen auf einer Datenbasis von insgesamt 623 Artikeln, in denen der europäische Diskurs über mögliche Corona-Hilfsprogramme thematisiert und Problemdefinitionen vorgenommen wurden (vgl. Kapitel 4.4). Abbildung 19 verdeutlicht die Verteilung der Zeitungs- bzw. Magazinartikel über den Untersuchungszeitraum Februar 2020 bis Juli 2020.

Welche Frames prägten die Berichterstattung zur Corona-Krise in Italien?

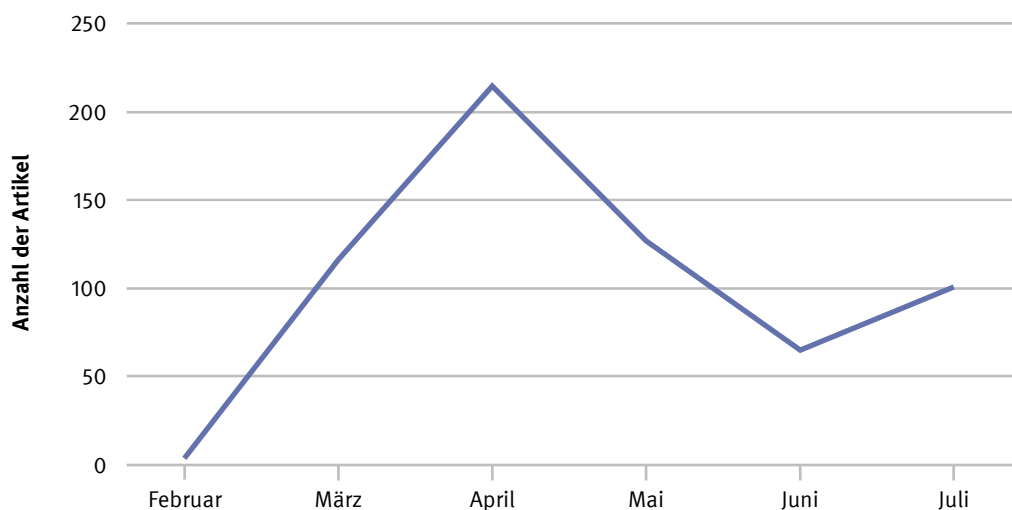
Die allgemeine Berichterstattungsintensität bildet die wirtschaftspolitischen Entscheidungen und Diskurse auf europäischer Ebene nahezu exakt ab. Nachdem bereits am 20. März in den Medien berichtet wurde, dass der Stabilitäts- und Wachstumspakt ausgesetzt wird, dominierte der Diskurs über mögliche Rettungspakete für die Wirtschaft der Europäischen Union die Presseberichterstattung. Im Zentrum der Kontroversen stand zunächst die (Nicht-)Einführung von Corona-Bonds, später das Verhältnis von Zuschüssen und Krediten in den Hilfszahlungen. Die Euro-Gruppe reagierte bereits Anfang April und einigte sich auf das Modell eines neuen, ge-

meinsamen Rettungsschirms, der durch ein dreiteiliges Maßnahmenbündel über 540 Milliarden Euro an Krediten zur Verfügung stellte (vgl. BMF 2020a). Deutschland unter Bundeskanzlerin Angela Merkel stellte – gemeinsam mit dem französischen Staatspräsidenten Emmanuel Macron – am 18. Mai Vorschläge für ein EU-Hilfspaket in Höhe von 500 Milliarden Euro vor, kurze Zeit später, am 27. Mai, verabschiedete die EU-Kommission einen Entwurf für einen Corona-Hilfsfonds in Form von nicht-zurückzahlbaren Zuschüssen und „normalen“ Krediten über 750 Milliarden Euro (vgl. BMF 2020b). Am 21. Juli 2020 einigten sich die europäischen Regierungschefs/-innen schließlich auf einen Kompromiss in den verbleibenden strittigen Punkten.

In Abbildung 20 wird dargestellt, in welchem Verhältnis neoklassische und keynesianische Problemdefinitionen in den untersuchten Artikeln thematisiert werden. Die keynesianischen Problemdefinitionen bilden dabei die Sichtweisen der (süd-)europäischen Staaten ab. Diese setzen sich vor allem für gemeinschaftliche europäische Schulden und nicht an Bedingungen gekoppelte Finanztransfers ein und sehen somit die Gegenpositionen als zu behandelnde Probleme an. Im Gegensatz dazu beziehen sich die neoklassischen Problemdefinitionen auf die Sichtweisen der (nord-)europäischen Staaten. Die Vergemeinschaftung von Schulden sowie die Vergabe von Zuschüssen als Corona-Hilfsprogramme stellen hier die zentralen Probleme dar.

Abbildung 19:

Verteilung der Artikel über die wirtschaftspolitischen Corona-Maßnahmen auf europäischer Ebene 2020 (nach Monaten, in absoluten Zahlen)



Quelle: Eigene Darstellung. Artikel mit Bezug zur Corona-Krise in Italien 2020: n=623, Untersuchungszeitraum: 15.02.2020-31.07.2020.

Die Abbildung verdeutlicht, dass in den insgesamt 623 untersuchten Artikeln mit Problemdefinitionen die keynesianischen Perspektiven in jedem Monat deutlich überwiegen. In knapp 74 Prozent aller Artikel handelt es sich um keynesianische Problemdefinitionen, in nur etwa 36 Prozent aller Artikel werden (auch) neoklassische Sichtweisen vermittelt und in etwa zehn Prozent der Artikel finden sich beide Paradigmen wieder. Dabei werden in jedem Monat beide paradigmatischen Problemsichten thematisiert, wobei die keynesianischen Perspektiven zwei- bis dreimal häufiger thematisiert werden als die neoklassischen Sichtweisen (mit Ausnahme des Monats Juni, in dem die Differenz geringer ist). Insbesondere in den Monaten März (Aussetzung der Defizitregeln), Mai (Merkel-Macron Vorschlag über den Wiederaufbaufonds) und Juli (EU-Gip-

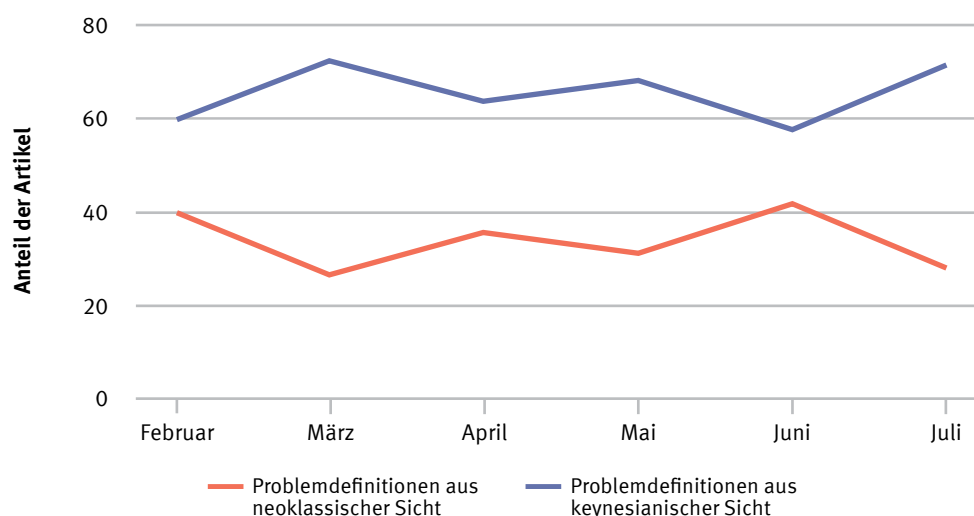
fel) ist die Thematisierung der neoklassischen Problemdefinitionen in der Presseberichterstattung im Verhältnis deutlich geringer.

Keynesianische Problemdefinitionen kommen zwei- bis dreimal häufiger vor als ihre neoklassischen Pendants.

Insgesamt können acht Problemdefinitionen, jeweils vier neoklassische und vier keynesianische, in den Artikeln zur Corona-Krise in Italien identifiziert werden. Die entsprechend farblich zueinander passenden Graphen in der folgenden Abbildung 21 repräsentieren die konträren Sichtweisen auf ein Thema.

Abbildung 20:

Relative Häufigkeit der neoklassischen und keynesianischen Problemdefinitionen in den untersuchten Printmedien 2020 (nach Monaten, in Prozent)



Quelle: Eigene Darstellung. Artikel mit Bezug zur Corona-Krise in Italien 2020: n=623, Mehrfachnennungen möglich, Untersuchungszeitraum: 15.02.2020-31.07.2020.

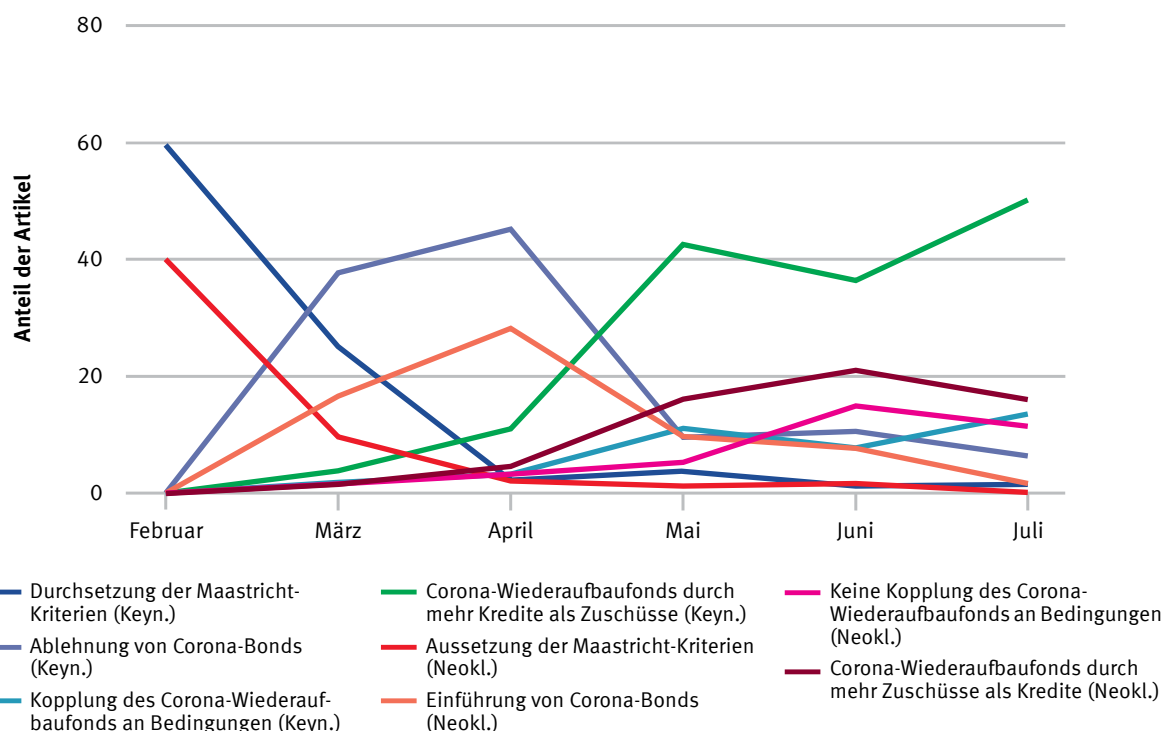
Drei Themen dominieren den wirtschaftspolitischen europäischen Diskurs über Rettungspakete: die Maastricht-Kriterien, Corona-Bonds und die Debatte um einen Wiederaufbaufonds. Bei Letzterem war strittig, ob dieser seine Zahlungen an Bedingungen knüpfen sollte und ob die Hilfgelder in Form von zurückzuzahlenden Krediten oder als Zuschüsse vergeben werden. In durchschnittlich 12,5 Prozent aller Artikel mit Problemdefinitionen konnten die Maastricht-Kriterien, in 48 Prozent Corona-Bonds, in 15,4 Prozent die Kopplung an Bedingungen und in

42,2 Prozent die Frage nach Zuschüsse oder Krediten erfasst werden. Dabei überwiegt der Anteil der Artikel mit einer keynesianische Perspektive bei allen Themen.²⁴

Im Februar werden ausschließlich die Problemdefinitionen um die Maastricht-Kriterien erwähnt. Nachdem der Rat für Wirtschaft und Finanzen (ECOFIN) am 23. März 2020 beschloss, die Ausweichklausel für den Stabilitäts- und Wachstumspakt anzuwenden, die eine Abweichung von den Maastricht-Kriterien

Abbildung 21:

Relative Häufigkeit konkreter neoklassischer und keynesianischer Problemdefinitionen in den untersuchten Printmedien 2020 (nach Monaten, in Prozent)



Quelle: Eigene Darstellung. Artikel mit Bezug zur Corona-Krise in Italien 2020: n=623, Mehrfachnennungen möglich, Untersuchungszeitraum: 15.02.2020-31.07.2020.

24 Bei der Frame-Analyse muss im Folgenden also stets berücksichtigt werden, dass die neoklassischen im Vergleich zu den keynesianischen Frame-Elementen geringere Fallzahlen aufweisen.

erlaubte (vgl. BMF 2020a), sinkt die mediale Aufmerksamkeit stark, bis die beiden Problemdefinitionen ab Mai faktisch gar nicht mehr thematisiert werden. Die Problemdefinitionen „Ablehnung von Corona-Bonds“ (keynesianisch) und „Einführung von Corona-Bonds“ (neoklassisch) erreichen im April ihre absoluten Thematisierungshöhepunkte, wobei die keynesianische Problemsicht deutlich häufiger von der Presseberichterstattung aufgegriffen wird. Dies ist darauf zurückzuführen, dass die Maastricht-Kriterien ausgesetzt waren, die Euro-Gruppe bereits eine europäische Antwort mit der Ausarbeitung eines neuen Modells für einen gemeinsamen Rettungsschirm über 540 Milliarden Euro lieferte und die Debatte aus der Finanzkrise 2008/2009 um die Euro-Bonds neu entfacht wurde.

Die Gretchenfrage: Kredite oder Zuschüsse?

Auch Befürworter/-innen der neoklassischen Perspektive fokussierten sich auf diese Debatte: Deutschland unter Angela Merkel sprach sich bereits zu Zeiten der Finanzkrise 2008/2009 strikt gegen gemeinsamen Anleihen aus und beharrte auf dieser Position. Zum einen wurde die Vergemeinschaftung von Schulden im Allgemeinen abgelehnt, zum anderen müsse das Instrument der Bonds erst institutionalisiert werden. Bereits existierende Instrumente wie der ESM könnten, so die Gegner/-innen von Corona-Bonds, schneller in Anspruch genommen werden. Mitte April/

Anfang Mai vollzog Deutschland allerdings einen politischen Wechsel. Mit Merkels und Macrons Vorschlag, einen Wiederaufbaufonds über 500 Milliarden Euro in Form von Zuschüssen zu gewähren, konzentrierte sich die öffentliche Debatte auf die Kontroverse um die Ausgestaltung des Wiederaufbaufonds. Als auch die EU-Kommission am 27. Mai ihren Wiederaufbauplan über 750 Milliarden Euro präsentierte, trat die Debatte um die Einführung von Corona-Bonds endgültig in den Hintergrund (wenngleich sie nicht ganz zum Erliegen kam). Während die Frage nach dem Verhältnis von nicht-zurückzahlbaren Zuschüssen und Krediten die Berichterstattung im Mai, Juni und Juli dominiert, wird die Kontroverse um die Kopplung des Wiederaufbaufonds an Bedingungen in einem geringen Maß thematisiert. Schließlich verabschiedete die EU-Kommission nach dem EU-Gipfel vom 17.-21. Juli 2020 den Wiederaufbaufonds in Höhe von 750 Milliarden Euro im Rahmen ihres mehrjährigen Finanzrahmens 2021-2027, der insgesamt ein Volumen von 1,8 Billionen Euro beinhaltet. Die vergleichsweise hohe mediale Aufmerksamkeit für die neoklassischen Problemansichten ab April können als Reaktionen auf den politischen Wechsel Merkels aufgefasst werden. Führende neoliberale Ökonomen/-innen aus Deutschland und andere Länder wie Österreich – die bereits während der griechischen Staatsschuldenkrise an Deutschlands Seite den Austeritätskurs der Europäischen Union verteidigten – forderten nun, mehr Kredite als Zuschüsse an von der Pandemie besonders hart getroffene Länder zu zahlen und die Gelder an Strukturreformen zu binden.

6.1.2 Ursachen (kausale Interpretation)

Über alle untersuchten Printmedien hinweg konnten im Untersuchungszeitraum vom 15.02.2020 bis zum 31.07.2020 in insgesamt 513 von 623 Artikeln zur Corona-Krise in Italien 2020 Ursachen erfasst werden, was 82,3 Prozent aller Artikel entspricht. Der Verlauf der relativen Thematisierungshäufigkeiten über den gesamten Beobachtungszeitraum ist in Abbildung 22 dargestellt.

Abbildung 22 zeigt, dass auch in der Ursachen-dimension die keynesianischen Ursachen in jedem Monat überwiegen: Sie werden in etwa 85 Prozent aller Artikel mit Ursachennennung

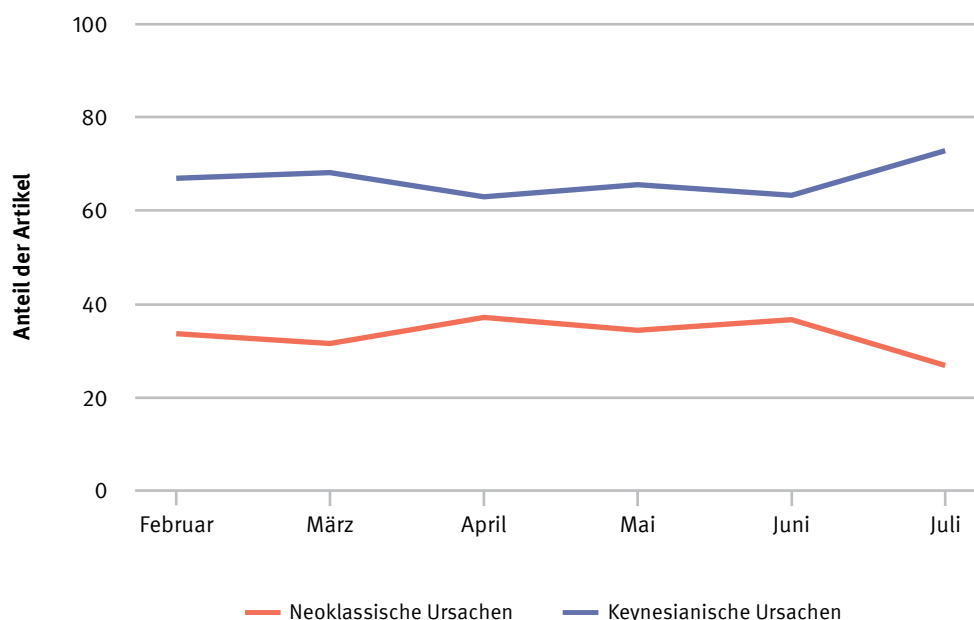
thematisiert. Neoklassische Ursachen werden in einem deutlich geringeren Umfang, in rund 44 Prozent aller Artikel, genannt. Da die oben beschriebenen Probleme aus neoklassischer sowie keynesianischer Sicht vielfältige Gründe haben, werden die konkreten Ursachen im Folgenden näher erläutert.

Ursachen aus neoklassischer Sicht

Die drei zentralen neoklassischen Ursachen wurden in insgesamt 176 Artikeln thematisiert, was etwa 28,3 Prozent der 623 Artikeln entspricht. Der Verlauf der Thematisierungshäufigkeiten über den gesamten Beobachtungszeitraum ist in Abbildung 23 dargestellt.

Abbildung 22:

Relative Häufigkeit der neoklassischen und keynesianischen Ursachen in den untersuchten Printmedien 2020 (nach Monaten, in Prozent)



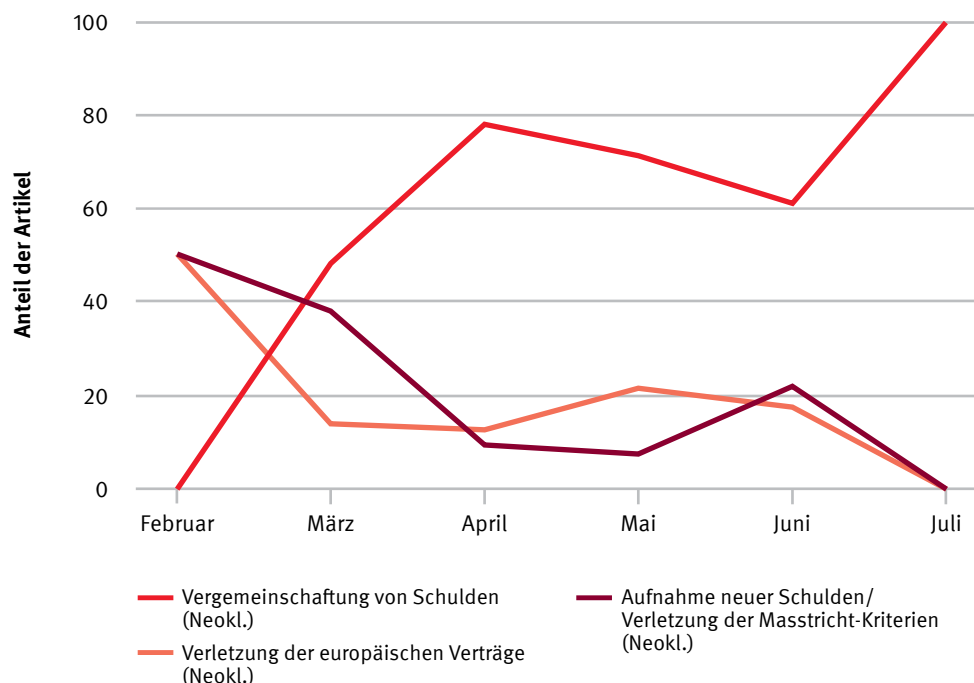
Quelle: Eigene Darstellung. Artikel mit Bezug zur Corona-Krise in Italien 2020: n=513, Mehrfachnennungen möglich, Untersuchungszeitraum: 15.02.2020-31.07.2020.

Aus Abbildung 23 geht hervor, dass die Ursache „Vergemeinschaftung von Schulden“ die Presseberichterstattung über den gesamten Zeitraum dominiert. Sie wird in über 80 Prozent der Artikel, in denen neoklassische Ursachen thematisiert wurden, genannt. Mit Ausnahme des Monats Februar, in dem die „Aufnahme neuer Schulden/Verletzung der Maastricht-Verträge“ und die „Verletzung der europäischen Verträge“ im Fokus stehen, wird diese Ursache in jedem Monat von den Medien am häufigsten aufgegriffen. Im April erreicht sie einen ersten Thematisierungshöhepunkt mit fast 78 Prozent, welchem im Juli, nach kurzem Absinken im Mai und Juni, mit 100 Prozent aller neoklassischen Ur-

sachennennungen ein zweiter, absoluter Höhepunkt folgt. Die Ursache „Verletzung der europäischen Verträge“ verzeichnet ihre Aufmerksamkeitsspitzen im Februar mit 50 Prozent und im Mai mit 21,4 Prozent. Die „Aufnahme neuer Schulden“ ist ebenfalls im Februar (50 Prozent) und im März (37,9 Prozent) präsent. Der Grund für die Dominanz der Ursache „Vergemeinschaftung von Schulden“ spätestens ab April 2020 liegt darin, dass sie der Argumentationskette neoliberaler Akteure für die am häufigsten thematisierten neoklassischen Problemdefinitionen folgt, wodurch sie sich bis zum Ende des Untersuchungszeitraums auf einem hohen konstanten Aufmerksamkeitsniveau hält.

Abbildung 23:

Relative Häufigkeit konkreter neoklassischer Problemursachen in den untersuchten Printmedien 2020 (nach Monaten, in Prozent)



Quelle: Eigene Darstellung. Artikel mit Bezug zur Corona-Krise in Italien 2020: n=176, Mehrfachnennungen möglich, Untersuchungszeitraum: 15.02.2020-31.07.2020.

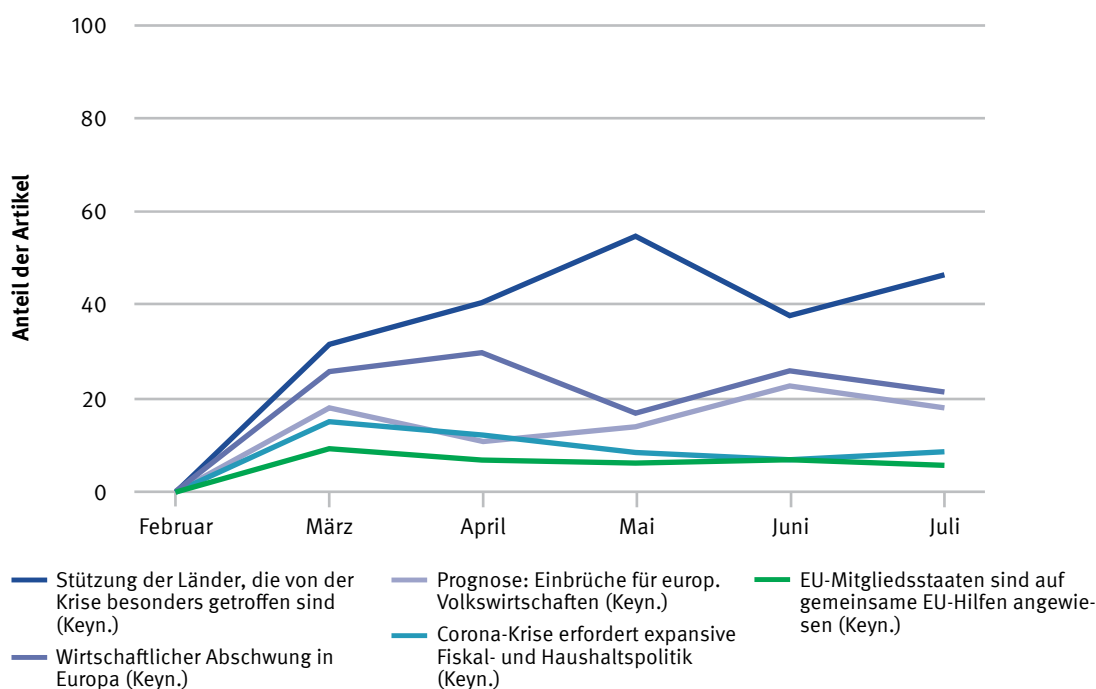
Ursachen aus keynesianischer Sicht

Fünf zentrale keynesianische Problemursachen konnten in 395 der insgesamt 623 Zeitungs- und Magazinartikel identifiziert werden. Somit wurden in fast zwei Drittel der insgesamt untersuchten Artikel Ursachen für die vorliegenden keynesianischen Problemdefinitionen aufgezeigt. Die Thematisierungsverläufe werden in Abbildung 24 für den gesamten Untersuchungszeitraum dargestellt.

Folgende fünf Ursachen konnten in der Presseberichterstattung identifiziert werden: Dass eine „Stützung der Länder, die von der Krise besonders getroffen sind“ erforderlich ist, aber nicht erfolgt,

wurde in 68,1 Prozent aller Artikel mit keynesianischen Ursachen als Grund für die definierten Probleme genannt. Der „wirtschaftliche Abschwung in Europa“ sowie die Erwartung weiterer „Einbrüche für europäische Volkswirtschaften“ folgen mit 40 Prozent beziehungsweise 24,3 Prozent. Die „Corona-Krise erfordert expansive Fiskal- und Haushaltspolitik“ begründet in 17,2 Prozent aller Artikel (mit Ursachennennungen) aus keynesianischer Perspektive, warum unter anderem die Nicht-Einführung von Corona-Bonds ein Problem darstellt. Dass die „EU-Mitgliedsstaaten auf gemeinsame EU-Hilfen angewiesen“ sind folgt mit 11,4 Prozent. Insgesamt kamen keynesianische Ursachennennungen ab März in den Medien vor.

Abbildung 24:
Relative Häufigkeit konkreter keynesianischer Problemursachen in den untersuchten Printmedien 2020 (nach Monaten, in Prozent)



Quelle: Eigene Darstellung. Artikel mit Bezug zur Corona-Krise in Italien 2020: n=395, Mehrfachnennungen möglich, Untersuchungszeitraum: 15.02.2020-31.07.2020.

Bei der Betrachtung des Thematisierungsverlaufs der Problemursache „Stützung der Länder, die von der Krise besonders getroffen sind“ lässt sich erkennen, dass diese die Presseberichterstattung über den gesamten Zeitraum dominiert und in jedem Monat am häufigsten genannt wurde.

**Krisenbewältigung aus
keynesianischer Perspektive:
Eine expansive Fiskal- und
Haushaltspolitik –
auch durch neue Schulden.**

Im Mai macht sie knapp die Hälfte aller Artikel mit Ursachennennungen aus. Ein ähnlicher Thematisierungsverlauf lässt sich auch für die zweithäufigste Ursache („wirtschaftlicher Abschwung“) beobachten: Sie erreicht ab März, mit Ausnahme des Monats Mai, stets ein relativ hohes Aufmerksamkeitsniveau mit Nennungen in über 20 Prozent der Artikel. In der zweiten Hälfte des Untersuchungszeitraums konzentrieren sich die Medien auch verstärkt auf die Problemursache der erwarteten „Einbrüche für europäische Volkswirtschaften“. Hinsichtlich der beiden Ursachen „Expansive Fiskal- und Haushaltspolitik“ und „EU-Mitgliedsstaaten und gemeinsame EU-Hilfen“ lässt sich von einer relativ konstanten Aufmerksamkeit sprechen – beide bewegen sich ab März auf einem Aufmerksamkeitsniveau um die sieben Prozent.

Eine Begründung für die hohen Aufmerksamkeitswerte der drei meistgenannten Ursachen liegt in den Auswirkungen der COVID-19-Pan-

demie auf die europäische Wirtschaftsleistung, genauer auf das Bruttoinlandsprodukt (BIP) des Jahres 2020. Insbesondere im 2. Quartal 2020 verzeichnete das BIP aller 27 EU-Staaten einen starken Rückgang um 11,2 Prozent. Das BIP für Italien, die drittgrößte Volkswirtschaft in der Europäischen Union, schrumpfte gar um 12,9 Prozent gegenüber dem Vorquartal (vgl. Statistisches Bundesamt 2020). Vor allem Italien, Frankreich und Spanien wollten im Sinne des Keynesianismus neue Schulden aufnehmen, um die Krise zu überwinden (so auch die Argumentation der italienischen Regierung 2018) und forderten verstärkt eine expansive Fiskal- und Haushaltspolitik sowie eine gemeinsame europäische keynesianische Wirtschaftspolitik ein. Die Europäische Union hingegen setzte bereits in der Finanzkrise 2008/2009 auf neoklassische Instrumente zur Krisenbewältigung (vgl. Hagelüken 2021).

6.1.3 Bewertungen

Über alle untersuchten Printmedien hinweg konnten im Untersuchungszeitraum vom 15.02.2020 bis zum 31.07.2020 in insgesamt 485 von 623 Artikeln zur Corona-Krise in Italien 2020 Bewertungen erfasst werden, was 77,8 Prozent aller Artikel entspricht. Der Verlauf der Thematisierungshäufigkeiten über den gesamten Beobachtungszeitraum ist in Abbildung 25 dargestellt. Hier sei angemerkt, dass nicht alle identifizierten Bewertungen ex ante einem Paradigma eindeutig zugeordnet werden konnten, da sowohl Akteure mit keynesianischer Perspektive wie auch Akteure mit neoklassischer Perspektive dieselben Bewertungen (zu ihren jeweiligen Problemsichten) in den Diskurs einführten.

Insgesamt dominieren die Bewertungen, die nicht ausschließlich der keynesianischen oder neoklassischen Perspektive zugeordnet werden können: In vier von fünf Artikeln mit Bewertungen werden solche Bewertungen genannt. Hin- gegen finden sich in knapp 44 Prozent der Artikel ausschließlich Bewertungen, die aus keynesia- nischer Perspektive vorgenommen wurden, in etwa 23 Prozent repräsentieren sie die neoklassi- sche Sichtweise. Dies erlaubt den Rückschluss, dass Akteure beider „Konfliktseiten“ häufig Er- eignisse (und/oder die jeweilige Gegenposition) gleich bewerteten, ihre grundlegenden Problem- sichten inklusive kausaler Interpretation und Handlungsempfehlungen jedoch divergieren. Die folgenden Darstellungen der konkreten Be- wertungen dienen einem besseren Verständnis

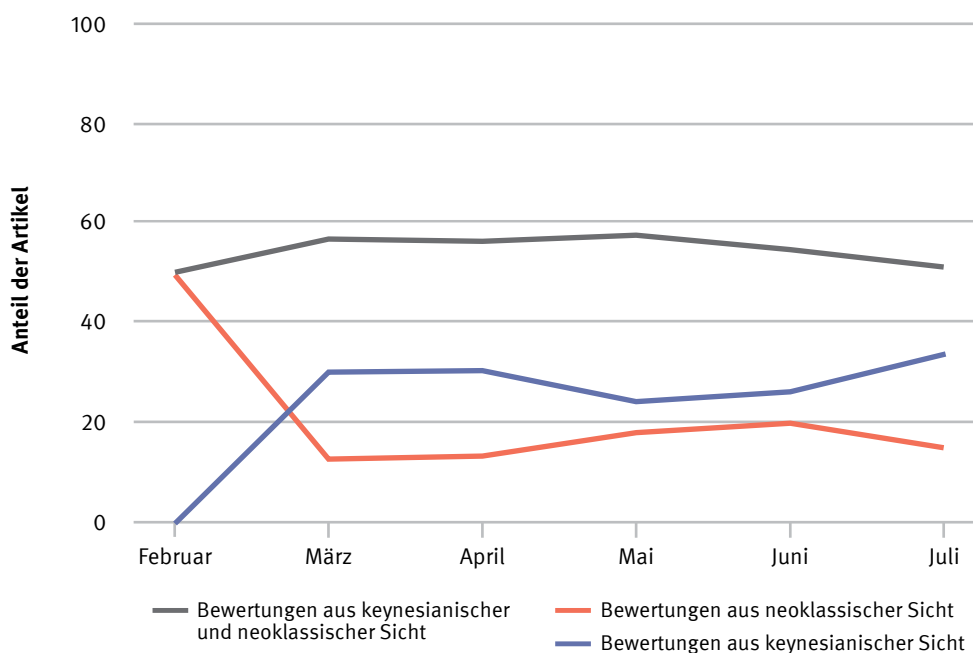
des Diskurses über europäische Corona-Hilfs- programme 2020.

Die Bewertungen aus neoklassischer Sicht

Die fünf zentralen neoklassischen Bewertun- gen beinhalten eine Kritik des „provokanten Verhaltens/der Fahrlässigkeit der italienischen Regierung“ sowie der „Instrumentalisierung der Corona-Krise durch südeuropäische Staa- ten“. Zudem erwähnen sie die Gefährdung der „Schuldentragfähigkeit Europas“ und die „ne- gative Wirkung des Wiederaufbaufonds auf die Bürger/-innen“ und attestieren eine „mangelnde Kooperationsbereitschaft der südlichen Länder“. Die Bewertungen wurden in 109 von insgesamt 623 Artikeln thematisiert. Dies entspricht einem Anteil von 17,5 Prozent der untersuchten Artikel.

Abbildung 25:

Relative Häufigkeit der neoklassischen, keynesianischen und nicht eindeutigen Bewertungen in den untersuchten Printmedien 2020 (nach Monaten, in Prozent)



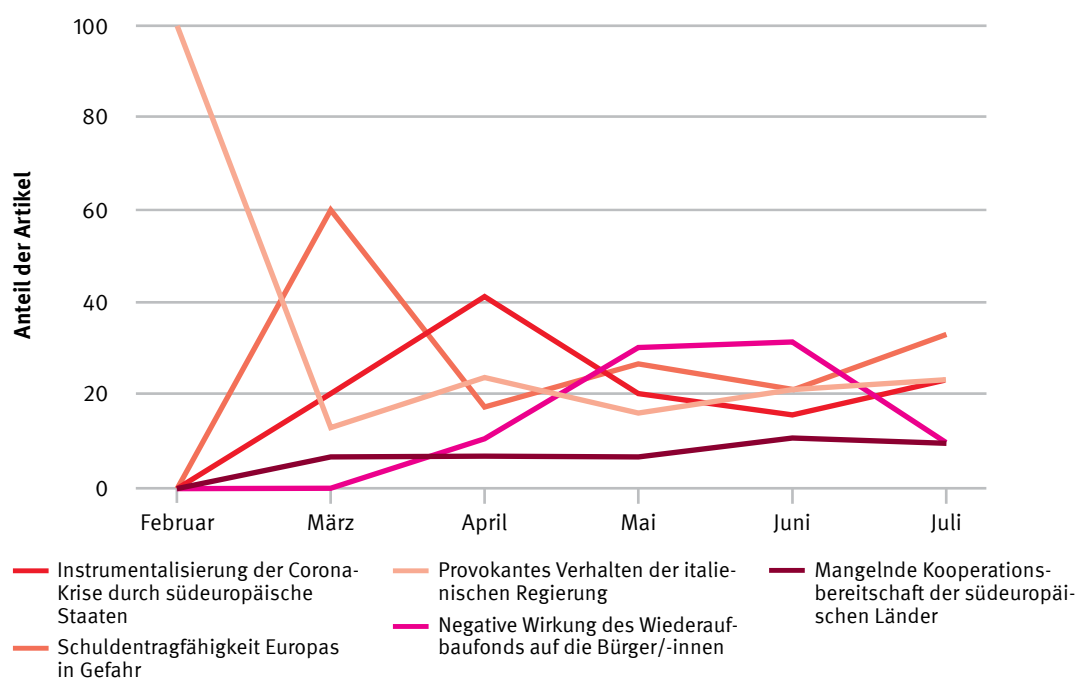
Quelle: Eigene Darstellung. Artikel mit Bezug zur Corona-Krise in Italien 2020: n=485, Mehrfachnennungen möglich, Untersuchungszeitraum: 15.02.2020-31.07.2020.

In Abbildung 26 sind besonders die Monate April und Mai von hohem Interesse, da Bewertungen in diesen Monaten im Fokus der Medien standen und somit in hoher absoluter Zahl vorliegen. Die kritische Betrachtung der (behaupteten) „Instrumentalisierung der Corona-Krise durch südeuropäische Staaten“ erreicht im April ihre Aufmerksamkeitsspitze mit 41,3 Prozent, während die (erwartete) „negative Wirkung des Wiederaufbaufonds auf die Bürger/-innen“ die Berichterstattung im Mai mit 30 Prozent aller veröffentlichten Artikel mit neoklassischen Bewertungen dominiert. Danach bleibt die Aufmerksamkeit der Presseberichterstattung für diese Bewertungen sowie für das „provokante Verhalten Italiens“ und die gefährdete „Schuldenfähigkeit

Europas“ auf einem recht hohen Niveau bis zum Ende des Beobachtungszeitraums. Die Bewertung der „mangelnden Kooperationsbereitschaft der südeuropäischen Länder“ erhält hingegen eher gegen Ende des Untersuchungszeitraums mediale Aufmerksamkeit.

Diese Entwicklungen lassen sich darauf zurückführen, dass im März die Regierungschefs/-innen über viele unterschiedliche neue Werkzeuge als europäische wirtschaftspolitische Antwort auf die Corona-Krise diskutierten. Hier ging es grundsätzlich um Vorschläge, bei denen einige Finanzierungsmethoden Kontroversen auslösten (zum Beispiel der Vorschlag gemeinschaftlicher Anleihen), wodurch die „Schuldenfähigkeit Euro-

Abbildung 26:
Relative Häufigkeit konkreter neoklassischer Bewertungen in den untersuchten Printmedien 2020 (nach Monaten, in Prozent)



Quelle: Eigene Darstellung. Artikel mit Bezug zur Corona-Krise in Italien 2020: n=109, Mehrfachnennungen möglich, Untersuchungszeitraum: 15.02.2020-31.07.2020.

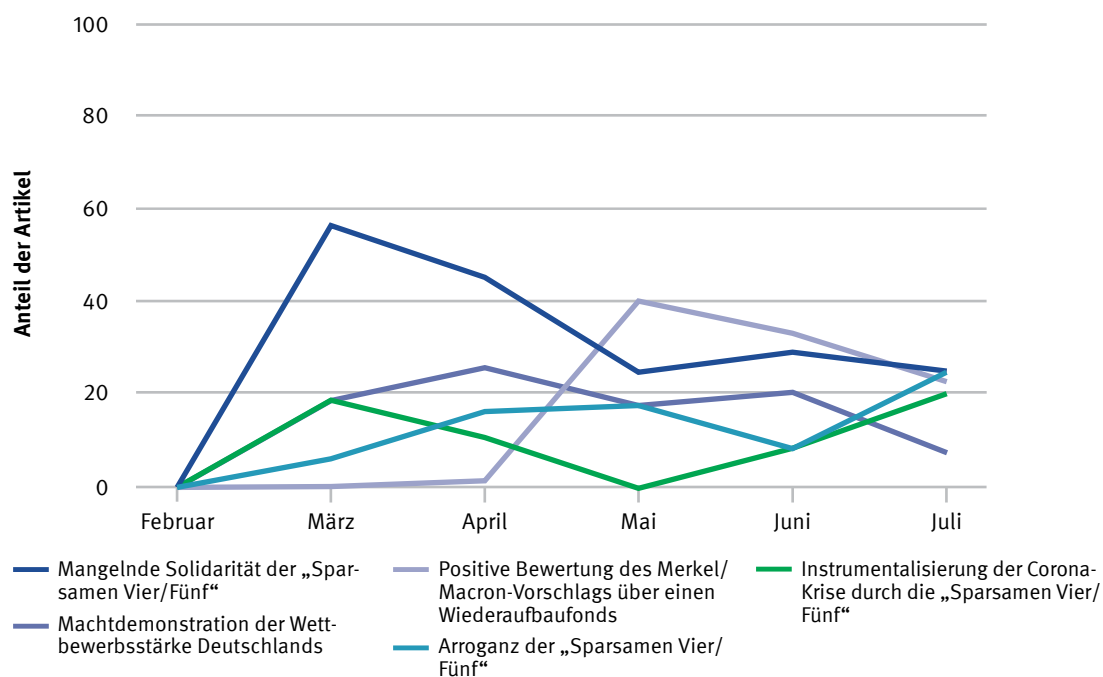
pas“ in der öffentlichen Debatte verstärkt in Gefahr gesehen wurde. Daneben wurde insbesondere in den Verhandlungen über mögliche Wege der Corona-Krise entgegenzuwirken, das Verhalten der italienischen Regierung unter Ministerpräsident Conte als provokant bezeichnet. In diesem Zusammenhang zeigten sich in der Presseberichterstattung Bewertungen hinsichtlich einer mangelnden Kooperationsbereitschaft sowie einer Instrumentalisierung der Corona-Krise durch die südeuropäischen Staaten. In einem Artikel Ende März in der *Welt* hieß es: „Conte war bereit an diesem Abend [...] die vorbereitete Abschlusserklärung der EU-Staats- und Regierungschefs platzten zu lassen. Die Kanzlerin war irritiert von der Aggressivität Contes.“ (Kaiser/Schlitz 2020)

Die Bewertungen aus keynesianischer Sicht

Die fünf zentralen keynesianischen Bewertungen monieren die „mangelnde Solidarität“ und die „Arroganz der Sparsamen Vier/Fünf“ sowie eine „Machtdemonstration der Wettbewerbsstärke Deutschlands“. Zudem beklagen sie eine „Instrumentalisierung der Krise durch die Sparsamen Vier/Fünf“, artikulieren jedoch eine „positive Bewertung des Merkel/Macron-Vorschlags“. Diese Bewertungen wurden in 154 von insgesamt 623 Artikeln thematisiert (24,7 Prozent). Abbildung 27 unten enthält die Thematisierungsverläufe der Bewertungen in den Monaten Februar bis Juli 2020, wobei die Medien erst ab März keynesianische Bewertungen aufgriffen.

Abbildung 27:

Relative Häufigkeit konkreter keynesianischer Bewertungen in den untersuchten Printmedien 2020 (nach Monaten, in Prozent)



Quelle: Eigene Darstellung. Artikel mit Bezug zur Corona-Krise in Italien 2020: n=154, Mehrfachnennungen möglich, Untersuchungszeitraum: 15.02.2020-31.07.2020.

Aus Abbildung 27 geht hervor, dass der Vorwurf, dass es den „Sparsamen Vier/Fünf“ (Österreich, die Niederlande, Dänemark, Schweden und Finnland) an Solidarität mangle, insgesamt am häufigsten in den europäischen Diskurs eingebracht wurde. Die Bewertung erhält insbesondere im März (rund 56 Prozent) und April (45,7 Prozent) hohe Aufmerksamkeit, anschließend wird die Bewertung durchschnittlich 26 Prozent der Artikel erwähnt. Etwas weniger im Fokus stand die „Machtdemonstration der Wettbewerbsstärke Deutschlands“, die im April ihren Thematisierungshöhepunkt mit fast 26 Prozent aller Artikel mit keynesianischen Bewertungen erreicht.

Vorwurf in den Medien: Den „Sparsamen Vier/Fünf“ mangle es an Solidarität.

In gleicher Weise, aber zeitversetzt, stellt sich der Aufmerksamkeitszyklus der positiven Bewertung von Merkels und Macrons Vorschlag dar: Nach einem absoluten Höhepunkt im Mai mit 40 Prozent nimmt die Thematisierungshäufigkeit anschließend etwas ab. In Bezug auf die Bezeichnung der „Sparsamen Vier/Fünf“ als arrogant kann von einem stetigen Aufmerksamkeitsniveau um die 20 Prozent ab April bis Ende des Untersuchungszeitraums gesprochen werden. Ähnlich konstant greift die Presseberichterstattung auch die Bewertung der „Instrumentalisierung der Krise durch die Sparsamen Vier/Fünf“ ab März auf. Lediglich im Mai wird diese Bewertung gar nicht in den Artikeln zur Corona-Krise in Italien thematisiert.

Insgesamt betrachtet werden die (keynesianischen) Bewertungen der „Sparsamen Vier/Fünf“ und/oder ihrer Politik in fast doppelt so vielen Artikeln wie die (neoklassischen) Bewertungen der südeuropäischen Länder mit keynesianischer Ausrichtung aufgegriffen. Anhand dieser Ergebnisse wird deutlich, dass die europäischen Debatten um die Corona-Hilfen stärker von der Sichtweise der Länder mit keynesianischer Perspektive geprägt ist. Interessant dabei ist auch der Aufmerksamkeitswechsel von der negativen Bewertung der deutschen Politik (Machtdemonstration) im April bis zur positiven Bewertung im Mai (positive Bewertung des Vorschlags). Es liegt nahe, dass sich die politischen Entscheidungen Deutschlands sowie die Bewertungen seitens der Länder Italien, Frankreich und Spanien und der öffentliche Druck auf das wirtschaftlich starke Deutschland, im Sinne einer stärkeren europäischen Solidarität zu handeln, bedingten. Als im April die selbst ernannten „Sparsamen Vier“ und ab Juli die „Sparsamen Fünf“ verstärkt in den Medien präsent waren – vor allem aufgrund ihres Gegenvorschlags zum Merkel-Macron-Plan, ausschließlich Kredite und keine Zuschüsse auszus zahlen – erhöhten sich dementsprechend auch die Bewertungen des politischen Gegenlagers hinsichtlich der Meinungen und Forderungen der „Sparsamen Vier/Fünf“.

Die Bewertungen aus neoklassischer sowie keynesianischer Sicht

Wie bereits in Kapitel 4.3 erläutert, konnten Bewertungen in den Artikeln über die europäischen Diskurse erfasst werden, die ex ante keinem

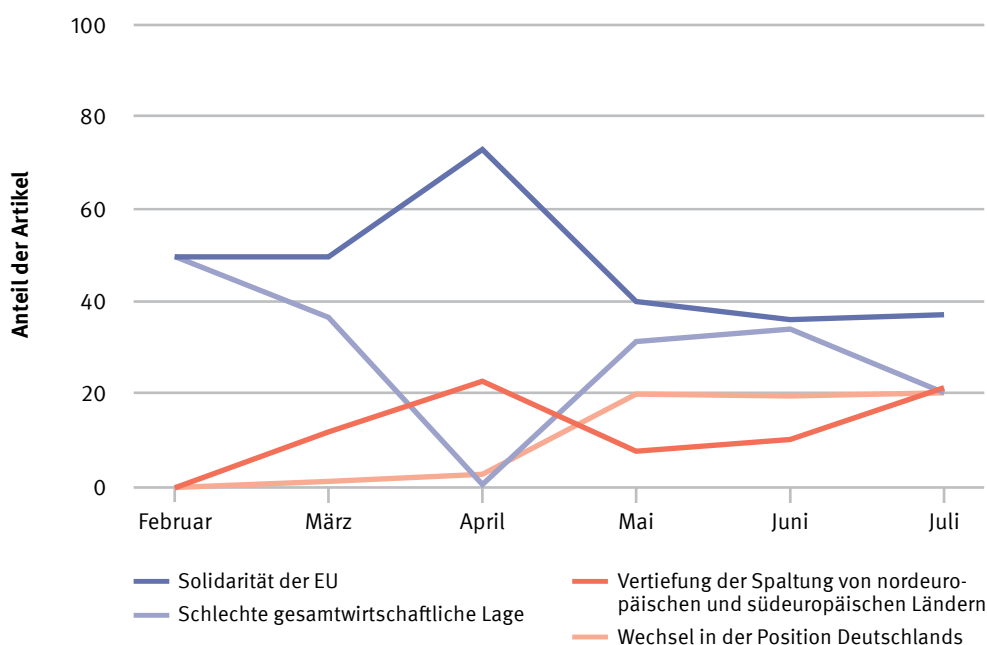
Paradigma zugeordnet werden konnten. Darunter fallen Bewertungen über die „Solidarität der EU“, die „schlechte gesamtwirtschaftliche Lage“ oder die „Vertiefung der Spaltung von nord- und südeuropäischen Staaten“, aber auch über den „Wechsel in der Position Deutschlands“²⁵. Diese Bewertungen wurden in insgesamt 397 Artikeln thematisiert, die 63,7 Prozent aller Artikel ausmachen.

Abbildung 28 zeigt den Verlauf der Thematisierungshäufigkeiten der europäischen Bewertungen in den Monaten Februar bis Juli 2020.

In der Abbildung fallen die etwas schwankenden Verläufe der Bewertungen der europäischen Politik auf. Die am häufigsten von der Presseberichterstattung thematisierte Bewertung ist die Referenz auf die „Solidarität der EU“. In ihrem Aufmerksamkeitszyklus, der sich von Anfang bis Ende des Zeitraums auf einem hohen Niveau hält, sticht besonders der April hervor, in dem die Bewertung mit 73,1 Prozent aller Artikel mit nicht eindeutigen Bewertungen einen absoluten Höhepunkt verzeichnet. Gleichzeitig lassen sich im April für alle anderen europäischen Bewertungen mit Ausnahme derjenigen über die

Abbildung 28:

Relative Häufigkeit nicht eindeutiger Bewertungen in den untersuchten Printmedien 2020 (nach Monaten, in Prozent)



Quelle: Eigene Darstellung. Artikel mit Bezug zur Corona-Krise in Italien 2020: n=397, Mehrfachnennungen möglich, Untersuchungszeitraum: 15.02.2020-31.07.2020.

25 Unter der Bewertung „Wechsel in der Position Deutschlands“ wird ein Wechsel der (eher) neoklassischen Sicht (Ablehnung von Corona-Bonds) zu einer (eher) keynesianischen Sicht (Merkel-Macron-Vorschlag) verstanden.

„Vertiefung der Spaltung zwischen nord- und südeuropäischen Ländern“ Thematisierungstiefpunkte beobachten. Danach steigt die Thematisierungshäufigkeit der „schlechten gesamtwirtschaftlichen Lage“ und des „Wechsels in der Position Deutschlands“, beiden Bewertungen halten sich bis zum Ende auf einem hohen Aufmerksamkeitsniveau.

„Auch in der Coronakrise tut sich die EU schwer, eine gemeinsame Linie zu finden.“

Bereits zu Beginn der wirtschaftspolitischen Debatten auf europäischer Ebene zeichneten sich zwei konträre politische Lager ab: Länder wie Italien und Spanien, die vor allem für europäische Hilfen in Form von nicht-zurückzahlbaren Zuschüssen plädierten, und die später genannten „Sparsamen Vier/Fünf“ (Österreich, die Niederlande, Dänemark, Schweden und Finnland) sowie Deutschland, die eher an einem Austeritätskurs festhalten wollten. Bis zum Vorschlag des aus Zuschüssen bestehenden Wiederaufbaufonds konnte die deutsche Politik daher eher der politischen Richtung der „Sparsamen Vier/Fünf“ zugeordnet werden. Anschließend wurde der politische Wechsel Deutschlands als Schritt in Richtung der Länder mit keynesianischer Ausrichtung angesehen. Beide wirtschaftspolitischen Lager kritisierten Deutschland also zu einem bestimmten Zeitpunkt im Untersuchungszeitraum, ebenso wie sie das jeweils andere Lager in den Debatten um mögliche Rettungsmaßnahmen negativ bewerteten. So unterstellten die

„Sparsamen Vier/Fünf“ den Ländern mit keynesianischer Ausrichtung, die Corona-Krise und insbesondere nicht-zurückzahlbare Gelder als Vorwand für verpasste Strukturreformen und als Ausgleich zu hoher Staatsschulden zu nutzen. Auf der anderen Seite unterstellten vor allem Italien und Spanien den „Sparsamen Vier/Fünf“, sie würden in Krisenzeiten die unterschiedlichen Wirtschaftssituationen nicht respektieren und ihre Macht demonstrieren. Zudem würde es ihnen an europäischer Solidarität mangeln. Bereits im April hieß es in einem Artikel des *Spiegels*: „Wieder wird über Eurobonds gestritten, wieder stehen sich der Süden und der Norden gegenüber. Auch in der Coronakrise tut sich die EU schwer, eine gemeinsame Linie zu finden. Vor allem von den Deutschen wird mehr Solidarität erwartet.“ (Heyer et al. 2020) Insbesondere der italienische Ministerpräsident Giuseppe Conte kritisierte die Sichtweise der „Sparsamen Vier/Fünf“ sowie (anfänglich) Deutschland häufig in den Medien. In einem Artikel der *Süddeutschen Zeitung* wird Conte im April wie folgt zitiert: „Die Sichtweise etwa der Bundesregierung oder der niederländischen Regierung, muss sich jetzt ändern. [...] Europa ist solide und eins.“ (Meiler 2018)

6.1.4 Lösungen (Handlungsempfehlungen)

Über alle untersuchten Printmedien hinweg konnten im Untersuchungszeitraum vom 15.02.2020 bis zum 31.07.2020 in insgesamt 498 von 623 Artikeln zur Corona-Krise in Italien 2020 Lösungen erfasst werden, was fast vier Fünftel aller Artikel entspricht. Der Verlauf der relativen Thematisierungshäufigkeiten nach Paradigma

über den gesamten Beobachtungszeitraum ist in Abbildung 29 dargestellt.

Abbildung 29 verdeutlicht die Dominanz der keynesianischen Perspektive: In 89,2 Prozent der Artikel mit Lösungen werden Lösungen aus keynesianischer Sicht dargestellt, in nur 47,2 Prozent der Artikel neoklassische Sichtweisen. Die Aufmerksamkeitsverläufe halten sich dabei – nach einem anfänglichen Höhepunkt aus keynesianischer Sicht, respektive einem Tiefpunkt aus neoklassischer Sicht – konstant um die 65 Prozent (keynesianisch) und 35 Prozent (neoklassisch), bevor sie gegen Ende des Untersuchungszeitraums aufeinander zulaufen. Im Folgenden werden die zentralen Lösungsvorschläge aus neoklassischer sowie keynesianischer Sicht vorgestellt.

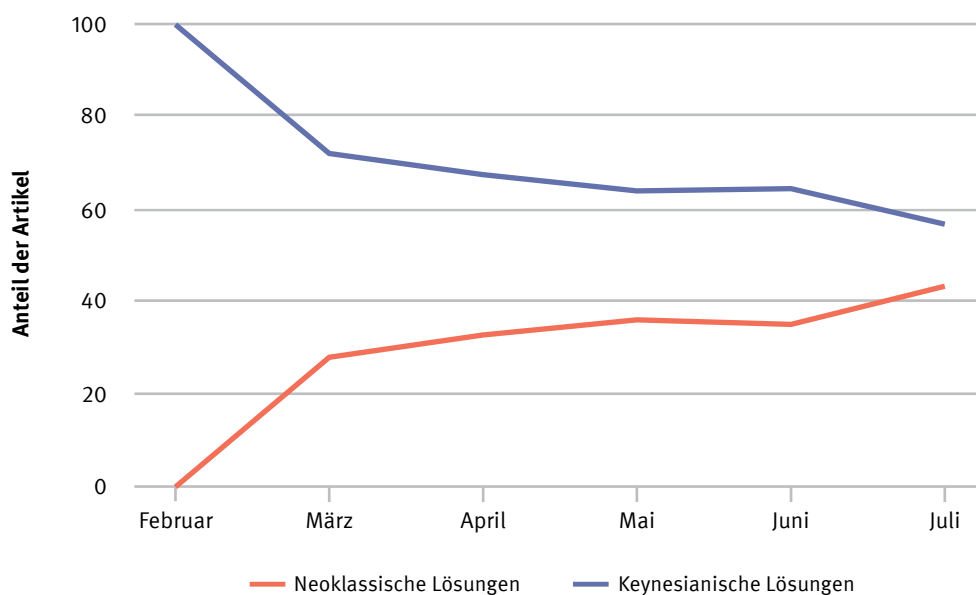
Lösungen aus neoklassischer Sicht

Die vier zentralen neoklassischen Lösungen, dass die Gelder des Wiederaufbaufonds „an Auflagen gebunden“ und „aus Krediten bestehen“ sollen, die „Verringerung der Zuschüsse der Wiederaufbaufonds-Gelder“ durchgesetzt und ein „neuer europäischer Rettungsschirm der Euro-Gruppe“ aufgespannt werden müsse, wurden in 219 der insgesamt 623 Artikeln thematisiert (35,2 Prozent aller Artikel). Der Verlauf der Thematisierungshäufigkeiten über den gesamten Beobachtungszeitraum ist in Abbildung 30 dargestellt.

Im März steht der Vorschlag, einen neuen Rettungsschirm der Euro-Gruppe auszuarbeiten, mit 54,1 Prozent aller Artikel mit neoklassischen Lösungsvorschlägen im Zentrum der Medien-

Abbildung 29:

Relative Häufigkeit der neoklassischen und keynesianischen Lösungen in den untersuchten Printmedien 2020 (nach Monaten, in Prozent)



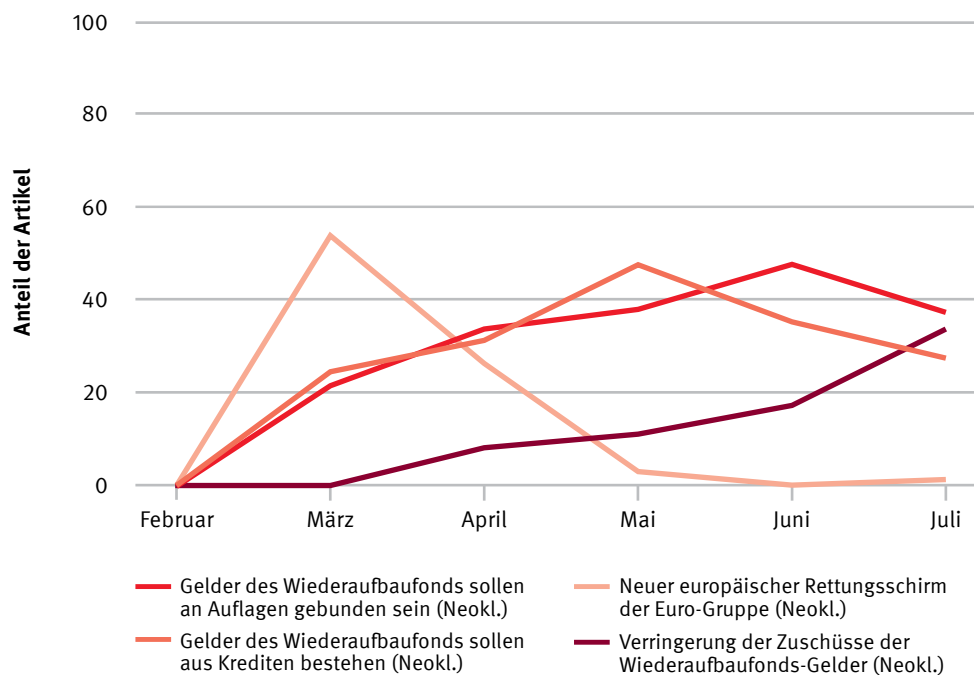
Eigene Darstellung. Artikel mit Bezug zur Corona-Krise in Italien 2020: n=498, Mehrfachnennungen möglich, Untersuchungszeitraum: 15.02.2020-31.07.2020.

aufmerksamkeit, bevor er kontinuierlich an Aufmerksamkeit verliert. Demgegenüber stehen ab April die Lösungsideen Gelder des Wiederaufbaufonds an Auflagen zu binden (33,7 Prozent) oder als Kredite zu vergeben (31,3 Prozent) verstärkt im Fokus der Debatten. Sie verzeichnen im Zeitverlauf weitere Thematisierungshöhepunkte im Mai (38,1 Prozent bzw. 47,6 Prozent) und Juni (47,5 Prozent bzw. 35 Prozent). Zum Ende des Untersuchungszeitraums erhält der Lösungsvorschlag „Verringerung der Zuschüsse“ verstärkt mediale Aufmerksamkeit: Im Juli wird in 33,8 Prozent aller Artikel, in denen neoklassische Lösungen thematisiert wurden, über diese Lösungsidee berichtet.

Die Thematisierungsverläufe der vier dominanten neoklassischen Lösungsvorschläge illustrieren exakt die wirtschaftspolitischen Entscheidungen der EU. Die europäische Antwort der Euro-Gruppe, ein Maßnahmenbündel aus drei Elementen über 540 Milliarden Euro zur Verfügung zu stellen, wurde bereits Mitte/Ende März öffentlich diskutiert. Sobald diese Lösung Anfang April realisiert wurde, sank das mediale Interesse dementsprechend. Parallel gab es bereits erste Nachrichten, dass die Europäische Union einen billionenschweren Wiederaufbaufonds plant, der viele offene Fragen bezüglich der Finanzierung und Ausgestaltung (Kredite vs. Zuschüsse, Bedingungen) hervorrief (vgl. Berschens 2020a, Handelsblatt). Insbeson-

Abbildung 30:

Relative Häufigkeit konkreter neoklassischer Lösungsvorschläge in den untersuchten Printmedien 2020 (nach Monaten, in Prozent)



Quelle: Eigene Darstellung. Artikel mit Bezug zur Corona-Krise in Italien 2020: n=219, Mehrfachnennungen möglich, Untersuchungszeitraum: 15.02.2020-31.07.2020.

dere im Juni konzentrierten sich die Medien auf die Positionen der selbst ernannten „Sparsamen Vier“ (Österreich, die Niederlande, Schweden, Dänemark) sowie im Juli auf die „Sparsamen Fünf“ (inklusive Finnland), die sich in erster Linie für Kredite und eine Verringerung der Zuschüsse im Wiederaufbaufonds einsetzten.

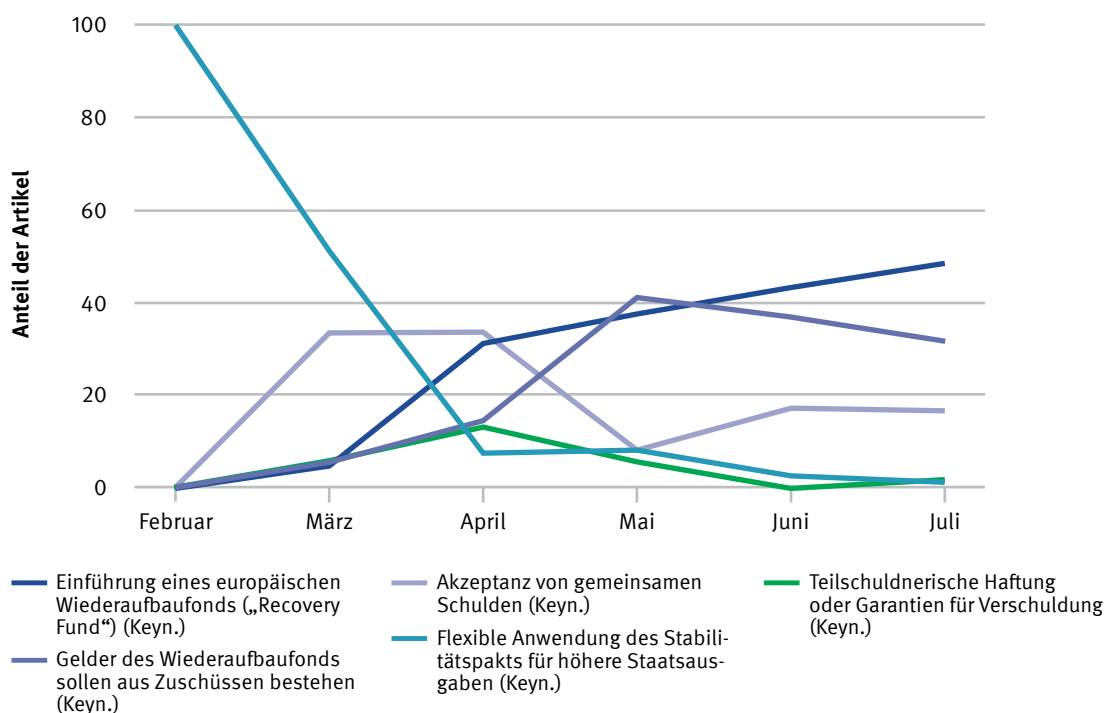
Lösungen aus keynesianischer Sicht

Die fünf zentralen keynesianischen Lösungsvorschläge wurden in 401 von insgesamt 623 Artikeln thematisiert. Dies entspricht einem Anteil von knapp zwei Drittel aller Artikel. Abbildung 31 enthält die Thematisierungsverläufe der Lösungen in den Monaten Februar bis Juli 2020.

In fast der Hälfte aller Artikel mit Bezug zu keynesianischen Lösungen wurde die Einführung eines Wiederaufbaufonds, in 37,4 Prozent die Vergabe der Wiederaufbaufonds-Gelder als Zuschüsse, in rund einem Drittel die Akzeptanz von gemeinsamen Schulden und in 18,7 Prozent die Forderung nach einer flexibleren Anwendung des Stabilitäts- und Wachstumspakts als Problemlösung genannt. Die beiden Lösungen hinsichtlich des Wiederaufbaufonds weisen einen ähnlichen Thematisierungsverlauf auf: Das mediale Interesse steigt stetig ab Februar an, bis die Thematisierungshöhepunkte im Juli (48,6 Prozent) beziehungsweise im Mai (41 Prozent) erreicht werden. Dahingegen stehen die Lösungen „Ak-

Abbildung 31:

Relative Häufigkeit konkreter keynesianischer Lösungsvorschläge in den untersuchten Printmedien 2020 (nach Monaten, in Prozent)



Quelle: Eigene Darstellung. Artikel mit Bezug zur Corona-Krise in Italien 2020: n=401, Mehrfachnennungen möglich, Untersuchungszeitraum: 15.02.2020-31.07.2020.

zeptanz von gemeinsamen Schulden“ und „flexible Anwedung des Stabilitätspakts“ eher am Anfang des Untersuchungszeitraums im Fokus der Presseberichterstattung. Die Akzeptanz von gemeinsamen Schulden als Lösung wurde insbesondere in den Monaten März (33 Prozent) und April (33,7 Prozent) verstärkt gefordert. Schließlich ist sie bis zum Ende des Untersuchungszeitraums eine medial viel diskutierte Lösung.

Die Auswertung der Ergebnisse zeigt: Nachdem die Maastricht-Kriterien offiziell ausgesetzt wurden, war es den Mitgliedstaaten erlaubt, höhere Staatsschulden zu machen, wodurch die keynesianische Forderung nach der Anwendung der Ausweichklausel realisiert wurde. Bevor sich die Europäische Union bereits im April auf einen Wiederaufbaufonds einigte, dominierte die Debatte über die Corona-Bonds die wirtschafts-

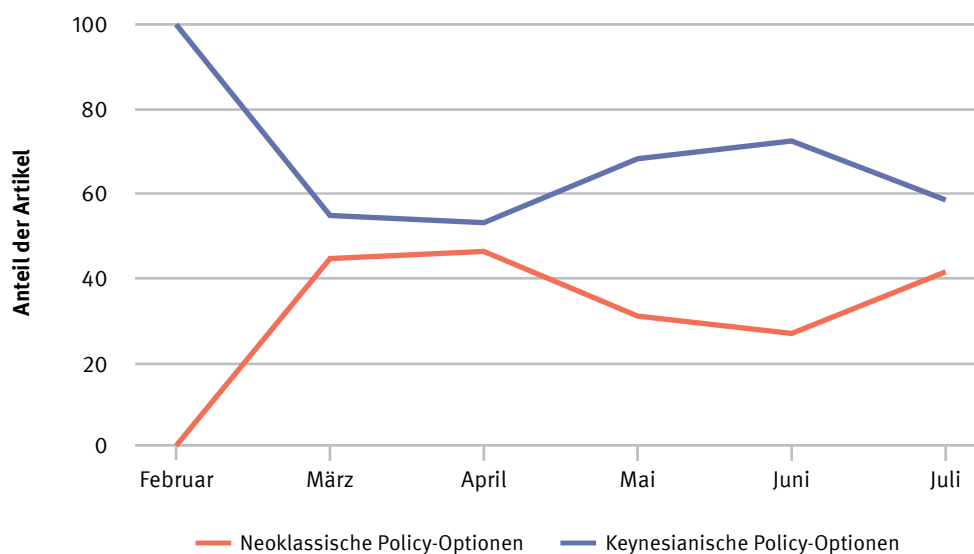
politische Berichterstattung. Dies ist ursächlich für die hohen Thematisierungswerte der Lösung „Akzeptanz von gemeinsamen Schulden“. Parallel konzentrierten sich die Medien im April und insbesondere ab Mai auf die Forderungen der südeuropäischen Staaten zur Ausarbeitung des Wiederaufbaufonds hinsichtlich der Finanzierung und Verteilung der Gelder.

6.1.5 Policy-Optionen (Handlungsempfehlungen)

Über alle untersuchten Printmedien hinweg konnten im Untersuchungszeitraum vom 15.02.2020 bis zum 31.07.2020 in insgesamt 428 von 623 Artikeln zur Corona-Krise in Italien 2020 Policy-Optionen erfasst werden, was 68,7 Prozent aller Artikel entspricht. Der Verlauf der Thematisierungshäufigkeiten über den gesamten Beobachtungszeitraum ist in Abbildung 32 dargestellt.

Abbildung 32:

Relative Häufigkeit der neoklassischen und keynesianischen Policy-Optionen in den untersuchten Printmedien 2020 (nach Monaten, in Prozent)



Quelle: Eigene Darstellung. Artikel mit Bezug zur Corona-Krise in Italien 2020: n=428, Mehrfachnennungen möglich, Untersuchungszeitraum: 15.02.2020-31.07.2020.

Es wird deutlich, dass nach einem anfänglichen extremen Ungleichgewicht beide Sichtweisen bis April nahezu ausgewogen in den Medien thematisiert werden. Ab Mai und bis zum Ende des Untersuchungszeitraums greift die Presse die keynesianische Sicht wieder deutlich häufiger als die neoklassische Sicht auf. Insgesamt werden in 78,7 Prozent aller Artikel mit Policy-Optionen keynesianische Instrumente und in 53,5 Prozent neoklassische Instrumente genannt.

Auf eine detaillierte Darstellung der neoklassischen Lösungen kann verzichtet werden. Es dominieren fünf Policy-Optionen: Die Forderung, die „Kredite des Wiederaufbaufonds sollen an Strukturreformen gekoppelt werden“, wurde in 30,6 Prozent der Artikel mit neoklassischen Policy-Optionen erwähnt. Eine „zeitliche Begrenzung der Corona-Hilfen“ einzuführen stand in rund einem Viertel der Artikel im Fokus, das „EU-Finanzpaket über 540 Milliarden Euro als Kredite“ zu vergeben in jedem fünften Text. Zwei Forderungen Gelder des ESM zur Unterstützung der EU-Staaten einzusetzen wurden in jeweils rund 13 Prozent der Artikel thematisiert und waren insbesondere zu Beginn des Untersuchungszeitraumes präsent. Dies lässt sich damit begründen, dass sich die Europäische Union Ende April auf einen Wiederaufbaufonds (ohne Angaben von Details) einigte, Deutschland und die „Sparsamen Vier/Fünf“ zuvor jedoch bereits insbesondere Italien und Spanien aufforderten, die Gelder des ESM (die an Bedingungen geknüpft sind) in Anspruch zu nehmen. Der ESM verpflichtete bereits Griechenland in seiner Staatsschuldenkrise 2010 zu einer Sparpolitik

mit strengen Auflagen. Die Entwicklung der Thematisierungshäufigkeiten der anderen neoklassischen Policy-Optionen zeichnet die bereits mehrfach beschriebenen politischen Geschehnisse ebenfalls nach.

Insgesamt dominieren in der Berichterstattung die keynesianischen Policy-Optionen.

Policy-Optionen aus keynesianischer Sicht

Die fünf keynesianischen Policy-Optionen wurden in 316 von insgesamt 623 Zeitungs- und Magazinartikeln thematisiert, was einem Anteil von 50,7 Prozent der Artikel entspricht. Der Verlauf der Thematisierungshäufigkeiten der Policy-Optionen über den gesamten Beobachtungszeitraum ist in Abbildung 33 dargestellt.

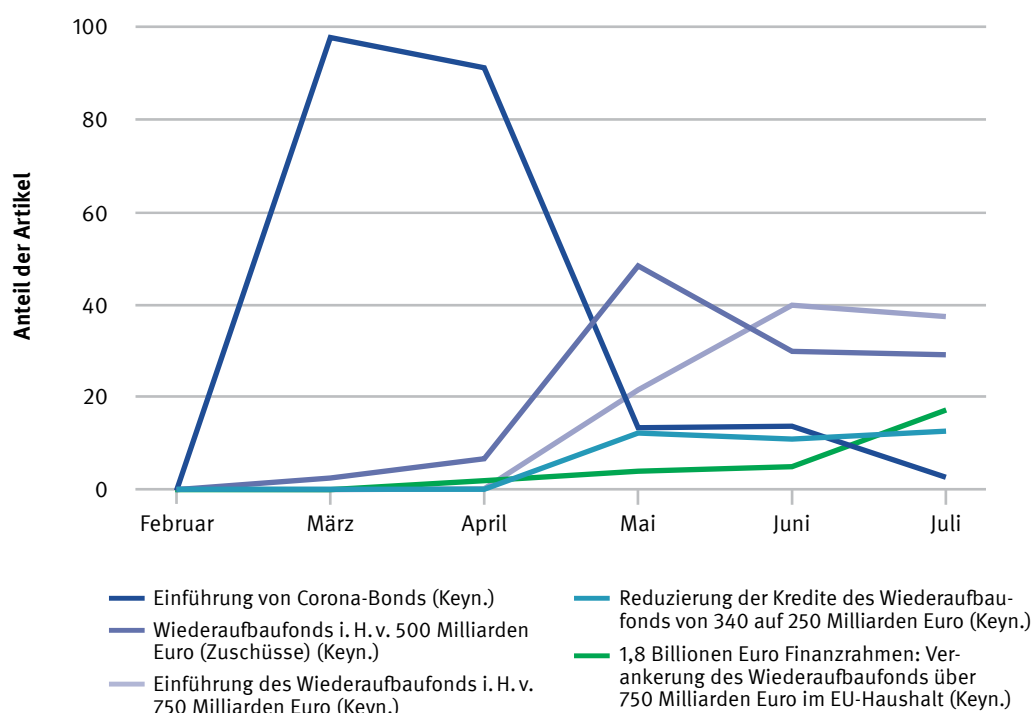
Wie Abbildung 33 zeigt, wurden die Policy-Optionen über die „Einführung von Corona-Bonds“, die Einrichtung eines „Wiederaufbaufonds“ und die „Reduzierung der Kredite des Wiederaufbaufonds“ über den gesamten Untersuchungszeitraum am häufigsten thematisiert. Die mediale Aufmerksamkeit für die Einführung der Corona-Bonds steigt stark bis zu ihrem Höhepunkt im März und April, in dem die Policy-Option in 97,6 bzw. 91,1 Prozent aller Artikel mit keynesianischen Policy-Optionen genannt wurde. Danach fällt das mediale Interesse stark bis auf ein Aufmerksamkeitsniveau von ca. 13 Prozent im Mai und Juni, bevor sie im Juli nicht mehr in der Presse thematisiert wird. Während die Forderungen zur Einrichtung eines

Wiederaufbaufonds (über 750 bzw. 500 Milliarden Euro) im März und April medial kaum beachtet werden, dominieren sie zu Beginn und Ende des Untersuchungszeitraumes klar. Ähnlich, jedoch in einem deutlich geringeren Umfang widmet die Presseberichterstattung ihre Aufmerksamkeit der Policy-Option die Kredite im Wiederaufbaufonds zu verringern (von 340 auf 250 Milliarden Euro). Da sich diese konkrete Lösung auf die Ausgestaltung des Wiederaufbaufonds bezieht, erklärt dies die höheren Aufmerksamkeitswerte gegen Ende des Untersuchungszeitraumes im Mai, Juni und Juli.

6.2 Akteursanalyse in den untersuchten Printmedien

In Anknüpfung an die deskriptive Analyse der einzelnen Frame-Elemente Problemdefinition, Ursache, Bewertung, Lösung und konkreter Politik-Optionen, folgt die Auswertung der Frame-Elemente mit Akteursbindung (Verursacher/-innen, Forderungsadressaten/-innen, Kompetenzab-schreibungen). Im Gegensatz zur Analyse der Berichterstattung des bilateralen Haushaltsstreits 2018, bei dem die italienische Regierung und die EU-Kommission die zentralen Akteure waren, wur-

Abbildung 33:
Relative Häufigkeit konkreter keynesianischer Policy-Optionen in den untersuchten Printmedien 2020 (nach Monaten, in Prozent)



Quelle: Eigene Darstellung. Artikel mit Bezug zur Corona-Krise in Italien 2020: n=316, Mehrfachnennungen möglich, Untersuchungszeitraum: 15.02.2020-31.07.2020.

de der Diskurs über Corona-Hilfen auf EU-Regierungsebene geführt. Um dennoch den Vergleich der beiden Analysen zu ermöglichen, wurden neben allen 27 EU-Regierungschefs/-innen, auch die einzelnen italienischen Regierungsmitglieder sowie die EU-Kommission mit zentralen Akteuren in das Kategoriensystem aufgenommen. Allerdings werden aufgrund der geringen Thematisierungen einzelner Akteure in der Presseberichterstattung ausschließlich die folgenden Akteure in die Analyse miteinbezogen: Italien unter Ministerpräsident Giuseppe Conte, Deutschland unter Bundeskanzlerin Angela Merkel, Frankreich unter Staatspräsident Emmanuel Macron, Spanien unter Ministerpräsident Pedro Sánchez, die „Sparsamen Vier/Fünf“, die EU-Kommission, EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und alle Regierungschefs/-innen als kollektiver Akteur zusammen. Hier ist angemerkt, dass die fünf Länder Österreich, Niederlande, Schweden, Dänemark und Finnland als Variable „Sparsame Vier/Fünf“ zusammengefasst wurden, da sie in der Berichterstattung nahezu ausschließlich zusammen genannt wurden oder einzeln die Gruppe repräsentierten. Dabei wird, analog zu den anderen Frame-Elementen, eine relationale Darstellung vorangestellt, welche die anteilige Erwähnung der neoklassischen und keynesianischen Vertreter/-innen in den Medien zeigt. Hier muss angemerkt werden, dass die südeuropäischen Staaten (Italien, Spanien, Frankreich) einer keynesianischen Ausrichtung und die nordeuropäischen Staaten (die „Sparsamen Vier/Fünf“) einer neoklassischen Ausrichtung im Streit um die Corona-Hilfen zuzuordnen sind.

Deutschland, die EU-Kommission bzw. einzelne EU-Kommissare/-innen und die Adressierung aller Regierungschefs/-innen als kollektiver Akteur durch die Medien werden einzeln aufgeführt, da sie nicht konsistent einer paradigmatischen Ausrichtung zugeordnet werden können.

6.2.1 Verursacher/-innen (kausale Interpretation)

Die Problemverursacher/-innen(-Gruppen) wurden in 469 von insgesamt 623 Artikeln thematisiert, was einem Anteil von 75,3 Prozent aller Artikel entspricht. Der Verlauf der Thematisierungen über den gesamten Beobachtungszeitraum nach Paradigma ist in Abbildung 34 dargestellt.

Deutschland wird als Problemverursacher in der medialen Darstellung am häufigsten genannt.

Aus der Abbildung geht hervor, dass Deutschland als Problemverursacher in der medialen Darstellung dominiert (mit 46,3 Prozent aller Artikel, in denen Verursacher/-innen genannt werden), knapp gefolgt von den Verursacher/-innen aus keynesianischer Sicht (44,3 Prozent) und weiter abgeschlagen den Verantwortlichen aus neoklassischer Sicht (31,8 Prozent). Bei einer näheren Betrachtung der Verursacher/-innen aus neoklassischer Sicht fällt zudem auf, dass insbesondere Italien häufig genannt wird – in 27,3 Prozent aller entsprechenden Artikel wird der südeuropäische Staat verantwortlich ge-

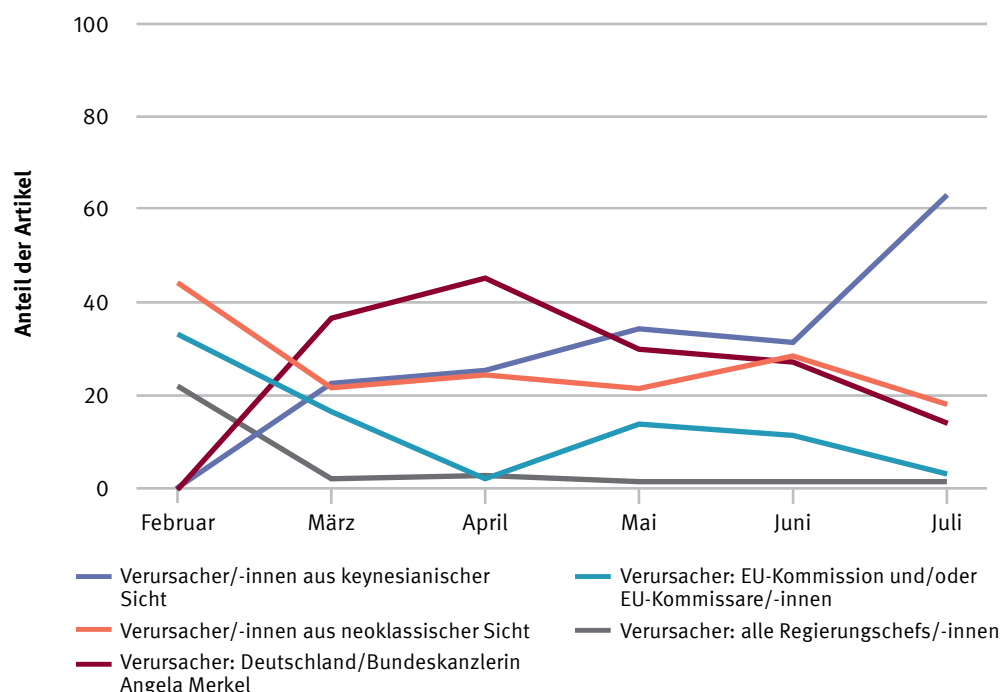
macht. Parallel liegt der Anteil der Artikel mit Nennungen von EU-Kommission und/oder einzelnen EU-Kommissare/-innen als Verantwortlichen bei 11,3 Prozent. Alle Regierungschefs/-innen gemeinsam werden nur in drei Prozent aller Artikel mit Nennung von Verursacher/-innen adressiert.

Im Aufmerksamkeitszyklus von Deutschland als Verursacher der jeweils identifizierten Probleme lässt sich ein stetiger Aufmerksamkeitsanstieg von Beginn bis zum Höhepunkt im April erkennen. Wird dahingegen der Verlauf der „Sparsamen Vier/Fünf“ – die aus keynesianischer Sicht die Problemverursacher/-innen darstellen – be-

trachtet, werden einige Thematisierungsschwankungen sichtbar: Bereits ab März spielen sie eine wichtige Rolle im Diskurs über die Corona-Hilfsprogramme bis sie im Mai im Fokus der Presseberichterstattung als Problemverursacher/-innen stehen. Danach sinkt die Aufmerksamkeit wieder, bevor sie ihren absoluten Höhepunkt im Juli (63,4 Prozent) erreicht. Demgegenüber werden die südeuropäischen Staaten und vor allem Italien unter Giuseppe Conte – die Problemverantwortlichen aus neoklassischer Sicht – besonders im Februar, zu Beginn des Untersuchungszeitraums, in fast der Hälfte der Artikel genannt. In den Folgemonaten bewegt sich das Aufmerksamkeitsniveau stetig um die 22 Prozent, bevor

Abbildung 34:

Relative Häufigkeit der unterschiedlichen Verursacher/-innen in den untersuchten Printmedien 2020 (nach Monaten, in Prozent)



Quelle: Eigene Darstellung. Artikel mit Bezug zur Corona-Krise in Italien 2020: n=469, Mehrfachnennungen möglich, Untersuchungszeitraum: 15.02.2020-31.07.2020.

es im Juni auf fast 30 Prozent ansteigt und im Juli auf unter 20 Prozent absinkt. Auf die EU-Kommission sowie alle Regierungschefs/-innen konzentriert sich die Presseberichterstattung verstärkt im Februar.

Die Ergebnisse der deskriptiven Verursacher/-innen-Analyse erlauben Rückschlüsse, wie der europäische Diskurs in der Corona-Krise geführt wurde. In mehr als Dreiviertel aller Artikel wurde die Verantwortlichkeit für die definierten Probleme konkreten Akteuren zugeschrieben. Dabei zeigte sich, dass Deutschland insbesondere vor dem Merkel-Macron-Vorschlag am 18. Mai als Verursacher angesehen wurde. Dies kann als Reaktion von Italien und Spanien auf die zu diesem Zeitpunkt noch neoklassische Position Deutschlands – die Forderung der Inanspruchnahme von ESM-Geldern (als Kredite) sowie die Ablehnung von Corona-Bonds – zurückgeführt werden. Beispielsweise kritisierte Ministerpräsident Conte im April: „Wir haben nicht vergessen, dass den Griechen bei der letzten Finanzkrise inakzeptable Opfer abverlangt wurden, damit sie Kredite erhielten“ (Meiler 2018).

Die geringere, aber mit fast 30 Prozent aller entsprechenden Artikel immer noch relevante, Nennung Deutschland als Problemverursacher im Mai und Juni kann hingegen auf Kritik aus dem Inland sowie vonseiten der „Sparsamen Vier/Fünf“ zurückgeführt werden. Deutschland sei vom üblichen Austeritätskurs abgewichen und nehme zu viel Haftung für europäische Schulden auf sich, lautete der Vorwurf gegenüber der nach dem Merkel-Macron-Vorschlag nun eher

keynesianischen Position Deutschlands. Somit wird die Schlüsselrolle Deutschlands im europäischen Diskurs sichtbar. Darüber hinaus lässt sich auch die Bedeutung der „Sparsamen Vier/Fünf“ anhand der Thematisierungshäufigkeiten erkennen. Diese standen um den EU-Gipfel vom 17.-21. Juli im Zentrum der Presseberichterstattung. Auf Druck der fünf Länder und nach ihrem Gegenvorschlag zum Merkel-Macron-Plan, ausschließlich Kredite und keine Zuschüsse auszahlend, wurde der Anteil der Zuschüsse tatsächlich von 500 auf 390 Milliarden Euro reduziert, wodurch sie sich selbst als Gewinner des EU-Gipfels sahen, die südeuropäischen Staaten den Kompromiss jedoch scharf kritisierten.

Keynesianische Impulse aus Italien, Spanien und Frankreich werden häufig kritisiert.

Italien, Frankreich und Spanien waren die Länder, die am häufigsten und kontinuierlich im Zeitverlauf für ihre geforderten keynesianische Impulse in der Kritik standen. Dabei dominierte die italienische Regierung als Problemverursacherin. Ursächlich dafür ist, dass Italien das zuerst und am härtesten von der Pandemie getroffene Land Europas war (vgl. Statistisches Bundesamt 2021a). Auch die wirtschaftlichen Folgen der COVID-19-Pandemie zeigten sich auf europäischem Boden zuerst in Italien. Die drittgrößte Volkswirtschaft in der Europäischen Union plädierte bereits in der Euro-Krise für gemeinschaftliche europäische Anleihen und mehr europäische Solidarität und wiederholte diese Forderungen in der Corona-Krise.

6.2.2 Forderungsadressaten/-innen

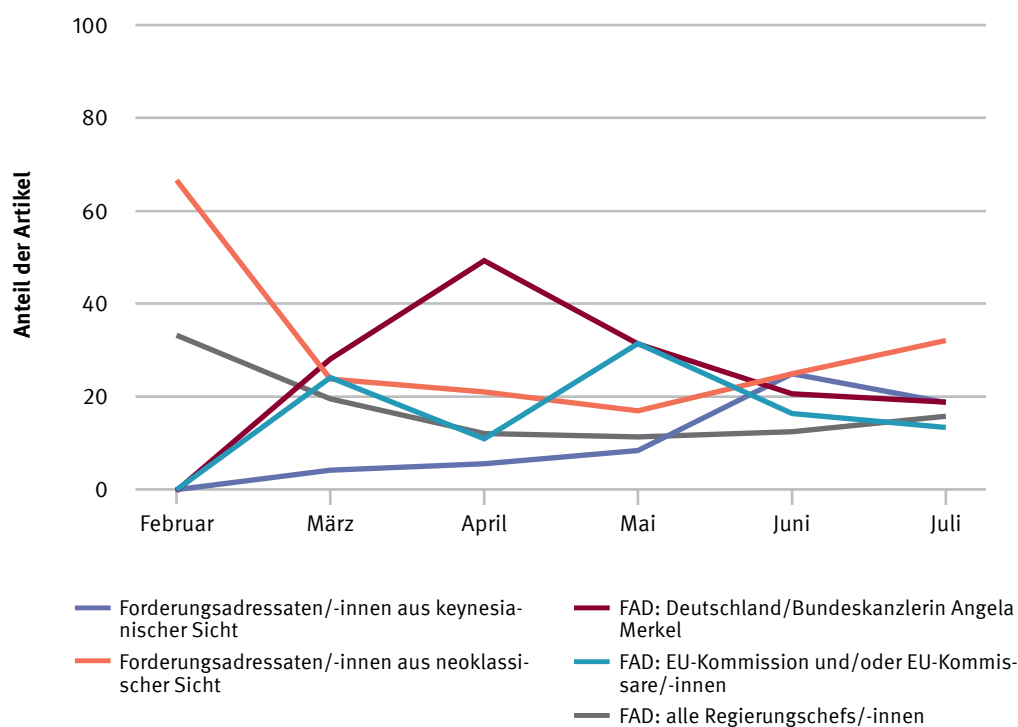
Forderungsadressaten/-innen wurden in 176 von insgesamt 623 Artikeln genannt. Dies entspricht einem Anteil von 28,3 Prozent der Artikel mit Bezug zur Corona-Krise in Italien. Der Verlauf der Thematisierungshäufigkeiten über den gesamten Untersuchungszeitraum wird in Abbildung 35 skizziert.

Es fällt auf, dass der Thematisierungsverlauf der Bundesrepublik als Forderungsadressat dem Verlauf Deutschlands als Problemverursacher stark ähnelt. In rund der Hälfte der Artikel, in denen Forderungen an konkrete Akteure gerichtet werden, ist die Bundesrepublik das Ziel die-

ser Forderungen. Es folgen in den durchschnittlichen Thematisierungshäufigkeiten die Forderungsadressaten/-innen aus neoklassischer Sicht mit einem knappen Drittel aller Artikel, die EU-Kommission und/oder einzelne Kommissare/-innen mit 23,3 Prozent, die Gruppe aller Regierungschefs/-innen mit 19,3 Prozent und die Forderungsadressaten/-innen aus keynesianischer Sicht mit 13,1 Prozent.

In der Einzelbetrachtung steht Deutschland nach einem stetigen Thematisierungsanstieg im April im Fokus der Medienaufmerksamkeit, danach sinkt das mediale Interesse beständig. Italien, Spanien und Frankreich werden zu Beginn des

Abbildung 35:
Relative Häufigkeit der Forderungsadressaten/-innen in den untersuchten Printmedien 2020 (nach Monaten, in Prozent)



Quelle: Eigene Darstellung. Artikel mit Bezug zur Corona-Krise in Italien 2020: n=176, Mehrfachnennungen möglich, Untersuchungszeitraum: 15.02.2020-31.07.2020.

Untersuchungszeitraumes, im Februar, in den Medien sehr häufig zum Handeln aufgefordert. Ab März sinkt ihre Thematisierungshäufigkeit auf jeden vierten Artikel, in welchem Akteure mit Forderungen adressiert werden. In einem ähnlichen Aufmerksamkeitszyklus befindet sich auch die Regierungschefs/-innen als kollektiver Akteur. Schließlich werden auch die europäischen Akteure im März (23,9 Prozent) und Mai (31,4 Prozent) häufig mit Forderungen adressiert. Interessant ist, dass die aus keynesianischer Sicht Verantwortlichen, die „Sparsamen Vier/Fünf“, nur im Juni (25 Prozent) und Juli (18,9 Prozent) häufiger aufgefordert werden, eine Lösung zu realisieren.

Die Ergebnisse unterstützen die Auswertung der Analyse für die Verursacher/-innen. Deutschland wird nicht nur als Problemverursacher angesehen, sondern es werden dem Land auch die Kompetenzen zugeschrieben, die definierten Probleme zu lösen. Dass die Thematisierungshöhepunkte im April liegen, spiegelt den europäischen Diskurs wider, bei dem nach der Aussetzung der Maastricht-Kriterien über viele verschiedene Lösungsmaßnahmen diskutiert wurde. Es bedurfte einer gemeinsamen Lösung, die von einer der starken wirtschaftlichen Nationen in der Europäischen Union mitvorangetrieben werden sollte. Nachdem Merkel und Macron ihren Vorschlag über 500 Milliarden Euro präsentierten, stand Deutschland nicht mehr allein im Fokus der Handlungsaufforderung. Dass allerdings Italien verstärkt im März und April genannt wurde, kann darauf zurückgeführt werden, dass auch Italien von seiner Position zur Einführung von Corona-Bonds

nach Ansicht vieler Beobachter/-innen abweichen sollte, um einen Kompromiss möglich zu machen. Die Aufforderung, eine gemeinsame Lösung zu finden, könnte zugleich der Grund für die hohen Aufmerksamkeitswerte der Regierungschefs/-innen als Gruppe sein. Interessant ist dabei, dass die „Sparsamen Vier/Fünf“ weniger häufig als Forderungsadressaten benannt wurden – die kann bedeuten, dass ihnen wenig Kompetenzen zur Lösungsfindung zugeschrieben wurden.

Die neoklassische Sicht spricht vor allem Italien Lösungskompetenzen ab.

6.2.3 Kompetenzabschreibungen

In 82 von insgesamt 623 Zeitungs- und Magazinartikeln, was einem Anteil von 13,2 Prozent entspricht, wurde Akteuren die Kompetenz zur Lösung der definierten Probleme abgesprochen. Der Aufmerksamkeitszyklus der Thematisierungen wird in Abbildung 36 präsentiert.

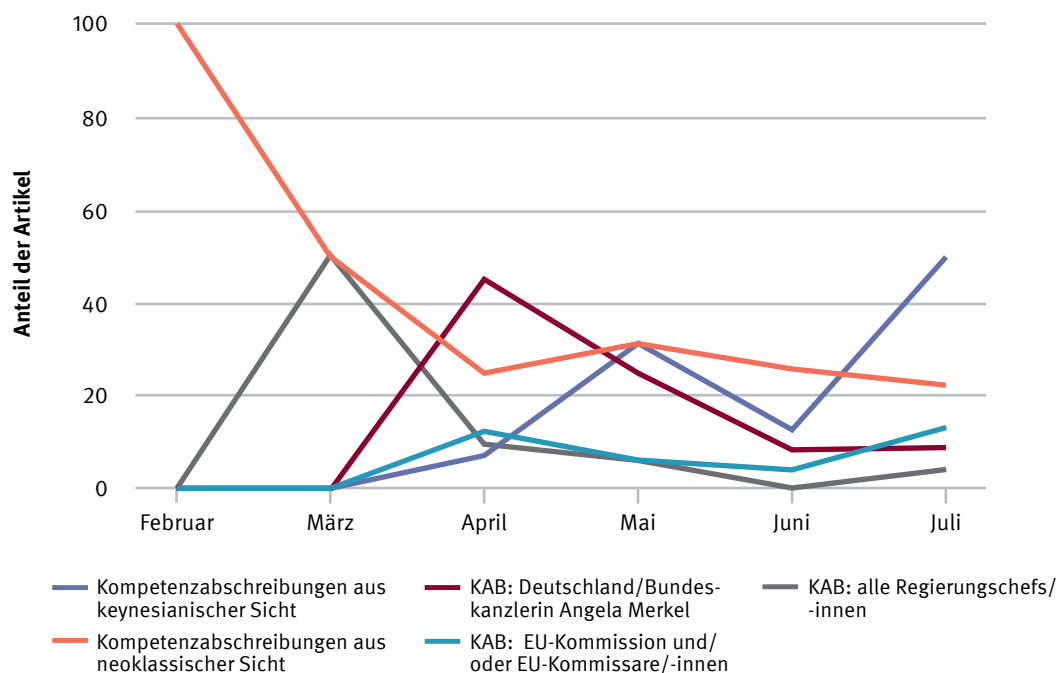
Vor dem Hintergrund, dass Kompetenzabschreibungen in einer geringen Anzahl aller Artikel vorgenommen wurden, sind es vor allem Deutschland, die südeuropäischen Staaten und die „Sparsamen Vier/Fünf“, denen in den Debatten über wirtschaftspolitische Corona-Maßnahmen Kompetenzen zur Umsetzung von Lösungen abgesprochen werden. Hier sei betont, dass es aus neoklassischer Sicht primär Italien ist, dem Kompetenzen abgesprochen werden – das Land macht fast 90 Prozent der Artikel aus, in denen südeuropäischen Staaten Kompetenzen abgesprochen werden.

Im Februar sind es zudem ausschließlich diese südeuropäischen Staaten denen Kompetenzen abgesprochen werden. Anschließend sinkt die Aufmerksamkeit für diese Länder bis April (25 Prozent), steigt im Mai wieder auf 31,3 Prozent an und hält sich danach auf einem Niveau um die 24 Prozent. Dahingegen unterliegt der Aufmerksamkeitszyklus der Bundesrepublik weniger Schwankungen: Deutschland rückt erst im April in den Fokus der Presseberichterstattung und erreicht direkt seinen Thematisierungshöhepunkt mit 45 Prozent. Danach werden entsprechende Zuschreibungen weniger, bis Deutschland im Juli lediglich in rund jedem zehnten Artikel die Befähigung zur Lösungsfindung abgesprochen wird.

Auch die Lösungskompetenzen der „Sparsamen Vier/Fünf“ werden erst in der zweiten Hälfte des Untersuchungszeitraums infrage gestellt. Im Mai in 31,3 Prozent, im Juni in 13 Prozent und im Juli in der Hälfte der Artikel.

Aus der Analyse ergibt sich: Während Italien konstant über den Beobachtungszeitraum Kompetenzen abgeschrieben wurden, war dies für Deutschland und die „Sparsamen Vier/Fünf“ nur in bestimmten Monaten verstärkt der Fall. Dies lässt sich damit begründen, dass Italien von Anfang an auf seiner Position beharrte und eine führende Rolle in der Initiierung des Streits zwischen Süd- und Nordeuropa spielte.

Abbildung 36:
Relative Häufigkeit der Kompetenzabschreibungen in den untersuchten Printmedien 2020
(nach Monaten, in Prozent)



Quelle: Eigene Darstellung. Artikel mit Bezug zur Corona-Krise in Italien 2020: n=82, Mehrfachnennungen möglich, Untersuchungszeitraum: 15.02.2020-31.07.2020.

Die „Sparsamen Vier/Fünf“ formten sich hingegen erst im Verlauf des Untersuchungszeitraums als eigenständiger Akteur und erhielten dementsprechend erst später mediale Aufmerksamkeit.

Wo steht Deutschland?

Deutschland wiederum war nie eindeutig eine Position in diesem Streit zuzuordnen. So bekräftigte Bundeskanzlerin Merkel im April noch ein klares Nein zu gemeinschaftlichen Schulden und zur Vergabe von Geldern ohne Bedingungen. Einige Wochen später stellte sie – zusammen mit dem französischen Staatspräsident Macron – den Wiederaufbaufonds vor, der sich durch EU-Anleihen finanzieren sollte. Zweifel an der Lösungskompetenz Deutschlands kam jedoch nicht nur aus einer klar neoklassischen oder keynesianischen Perspektive. So wurde Deutschland auch abgesprochen, in seiner Schlüsselrolle die Europäische Union in einem gemeinsamen Kompromiss zu einigen, da es sich zu sehr auf die eigene Wettbewerbsstärke und gutes Krisenmanagement verlassen würde. Beispielsweise hieß es in einem Artikel aus dem *Handelsblatt* im April: „Das selbstverständliche Denken im europäischen Kontext hat immer noch keinen Eingang gefunden in die DNA des Berliner Politikbetriebs.“ (Berschens 2020b) Im Hinblick auf die Bedeutung der Massenmedien, wirtschaftspolitische komplexe Vorgänge objektiv und aus-

gewogen abzubilden, kann festgestellt werden, dass die deutsche Presse trotz der schwersten Rezession seit dem zweiten Weltkrieg durch die Corona-Krise die keynesianische Sicht (repräsentiert durch Italien) eher kritisch bewertete.

6.3 Übergreifende Frames

Ziel des vorliegenden Kapitels ist es, die Ergebnisse der Frame-Analyse – die die Verbindung der zuvor dargestellten einzelnen Frame-Elemente untersucht – für das neoklassische sowie das keynesianische Paradigma darzustellen. Bei der folgenden Analyse werden acht verschiedene Problemdefinitionen betrachtet, von denen jeweils zwei die konträren Problemsichten zueinander abbilden (zum Beispiel Einführung vs. Ablehnung von Corona-Bonds). Für jede Problemdefinition erfolgte die Rechnung mehrerer LOGIT-Modelle, um zu untersuchen, welche Frame-Elemente häufig gemeinsam in der Presseberichterstattung genannt wurden (vgl. Otto et al. 2020). Wie auch bei der LOGIT-Analyse für den Haushaltsstreit 2018, sind die positiv mit der jeweiligen Problemdefinition zusammenhängenden konkreten Ausprägungen einzelner Frame-Elemente Teil des Medien-Frames und in den folgenden Abbildungen grün markiert.²⁶ Die folgende Tabelle 7 zeigt die anhand der deskriptiven Analyse für die Berechnungen ausgewählten neoklassischen und keynesianischen Ausprägungen.

²⁶ Wie zuvor, werden themenspezifische Frames in der Presseberichterstattung auch hier als Gesamtheit aller nach Bortz und Döring (2006) höchst oder sehr signifikanten Elemente interpretiert. Aufgrund zu geringer Thematisierungshäufigkeiten und der Möglichkeit der Multikollinearität werden zudem ebenfalls nicht alle Frame-Elemente in die Analyse miteinbezogen.

Tabelle 7

Für die Medien-Frame-Analyse 2020 ausgewählte Ausprägungen verschiedener Frame-Elemente

Paradigma	Neoklassik	Keynesianismus
Problem	„Aussetzung des Stabilitätspakts“, „Einführung Corona-Bonds“, „keine Kopplung des Wiederaufbaufonds an Bedingungen“, „Wiederaufbaufonds mehr Zuschüsse“	„Durchsetzung des Stabilitätspakts“ „Ablehnung Corona-Bonds“, „Kopplung des Wiederaufbaufonds an Bedingungen“, „Wiederaufbaufonds mehr Kredite“
Ursache	„Vergemeinschaftung von Schulden“, „Verletzung europäischer Verträge“, „Aufnahme neuer Schulden/Verletzung der Maastricht-Verträge“	„Stützung der betroffenen Länder“, „Wirtschaftlicher Abschwung in Europa“, „Prognose: Einbrüche der Volkswirtschaften“, „expansive Fiskalpolitik“, „EU-Mitgliedsstaaten sind auf gemeinsame EU-Hilfen angewiesen“
Verursacher/-in	„Deutschland“, „Sparsamen Vier/Fünf“, „Italien“, „Frankreich“, „Spanien“, „EU-Kommission“	
Bewertung	„Instrumentalisierung Südeuropas“, „Schuldentragfähigkeit in Gefahr“, „provokantes Verhalten Italiens“, „negative Wirkung des Wiederaufbaufonds“	„Mangelnde Solidarität der Sparsamen Vier/Fünf“, „Machtdemonstration Deutschlands“, „positive Bewertung des Merkel/Macron-Vorschlags“, „Arroganz der Sparsamen Vier/Fünf“
Bewertung	„Solidarität der EU“, „schlechte gesamtwirtschaftliche Lage“, „Vertiefung der Spaltung Nord Süd“, „Wechsel der Position Deutschlands“	
Lösung	„Wiederaufbaufonds-Gelder an Auflagen koppeln“, „Vergabe Kredite“, „neuer Rettungsschirm“, „Verringerung der Zuschüsse“, „Strengere Sanktionen der EU-Kommission“	„Wiederaufbaufonds“, „Vergabe Zuschüsse“, „Akzeptanz gemeinsame Schulden“, „flexible Anwendung des Stabilitätspakts“
Policy-Option	„Kredite des Wiederaufbaufonds sollen an Strukturreformen gekoppelt werden“, „Zeitliche Begrenzung der Corona-Hilfsprogramme“, „EU-Finanzpaket über 540 Milliarden Euro als Kredite“	„Corona-Bonds“, „Wiederaufbaufonds i. H. v. 750 Milliarden Euro“, „250 Milliarden Euro als Kredite“
Forderungsadressat/-in	„Deutschland“, „Italien“, „alle Regierungschefs/-innen“, „EU-Kommission“	
Kompetenzabschreibungen	„Deutschland“, „Italien“, „Sparsame Vier/Fünf“	

Quelle: Eigene Darstellung.

Zuerst erfolgt die Ergebnisdarstellung der neoklassischen vor der keynesianischen Frame-Analyse. In Übereinstimmung zur Frame-Analyse für die Berichterstattung 2018 wurden Modelle mit und ohne Akteuren gerechnet. Allerdings wird im Folgenden, um Redundanzen zu vermeiden, nur der im Vergleich mit und ohne Akteure aussagekräftigere Frame erläutert.

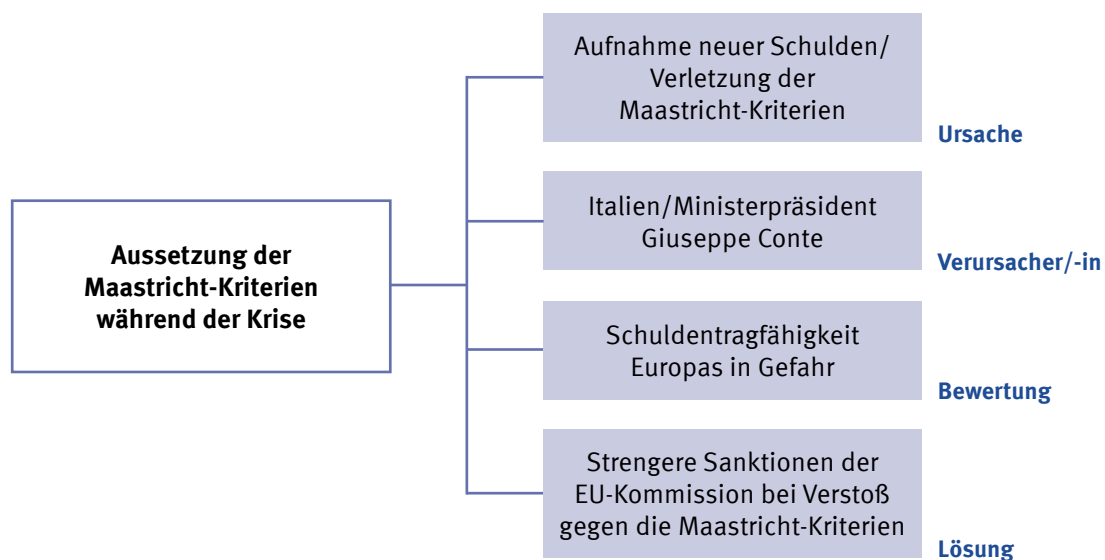
6.3.1 Neoklassische Frame-Analyse

Für die erste neoklassische Problemdefinition zeigt die LOGIT-Analyse einen Medien-Frame, der die „Aufnahme neuer Schulden“ bzw. die „Verletzung der Maastricht-Kriterien“ als Ursa-

che für das Problem der Aussetzung ebendieser Schulden sieht. Der italienischen Regierung und/oder dem italienischen Ministerpräsidenten wird in diesem Deutungsrahmen die Rolle als Verursacher/-in zugewiesen, die Bewertung sieht die „Schuldenfähigkeit Europas in Gefahr“. Als Lösung werden „strengere Sanktionen der EU-Kommission bei Verstoß gegen die Maastricht-Kriterien“ vorgeschlagen.²⁷ Sie ergeben somit einen zusammenhängenden Aussagenkomplex, der darüber Auskunft gibt, was an der neoklassischen Sichtweise in Bezug auf die Maastricht-Kriterien als problematisch betrachtet wird und wie das Problem gelöst werden kann.

Abbildung 37:

Frame-Analyse für die neoklassische Problemdefinition „Aussetzung der Maastricht-Kriterien“ (2020, mit Akteuren)



Quelle: Eigene Darstellung.

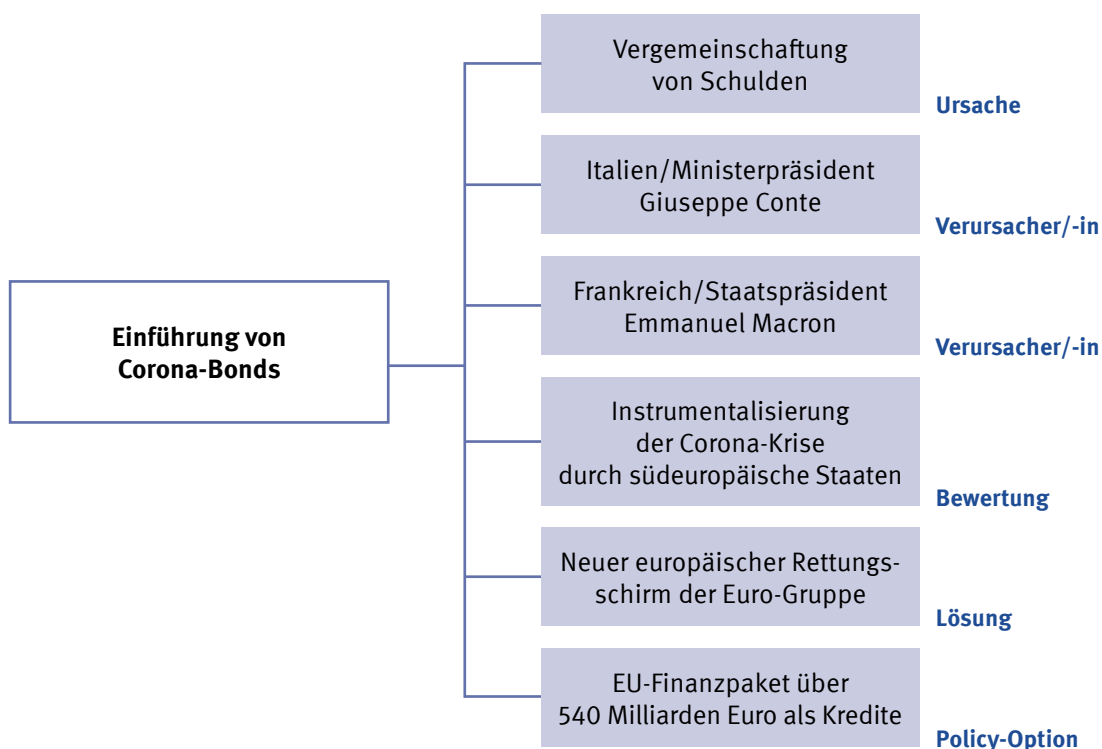
²⁷ Die positiv korrelierten Variablen sind alle bis auf die Bewertungsvariable höchst bzw. sehr signifikant.

Die Resultate des LOGIT-Modells repräsentieren den wirtschaftspolitischen europäischen Diskurs zu Beginn des Untersuchungszeitraums, als deutlich wurde, dass die Corona-Krise nicht innerhalb kürzester Zeit beendet sein wird und die europäischen Volkswirtschaften erheblich belastet werden. Da Italien unter Giuseppe Conte bereits im Jahr 2018 eine höhere Staatsverschuldung anstrebte als durch den Stabilitätspakt erlaubt, lag es nahe, dass das Land die Aussetzung des Paktes auch während der Corona-Krise von Anfang an forderte. Parallel erhoben sich Stimmen in den Medien, dass zukünftige Generationen unter der Schuldenlast maßgeblich leiden werden, sollte

die Europäische Union keine nachhaltig finanzierbare Lösung finden. Viele südeuropäische Staaten wiesen schon vor der Corona-Krise hohe Staatsschuldquoten auf: Italien kam im Jahr 2019 auf 134,6 Prozent, Spanien auf 116,8 Prozent und Griechenland auf 180,5 Prozent (vgl. Statistisches Bundesamt 2021b). Argumentiert wurde deshalb, dass eine weitere Erlaubnis zur Verschuldung dieser (und möglicherweise anderer) Länder durch die Aussetzung der Maastricht-Kriterien die gesamte Schuldentragfähigkeit in der Europäischen Union in Gefahr bringen könnte. Daher bezogen sich die ersten Reaktionen darauf, dass die EU-Kommission als Hüterin des Stabilitätspakts

Abbildung 38:

Frame-Analyse für die neoklassische Problemdefinition „Einführung von Corona-Bonds“ (2020, mit Akteuren)



Quelle: Eigene Darstellung.

strengere Sanktionsmechanismen bei Verstößen etablieren sollte. So hieß es beispielsweise in einem Bericht des Wirtschaftsrats der CDU: „Zurück zur Stabilität kann von daher nur über einen internationalen Konsens gefunden werden – ein Besinnen auf die Maastricht-Kriterien [...] wären hierzu erforderliche Schritte“ (Wirtschaftsrat Deutschland 2020).²⁸

2020: Frage um die Einführung der Corona-Bonds dominiert den europäischen Diskurs.

Aus der deskriptiven Analyse der einzelnen Frame-Elemente ging hervor, dass im europäischen Diskurs über mögliche Corona-Hilfsprogramme die Frage um die Einführung der Corona-Bonds dominierte. Das LOGIT-Modell zeigt auf, dass die Angst vor der „Vergemeinschaftung von Schulden“ aus neoklassischer Sicht die Ursache für das Problem „Einführung von Corona-Bonds“ darstellt (Abbildung 38). Als Verursacher/-innen werden Italien unter Ministerpräsident Giuseppe Conte sowie Frankreich unter Staatspräsident Emmanuel Macron ausgemacht, deren Vorgehen als „Instrumentalisierung der Corona-Krise durch südeuropäische Staaten“ bewertet wird. Als Lösung des Problems soll ein „neuer europäischer Rettungsschirm der Euro-Gruppe“ aufgestellt und die konkrete Policy-Option eines „EU-

Finanzpaket über 540 Milliarden Euro als Kredite“ umgesetzt werden, wobei die Kredite aus dem Euro-Rettungsschirm ESM, einem Garantiefonds der Europäischen Investitionsbank und dem Kurzarbeitergeld-Programm SURE kommen sollen.²⁹ Die Analyse bildet die erhöhte Medienaufmerksamkeit insbesondere für die kausale Interpretation (Ursache, Verursacher/-in) des Problems seit Beginn der Corona-Krise und bis zur gemeinsamen Entscheidung eines Wiederaufbaufonds ab. Der Grund für die Ablehnung der Corona-Bonds bzw. der Euro-Bonds während der Euro-Krise bezog sich auf die Befürchtung der Länder mit hoher Bonität und niedrigeren Staatsschuldenquoten, die zugleich auch die größten Nettozahler für den EU-Haushalt sind, sie müssten für die Schulden der Länder mit niedriger Bonität und einer hohen Gesamtverschuldung haften (Vergemeinschaftung von bestehenden oder neuen Schulden). In den Medien sprachen Akteure wie beispielsweise der österreichische Kanzler Sebastian Kurz im *Spiegel* von einer „Schuldenunion durch die Hintertür“ (Mayr/Popp 2020). Dass Italien und Frankreich in den Debatten als Verursacher/-innen angesehen werden, ist auf ihren starken Einsatz für die Bonds zurückzuführen. Frankreich als zweitgrößte und Italien als drittgrößte Volkswirtschaft Europas sind aufgrund ihrer Bedeutung für die Europäische Union und der hohen Staatsschuldenquoten (2020: Italien 155,8 Prozent, Frankreich 115,7 Prozent, vgl. Statistisches Bundes-

28 Der Medien-Frame besteht auch unter Ausschluss der Akteure aus denselben übrigen Frame-Elementen und wird daher nicht näher erläutert.

29 Dabei sind vier der sechs positiven Koeffizienten jeweils auf dem 0,1- bzw. 1-prozentigen Signifikanzniveau höchst bzw. sehr signifikant, zwei (Verursacher: Frankreich und die Policy-Option) auf dem 10-prozentigen Signifikanzniveau.

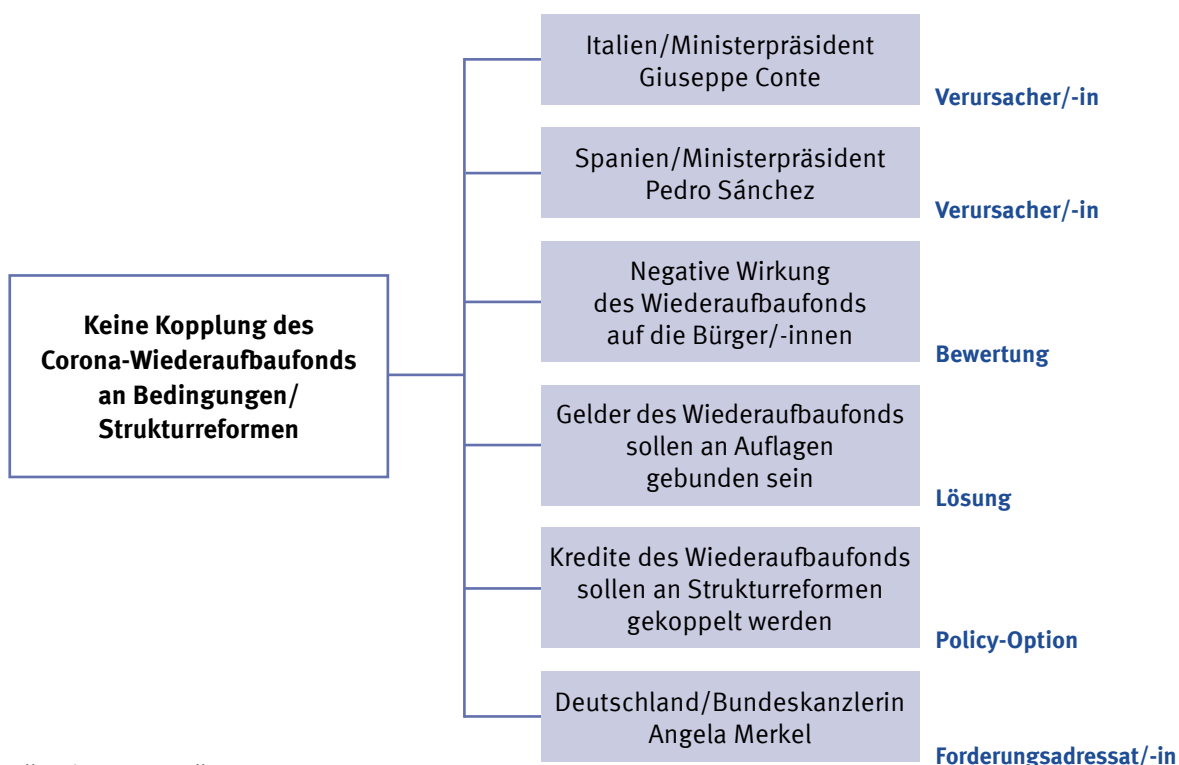
amt 2021b) die bedeutendsten Akteure, die für die Vergemeinschaftung europäischer Schulden stritten. Hingegen sprachen sich Österreich und anfangs auch Deutschland strikt gegen diese Form von Bonds aus. In der Diskussion zwischen den Regierungschefs/-innen wurde angesichts der Dringlichkeit, mit welcher die Corona-Krise bekämpft werden musste, den südeuropäischen Staaten unterstellt die Situation zur Einführung der Bonds auszunutzen. Aus diesem Grund wurde neben der Option, den ESM-Rettungsschirm in Anspruch nehmen zu können, auch der Vorschlag

der Euro-Gruppe über einen neuen gemeinsamen Rettungsschirm als sinnvoll angesehen. Der Vorschlag wurde bereits am 26. März in der Presseberichterstattung diskutiert, am 09. April einigten sich die europäischen Finanzminister/-innen auf eine konkrete Ausarbeitung und beschlossen das 540 Milliarden Euro Paket am 23. April.³⁰

Die Ergebnisse der Frame-Analyse für die neoklassische Problemdefinition „Keine Kopplung des Wiederaufbausfonds an Bedingungen/Strukturen“ (Abbildung 39) lieferten keine Ur-

Abbildung 39:

Frame-Analyse für die neoklassische Problemdefinition „Keine Kopplung des Corona-Wiederaufbausfonds an Bedingungen/Strukturen“ (2020, mit Akteuren)



30 Auch hier besteht der Medien-Frame unter Ausschluss der Akteure aus denselben übrigen Frame-Elementen und wird daher nicht näher erläutert.

sache für das konstatierte Problem. Allerdings macht der mediale Deutungsrahmen sichtbar, dass aus neoklassischer Perspektive vor allem Italien und Spanien als Verursacher/-innen des Problems gesehen werden. Dies geht mit einer „negativen Wirkung des Wiederaufbaufonds auf die Bürger/-innen“ als zentrale Bewertung der bisherigen Überlegungen einher. Das Binden der Gelder des Wiederaufbaufonds an Auflagen – konkret die Verschränkung der Kreditvergabe mit einer Verpflichtung zur Strukturreformen – werden als Lösung und konkrete Policy-Option dargestellt, die primär durch Deutschland als Forderungsadressat vorangebracht werden müssten.³¹

Neoklassische Frames: Hadern mit Italien und Spanien; Deutschland als „Schlüssel“.

Italien und Spanien wurden für die Forderung, die Gelder des EU-Wiederaufbaufonds nicht an Bedingungen zu knüpfen, verantwortlich gemacht, da sich beide Regierungschefs bereits bei den Debatten um die Inanspruchnahme der ESM-Gelder öffentlich gegen zwingende Reformen am Arbeitsmarkt oder am Rentensystem als Gegenleistung für die Zahlungen ausgesprochen hatten. Als Kompromiss wurde beschlossen, dass die Gelder des Wiederaufbaufonds nur für direkte oder indirekte Gesundheitskosten verwendet werden dürfen. In vielen Artikeln der Presse wurde die Forderung nach Bedingungen

auch damit begründet, dass die Bürger/-innen Angst vor einer (zukünftigen) höheren Belastung durch den Wiederaufbaufonds hätten. So hieß es in einem Artikel aus dem *Handelsblatt* unter der Überschrift „Ein Lob auf die Sparsamen Vier“: „[D]em Bürger wird auf jeden Fall, entweder direkt oder indirekt in die Tasche gelangt. Dafür haben die Menschen ein Gespür“. (Sigmund 2020) Interessant ist dabei, dass insbesondere Deutschland bzw. die damalige Bundeskanzlerin Angela Merkel signifikant häufiger als andere Akteure zum Handeln aufgefordert wurde. Dies kann einerseits mit der Schlüsselrolle Deutschlands erklärt werden, wodurch Deutschland die Kompetenz zugesprochen wurde, die südeuropäischen Staaten von der Notwendigkeit der Bedingungen zu überzeugen. Andererseits kann dies auf die Kritik innerhalb Deutschlands zurückgeführt werden. So forderten Akteure aus der deutschen Politik und Wirtschaft die eigene Regierung auf, den südeuropäischen Staaten nicht entgegenzukommen und auf den nötigen Strukturreformen in den hilfsbedürftigen Ländern zu bestehen.³²

Die neoklassische Problematisierung der Vorschläge, den „Corona-Wiederaufbaufonds durch mehr Zuschüsse als Kredite“ zu gestalten, verweist auf die „Verletzung der europäischen Verträge“ als Ursache und Italien als Verursacherin dieser Fehlentwicklung. Als Bewertung wird auf die „negative Wirkung des Wiederauf-

31 Die Variablen der Bewertung, Lösung und Policy-Option sind auf dem 0,1-prozentigen Signifikanzniveau höchst signifikant. Die Akteursvariablen sind auf dem 10-prozentigen Signifikanzniveau signifikant.

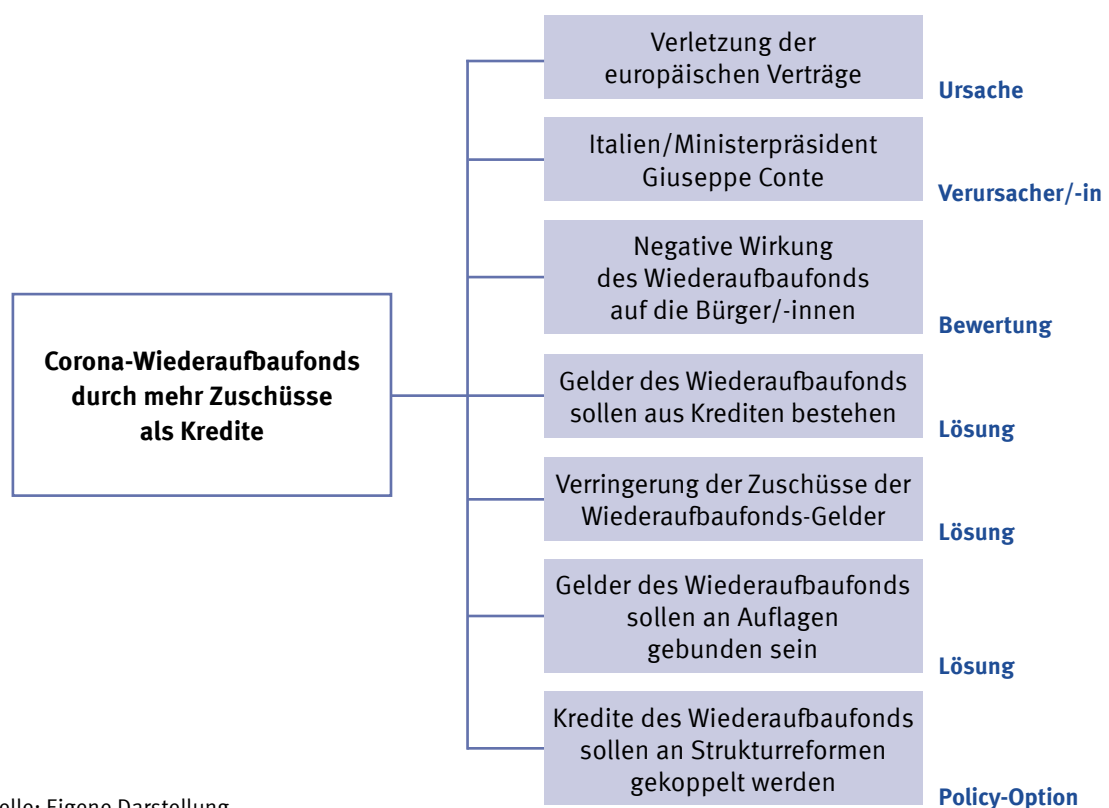
32 Wird ein LOGIT-Modell für die neoklassische Problemdefinition „keine Kopplung des Corona-Wiederaufbaufonds an Bedingungen“ ohne Akteure gerechnet, zeigt sich auch hier ein ansonsten identischer Frame.

baufonds auf die Bürger/-innen“ verweisen und es werden drei Lösungsvorschläge („Vergabe von rückzahlbaren Krediten“, „Verringerung der Zuschüsse“ und die Bindung der Gelder des Wiederaufbaufonds an Auflagen) sowie eine Policy-Option („Kredite des Wiederaufbaufonds sollen an Strukturreformen gekoppelt werden“) angeboten. Dieses Resultat der multivariaten Frame-Analyse korrespondiert gut mit den Ergebnissen der deskriptiven Analyse.³³ So nannten einige EU-Länder im Streit über das Verhältnis der Kredite und Zuschüsse für den Wiederauf-

baufonds erneut Italien mit Giuseppe Conte als Verursacher/-in. Die „Sparsamen Vier/Fünf“, bestehend aus Österreich, den Niederlanden, Dänemark, Schweden und Finnland, intendierten durch ihre Forderung nach einer Erhöhung der Kredite und einer Verringerung der Summe der Zuschüsse, dass die in den europäischen Verträgen verankerte Verschuldungsregeln nicht leichtfertig übergangen werden. Aus ihrer (neoklassischen) Sicht sollte der Wiederaufbaufonds klar begrenzt und an Reformauflagen geknüpft sein. Daneben plädierten die „Sparsamen Vier/

Abbildung 40:

Frame-Analyse für die neoklassische Problemdefinition „Corona-Wiederaufbaufonds durch mehr Zuschüsse als Kredite“ (2020, mit Akteuren)



³³ Während die Verursachervariable und die beiden Lösungsvariablen mit einem 0,1-prozentigen Signifikanzniveau höchst signifikant sind, weisen die Ursache, Bewertung und Policy-Option ein 10-prozentiges Signifikanzniveau auf.

Fünf“³⁴ für die „Vergabe von rückzahlbaren Krediten“ sowie für eine „Verringerung der Zuschüsse“. Diese beiden konkreten Forderungen standen im Mittelpunkt aller Diskussionen um den Wiederaufbaufonds, die vor allem vom Merkel-Macron Vorschlag am 18. Mai über einen aus 500 Milliarden Euro Zuschüssen bestehenden Fonds befeuert wurden.³⁵

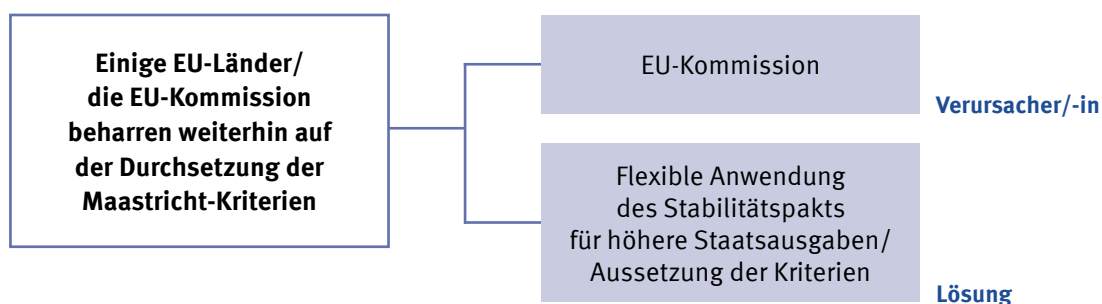
6.3.2 Keynesianische Frame-Analyse

In Bezug auf die keynesianische Problemdefinition, dass weiterhin an der Durchsetzung der Maastricht-Kriterien festgehalten wird, berichteten die Medien vor allem über die EU-Kommission – die „Hüterin“ des Stabilitätspakts – als Verursacherin. Als Lösung wurde eine flexible Anwendung des Stabilitätspakts und/oder eine

Aussetzung der Kriterien vorgeschlagen, um höhere Staatsausgaben zu ermöglichen. Dass diese keynesianische Problemdefinition lediglich anhand der beiden Elemente Verursacher/-in und Lösung diskutiert wurde, könnte auf die kurze Zeitspanne von wenigen Tagen Mitte/Ende Februar zurückzuführen sein, innerhalb derer noch die Durchsetzung des Stabilitätspakts gefordert wurde. Da bereits im März absehbar war, dass die Corona-Krise die schwerwiegendste Rezession seit dem 2. Weltkrieg auslösen könnte, einigte sich alle Regierungschefs/-innen und die EU-Kommission auf die Aussetzung der Defizit-Regeln, sodass „alle nationalen Regierungen so viel Liquidität wie nötig in die Wirtschaft pumpen können“, wie EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen verlauten ließ (Bonse 2020).³⁶

Abbildung 41:

Frame-Analyse für die keynesianische Problemdefinition „Einige EU-Länder/die EU-Kommission beharren weiterhin auf der Durchsetzung der Maastricht-Kriterien“ (2020, mit Akteuren)



Quelle: Eigene Darstellung.

34 Dass den „Sparsamen Vier/Fünf“ dieser Frame zugeschrieben werden kann, basiert auf der Auswertung der einzelnen Frame-Elemente im Kapitel 6.1.

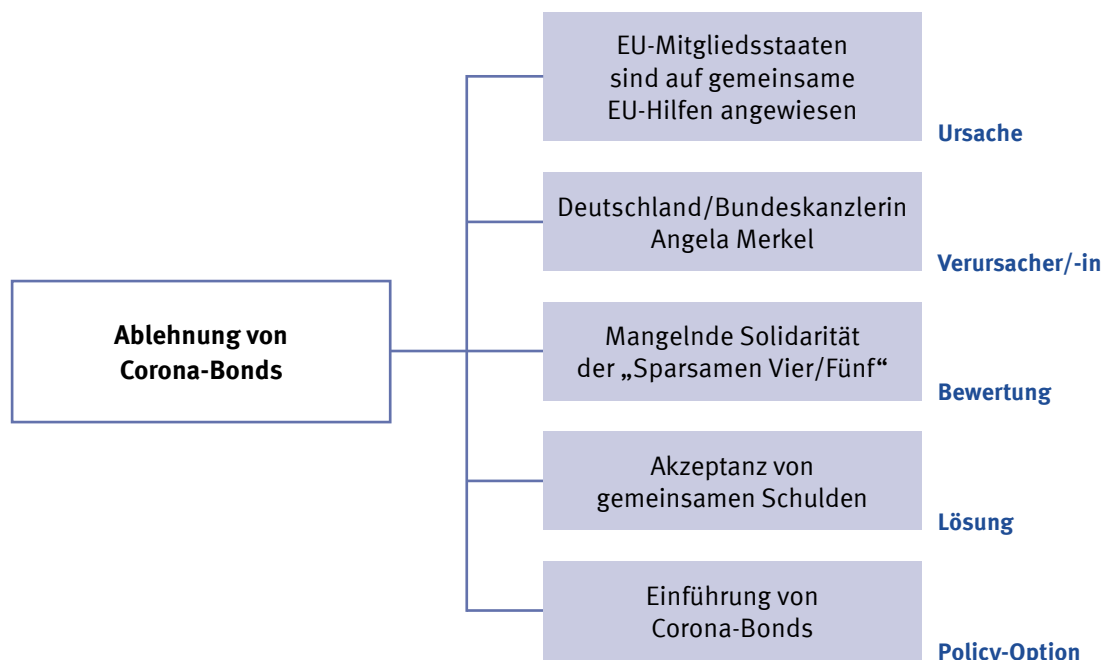
35 Wird das Modell ohne Akteure betrachtet, zeigt sich ein ähnlicher Frame für die neoklassische Problemdefinition wie mit Akteuren. Ergänzt wird lediglich die Bewertung, dass durch diese Maßnahme auch die „Schuldentragfähigkeit Europas in Gefahr“ sei.

36 Die Variable der Lösung ist auf dem 0,1-prozentigen Signifikanzniveau höchst signifikant. Die Akteursvariable ist auf dem 10-prozentigen Signifikanzniveau signifikant. Im Modell ohne Akteure bleibt das Frame-Element der Lösung höchstsignifikant, sodass im Folgenden nicht näher auf das Ergebnis eingegangen wird.

Die keynesianische Definition der „Ablehnung von Corona-Bonds“ als Problem, beruht ursächlich auf der Annahme, dass die „EU-Mitgliedsstaaten auf gemeinsame EU-Hilfen angewiesen“ sind. Verursacht wird das Problem aus dieser Perspektive primär durch die Blockadehaltung Deutschlands. Die Unterstützung der ablehnenden Haltung durch die Sparsamen Vier/Fünf wird als „mangelnde Solidarität“ gewertet. Gelöst werden soll das Problem durch die allgemeine Akzeptanz gemeinsamer Schulden und die „Einführung von Corona-Bonds“³⁷. Dieses Ergebnis bildet die Thematisierungshäu-

figkeiten und Begründungen aus der deskriptiven Analyse sehr gut ab. Mit der Einführung der Corona-Bonds nimmt die Europäische Union gemeinschaftlich Anleihen auf und haftet gemeinschaftlich für diese. Auf diesem Weg hätten sich Italien, Griechenland oder Frankreich günstiger Geld am Finanzmarkt leihen können. Durch die massiven Einbrüche in der Wirtschaft, die von der COVID-19-Pandemie verursacht wurden, trugen gerade diese Länder dazu bei, dass die Debatte aus der Finanzkrise um die Euro-Bonds neu entfacht wurde. Im Zentrum der Argumente standen der Zusammenhalt und die Solidarität

Abbildung 42:
Frame-Analyse für die keynesianische Problemdefinition „Ablehnung von Corona-Bonds“ (2020, mit Akteuren)



Quelle: Eigene Darstellung.

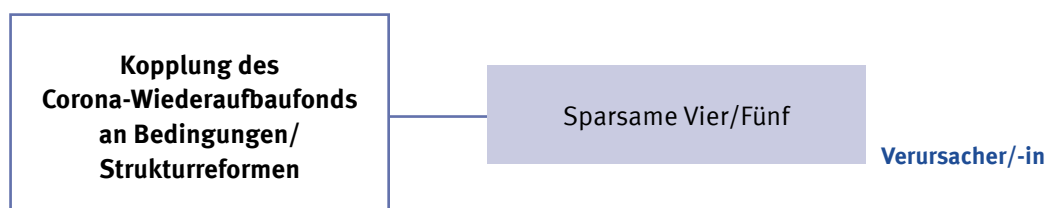
37 Die Verursachervariable sowie Policy-Option-Variable sind höchst signifikant (Signifikanzniveau < 0,1 Prozent) während alle anderen Variablen des Modells signifikant sind (Signifikanzniveau < 5 Prozent).

der EU, die in solchen Extremsituationen für die wirtschaftlichen starken und schwachen Länder Instrumente zur Hilfestellung bereithalten müsse. Dass Deutschland als Verursacher/-in signifikant häufiger als andere Staaten genannt wurde, lässt sich auf die strikte Ablehnung der Bonds durch die Bundesregierung zurückführen. *Der Spiegel* schrieb dazu: „Wieder soll die Bundesregierung Eurobonds zustimmen, diesmal Corona-Bonds genannt. Wieder wehrt sie sich dagegen. Und wieder zeigt sich Europa in einer schweren Krise in übler Verfassung.“ (Heyer et al. 2020) Gleichzeitig wurde den „Sparsamen Vier/Fünf“ mangelnde Solidarität vorgeworfen, da sie sich als niedrig verschuldete EU-Staaten gegen gemeinschaftliche Schulden und für andere Instrumente wie die an strenge Bedingungen gekoppelten ESM-Kredite aussprechen konnten.³⁸

Bei der Frame-Analyse für die keynesianische Problemdefinition „Kopplung des Corona-Wiederaufbaufonds an Bedingungen/Strukturreformen“ (Abbildung 43) ist nur das Element der Verursacher/-in signifikant positiv. Dieses Ergebnis kann so verstanden werden, dass die Problematisierung der Kopplung der Gelder an Bedingungen nicht als umfassender eigenständiger Deutungsrahmen in den Diskurs eingebracht wurde, sondern nur vereinzelt und als Reaktion auf die neoklassischen Forderungen. Somit reagierten die Akteure mit keynesianischer Perspektive, die südeuropäischen Staaten, auf die Appelle der Akteure mit neoklassischer Sichtweise, insbesondere der „Sparsamen Vier/Fünf“ – sie kommunizierten jedoch nicht strategisch über einen komplexen Frame in der Presseberichterstattung.³⁹ In der Öffentlichkeit entwickelte diese keynesianische Sichtweise somit wenig Relevanz.

Abbildung 43:

Frame-Analyse für die keynesianische Problemdefinition „Kopplung des Corona-Wiederaufbaufonds an Bedingungen/Strukturreformen“ (2020, mit Akteuren)



Quelle: Eigene Darstellung.

³⁸ Wird für das keynesianische Problem „Ablehnung von Corona-Bonds“ ein Modell ohne Akteure gerechnet, zeigt sich ein ähnlicher Medien-Frame. Allerdings kommt die Ursache „Stützung der Länder, die von der Krise besonders getroffen sind“ hinzu. Dies ist darauf zurückzuführen, dass sich die am stärksten betroffenen Länder in Europa, insbesondere Italien infolge des Shutdowns der Wirtschaft und der hohen Staatsverschuldung von über 130 Prozent, stark für finanzielle Hilfen an besonders betroffene Staaten einsetzen.

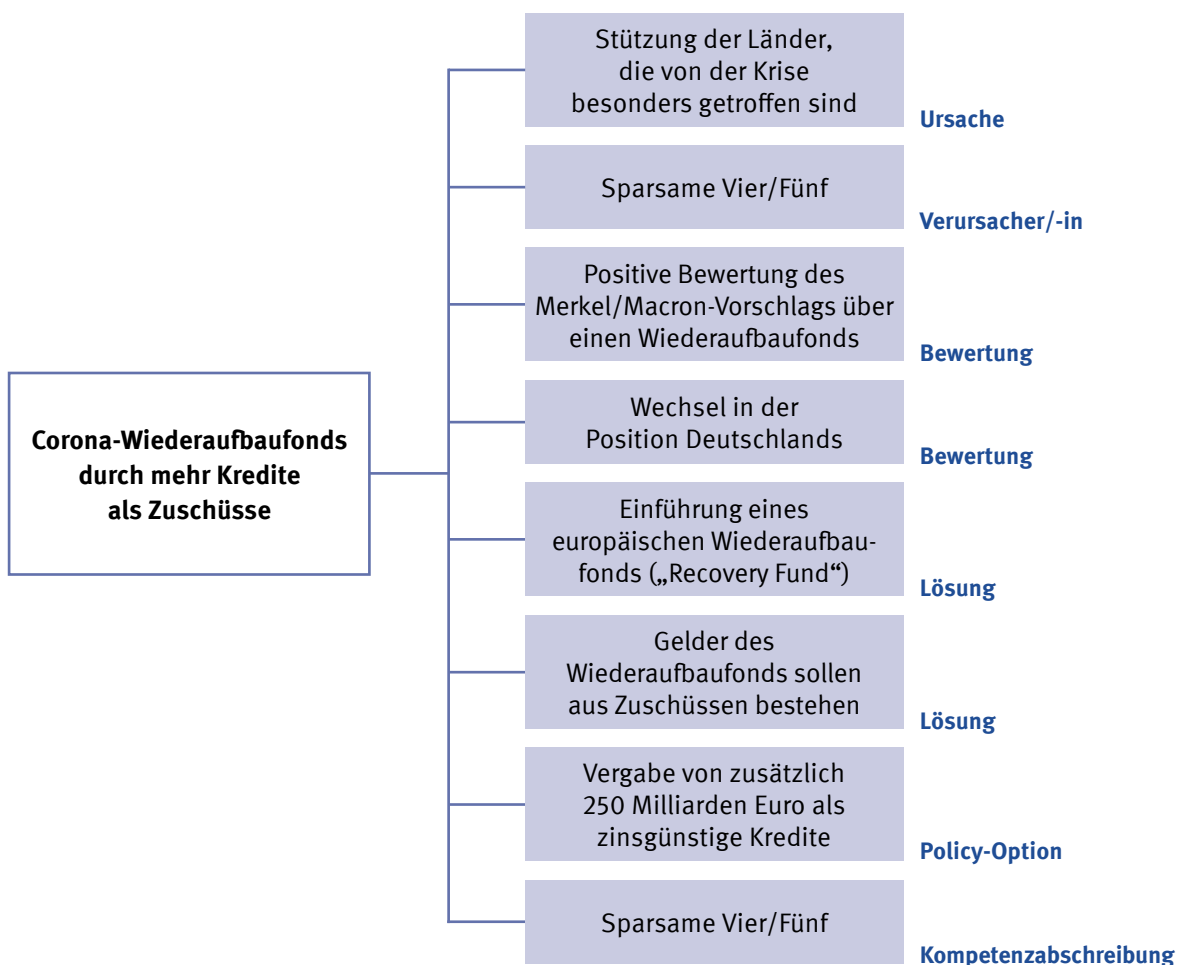
³⁹ Auch für die Analyse ohne Akteure liefert das LOGIT-Modell einen Medien-Frame, der lediglich aus einem Element besteht („Wiederaufbaufonds in Höhe von 750 Milliarden Euro für Länder in Form von Krediten und Zuschüssen“). Daher wird auf eine detaillierte Darstellung dieses Medien-Frames verzichtet.

Rund um die keynesianische Deutung, dass die Gestaltung des „Corona-Wiederaufbaufonds durch mehr Kredite als Zuschüsse“ ein Problem darstellt, findet sich der komplexeste Frame, der in der Berichterstattung zur Corona-Krise in Italien sichtbar gemacht werden konnte. Die Notwendigkeit aus keynesianischer Sicht, die von der Krise besonders betroffenen Länder zu stützen, erklärt ursächlich, warum finanzielle Hilfen als Problem angesehen werden. Als

Verursacher/-innen gelten die „Sparsamen Vier/Fünf“, die stets für einen hohen Kreditanteil im Wiederaufbaufonds plädierten, während der Merkel/Macron-Vorschlag zur Einrichtung und Ausgestaltung eines Wiederaufbaufonds und der damit zusammenhängende „Wechsel in der Position Deutschlands“ positiv bewertet werden. Als Lösung wird neben der allgemeinen „Einführung eines Wiederaufbaufonds (Recovery Plan)“ auch vorgeschlagen, dass dessen Hilfen als Zu-

Abbildung 44:

Frame-Analyse für die keynesianische Problemdefinition „Corona-Wiederaufbaufonds durch mehr Kredite als Zuschüsse“ (2020, mit Akteuren)



Quelle: Eigene Darstellung.

schüsse gezahlt werden sollten. Im Detail wird als konkrete Policy-Option für die „Vergabe von zusätzlich 250 Milliarden Euro als zinsgünstige Kredite“ plädiert. Innerhalb dieses Deutungsrahmens wird den „Sparsamen Vier/Fünf“ jegliche Lösungskompetenz für das definierte Problem abgesprochen.⁴⁰

**Keynesianismus:
Merkel/Macron-Vorschlag
über Wiederaufbaufonds
ändert bislang negativen Blick
auf die deutsche Politik.**

Dass über Deutschland bzw. Angela Merkel und ihre Politik in diesem Frame zwei Bewertungen vorgenommen wurden, spiegelt den politischen Wechsel Deutschlands Mitte Mai wider. In den Debatten um die Corona-Bonds galt Deutschland noch als politischer Gegner der südeuropäischen Staaten, die der Bundesrepublik eine Machtdemonstration ihrer wirtschaftlichen Stärke und mangelnde Solidarität unterstellten. Dies änderte sich mit dem Merkel-Macron-Vorschlag am 18. Mai über einen Hilfsfonds, der aus 500 Milliarden Euro Zuschüssen bestehen sollte, wodurch sich auch die Sichtweise, besonders der Italiener/-innen, auf die deutsche Politik änderte, hin zu positiven Bewertungen und Lobäußerungen. Die zum Deutungsrahmen ge-

hörende Policy-Option bezieht sich konkret auf die Ausgestaltung des Wiederaufbauplans über 750 Milliarden Euro. Nach dem Merkel-Macron Vorschlag legten die „Sparsamen Vier/Fünf“ einen Gegenentwurf vor, der nur Kredite und keine Zuschüsse vorsah. In der darauffolgenden Diskussion über das Verhältnis von Zuschüssen und Krediten im Wiederaufbaufonds, forderten die südeuropäischen Staaten den Betrag der Kredite von 390 Milliarden auf 250 Milliarden Euro zu reduzieren. In diesem Kontext wurden den „Sparsamen Vier/Fünf“ nicht nur von Akteuren aus südeuropäischen Staaten die Lösungskompetenz für das konstatierte Problem abgesprochen. Beispielsweise äußerte sich auch der (postkeynesianische) Ökonom Heiner Flassbeck in der *tageszeitung* mit den polemischen Worten: „[D]iese ‚irren Vier‘ sind noch dümmmer als die Deutschen“ (Herrmann 2020). In einem Artikel der *Süddeutschen Zeitung* wurde die italienische Regierung mit den Worten zitiert, der Vorschlag der „Sparsamen Vier“ sei „defensiv und unpassend. Italien trägt mehr zum Haushalt der EU bei als diese vier Länder zusammen“ (Brössler/Meiler 2020). Schließlich konnten sich die EU-Kommission und die Regierungschefs/-innen auf einen Kompromiss einigen, sodass von den 750 Milliarden Euro 390 Milliarden Euro als Zuschüsse und 360 Milliarden Euro als Kredite gezahlt werden sollten (vgl. BMF 2020c).⁴¹

40 Die Koeffizienten der Verursacher/-in und Lösungen sind auf dem 0,1-Prozent-Signifikanzniveau höchst signifikant, die Koeffizienten der Ursache, Bewertungen, Policy-Option und der Kompetenzabschreibung sind auf dem 1-Prozent-Signifikanzniveau sehr signifikant bzw. auf dem 10-Prozent-Signifikanzniveau signifikant.

41 Bei der Betrachtung der Frame-Analyse unter Ausschluss der Akteursvariablen zeigt sich ein ähnlicher Frame. Der Unterschied liegt in der zusätzlichen Bewertung „Beschimpfung der nordeuropäischen Länder/der Sparsamen Vier/Fünf als arrogant/egoistisch“. Dieses Ergebnis untermauert, dass der Diskurs über die Ausgestaltung des Wiederaufbaufonds seitens der Länder mit keynesianischer Perspektive von Bewertungen des „Gegenlagers“ geprägt war.

6.4 Fazit: Die Berichterstattung über die Corona-Krise in Italien 2020

Zusammenfassend zeigt sich, dass das keynesianische Paradigma in der Berichterstattung über die wirtschaftspolitischen Corona-Hilfsprogrammen dominiert. Während in knapp 30 Prozent der Artikel zum Thema neoklassische Problemansichten dargestellt werden, greifen rund zwei Dritteln die keynesianischen Problemdefinitionen auf (beide Perspektiven wurden in nur knapp 10 Prozent der Artikel vertreten).

Corona-Krise in Italien: Keynesianisches Paradigma dominiert die Berichterstattung über EU-Hilfsprogramme.

Ein noch stärkerer Unterschied zeigt sich für die angeführten Ursachen der konstatierten Probleme: 14 verschiedenen Ursachen die einer keynesianischen Perspektive zugeschrieben werden können kommen in über 85 Prozent der Artikel (mit Ursachennennung) vor. Neoklassische Ursachen weisen zwar ebenfalls eine große Vielfalt auf – 13 verschiedene Problembegründungen können unterschieden werden – werden jedoch nur in 44,4 Prozent dieser Artikel genannt. Verantwortungszuschreibungen an einzelne Akteure bzw. Staaten finden sich in über 75 Prozent aller Artikel, dabei werden vor allem Deutschland, die „Sparsamen Vier/Fünf“ (Österreich, die Niederlande, Dänemark, Schweden und Finnland) und Italien adressiert. Das sind auch die Länder, die am häufigsten bewertet werden – die nordeuropäischen Staaten doppelt

so häufig wie ihre südeuropäischen Pendants. Dabei ist vor allem Deutschland hervorzuheben, das sowohl aus neoklassischer wie auch aus keynesianischer Perspektive positiv und negativ bewertet wird. Auch hinsichtlich möglicher Lösungsvorschläge zu den thematisierten Problemen bleibt das Verhältnis keynesianischer zu neoklassischer Perspektiven relativ konstant: In 89 Prozent der Artikel, in denen Lösungen thematisiert werden, finden sich elf verschiedene keynesianische Lösungen, in 47 Prozent werden acht verschiedene neoklassische Vorschläge dargestellt. Eine kleinere Diskrepanz zeigt sich für die Policy-Optionen. Hier stehen 54 Prozent der Artikel mit zwölf verschiedenen neoklassischen Policy-Optionen neun keynesianischen Vorschlägen gegenüber, die in 78 Prozent der Artikel mit Policy-Optionen thematisiert werden. Im Zeitverlauf wird sichtbar, dass die konkreten neoklassischen Vorschläge, den Entwicklungen der europäischen Politik folgend, zunehmend weniger in den Medien thematisiert werden. Hinsichtlich der Forderungsadressaten/-innen und den Kompetenzabschreibungen sind es erneut Deutschland und Italien, die zum Handeln oder zum Finden eines Kompromisses aufgefordert werden. Beiden Ländern wird allerdings auch – zusammen mit den „Sparsamen Vier/Fünf“ – in der Berichterstattung am häufigsten die Kompetenz zur Problemlösung abgesprochen. Die untersuchten Printmedien beziehen sich auf Deutschland in seiner Schlüsselrolle als ökonomisch stärkster Staat Europas, auf Italien stellvertretend für die Forderungen der Länder mit keynesianischer sowie auf die „Sparsamen Vier/Fünf“ stellvertretend für die Länder mit neoklassischer Ausrichtung.

Die Ergebnisse der Frame-Analyse belegen, dass sich die einzelnen (neoklassischen und keynesianischen) Frame-Elemente in der Berichterstattung durchaus zu bestimmten übergreifenden Rahmungen verdichten. Insbesondere zu den Problemdefinitionen um die (Nicht)Einführung von Corona-Bonds und die Ausgestaltung des Wiederaufbaufonds können komplexe Frames nachgewiesen werden.⁴²

Kritik an Deutschlands Politik ist keinem bestimmten paradigmatischen Frame zuzuordnen.

Dabei fällt auf, dass Deutschland bzw. Angela Merkel und/oder ihre Politik in der Presseberichterstattung zwar häufig negativ bewertet werden, diese Bewertung jedoch kein Teil eines paradigmatisch eindeutigen Frames ist. Es wird ersichtlich, dass einzelne Akteure Deutschland häufig kritisieren, diese Kritik jedoch nicht in einen größeren Rahmen gesetzt und beispielsweise mit einer grundlegenden Problemdefinition in Zusammenhang gebracht wird. Dieses Ergebnis lässt sich auch hinsichtlich der Kompetenzabschreibungen finden: Zwar wird vielen Akteuren in der medialen Darstellung die Kompetenz abgesprochen, konstatierte Probleme zu lösen, selten ist dies jedoch in einen kohärenten, übergreifenden Deutungszusammenhang eingebettet, der Ursache und Verursacher/-in, (Akteurs) Bewertungen und Lösungsvorschläge mitliefert.

Dies lässt sich damit erklären, dass Kompetenzabschreibungen als vereinzelte Reaktionen auf provokante und/oder populistische Äußerungen anderer Akteure erfolgten. Ferner ist bemerkenswert, dass Italien (unter Giuseppe Conte) für jede neoklassische Problemdefinition als Verursacher/-in genannt wird (teils zusammen mit Frankreich und/ oder Spanien) – vermutlich da sich das Land am stärksten für finanzielle Hilfen besonders stark betroffener Staaten einsetzte.

Hinsichtlich der Verantwortung der Presse, die Bürger/-innen objektiv und ausgewogen über komplexe wirtschaftspolitische Vorgänge zu informieren, kann festgestellt werden, dass der Verlauf der Verhandlungen über Corona-Hilfen auf europäischer Ebene in den Medien adäquat dargestellt wurde: Wenn relevante Akteure wie die italienische Regierung oder die „Sparsamen Vier/Fünf“ ihre jeweilige paradigmatische Ausrichtung in den Verhandlungen verdeutlichten, hat die Presse zeitlich simultan diesen Perspektiven in ihrer Berichterstattung mehr Platz eingeräumt. Des Weiteren wurden die aus der jeweiligen paradigmatischen Sicht identifizierten Probleme meist auch in komplexen Sinnzusammenhängen dargestellt und somit der Anspruch an die Medien, politische Vorgänge einzuordnen, zum großen Teil erfüllt. Da während Krisenzeiten keynesianische Wirtschaftspolitiken grundsätzlich häufiger eingenommen werden, kann das Verhältnis der Thematisierungshäufigkeiten beider Paradigmen in den Medien als relativ ausgewogen bezeichnet werden.

42 Bei den Analysen mit und ohne Akteursvariablen können oftmals fast identische Frames gestellt werden. Ein Unterschied liegt in der Verlagerung der prägnanten Frame-Elemente. So rückten die Bewertungsvariablen verstärkt in den Fokus bei Ausschluss der Akteure.

7 Zusammenfassung und Fazit

Ausgangspunkt der Analysen

Mit der vorliegenden Forschungsarbeit wurde die Rolle der beiden zentralen wirtschaftspolitischen Paradigmen (Neoklassik/Keynesianismus) in der deutschen Berichterstattung über die italienische Wirtschafts- und Finanzpolitik 2018 und über die europäische Wirtschaftspolitik in der Corona-Krise 2020 untersucht. Dazu wurden Medien-Frames und einzelne Frame-Elemente in der Berichterstattung von *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, *Handelsblatt*, *Süddeutsche Zeitung*, *Die Welt*, *tageszeitung*, *BILD* und *Spiegel* identifiziert, die den beiden Paradigmen zugeordnet werden konnten.

Wurde über die Wirtschaftspolitik Italiens ausgewogen berichtet?

Hinsichtlich der Berichterstattung zum italienischen Haushaltsstreit mit der EU-Kommission wurde angesichts der Dominanz des neoklassischen Paradigmas im (deutschen) öffentlichen wie (wirtschafts)wissenschaftlichen Diskurs keine ausgewogene Darstellung beider Perspektiven erwartet. Auch medial, so die Hypothese, würden neoklassische Interpretationen der Lage und die Forderung nach Austeritätsmaßnahmen dominieren. Demgegenüber stützte sich die Untersuchung der Berichterstattung zur Corona-

Krise in Italien 2020 auf die Annahme einer ausgewogeneren Darstellung beider Perspektiven. Aufgrund der durch die Corona-Pandemie ausgelösten schweren Rezession wurde erwartet, dass sich der auf europäischer (wirtschaftspolitischer) Ebene vollzogene Paradigmenwechsel auch in der deutschen Berichterstattung wiederfindet. Offen war, ob die (italienische) Perspektive, die auf keynesianischen Kausalinterpretationen beruhte und beispielsweise Forderungen nach Finanzhilfen ohne Bedingungen erhob sowie die die neoklassische Perspektive der stärkeren Wirtschaftsnationen, insbesondere der „Spar-samen Vier/Fünf“ (Österreich, die Niederlande, Dänemark, Schweden und Finnland), medial in einen kohärenten Sinnzusammenhang gebracht wurden – und in welchem Verhältnis dies geschah. Es wurde erwartet, dass die Medien zwar beide Perspektiven thematisieren, sich die keynesianischen Deutungen im Jahr 2020 jedoch häufiger auffinden lassen.

An die Medien kann in dieser Situation der Anspruch formuliert werden, die unterschiedlichen Problemperspektiven in einem ausgewogenen Verhältnis darzustellen. Die Rolle der Presse ist zentral für die Vermittlung von Informationen aus der Teil-Öffentlichkeit Politik, insbesondere bei komplexen wirtschaftspolitischen Vorgängen, an die Bürger/-innen. Sie wirkt wesentlich an der Meinungsbildung der Bürger/-innen mit, was

die Relevanz der Forderung nach einer objektiven und ausgewogenen wirtschaftspolitischen Berichterstattung unterstreicht.

In der Intention, eine mögliche anfängliche Dominanz des neoklassischen Paradigmas in der wirtschaftspolitischen Berichterstattung sowie die mediale Repräsentation des späteren Paradigmenwechsel offenzulegen, wurde das Framing deutscher Tageszeitungen und Magazinen für beide Ereignisse analysiert. Im Zentrum eines Framings steht dabei die Deutung der Situation (aus der jeweiligen paradigmatischen Sicht) mittels der Definition eines zentralen Problems. Über die Vermittlung in den Medien können Akteure ihre Deutungen im Diskurs durchsetzen, sodass diese auf die politische Arena zurückwirken. Frames identifizieren aber nicht nur ein zentrales Problem, sondern zeigen auch auf, welche Ursachen, Verursacher/-innen, Lösungen sowie konkrete Policy-Optionen damit verbunden sind. Darüber hinaus benennen sie, an welche Akteure erhobene Forderungen adressiert und wem Kompetenzen zur Lösung des Problems abgesprochen werden. So wurde unter Rückgriff auf diese kommunikationswissenschaftlichen Instrumente angenommen, dass der öffentliche Diskurs zum italienischen Haushaltsstreit mit der EU-Kommission 2018 sowie zur Corona-Krise in Italien 2020 anhand von Frames in der Presseberichterstattung gut abgebildet werden kann.

Paradigmenwechsel in Krisenzeiten

Mit dem Ziel, die Rollen beider Paradigmen in der Berichterstattung zu unterschiedlichen Themen, in unterschiedlichen Jahren und unter

schiedlichen konjunkturellen Situationen sichtbar zu machen, zeigt die Untersuchung im Vergleich der aufgefundenen Medien-Frames eine Veränderung der medial dominierenden wirtschaftspolitischen Ausrichtung. Wirtschaftsberichterstattung bedient sich bestimmter wirtschaftspolitischer Paradigmen, um einen kontextuellen Rahmen für einen Sachverhalt zu schaffen. Die solchen Rahmungen zugrundeliegende wirtschaftspolitische Ausrichtung kann variieren, sobald ein exogener Faktor, wie beispielsweise das Auftreten einer Krise, das Thema tangiert. Das hat zur Folge, dass Journalisten/-innen für ihre Texte eine andere wirtschaftspolitische Ausrichtung wählen und somit für die Rezipierenden den Blickwinkel auf ein Ereignis verändern.

In Krisenzeiten rücken häufig nachfrageorientierte Maßnahmen in den Fokus – politisch wie medial.

Lange Zeit dominierten neoklassisch inspirierte Politiken eindeutig das Feld der (deutschen und europäischen) Wirtschaftspolitik. Allerdings wird in Krisenzeiten oftmals verstärkt auf nachfrageorientierte Maßnahmen zurückgegriffen. Um Rezessionen zu bekämpfen, werden daher eher keynesianische Instrumente genutzt und beispielsweise eine expansive Fiskalpolitik verfolgt. Hierbei wird vorausgesetzt, dass die verursachten Kosten des ökonomischen Schocks die Kosten der Maßnahmen zur Stabilisierung

nicht übersteigen (vgl. Bessau/Lenk 2000).⁴³ Dieser Paradigmenwechsel zwischen 2018 und 2020 spiegelt sich auch in der Berichterstattung wider. Aus der Untersuchung der medialen Darstellungen zur Wirtschafts- und Finanzpolitik der neuen italienischen Regierung 2018 geht hervor, dass das neoklassische Paradigma in den untersuchten Printmedien dominierte. Im Unterschied dazu belegt die Analyse zur Corona-Krise 2020 eine Dominanz der keynesianischen Sichtweise in den wirtschaftspolitischen Diskursen.

**Die in den Medien
vorgefundenen
neoklassischen Frames sind
meist deutlich komplexer als
ihre keynesianischen Pendants.**

Dabei sind die in den Medien vorgefundenen Frames die der Neoklassik zugeordnet werden können meist deutlich komplexer als ihre keynesianischen Pendants (Ausnahmen bilden die keynesianischen Frames zum Thema Corona-Bonds und zum Verhältnis von Zuschüssen und Krediten in den Hilfszahlungen des europäischen Wiederaufbaufonds). Die Unterschiede in der Komplexität können jedoch darauf zurückgeführt werden, dass einige Probleme aus keynesianischer Sicht (Durchsetzung der

Maastricht-Kriterien, Kopplung des Wiederaufbaufonds an Bedingungen) eher als kurzlebige Gegenbewegungen auf die konträren (neoklassischen) Forderungen entstanden sind und nicht im Mittelpunkt der Argumentation der Akteure standen. Somit bildeten die Medien in diesen Fällen keinen zusammenhängenden Aussagenkomplex ab, da die Thematiken entweder als irrelevant erachtet wurden oder es schlicht keine komplexe politische Argumentation zum Vermitteln gab. Aufgrund der Tatsache, dass die beiden thematisch dominanten Problemdefinitionen (Corona-Bonds und Zuschüsse versus Kredite) jedoch für beide Paradigmen als zusammenhängende Gesamtkomplexe dargestellt wurden, kann konstatiert werden, dass die Medien den Diskurs in 2020 grundsätzlich auf adäquate Art und Weise reflektierten.

Weiterhin zeigen die Ergebnisse der Frame-Analysen, dass sich sowohl in der Berichterstattung 2018 als auch 2020 neoklassische Frames eher auf Lösungen bezogen, während die keynesianischen Frames Bewertungen in den Fokus nahmen. Es kann davon ausgegangen werden, dass die EU-Kommission im Haushaltsstreit mit Italien 2018 konkrete Lösungen forderte, während die italienische Regierung eher die Verantwortlichkeiten für die existierenden Probleme betonte und die entsprechenden Akteure nega-

⁴³ Zur Rezessionsbekämpfung der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009 wurden in Deutschland zum Beispiel die Konjunkturpakete I und II eingeführt, die keynesianische Maßnahmen wie Investitionen in die Infrastruktur und die Zusicherung staatlicher Garantien und Kredite für Unternehmen beinhalteten (vgl. Zimmermann 2013). Allerdings bildeten die wenigen nachfragepolitischen Maßnahmen lediglich eine Ausnahme, die teilweise auf historischen Gegebenheiten basierende Dominanz des neoklassischen Paradigmas in der Wirtschaftspolitik blieb prinzipiell bestehen (vgl. Köhrsen 2011).

tiv bewertete. 2020 argumentierten die Länder mit neoklassischer Ausrichtung ebenfalls eher lösungsorientiert, während die Länder mit keynesianischer Ausrichtung verstärkt Bewertungen in den Diskurs einfließen ließen. Durch die Fixierung der Berichterstattung auf diese Verantwortungszuschreibungen und Bewertungen war die Darstellung der politischen Ereignisse von 2018 und 2020 auf der Sachebene nicht immer gegeben, es mangelte hin und wieder an analytischer Tiefe.

Im Laufe der Corona-Krise vollzieht sich langsam ein Paradigmenwechsel hin zu keynesianischen Ansichten.

Da der Haushaltsstreit zwischen der italienischen Regierung und der EU-Kommission im Gegensatz zum europäischen Diskurs über die Corona-Hilfen auf bilateraler Ebene geführt wurde, stand Italien und seine Politik in der Berichterstattung 2018 verstärkt im Fokus als Problemverursacher und wurde häufiger als provokant und populistisch bezeichnet als in der Berichterstattung 2020. Nichtsdestotrotz wurde die italienische Regierung bzw. Ministerpräsident Giuseppe Conte auch 2020 in jedem neoklassischen Frame für die konstatierten Probleme verantwortlich gemacht. Dies verdeutlicht, dass die italienische Regierung als relevanter Akteur fungierte, der die keynesianische Sichtweise in der Europäischen Union repräsentierte. Neben Italien stand auch Deutschland 2020 häufig im Mittelpunkt der Debatten, da die Bundesrepublik bzw. Bundeskanzlerin Angela Merkel (teil-

weise) einen Richtungswechsel in ihrer europäischen Wirtschaftspolitik vollzog. Durch die politische Kehrwerte Deutschlands Mitte Mai 2020 fanden sichtbare Veränderungen auf diskursiver Ebene statt. Während zuvor neoklassische Ansichten auch in den Medien überwogen, vollzog sich danach langsam ein Paradigmenwechsel in Richtung keynesianischer Argumente. Zu Beginn der Corona-Krise vermittelte die Berichterstattung noch, dass ähnlich wie im Haushaltsstreit mit Italien im Jahr 2018 die EU-Kommission bei Verstößen gegen europäische Verträge strenger durchgreifen müsste. Parallel zum Umdenken nahezu aller EU-Regierungschefs/-innen, politischen Entscheidungsträger/-innen und Ökonomen/-innen, die zunehmend für nachfrageorientierte Maßnahmen plädierten, vollzog sich dieser Paradigmenwechsel aber auch in der medialen Darstellung.

Die Leistung der Medien

Die Untersuchungsergebnisse lassen darauf schließen, dass die mediale Darstellung der Paradigmen als einzelne Frame-Elemente relativ eng der politischen Agenda auf europäischer Ebene folgte. Wenn relevante Akteure bestimmte Paradigmen in den politischen Diskurs einbrachten, reflektierte die Presseberichterstattung diese Ansichten. Daraus ergab sich die Dominanz neoklassischer Erklärungsmuster in der Berichterstattung 2018 und die Dominanz keynesianischer Perspektiven 2020. Dabei stellt sich die Frage, inwiefern die Journalisten/-innen keynesianische Deutungsvarianten 2018 bzw. neoklassische Deutungsvarianten 2020 für ihre Berichterstattung vernachlässigten.

**Fazit: Medien sollten sich
künftig weniger auf
eine einzelne Perspektive
konzentrieren ...**

Hier kann insbesondere die vom in Deutschland vorherrschenden neoklassischen Mainstream geprägte Berichterstattung 2018 kritisiert werden, da nicht Deutschland, sondern Italien von der (Staatsschulden)Krise betroffen war. Dadurch konnte die deutsche Presse Italien als EU-Mitglied mit einer zu hohen Staatsverschuldung und einer populistischen Regierung – beziehungsweise den von Italien hervorgebrachten Argumenten – leichter die Rationalität absprechen und entsprechenden Ansichten und Handlungsempfehlungen weniger Raum geben. Dies führte nicht nur zur Überrepräsentation der ablehnenden Sichtweise gegenüber den Vorschlägen der italienischen Regierung, sondern auch dazu, dass die Presse den Diskurs nicht gänzlich auf der Sachebene abbildete. Für die Berichterstattung 2018 können somit Defizite in der Ausgewogenheit der Darstellungen konstatiert werden, da die Presse verschiedene Problemansichten nicht umfassend vermittelte, sich eher auf eine (die neoklassische) Perspektive konzentrierte und somit die Meinungsbildung der Bürger/-innen zu diesem Thema tendenziell einseitig prägte.

Im Unterschied dazu, war Deutschland während des Untersuchungszeitraums 2020 ebenso wie alle anderen EU-Staaten von den (wirtschaftlichen) Auswirkungen der COVID-19-Pandemie

betroffen. Die durch die Pandemie ausgelöste schwere Rezession ist zweifellos ursächlich für den starken Überhang keynesianischer Ansichten. Dennoch vermittelte die Presse auch konträre (neoklassische) Problemansichten auf europäischer Ebene in rund einem Drittel der Artikel, sofern diese von Akteuren öffentlich in den Diskurs eingebracht wurden. Eine paradigmatische Vielfalt war somit in der Berichterstattung 2020 eher gegeben als in der Berichterstattung 2018. Jedoch fanden sich auch in der Berichterstattung 2020 häufig Bewertungen und Kompetenzabschreibungen von Staaten, deren Auftreten von populistischen Verhaltensweisen geprägt war, sodass die Medien die Debatten auch hier nicht immer auf der Sachebene darstellten.

**... und verschiedenen kohärenten
Sinnzusammenhängen
mehr Raum geben.**

Zukünftig sollten Journalisten/-innen (noch) stärker darauf achten, dass verschiedenen wirtschaftspolitischen Deutungen als kohärente Sinnzusammenhänge Raum in der Berichterstattung eingeräumt wird. So sollte grundsätzlich nicht nur einem Akteur oder einer Akteursgruppe Rationalität ab- bzw. zugesprochen werden. Anderenfalls besteht die Gefahr, dass relevante wirtschaftspolitische Diskurse in der Öffentlichkeit nicht pluralistisch geführt werden können, sondern monokausale Erklärungsansätze die Presseberichterstattung prägen und die Meinungsbildung der Bürger/-innen einseitig beeinflussen.

Quellenverzeichnis

- Arlt, Hans-Jürgen/Storz, Wolfgang (2010): Wirtschaftsjournalismus in der Krise: Zum massenmedialen Umgang mit Finanzmarktpolitik. Frankfurt/Main: Otto Brenner Stiftung, online unter: <https://www.otto-brenner-stiftung.de/wissenschaftsportal/informationsseiten-zu-studien/studien-2010/wirtschaftsjournalismus-in-der-krise/> (abgerufen am 16.08.2021).
- Arzt, Ingo/Braun, Michael/Bonse, Eric (2018, Oktober 20): Das italienische Dilemma. die tageszeitung, S. 6.
- Bartz, Tim/Mahler, Armin/Mayr, Walter/Müller, Peter/Reiermann, Christian (2018, Oktober 27): Schulden als Waffe. Der Spiegel, S. 12.
- Behnke, Joachim/Baur, Nina/Behnke, Nathalie (2010): Empirische Methoden der Politikwissenschaft (2. Aufl.), Schöningh/Paderborn.
- Berschens, Ruth (2020a, April 14): „Schlimmer als nach der Finanzkrise“ – EU plant billionenschweren Wiederaufbaufonds. Handelsblatt.
- Berschens, Ruth (2020b, April 12): Nationale Nabelschau. Handelsblatt, S. 15.
- Bessau, Dirk/Lenk, Thomas (2000): Makroökonomische Paradigmen und deren wirtschaftspolitische Implikationen: Eine Übersicht, Arbeitspapier, Universität Leipzig, Institut für Finanzen, Finanzwissenschaft.
- Bonse, Eric (2020, März 23): Stabilitätspakt hat Covid-19. die tageszeitung, S. 8.
- Braun, Michael (2018a, Oktober 25): Rom und Brüssel im Kalten Krieg. Die tageszeitung, S. 12.
- Braun, Michael (2018b, November 22): „Wir warten auf Post vom Weihnachtsmann“. die tageszeitung, S. 9.
- Brosius, Hans-Bernd/Haas, Alexander/Koschel, Friederike (2009): Methoden der empirischen Kommunikationsforschung, in: Journal of Chemical Information and Modeling (5. Aufl., Bd. 53). VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.
- Brössler, Daniel (2018, Mai 30): Europa und der Populismus von Rechts: Erst der Brexit, dann der Aufstieg des Front National, nun die Erfolge von Lega und Cinque Stella in Italien: Können die Demagogen und großen Vereinfacher die EU am Ende zu Fall bringen?, in Süddeutsche Zeitung, S. 2.
- Brössler, Daniel/Meiler, Oliver (2020, Mai 25): „Eine einzige Provokation“. Süddeutsche Zeitung, S. 1.
- Bundesministerium für Finanzen (BMF) (2020a): BMF-Monatsbericht Mai 2020, online unter: <https://bit.ly/35RkzXL> (abgerufen am 14.06.2021).
- Bundesministerium für Finanzen (BMF) (2020b): BMF-Monatsbericht Juli 2020, online unter: <https://bit.ly/3qqvD7B> (abgerufen am 14.06.2021).
- Bundesministerium für Finanzen (BMF) (2020c): BMF-Monatsbericht August 2020, online unter: <https://bit.ly/3wVPePv> (abgerufen am 14.06.2021).
- Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) (2021): Europäische Wirtschaftspolitik, online unter: <https://bit.ly/3dKbDYq> (abgerufen am 15.05.2021).
- Bundesverfassungsgericht (1961): BVerfGE 12, 205, online unter: <https://bit.ly/3Cefo2V> (abgerufen am 15.09.2021).

- Crolly, Hannelore (2018, Oktober 23): Italien bleibt stur. Die Welt, S. 9.
- Dequech, David (2012): Post Keynesianism, Heterodoxy and Mainstream Economics. In: Review of Political Economy 24 (2), S. 353-368.
- Dobusch, Leonard/ Kapeller, Jakob (2009): „Why is Economics not an Evolutionary Science?“ New Answers to Veblen’s Old Question. In: Journal of Economic Issues 43 (4), S. 867-898.
- Entman, Robert M. (1993): Framing: Towards clarification of a fractured paradigm. Journal of Communication 43(4), S. 51-58.
- Europäische Kommission (2018a). Stellungnahme der Kommission vom 23.10.2018 zur Übersicht über die Haushaltsplanung Italiens mit der Aufforderung an Italien, eine überarbeitete Übersicht über die Haushaltsplanung vorzulegen, Straßburg, verfügbar unter: <https://bit.ly/3A1bMAj> (abgerufen am 23.05.2021).
- Europäische Kommission (2018b, November 21). Bericht der Kommission: Italien Bericht nach Artikel 126 Absatz 3 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union, online unter: <https://bit.ly/3h8YERd> (abgerufen am 23.05.2021).
- Europäische Kommission (2018c, Dezember 19): Italien schickt neuen Haushalt: EU-Kommission sieht von Defizitverfahren ab, online unter: <https://bit.ly/3qqOX4O> (abgerufen am 09.06.2021).
- Geiger, Klaus/Meister, Martina (2020, April 11): Ist Europa noch zu retten?. Die Welt, S.6.
- Grasse, Alexander/Labitzke, Jan (2018): Aus Krisen geboren – die neue italienische Regierung aus Lega und MoVimento 5 Stelle und die Folgen für Europa. Integration, 41 (2), S. 97-127.
- Grüner, Hans Peter (2006): Wirtschaftspolitik. Allokationstheoretische Grundlagen und politisch-ökonomische Analyse (2. Aufl.), Berlin/Heidelberg: Springer.
- Hagelüken, Alexander (2021, April 21): Warum die Lehren von Keynes in der Corona-Krise helfen, Süddeutsche Zeitung.
- Hall, Peter A. (1989): The Political Power of Economic Ideas: Keynesianism across Nations, Princeton: Princeton University Press.
- Heise, Arne (2010): Einführung in die Wirtschaftspolitik. Grundlagen, Institutionen, Paradigmen, Münster: LIT.
- Heise, Arne (2016): Pluralismus in den Wirtschaftswissenschaften – Klärung eines umstrittenen Konzepts. Hans-Böckler-Stiftung (Hrsg.), IMKStudies 45/2016, Hamburg <https://bit.ly/3a726sv> (abgerufen am 04.10.2021).
- Heise, Arne (2020): Die Corona-Krise als Herausforderung für die Wirtschaftspolitik in Deutschland und Europa (ZÖSS-Discussion Papers), online unter: <https://bit.ly/3jeWaDh> (abgerufen am 17.06.2021).
- Herrmann, Ulrike (2020, April 25): Moral? Nein danke. die tageszeitung, S. 10.
- Heyer, Julia Amalia/Hornig, Frank/Kubjuweit, Dirk/Medick, Veit/Müller, Ann-Katrin/Müller, Peter/Reiermann, Christian/Rosenfelder, Lydia/Sandberg, Britta/Schult, Christoph/Teevs, Christian/Traufetter, Gerald/Zuber, Helene (2020, April 4): Union der Einzelgänger. Der Spiegel, S. 26.
- Hildebrand, Jan (2018, Oktober 23): Die italienische Erpressung. Handelsblatt, S. 16.
- Holsti, Ole R. (1969): Content analysis for the social sciences and humanities, Reading, MA: Addison-Wesley.
- Ignazi, Piero (2018): Italien steht vor einem heißen Herbst. Die politische Lage Italiens nach den Wahlen vom, 4 (2018), Rom.

- Kaiser, Tobias/Schlitz, Christoph B. (2020, März 28): Alte Fronten in einer neuen Krise. *Die Welt*, S. 7.
- Kirst, Virginia (2020, April 17): Die Wut der Italiener. *Die Welt*, S. 6.
- Köhren, Jens-Ole (2011): Paradigmenwechsel in der wirtschaftswissenschaftlichen Politikberatung? Der Wandel wirtschaftspolitischer Diskurse in Deutschland zwischen 1990 und 2009. Hans-Böckler-Stiftung (Hrsg.), *IMK Studies 2/2011*, Düsseldorf, online unter <https://bit.ly/3iHT21N> (abgerufen am 05.05.2021).
- Kromney, Helmut (2009): *Empirische Sozialforschung* (12. Aufl.), Opladen: Lucius & Lucius.
- Lee, Frederic S. (2012): Heterodox Economics and its Critics. In: *Review of Political Economy* 24 (2), S. 337-351.
- Lohrmann, Astrid-Marina (2018, November 3): Finanzieller Schlendrian. *Der Spiegel*, S. 144.
- Mahler, Armin (2020, Mai 30): Die Schicksalsfrage. *Der Spiegel*, S. 66.
- Marcinkowski, Frank (1999): Die Informations- und Kommunikationstechnik auf der bundespolitischen Agenda. Strukturierung, Definition und Deutung eines technologiepolitischen Problems in den neunziger Jahren, Duisburg.
- Matthes, Jörg/Kohring, Matthias (2004). Die empirische Erfassung von Medien-Frames. *Medien & Kommunikationswissenschaft* 52(1), S. 56-75.
- Matthes, Jörg (2007). Framing-Effekte. Zum Einfluss der Politikberichterstattung auf die Einstellung der Rezipienten (Vol. 13). Reinhard Fischer.
- Matthes, Jörg (2014). *Framing*. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.
- Mayr, Walter (2018, Oktober 13): Amoklauf mit Ansage. *Der Spiegel*, S. 92.
- Mayr, Walter/Popp, Maximilian (2020, Mai 30): „Wie viel soll eine österreichische Friseurin von ihrem Steuer-geld für andere Länder aufbringen?“. *Der Spiegel*, S. 92.
- Meiler, Oliver (2018, April 19): Premier Conte fordert „ganze Feuerkraft“ der EU. *Süddeutsche Zeitung*.
- Meyer, Dirk (2019): Sorge um Europa: Schuldenkrise und (drohendes) Defizitverfahren gegen Italien – wie geht es weiter?. In: *ifo Schnelldienst* 72 (10), S. 3-22.
- Merten, Klaus (1995): *Inhaltsanalyse* (2. Aufl.), Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Netzwerk Plurale Ökonomik e. V. (2021): *Exploring Economics*, online unter: <https://bit.ly/3mr4yQ2> (abgerufen am 04.10.2021).
- Otto, Kim (2001): Thematisierungsstrategie in den Massenmedien und ihre Auswirkung auf die Bevölkerung und die politischen Entscheidungsträger. Thematisierung und Deutung des Problems „Waldsterben“ in den achtziger Jahren. Dissertation. Dortmund.
- Otto, Kim/Köhler, Andreas (2017): *Qualität im wirtschaftspolitischen Journalismus*, in *Qualität im wirtschaftspolitischen Journalismus* (1. Aufl.).
- Otto, Kim/Teschendorf, Victoria/Kowalczyk, Peter/Möller, Vanessa/ Kruß, Marwin (2020): *Wirtschaftspolitische Paradigmen als Deutungsmuster im öffentlichen Diskurs über Arbeitsmarktpolitik*. Abschlussbericht, Hans Böckler Stiftung.
- Otto, Kim/Degen, Matthias/Olgemöller Max/Köhler, Andreas (2021): News Coverage of the Greek Sovereign Debt Crisis in German Public Service Broadcasting: A Case Study Analysis in Tagesschau, Heute, Brennpunkt and ZDF Spezial. In: *Journalism Practice* 15(7), S. 1.012-1.032.

- Piller, Tobias (2018, November 16): „Dann gehen 60 Millionen Italiener in den Aufstand“. Frankfurter Allgemeine Zeitung.
- Plickert, Philip (2018, Dezember 31): Ein Geburtstag mit bitterem Beigeschmack. Frankfurter Allgemeine Zeitung, S. 19.
- Reuters & ps (20. September 2018): Italien: Vizeministerpräsident erwägt höhere Staatsschulden. ZEIT ONLINE, online unter: <https://bit.ly/3A037hy> (abgerufen am 10.05.2021).
- Rössler, Patrick (2017): Inhaltsanalyse (3. Aufl.), Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft.
- Sagvosdkin, Valentin (2021): Qualifiziert für die Zukunft? Zur Pluralität der wirtschaftsjournalistischen Ausbildung in Deutschland. Frankfurt/Main: Otto Brenner Stiftung, online unter: https://www.otto-brenner-stiftung.de/fileadmin/user_data/stiftung/02_Wissenschaftsportal/03_Publikationen/AH104_Wirtschaftsjournalismus.pdf (abgerufen am 10.10.2021).
- Sauer, Ulrike (2018, Oktober 27): Italien riskiert den großen Knall. Süddeutsche Zeitung.
- Siebel, Frank (2007): Der Mythos von der Amerikanisierung. Über die Leistungen und die zwiespältige Rolle von Qualitätsmedien in mediatisierten Wahlkämpfen, Universität Dortmund.
- Sigmund, Thomas (2020, Mai 26): Ein Lob auf die „sparsamen Vier“. Handelsblatt, S. 14.
- Sommer, Michael/Schneller, Johannes (2021): Nachlese Corona: Die Entwicklung von Stimmungslagen, Lebensverhältnissen, Konsumstimmung und Informationsverhalten. IfD-Allensbach (Hrsg.), AWA 2021, online unter: <https://bit.ly/3oGfUTi> (abgerufen am 07.10.21).
- Statistisches Bundesamt (2020): Europa. Wirtschaft und Finanzen, online unter: <https://bit.ly/3dahTZd> (abgerufen am 16.06.2021).
- Statistisches Bundesamt (2021a): EU-Monitor COVID-19. EU-Staaten: Folgen der Corona-Pandemie, online unter: <https://bit.ly/3gZ58C4> (abgerufen am 16.06.2021).
- Statistisches Bundesamt (2021b): Schuldenstandquoten der EU-Mitgliedstaaten – Bruttoschulden (konsolidiert) in % des Bruttoinlandproduktes, online unter: <https://bit.ly/2T3uh6w> (abgerufen am 24.06.2021).
- Teschendorf, Victoria Sophie/Kruß, Marwin/Otto, Kim/Rusch, Roman (2021): News Coverage of the Greek Sovereign Debt Crisis in German Print Media, in: Journalism Practice [in Veröffentlichung].
- Theine, Hendrik/Grisold, Andrea (2020): Streiffall Vermögenssteuer – Defizite in der Medienberichterstattung. Frankfurt/Main: Otto Brenner Stiftung, online unter: https://www.otto-brenner-stiftung.de/fileadmin/user_data/stiftung/02_Wissenschaftsportal/03_Publikationen/AP43_Vermögenssteuer_Korrektur.pdf (abgerufen am 01.10.2021).
- Tokarski, Pawel (2018): Italien als Belastungsprobe für den Euroraum: Grenzen wirtschaftspolitischer Steuerung der EU-19. Berlin. Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit, online unter: <https://bit.ly/2T9i6Fg> (abgerufen am 23.06.21).
- Wimalasena, Jörg (2018, Juni 5): „Das ist alles Kleinkram“. die tageszeitung, S. 9.
- Wirtschaftsrat Deutschland (2020, März 9): „(Euro-)Pa: Die Geldpolitik der EZB und die Konsequenzen für Unternehmer – ein perfekter Sturm?“, online unter: <https://bit.ly/3jkYYPg> (abgerufen am 25.06.2021).
- Zimmermann, Horst (2013): Wie wehrte Deutschland die Finanz- und Wirtschaftskrise ab? Oder: Erfordernis übergreifender Erklärungsansätze. In: ifo Schnelldienst 66 (24), S. 15-18.

Verzeichnis der Tabellen und Abbildungen

Abbildung 1:	Verteilung der Artikel über den italienischen Haushaltsstreit mit der EU-Kommission 2018 (nach Monaten, in absoluten Zahlen).....	36
Abbildung 2:	Relative Häufigkeit der neoklassischen und keynesianischen Problemdefinitionen in den untersuchten Printmedien 2018 (nach Monaten, in Prozent)	36
Abbildung 3:	Relative Häufigkeit der neoklassischen und keynesianischen Verursacher/-innen in den untersuchten Printmedien 2018 (nach Monaten, in Prozent)	38
Abbildung 4:	Relative Häufigkeit konkreter Problemverursacher/-innen aus neoklassischer Sichtweise in den untersuchten Printmedien 2018 (nach Monaten, in Prozent)	39
Abbildung 5:	Relative Häufigkeit der neoklassischen und keynesianischen Ursachen in den untersuchten Printmedien 2018 (nach Monaten, in Prozent)	41
Abbildung 6:	Relative Häufigkeit konkreter neoklassischer Problemursachen in den untersuchten Printmedien 2018 (nach Monaten, in Prozent)	42
Abbildung 7:	Relative Häufigkeit konkreter keynesianischer Problemursachen in den untersuchten Printmedien 2018 (nach Monaten, in Prozent)	43
Abbildung 8:	Relative Häufigkeit der neoklassischen und keynesianischen Bewertungen in den untersuchten Printmedien 2018 (nach Monaten, in Prozent)	45
Abbildung 9:	Relative Häufigkeit unterschiedlicher Bewertungen der italienischen Regierung in den untersuchten Printmedien 2018 (nach Monaten, in Prozent)	46
Abbildung 10:	Relative Häufigkeit der neoklassischen und keynesianischen Lösungsvorschläge in den untersuchten Printmedien 2018 (nach Monaten, in Prozent)	48
Abbildung 11:	Relative Häufigkeit der neoklassischen und keynesianischen Policy-Optionen in den untersuchten Printmedien 2018 (nach Monaten, in Prozent)	50
Abbildung 12:	Relative Häufigkeit der neoklassischen und keynesianischen Forderungsadressaten/-innen in den untersuchten Printmedien 2018 (nach Monaten, in Prozent).....	52
Abbildung 13:	Relative Häufigkeit der neoklassischen und keynesianischen Kompetenzabschreibungen in den untersuchten Printmedien 2018 (nach Monaten, in Prozent).....	52
Abbildung 14:	Häufigkeit von Kompetenzabschreibungen der italienischen Regierung in den untersuchten Printmedien 2018 (nach Monaten, in Prozent)	54
Abbildung 15:	Frame-Analyse für die neoklassische Problemdefinition 2018 (mit Akteuren)	58
Abbildung 16:	Frame-Analyse für die neoklassische Problemdefinition 2018 (ohne Akteure)	59
Abbildung 17:	Frame-Analyse für die keynesianische Problemdefinition 2018 (mit Akteuren)	60
Abbildung 18:	Frame-Analyse für die keynesianische Problemdefinition 2018 (ohne Akteure)	61
Abbildung 19:	Verteilung der Artikel über die wirtschaftspolitischen Corona-Maßnahmen auf europäischer Ebene 2020 (nach Monaten, in absoluten Zahlen)	67
Abbildung 20:	Relative Häufigkeit der neoklassischen und keynesianischen Problemdefinitionen in den untersuchten Printmedien 2020 (nach Monaten, in Prozent)	68

Abbildung 21:	Relative Häufigkeit konkreter neoklassischer und keynesianischer Problemdefinitionen in den untersuchten Printmedien 2020 (nach Monaten, in Prozent)	69
Abbildung 22:	Relative Häufigkeit der neoklassischen und keynesianischen Ursachen in den untersuchten Printmedien 2020 (nach Monaten, in Prozent)	71
Abbildung 23:	Relative Häufigkeit konkreter neoklassischer Problemursachen in den untersuchten Printmedien 2020 (nach Monaten, in Prozent)	72
Abbildung 24:	Relative Häufigkeit konkreter keynesianischer Problemursachen in den untersuchten Printmedien 2020 (nach Monaten, in Prozent)	73
Abbildung 25:	Relative Häufigkeit der neoklassischen, keynesianischen und nicht eindeutigen Bewertungen in den untersuchten Printmedien 2020 (nach Monaten, in Prozent)	75
Abbildung 26:	Relative Häufigkeit konkreter neoklassischer Bewertungen in den untersuchten Printmedien 2020 (nach Monaten, in Prozent)	76
Abbildung 27:	Relative Häufigkeit konkreter keynesianischer Bewertungen in den untersuchten Printmedien 2020 (nach Monaten, in Prozent)	77
Abbildung 28:	Relative Häufigkeit nicht eindeutiger Bewertungen in den untersuchten Printmedien 2020 (nach Monaten, in Prozent)	79
Abbildung 29:	Relative Häufigkeit der neoklassischen und keynesianischen Lösungen in den untersuchten Printmedien 2020 (nach Monaten, in Prozent)	81
Abbildung 30:	Relative Häufigkeit konkreter neoklassischer Lösungsvorschläge in den untersuchten Printmedien 2020 (nach Monaten, in Prozent)	82
Abbildung 31:	Relative Häufigkeit konkreter keynesianischer Lösungsvorschläge in den untersuchten Printmedien 2020 (nach Monaten, in Prozent)	83
Abbildung 32:	Relative Häufigkeit der neoklassischen und keynesianischen Policy-Optionen in den untersuchten Printmedien 2020 (nach Monaten, in Prozent)	84
Abbildung 33:	Relative Häufigkeit konkreter keynesianischer Policy-Optionen in den untersuchten Printmedien 2020 (nach Monaten, in Prozent)	86
Abbildung 34:	Relative Häufigkeit der unterschiedlichen Verursacher/-innen in den untersuchten Printmedien 2020 (nach Monaten, in Prozent)	88
Abbildung 35:	Relative Häufigkeit der Forderungsadressaten/-innen in den untersuchten Printmedien 2020 (nach Monaten, in Prozent)	90
Abbildung 36:	Relative Häufigkeit der Kompetenzabschreibungen in den untersuchten Printmedien 2020 (nach Monaten, in Prozent)	92
Abbildung 37:	Frame-Analyse für die neoklassische Problemdefinition „Aussetzung der Maastricht-Kriterien“ (2020, mit Akteuren)	95
Abbildung 38:	Frame-Analyse für die neoklassische Problemdefinition „Einführung von Corona-Bonds“ (2020, mit Akteuren)	96
Abbildung 39:	Frame-Analyse für die neoklassische Problemdefinition „Keine Kopplung des Corona-Wiederaufbaufonds an Bedingungen/ Strukturreformen“ (2020, mit Akteuren)	98
Abbildung 40:	Frame-Analyse für die neoklassische Problemdefinition „Corona-Wiederaufbaufonds durch mehr Zuschüsse als Kredite“ (2020, mit Akteuren)	100

Abbildung 41:	Frame-Analyse für die keynesianische Problemdefinition „Einige EU-Länder/die EU-Kommission beharren weiterhin auf der Durchsetzung der Maastricht-Kriterien“ (2020, mit Akteuren)	101
Abbildung 42:	Frame-Analyse für die keynesianische Problemdefinition „Ablehnung von Corona-Bonds“ (2020, mit Akteuren)	102
Abbildung 43:	Frame-Analyse für die keynesianische Problemdefinition „Kopplung des Corona-Wiederaufbaufonds an Bedingungen/ Strukturenreformen“ (2020, mit Akteuren)	103
Abbildung 44:	Frame-Analyse für die keynesianische Problemdefinition „Corona-Wiederaufbaufonds durch mehr Kredite als Zuschüsse“ (2020, mit Akteuren).....	104
Tabelle 1:	Verschiedene Frame-Konstrukte im Vergleich	16
Tabelle 2:	Beispiel-Variablen für die einzelnen Frame-Elemente der Berichterstattung 2018	26
Tabelle 3:	Beispiel-Variablen für die einzelnen Frame-Elemente der Berichterstattung 2020	27
Tabelle 4:	Artikelanzahl mit Bezug zum Haushaltsstreit 2018 (nach Medium)	30
Tabelle 5:	Artikelanzahl mit Bezug zur Corona-Krise in Italien 2020 (nach Medium).....	30
Tabelle 6:	Für die Medien-Frame-Analyse 2018 ausgewählte Ausprägungen der Frame-Elemente	56
Tabelle 7:	Für die Medien-Frame-Analyse 2020 ausgewählte Ausprägungen verschiedener Frame-Elemente	94

Hinweis zu den Autoren/-innen

Victoria Teschendorf, M.Sc. ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Professur für Wirtschaftsjournalismus und Wirtschaftskommunikation an der Universität Würzburg und forscht in den Bereichen wirtschaftspolitische Kommunikation, Journalismus und wirtschaftspolitisches Framing. Sie studierte Business Management an der Universität Würzburg, ist Doktorandin an der Universität Würzburg.

Prof. Dr. Kim Otto ist Professor für Wirtschaftsjournalismus und Wirtschaftskommunikation an der Universität Würzburg und forscht dort u. a. zur Qualität im wirtschaftspolitischen Journalismus. Als Journalist arbeitet er für das ARD-Politikmagazin „Monitor“ sowie für die Reihe „die story“. 2007 wurde er mit dem Adolf- Grimme-Preis ausgezeichnet. Er studierte Politikwissenschaft, Rechtswissenschaften und VWL in Duisburg und promovierte in Journalistik in Dortmund.

- Nr. 53 Das Verblässen der Welt. Auslandsberichterstattung in der Krise (Marc Engelhardt)
- Nr. 52 Soziale Rhetorik, neoliberale Praxis. Eine Analyse der Wirtschafts- und Sozialpolitik der AfD (Stephan Pühringer, Karl M. Beyer, Dominik Kronberger)
- Nr. 51 Desiderius-Erasmus-Stiftung. Politische Bildung von Rechtsaußen (Arne Semsrott, Matthias Jakubowski)
- Nr. 50 Künstliche Intelligenz und die Zukunft der Arbeit. Die digitale Transformation in den (sozialen) Medien (Derya Gür-Şeker)
- Nr. 49 Alternative Fakten im Gespräch. AfD-Diskussionen auf Facebook (Hannah Trautmann, Nils C. Kumkar)
- Nr. 48 Aufstocker im Bundestag IV. Bilanz der Nebenverdienste der Abgeordneten in der 19. Wahlperiode (Sven Osterberg)
- Nr. 47 Tragische Einzelfälle? Wie Medien über Gewalt gegen Frauen berichten (Christine E. Meltzer)
- Nr. 46 Wenn Politik Presse macht. Gastbeiträge von Politiker*innen in ausgewählten Tageszeitungen (Marvin Oppong)
- Nr. 45 30 Jahre staatliche Einheit – 30 Jahre mediale Spaltung. Schreiben Medien die Teilung Deutschlands fest? (Lutz Mücke)
- Nr. 44 „Alleine ist man zerbrechlich“. Perspektiven auf die Interessenvertretung von Arbeitnehmer*innen in Ost und West (Simon Storcks, Jana Faus, Rainer Faus)
- Nr. 43 Streitfall Vermögenssteuer. Defizite in der Medienberichterstattung (Hendrik Theine, Andrea Grisold)
- Nr. 42 Mauer in den Köpfen? Einstellungen zur deutschen Einheit im Wandel (Ayline Heller, Ana Nanette Tibubos, Manfred Beutel, Elmar Brähler)
- Nr. 41 Wählen mit 16? Ein empirischer Beitrag zur Debatte um die Absenkung des Wahlalters (Thorsten Faas, Arndt Leininger)
- Nr. 40 Armutszeugnis. Wie das Fernsehen die Unterschichten vorführt (Bernd Gäbler)
- Nr. 39 Stumme Migranten, laute Politik, gespaltene Medien. Die Berichterstattung über Flucht und Migration in 17 Ländern (Susanne Fengler, Marcus Kreutler)
- Nr. 38 Rechte Allianzen in Europa. Wie sich NationalistInnen gegen die EU verbünden (Malene Gürgen, Patricia Hecht, Christian Jakob, Sabine am Orde [Redaktion])
- Nr. 37 Zwischen „Flüchtlingskrise“ und „Migrationspakt“. Mediale Lernprozesse auf dem Prüfstand (Michael Haller)
- Nr. 36 Krimis, Kontroversen, Kochrezepte. Das Regionale in den Dritten der ARD – mit aktuellen Programmanalysen von rbb und SWR (Joachim Trebbe, Eva Spittka)

Die Otto Brenner Stiftung ...

... ist die gemeinnützige Wissenschaftsstiftung der IG Metall. Sie hat ihren Sitz in Frankfurt am Main. Als Forum für gesellschaftliche Diskurse und Einrichtung der Forschungsförderung ist sie dem Ziel der sozialen Gerechtigkeit verpflichtet. Besonderes Augenmerk gilt dabei dem Ausgleich zwischen Ost und West.

... initiiert den gesellschaftlichen Dialog durch Veranstaltungen, Workshops und Kooperationsveranstaltungen (z.B. im Herbst die OBS-Jahrestagungen), organisiert Konferenzen, lobt jährlich den „Otto Brenner Preis für kritischen Journalismus“ aus, fördert wissenschaftliche Untersuchungen zu sozialen, arbeitsmarkt- und gesellschaftspolitischen Themen und legt aktuelle medienkritische und -politische Analysen vor.

... informiert regelmäßig mit einem Newsletter über Projekte, Publikationen, Termine und Veranstaltungen.

... veröffentlicht die Ergebnisse ihrer Forschungsförderung in der Reihe „OBS-Arbeitshefte“ oder als Arbeitspapiere (nur online). Die Arbeitshefte werden, wie auch alle anderen Publikationen der OBS, kostenlos abgegeben. Über die Homepage der Stiftung können sie auch elektronisch bestellt werden. Vergriffene Hefte halten wir als PDF zum Download bereit unter: www.otto-brenner-stiftung.de/wissenschaftsportal/publikationen/

... freut sich über jede ideelle Unterstützung ihrer Arbeit. Aber wir sind auch sehr dankbar, wenn die Arbeit der OBS materiell gefördert wird.

... ist zuletzt durch Bescheid des Finanzamtes Frankfurt am Main V (-Höchst) vom 4. November 2020 als ausschließlich und unmittelbar gemeinnützig anerkannt worden. Aufgrund der Gemeinnützigkeit der Otto Brenner Stiftung sind Spenden steuerlich absetzbar bzw. begünstigt.

Unterstützen Sie unsere Arbeit, z. B. durch eine zweckgebundene Spende

Spenden erfolgen nicht in den Vermögensstock der Stiftung, sie werden ausschließlich und zeitnah für die Durchführung der Projekte entsprechend dem Verwendungszweck genutzt.

Bitte nutzen Sie folgende Spendenkonten:

Für Spenden mit zweckgebundenem Verwendungszweck zur Förderung von Wissenschaft und Forschung zum Schwerpunkt:

- **Förderung der internationalen Gesinnung und des Völkerverständigungsgedankens**

Bank: HELABA Frankfurt/Main
IBAN: DE11 5005 0000 0090 5460 03
BIC: HELA DE FF

Für Spenden mit zweckgebundenem Verwendungszweck zur Förderung von Wissenschaft und Forschung zu den Schwerpunkten:

- **Angleichung der Arbeits- und Lebensverhältnisse in Ost- und Westdeutschland (einschließlich des Umweltschutzes)**
- **Entwicklung demokratischer Arbeitsbeziehungen in Mittel- und Osteuropa**
- **Verfolgung des Zieles der sozialen Gerechtigkeit**

Bank: HELABA Frankfurt/Main
IBAN: DE86 5005 0000 0090 5460 11
BIC: HELA DE FF

Geben Sie bitte Ihre vollständige Adresse auf dem Überweisungsträger an, damit wir Ihnen nach Eingang der Spende eine Spendenbescheinigung zusenden können. Oder bitten Sie in einem kurzen Schreiben an die Stiftung unter Angabe der Zahlungsmodalitäten um eine Spendenbescheinigung. Verwaltungsrat und Geschäftsführung der Otto Brenner Stiftung danken für die finanzielle Unterstützung und versichern, dass die Spenden ausschließlich für den gewünschten Verwendungszweck genutzt werden.

Aktuelle Ergebnisse der Forschungsförderung in der Reihe „OBS-Arbeitshefte“

- **OBS-Arbeitsheft 107**
Leif Kramp, Stephan Weichert
Konstruktiv durch Krisen?
Fallanalysen zum Corona-Journalismus
- **OBS-Arbeitsheft 106***
Lutz Frühbrodt, Ronja Auerbacher
Den richtigen Ton treffen
Der Podcast-Boom in Deutschland
- **OBS-Arbeitsheft 105***
Hektor Haarkötter, Filiz Kalmuk
Medienjournalismus in Deutschland
Seine Leistungen und blinden Flecken
- **OBS-Arbeitsheft 104**
Valentin Sagvosdkin
Qualifiziert für die Zukunft?
Zur Pluralität der wirtschaftsjournalistischen Ausbildung in Deutschland
- **OBS-Arbeitsheft 103***
Ingo Dachwitz, Alexander Fanta
Medienmäzen Google
Wie der Datenkonzern den Journalismus umgarnt
- **OBS-Arbeitsheft 102***
Wolfgang Schroeder, Samuel Greef u. a.
Bedrängte Zivilgesellschaft von rechts
Interventionsversuche und Reaktionsmuster
- **OBS-Arbeitsheft 101***
Leif Kramp, Stephan Weichert
Nachrichten mit Perspektive
Lösungsorientierter und konstruktiver Journalismus in Deutschland
- **OBS-Arbeitsheft 100***
Tim Engartner
Wie DAX-Unternehmen Schule machen
Lehr- und Lernmaterial als Türöffner für Lobbyismus
- **OBS-Arbeitsheft 99***
Tobias Gostomzyk, Daniel Moßbrucker
„Wenn Sie das schreiben, verklage ich Sie!“
Studie zu präventiven Anwaltsstrategien gegenüber Medien
- **OBS-Arbeitsheft 98***
Lutz Frühbrodt, Annette Floren
Unboxing YouTube
Im Netzwerk der Profis und Profiteure
- **OBS-Arbeitsheft 97***
Wolfgang Schroeder, Stefan Fuchs
Neue Mitglieder für die Gewerkschaften
Mitgliederpolitik als neues Politikfeld der IG Metall

* Printfassung leider vergriffen; Download weiterhin möglich.

OBS-Arbeitsheft 108

Framing in der Wirtschafts- berichterstattung

Der EU-Italien-Streit 2018 und die Verhandlungen
über Corona-Hilfen 2020 im Vergleich